

Kommune

POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR

6/04

FORUM

22. Jahrgang · Dez./Jan. 2004/5 · 10 €

R.O. EA

USA: Klare Botschaft

Martin Altmeyer, Dick Howard, Helga Flores Trejo u. a.
Willens- versus Urteilskraft / Europa vor neuen Aufgaben

Helga Baumgarten Nach Arafat

Klaus-Peter Martin Ausbildungsmisere

Peter Mosler Interview mit Gerhard Schoenberner

▶▶ Staat, sozial entkernt?

Peter Schyga Reformpolitik und historische Dimension

Mechthild Veil Die Hartz-Gesellschaft

Susanne Karch Gleichstellung: Vorbild Schweden

▶▶ Ende der Willensfreiheit?

Franz Dick Neurobiologie und Determinismus

Wer für die »Kommune« ein neues Abo wirbt, dem schenken wir ein gutes Buch! Bitte aussuchen!



**Carl Zuckmayer
Deutschlandbericht**
für das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika.
Herausgegeben von Gunther Nickel, Johanna Schrön und Hans Wagener
312 S., geb., 28,00 €

1946 reiste Carl Zuckmayer (1896–1977) als ziviler Kulturoffizier im Auftrag des Kriegsministeriums der USA für fünf Monate nach Deutschland und Österreich und verfasste anschließend zwei Berichte über die dortige Lage. Adressaten seiner Berichte waren hohe amerikanische Militärs, Entscheidungsträger der amerikanischen Deutschlandpolitik, die er durch seine reports beeinflussen wollte. Dies versuchte er weniger mit Statistiken als mit szenischen Berichten, kurz: mit Literatur, die die harte Realität in paradigmatischen Szenen und Gestalten erfasst. Neben seinem 1943/44 entstandenen Geheimreport sind die hier veröffentlichten Dokumente weitere bedeutende Zeugnisse der deutschlandpolitischen Überlegungen Zuckmayers.

»Immer sind es die Begegnungen mit Menschen, die Zuckmayer fesseln und von denen er seinen Auftraggebern berichten will. Zuckmayer will das Ausmaß der Zerstörung in den Seelen erfassen. Dass Deutschland ein geschlagenes, in Teilen auf Jahre und Jahrzehnte verheertes Land war, wusste der Schriftsteller bereits vor seiner Abreise aus Amerika. Aber sind die Deutschen ein zerstörtes, gar ein für die zivilisierte Welt verlorenes Volk? Das ist die Frage, der dieser Deutschlandbericht auf beeindruckende Weise nachgeht.«
(Hubert Spiegel, »FAZ«, 19.8.04)



Antisemitismus?
Eine globale Debatte.
Herausgegeben von Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Natan Sznaider.
edition suhrkamp, 350 S., 12,50 €

Wo liegt die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus? Hat sich der Antisemitismus in der Ideenwelt des Islam etabliert? Inwieweit spielen bei linker Israel-Kritik antisemitische Topoi eine Rolle? Seit einigen Jahren gibt es eine neue, weltweit geführte Debatte über den Antisemitismus. Nicht mehr Rechtsextremismus und Vergangenheitsbewältigung stehen dabei im Vordergrund, sondern die kontroversen Positionen gegenüber dem Nahostkonflikt.

Der Antisemitismusvorwurf gründet auf der Vermutung, dass Kritik an Israel nur ein Vorwand ist, um antisemitische Ideen oder Gefühle zu artikulieren, bewusst oder auch unbewusst. Die andere Seite hingegen argwöhnt, dass der Antisemitismusvorwurf nur dem Interesse Israels dient, legitime Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern zum Schweigen zu bringen, die Kritiker mit Hilfe der stärksten verfügbaren Waffe aus dem Feld des legitimen Diskurses zu verbannen.

In zahlreichen Originalbeiträgen dokumentiert der Band den internationalen Stand der Debatte. Mit Texten von Omer Bartov, Ulrich Beck, Ian Buruma, Judith Butler, Dan Diner, Alain Finkielkraut, Daniel Jonah Goldhagen, Thomas Hauray, Jeffrey Herf, Tony Judt, Gerd Koenen, Matthias Küntzel, Antony Lerman, Andrei Markovits, Michael Walzer, Robert Wistrich und Moshe Zimmermann.

campus



Jeremy Rifkin
Der Europäische Traum.
Die Vision einer leisen Supermacht.
Aus dem Englischen von Hartmut Schickert
Campus Verlag, 464 S., geb., 24,90

Welches gesellschaftliche und politische System kann langfristig Frieden, Gerechtigkeit und Humanität gewährleisten? Jeremy Rifkin, Berater von Romano Prodi, und mit seinen Büchern »Das Ende der Arbeit« und »Access« Auslöser wichtiger Debatten, macht sich in seinem neuen Buch auf die Suche nach einer zukunfts-trächtigen Weltordnung. Und er findet sie – in Europa. Der alte Kontinent ist der neue Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt.

»Die Amerikaner, so schreibt Rifkin, seien in eine Sackgasse geraten. Er macht das fest an so verschiedenen Kriterien wie übertriebener Religiosität, schwindender Arbeitsmoral oder ungleicher Einkommensverteilung. Da die Amerikaner immer noch von ihrer Philosophie überzeugt seien, unterschätzen sie die »stille Wirtschaftsmacht« Europa. Rifkin bezieht in seine Analyse nicht nur harte ökonomische Kennzahlen ein, sondern auch persönliche Erfahrungen. ... Das Buch zeigt, was wir Europäer von den Amerikanern lernen können: die Fähigkeit, auch in einer momentanen Krise noch die positiven Seiten zu sehen und Optimismus zu verbreiten.«
Cornelia Geißler, »Die Zeit«, 2.9.04

**Ob Jahresabo oder Geschenkabo –
bitte die dem Heft beiliegende Werbe- und Abokarte benutzen!**

Editorial

Ist die multikulturelle Gesellschaft, »Europas Lebenslüge«, am Ende? Manche, die nach dem Mord an Theo van Gogh im deutschen Blätterwald Totenmessen auf sie lesen, scheinen auf Methoden der Heiligen Inquisition zurückzugreifen: Man definiert das Teufelsding nicht näher, aber nützt endlich die Gelegenheit es zu exorzieren, im Namen der Aufklärung, versteht sich. Ein Teil der rechten Waldhälfte tritt an, ein Teil der linken Waldhälfte pariert. Oder auch umgekehrt, wenn ein Berliner SPD-Bezirksbürgermeister nach einem ungeschminkten und Besorgnis weckenden Zustandsbericht hinzufügt, die Integration habe versagt.

Immerhin hat die einmal begonnene Debatte trotz manch schriller alarmistischer Töne ihre neuen Qualitäten. Sie verkraftet ohne Weiteres neokonservatives Kulturkämpfertum eines Leon de Winter, der »die Araber« und »die Muslime« nach dem Rezeptbuch *The Arab Mind* des Mythologen Raphael Patai homogenisiert. Nach der ersten Bestürzung erweist sich in den meisten Kommentaren, dass weit weniger die Multikulturalität dieser Gesellschaft in Frage gestellt wird; vielmehr werden kritische Fragen an ihre Handhabung gerichtet. Fragen an sich selbst, Fragen an »die anderen«. Dass neben echten Sorgen und Ängsten auch Übertreibungen und Vorurteile zur Sprache kommen, gehört mit zur Spiegelung der diversen politischen Strömungen des Landes und zu einer offenen Auseinandersetzung.

Dabei handelt es sich nicht – mag es auch so scheinen – einfach um die x-te Fortsetzung einer endlosen Debatte, die praktisch schon 1945 begonnen hat, als Millionen Bürger anderer Staaten, Vertriebene, in die gerade neu geschaffene Bundesrepublik einwanderten. Es gibt einige Stationen der Zuwanderung sowie der Debatte darüber, und jede

hat ihre besonderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Die Welle der frühen Neunzigerjahre hatte ihre Spezifitäten, und wer nach dem 11. September von Immigration und Integration spricht, muss die veränderten Umstände in der globalisierten Welt mit ins Auge fassen. Sie ist also eine Chance, über »bekannte Muster« hinauszukommen, zumal sich nunmehr verstärkt neue Stimmen zu Wort melden.

Natürlich ist es wichtig, dass die Mehrheitsgesellschaft die eigenen Positionen berät. Bevor man aber allgemein über Toleranz in der offenen Gesellschaft und ihr Changieren zur Indifferenz herumstreitet, sollten die Stimmen derjenigen gehört werden, von denen bislang in der Tat relativ wenig zu hören war: die Stimmen der Vertreter der Muslime, ihrer Organisationen, ihrer Künstler, ihrer Publizisten und der Menschen auf der Straße. Weit mehr von ihnen als sonst haben sich in den letzten Wochen zu Wort gemeldet. Da kommen spannende Darlegungen über die Lage der Muslime in Europa, warum sie erst jetzt beginnen, so Navid Kermani, »dem Extremismus in den eigenen Reihen eine öffentliche Absage zu erteilen«; da kommen von Funktionären ganz konkrete Überlegungen zur Zusammenarbeit bezüglich des Deutschunterrichts oder der Ausbildung der Imame; da kommen zahlreiche kritische Äußerungen (Katajun Amirpur: »In den Niederlanden herrscht Meinungsfreiheit und wer das nicht akzeptieren will, sollte gehen.«) oder Großvorschläge wie jener von Zafer Senocak: »Die Muslime in Europa brauchen dringend eine Charta, in der die verbindlichen Regeln des Zusammenlebens mit Nichtmuslimen in einer demokratischen, offenen Gesellschaft festgeschrieben werden müssen. Wer sich nicht an diese Charta hält, müsste aus der Gemeinschaft der Gläubigen verstoßen werden ...«

Und es kommt zu bemerkenswerten Begegnungen, Spitzenvertreter des Dachverbandes türkischer Muslime, des Zentralrats der Muslime und des Islamrats trafen sich trotz der tiefen Gräben zwischen ihnen; zur Großdemonstration in Köln am 21. 11. hatte der türkische Dachverband alle relevanten Verbände und Vereine eingeladen: deutsche, türkische, christliche, muslimische. Egal, ob Linke oder Konservative, für Muslime und Deutsche ist es gut, wenn Claudia Roth und Günter Beckstein in Köln demonstrieren.

Bedroht der Islam die demokratischen Freiheiten? Die Bedrohung entspringt niemals aus »dem Islam« als Ganzes. Ein Problem existiert mit islamistischen Extremisten. Es rührt aus einer bestimmten Entwicklung der Weltlage und in den islamischen Ländern. Terroristische Netzwerke bedienen sich auch der Migration als Hebel für ihre Pläne. Darüber muss die Mehrheitsgesellschaft sich mit den muslimischen Bürgern und Immigranten verständigen anstatt sie unter einen Generalverdacht zu stellen. Gerade dieser scharfe Konflikt wirft auch ein Schlaglicht auf den Zustand von Immigration und Integration der Menschen aus den verschiedenen islamischen Ländern, die alles andere denn ein homogener Block sind. Das ist auch ein kulturelles Problem, in erster Linie aber ist es eines der Anerkennung des aufnehmenden Staates und seiner Rechtsordnung durch die Immigranten. Das muss und das kann zur Verhinderung von Parallelgesellschaften eingefordert werden. Wer dauerhaft hier lebt, genießt die Rechte der Demokratie, ist aber auch ihrer Rechtsordnung verpflichtet. Zugleich sollte sich die gastgebende Gesellschaft stets vor Augen halten, dass ihre Art des Umgangs mit den Zuwanderern ein Spiegel ihrer eigenen Befindlichkeit ist. **Balduin Winter**

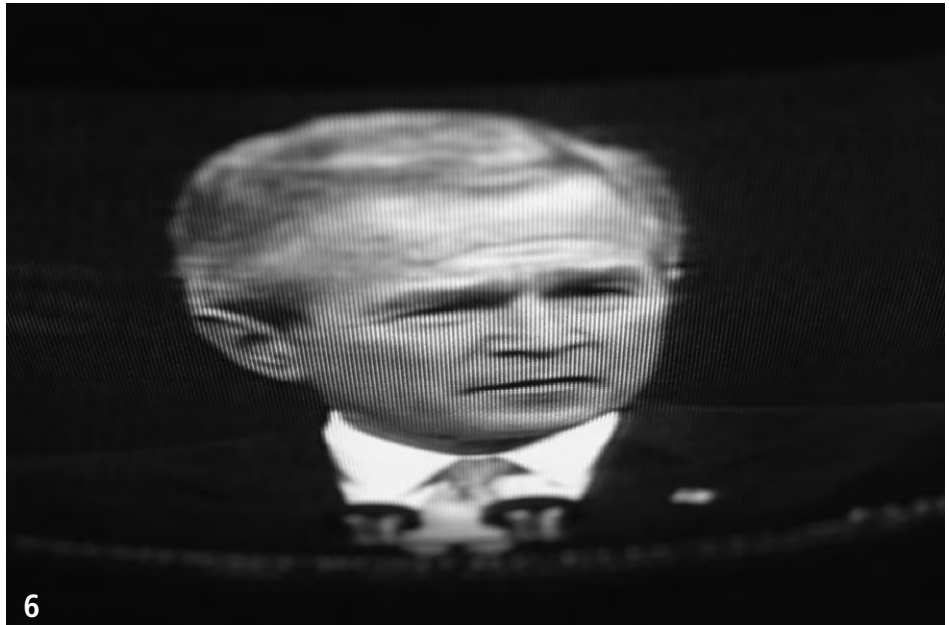
Aus dem Inhalt

Mit Bush hat – so *Dick Howard* im Gespräch mit *Martin Altmeyer* – eine »Politik der Willenskraft« die Oberhand behalten. Die Absicht ist wichtiger als das Handeln, die Moral steht im Vordergrund. Die Absicht, eine »gute«, da aus der existenziellen Bedrohung des 11. September begründet, ist nicht hinterfragbar, nicht kritisierbar. Doch die hergestellte Einheit ist eine mechanische, nur eine »Politik der Urteilskraft« kann eine »organische Solidarität« bewirken. Steht Bushs Erfolg schon heute auf tönernen Füßen, oder hat sich das Pendel im Kulturkampf um soziale, ethnische, religiöse Bevölkerungsgruppen, wie *Helga Flores Trejo* meint, deutlicher zu Gunsten der Republikaner geneigt?

Was ist von Bush II außenpolitisch zu erwarten? Die ungelöste Hauptfrage ist nach wie vor der Nahostkonflikt. Bringt der Tod Jassir Arafats neue Bewegung, gar eine Wende in die starren Fronten? *Helga Baumgarten* skizziert die Situation der Palästinenser und ihrer politischen Parteien und Institutionen. Kann es neue Impulse von der Zivilgesellschaft geben? Kommt eine neue Roadmap auf den Tisch?

Eine »Roadmap« hat die Bundesregierung mit der Agenda 2010 Deutschland verpasst. Mit dem Inkrafttreten von Hartz IV wird es viel Aufregung geben. *Peter Schyga* zeigt historische Dimensionen der Sozialgesetzgebung in Deutschland auf und warnt vor Abwegen, *Mechthild Veil* kritisiert die Aktivierung fast aller Erwerbsfähigen fast um jeden Preis. Zugleich stehen wir, wie *Klaus-Peter Martin* aufzeigt, einer Ausbildungsmisere gegenüber, auf deren Basis neue Arbeitslosigkeit schon geradezu vorprogrammiert ist.

Ist der freie Wille »nur eine nützliche Illusion«, wie es Gerhard Roth behauptet? Dann wäre Bushs »Politik der Willenskraft« eine Schimäre ... *Franz Dick* setzt sich mit den Fortschritten und den wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Grundlagen der Neurobiologie auseinander, ortet eine Reihe von Widersprüchen, analysiert reduktionistische und deterministische Denkmuster bei Roth und Singer – es bleibt »ein Rest von Unerklärtem«.



THEMA USA UND EUROPA

Das Sicherheitsbedürfnis der Amerikaner nach dem 11. September, eine Politik der Angst und ein tief verwurzelter christlicher Wertefundamentalismus gaben den Ausschlag für Bushs Wiederwahl. Kein Grund für Europa, zu lamentieren und den USA Rückständigkeit zu bescheinigen. Bush ist nicht das Um und Auf der USA. Jede Krise hat auch ihre Chance (Garton Ash), Europa muss seine eigene Politik formulieren, insbesondere auch gegenüber den islamischen Ländern.

Moral, Festigkeit, Stärke: Willens- gegen Urteilskraft. »Flip-Flop-Kerry« versus »a solid character«. Im Gespräch mit *Dick Howard: Martin Altmeyer*..... 6

Welche Zukunft hat die amerikanische Demokratie? *Dick Howard* 8

Was sind die Alternativen zu einer Realpolitik der Angst? Fünf Thesen zur Wiederwahl von George W. Bush. *Martin Altmeyer* 10

Überall Latinos – und kein Kulturkampf. *Michael Werz* 12

Der Narzissmus des kleinen Unterschieds. Timothy Garton Ash und die »Chance der Krise«. *Ernst Köhler*..... 13

Die Wahlen und ihre Deutungen und Missdeutungen. Warum Europa handeln muss statt zu lamentieren. *Helga Flores Trejo* 14

FORUM NACH ARAFAT

Arafats Lebenswerk, die Errichtung eines Palästinenserstaates, blieb unvollendet. Wie werden sich seine rivalisierenden Nachfolger, Islamisten, Nationalisten und Aktivisten einer Zivilgesellschaft, darüber verständigen können? Wie sieht ihr Kräfteverhältnis vor den Wahlen im Januar aus?

Vor der Quadratur des Kreises? Parameter der Post-Arafat-Ära. *Helga Baumgarten* 18

ZUR ZEIT

Gefährliche Absetzbewegungen vom bundesrepublikanischen Konsens. Historische Dimensionen und gegenwärtige politische Brisanz. *Peter Schyga* 24

Die Hartz-Gesellschaft. Nur neue Formen der Aktivierungsstrategien oder ein anderes Sozialsystem? *Mechthild Veil* 30

Diskriminierung vor und nach Hartz IV. Aspekte der Gleichstellung in Deutschland und Schweden. *Susanne Karch* 36

Politische Klasse und mediale Öffentlichkeit. *Herbert Hönigsberger* 40

Ausbildungskrise: Lost Generation? Überfluss an Problemen, Mangel an Initiativen. *Klaus-Peter Martin* 43

Gibt es eine rotgrüne Afrikapolitik? Eine stärkere europäische Orientierung würde die Rahmenbedingungen verbessern. *Roger Peltzer* 53

Brüssels Herz der Finsternis. Der koloniale Genozid im Kongo. *Wera Schneefeld* 56



62



86

**SCHWERPUNKT
NEUROBIOLOGIE**

Was hat es mit dem Diktum Gerhard Roths auf sich, der freie Wille sei »nur eine nützliche Illusion«? Was sind die philosophischen Grundlegungen der Positionen von Gerhard Roth und Wolf Singer? Bloß ein wissenschaftlicher Vergaloppierer, freilich spektakulär in seinen Konsequenzen, daher medialer Reizstoff? Unser Autor entwickelt einige Fragestellungen, greift vernachlässigte Debattenstränge auf und sichtet kritisch die den beiden Forschern zu Grunde liegenden Denkmuster.

Ende der Willensfreiheit? Die moderne Neurobiologie und die Gefahren von Reduktionismus und Determinismus.
Franz Dick 62

Buch: Lebens Ende. Rolf Wiggershaus 75

Hilfe oder Sterbehilfe. Folgt Deutschland dem niederländisch-belgischen Weg der Euthanasie? *Harry Kunz* 76

KUNST

Egon Schieles Landschaften und Häuser. *Michael Ackermann* 23

Fotobuch: Alles riecht nach Nachkrieg – Helga Paris. *Helmut Veil* 42

Der Maler Barcelo – Fotos und Bilder. *Marianne Heinz* 52

In Neo Rauchs Rätsel-Welt. *Marianne Heinz* 61

Foto-Reportage: Roma in Stadt und Land. *Vít Šimánek, Karel Tuma, Matúš Zajac, Ute Raßloff* 80

FEUILLETON

Aufklärung statt Monumentalisierung. Gespräch mit Gerhard Schoenberner, dem ersten bundesrepublikanischen Aufklärer über den Holocaust. *Peter Mosler* 82

»Hilflose Aufklärung«? Anti-Antisemitismus in Schulbüchern – Teil 2: Der Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts. *Wolfgang Geiger* 86

Islamisches Selbstverständnis? Neuere Literatur aus und zu den arabischen und islamischen Ländern. *Balduin Winter* 93

Globale Verwirrung. Zur Okzidentalismus-These von Ian Buruma und Avishai Margalit. *Michael Werz* 96

BÜCHER & BÜCHERWELT

Bücherfenster I: Krieg und Islamismus. *Joscha Schmierer* 106

Bücherfenster II: Aufgaben versus Identitäten. *Joscha Schmierer* 107

Israel: Nation und Tod / Die Mauer. *Jutta Maixner (20/21) / Studs Terkels US-Aktivistin. Michael Ackermann (97) / Heinz R. Ungers »Löwenslauf«. Erich Hackl (103)*

Bücherwelt: Bücher von und über: Jean Améry, Inka Bach, Norbert Gstrein, Brigitte Kronauer, Frank Lehrmann, Martin Anderson Nexö, Lutz Rathenow, Erasmus Schöfer. *Martin Droschke, Carsten Gansel, Ernst Köhler, Wilhelm Pauli, Udo Scheer, Michael Schweizer, Jörg Später* 108

KOLUMNEN & RUBRIKEN

Ereignisse & Meinungen: Der nächste »Schurke«? – Iran. *Balduin Winter* 16

Italien: Der Terror und die Justiz. *Annemarie Nikolaus* 28

Recht: Die Treue der Manager. *Uwe Günther* 34

Nachgezählt: Armes Deutschland? *Peter Lohauß* 38

Film: »Rhythm is it!« oder die Verwandlung. *Michael Ackermann* 46

Österreich: GASP grün? *Gerhard Fritz* 49

Umwelt: Europäische Nachbarschaftspolitik. *Sascha Müller-Kraenner* 50

Nord-Süd: Afrika und die Privatwirtschaft. *Uschi Eid* 57

Niederlande: Verlorene Horizonte. *Frank Eckardt* 58

Mittelamerika: Die Bethlehem-Connection. *Doris Klein* 60

Aus dem Beitrittsgebiet: Plauen ist immer noch Spitze. *Wilhelm Pauli* 98

Film-Schnitte I: Heimat in Ordnung. Dokumentarfilme. *Marcus Welsch* 100

Film-Schnitte II: Zeitreise in die Erinnerung. *Michael Ackermann* 101

Untaten & Orte: Nordsee Mordsee. *Michael Schweizer* 102

Aufgelesene Töne: Folk zwischen vorgestern und übermorgen. *Christoph Wagner* 104

Impressum / Repliken / Errata 113

Echo / Autorinnen & Autoren 114

MARTIN ALTMAYER / DICK HOWARD

Moral, Festigkeit, Stärke: Willens- gegen Urteils kraft

»Flip-Flop-Kerry« versus »a solid character«

Mit Dick Howard – er lehrt politische Philosophie an der State University of New York – sprach Martin Altmeyer über die zur Wahl stehenden Politikoptionen, Amerikas Spaltung, die Demokratie und die Paradoxien der Gleichheit.

Martin Altmeyer: *Das liberale Amerika ist geschockt. Das alte Europa kann es nicht begreifen und lamentiert: Warum ist George W. Bush so populär geblieben? Warum hat die amerikanische Bevölkerung diesen Präsidenten nicht ausgewechselt? Eine Katastrophe – war dein erster spontaner Kommentar, Dick. Ich selbst war nicht überrascht, dass eine Nation, die sich bedroht fühlt, einen Präsidenten im Amt hält, der ihr Schutz und Sicherheit verspricht. Warum also darf ein Mann wie Bush als Führer der westlichen Welt im Amt bleiben?*

Dick Howard: Was Europäer und Kanadier an Bushs Wirkung nicht verstehen, kam in den Debatten mit Kerry heraus: eine Politik der Willenskraft gegen eine Politik der Urteils kraft. Und der Wille muss in einer solchen Situation eindeutig und fest sein – eine gesplante Willenskraft kann nicht wollen, kann nicht standhalten. Das ist Bushs große Stärke, das macht seine Popularität aus: »a solid character«. Zähl' noch dazu, dass er darauf besteht, dass – wie bei einem Football-Match – Amerika in der Offensive sein muss, nicht in der Defensive, dann erkennt man seine Anziehungskraft. Dasselbe gilt auch für das religiöse Moment ...

Was meinst du mit einer »Politik der Willenskraft«, die du dem Präsidenten zuschreibst? Und was ist im Vergleich dazu eine »Politik der Urteils kraft«?

Beides sind grundsätzliche Politikoptionen, die erst mit der Geburt der Demokratie auftauchen. Weil es keine externe Rechtfertigung für politische Entscheidungen gibt, die uns Gewissheit liefern – weder Gott noch Göt-

ter, weder Wissenschaft noch Technik –, gibt es diese beiden Möglichkeiten: Entweder man tritt in einen Prozess der Beurteilung ein, ein Rasonnement der Gleichen über ihre verschiedenen Auffassungen (wie bei der Beurteilung von Schönheit im Sinne der ästhetischen Urteils kraft bei Kant). Oder man findet einen Ersatz für den Mangel an externen Rechtfertigungskriterien, insbesondere einen Weg, sich der Einheit zu versichern – ungeachtet des für die Demokratie konstitutiven Rechts auf Differenz. An dieser Stelle hält eine Politik der Willenskraft Einzug. Das kann in Gestalt eines Moralismus geschehen oder als politischer Voluntarismus (der an Carl Schmitt erinnert, ohne mit dessen Position identisch zu sein).

Und was ist dann John Kerry? Ein Politiker mit Urteils kraft?

In der Tat vertritt Kerry die andere Variante von Politik, etwa in der Abtreibungsfrage oder in der Außenpolitik: Er berücksichtigt Differenzen, die Gesichtspunkte von anderen und so fort. Die Schwierigkeit einer Politik der Urteils kraft ist, dass sie nicht nur Differenzen anerkennt, sondern auch die Vorstellung, dass es keine endgültige Wahrheit gibt.

Glaubst du wirklich, Amerika sieht in seinem Präsidenten »a solid character« und hat in seinem Herausforderer so etwas wie eine gesplante Person gesehen, eben den »Flip-Flop-Kerry«, zu dem ihn die republikanische Wahlkampfstrategie gezielt gemacht hat?

Natürlich ist Bushs Charakter der Schlüssel – er stellt Einheit dar, pure moralische Absicht, ungeachtet dessen, was er tatsächlich tut. Und Kerry? Noch mal: Gerade weil er abwägt, weil er beurteilt, kann er wirklich als Flip-Flopper gesehen werden, weil ein abwägendes Urteil nämlich die Perspektive des anderen und wechselnde Umstände in Betracht zieht.

Was aber ist mit Bushs Alkoholsucht oder mit den Betrugsmanövern, um den Irakkrieg zu rechtfertigen? Passt das zum »soliden Charakter«?

Bushs Trinkervergangenheit ist geradezu ein Zeichen für seinen Willen, Schwächen und vielleicht sogar Irrtümer in seinem früheren Verhalten zu überwinden. Was zählt, ist der gute Wille, die Absicht ist wichtiger als das Handeln, wie das Persönliche wichtiger ist als das Politische. Es klingt paradox, aber eine Politik der Urteils kraft kümmert sich um die Folgen des Handelns. Und diese Folgen entstehen in einer Demokratie eben nicht als unmittelbares Ergebnis guten Willens, sondern dadurch, dass Differenzen ausgetragen werden vor dem Hintergrund wechselnder Umstände. Deshalb ist Demokratie immer repräsentative Demokratie, eine Lektion, die Amerika mit der Revolution von 1800 gelernt hat, wie in meinem Buch beschrieben (*Die Grundlegung der amerikanischen Demokratie*, Frankfurt 2001).

Europäer neigen dazu, Bush als einen gescheiterten Sohn zu charakterisieren, als einen konvertierten Heuchler, der von starken religiösen und wirtschaftlichen »pressure groups« protegiert wird. Ist er nur ein Hampelmann, eine bloße Marionette?

Nein, er ist viel gefährlicher als eine Marionette, er scheint wirklich daran zu glauben. Wieder einmal: der Wille und die Einheit. Mehr noch, von den drei Dingen, um die sich ein Politiker kümmert, nämlich Außenpolitik, Innenpolitik und Wahlkampf, interessiert sich Bush für die ersten beiden nicht, aber er liebt das »campaigning«. Die Frage ist, ob er jetzt, wo es darauf ankommt, in die Geschichte einzugehen, die beiden anderen Bereiche ernst nimmt. Der Tod von Arafat eröffnet gewisse Möglichkeiten ... Auf der anderen Seite betrifft die Ernennung neuer Richter die Innen-



Fotos: Ilija C. Hendel

politik – hier mag er eine Marionette sein (für die Ziele des Strippenziehers Karl Rove).

Zurück zur Popularität George W. Bushs. Du hast erwähnt, Amerika sei nicht gerne defensiv, brauche das Gefühl, in der Offensive zu sein. Meinst du dieses Offensiv-sein-Müssen in einem mentalen Sinne, als Bestandteil des amerikanischen »Sozialcharakters«. Oder im höchst realen Sinne von präemptiver Kriegsführung und Demokratieexport, zum Beispiel?

Ich beziehe mich dabei auf die Art und Weise, wie die USA während des Kalten Krieges gegen den Kommunismus nicht wirklich in die Offensive gegangen sind. Zumindest nicht bis zur Stationierung von Pershings und Cruise Missiles in Europa – und wir erinnern uns alle an die Reaktionen darauf in Europa. Allgemeiner ausgedrückt: Offensive als Gegenmodell zu Westdeutschlands Politik des »Wandels durch Anbiederung« (D. H. wörtlich im Original – nicht etwa »Wandel durch Annäherung«; M. A.). Deshalb konnten die Neocons eine solch bedeutende Rolle spielen.

Und der Glaube! Weshalb spielt die Religion eine so große Rolle in den USA, der Führungsnation des westlichen Säkularismus, Materialismus, Kapitalismus? Eine Reaktionsbildung oder eine kollektive Regression im psychoanalytischen Sinne – oder der »common ground«, das einigende Band einer tief religiösen Einwanderergesellschaft?

Die Rolle der Religion ist kompliziert und schwer zu beurteilen. Es gibt ein ganzes Kapitel über dieses Thema in *Das Gespenst der Demokratie* (Dick Howards neuestes Buch *The Specter of Democracy*, s. *Kommune*, 4/2004; M. A.). Allerdings sollte man zwischen Religion und Moral unterscheiden. Meiner Ansicht nach steht die Moral im Vordergrund – für den Augenblick und in Form einer Politik der Willenskraft, um es noch einmal zu betonen.

Das Hauptinteresse nach der Wahl gilt in Europa wie auch in den USA der Frage nach der Spaltung des Landes. Es scheint so, als ob wir es mit zwei Amerikas zu tun haben: einem liberalen, säkularen, eher städtisch-weltoffenen Amerika und einem konservativen, christlichen, eher ländlich-bornierten Amerika. Gibt es diese Spaltung? Können wir nun einen Kulturkampf erwarten? Droht möglicherweise gar eine Balkanisierung des Landes, wie ein Kommentator in der New York Times ernsthaft befürchtet?

Zunächst einmal: Kulturkampf und Balkanisierung stammen natürlich aus dem europäischen Vokabular – wenn auch das, was du mit Kulturkampf meinst, auf ein Ereignis in den USA passen könnte, das 1928 stattfand. Damals präsentierte sich zum ersten Mal ein katholischer Kandidat. Al Smith aus New York. Er wurde in der Tradition des »wahren« protestantischen Amerika behandelt, als Vertreter von »Rum, Riots and Rome«. Erst mit Kennedy, der dann schließlich gewählt wur-

de, kam wieder ein katholischer Bewerber. In seiner legendären Rede in West Virginia – die Kerry während seiner eigenen Kampagne übrigens imitierte – beteuerte er, dass er niemals seine politischen Entscheidungen durch seine persönliche Religion beeinflussen lassen würde. Kennedy half diese Position, für Kerry ging der Schuss nach hinten los – was zeigt, wie sich die Vereinigten Staaten geändert haben.

Zurück zur Frage nach der gegenwärtigen kulturellen und politischen Spaltung Amerikas.

Die Landkarte mit den blauen (demokratischen) und roten (republikanischen) Bereichen täuscht insofern, als es in jedem Staat eine starke Minderheit für die unterlegene Partei gibt. Man könnte genauso gut auch an andere Spaltungslinien denken – Stadt gegen Land, Vorstadtbewohner gegen ehemalige Stadtbewohner, Männer gegen Frauen, Verheiratete gegen Singles und so weiter. Es scheint übrigens so, dass ausgerechnet in Gegenden mit niedrigem Lohnniveau republikanisch gewählt worden ist – gegen ihr unmittelbares ökonomisches Interesse.

Was ist mit den »working poor«, was mit den Latino-Immigranten zum Beispiel in New Mexico, die nicht in dem Ausmaß für Kerry stimmten, wie das nötig und auch erwartet worden war? Weshalb haben sie den demokratischen Kandidaten nicht stärker unterstützt – trotz

Fortsetzung auf Seite 9 ▶

DICK HOWARD

Welche Zukunft hat die amerikanische Demokratie?

Man sagt, dass George W. Bush jetzt die *Legitimität* gewonnen habe, die ihm fehlte, als im Dezember 2000 durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes die *Legitimität* seines Wahlsieges festgestellt wurde, obwohl sein Widersacher die Mehrheit der Wählerstimmen gewonnen hatte. Viele haben sich damals gewundert, dass die Öffentlichkeit diese Gerichtsentscheidung ohne Proteste hingenommen hat. Das lässt sich dadurch erklären, dass Bush sich als ein auf Ausgleich bedachter Politiker präsentierte, als ein »mitfühlender Konservativer« (*compassionate conservative*), der – gerade weil er kein Mandat hatte – nach der Unterstützung einer möglichst breiten Öffentlichkeit streben und somit in der Mitte regieren musste.

Die radikale Politik des neuen Präsidenten wurde allerdings sehr bald sichtbar, weit vor dem Schock des 11. September, den er als einen Moment der Vorsehung interpretierte, als Bestätigung seiner politischen Mission und als Herausforderung, durch die seine moralische Willenskraft auf die Probe gestellt werden sollte. Diese Radikalität äußerte sich nicht nur in einer Senkung der Steuern zu Gunsten der Reichen, sondern auch in der Ablehnung des Kyoto-Abkommens und in der Förderung des Raketen-Abwehr-Systems (um weiterhin im Sinne von *star wars* vorzugehen). Der symbolische Ausdruck dieser Politik war die Weigerung des Vizepräsidenten Cheney, die Namen der »Ratgeber« (Lobbyisten und Industrielle) preiszugeben, die ihn zu seiner Umweltpolitik inspiriert hatten. Dieser quasi-konspirative Stil hat sich nach dem 11. September noch verstärkt.

Im Lichte des ersten legalen, aber nicht legitimen Mandats ist zu befürchten, dass der Wahlsieg durch eine tatsächliche Mehrheit der Stimmen die radikale Ausrichtung der Bush-Regierung noch verschärfen wird. Angesichts eines Kongresses, in dem die republikanische Mehrheit in beiden Kammern noch größer geworden ist, und angesichts der Möglichkeit, mehrere Richter für den Obersten Gerichtshof zu ernennen, befürchten diejenigen, die John Kerry als Anti-Bush unterstützt haben, das Schlimmste. Das optimistischste Gegenzszenario geht davon aus, dass Bush

zum Opfer seiner eigenen Hybris werden könnte, dass er seine eigenen Grenzen nicht erkennen und sich schließlich selbst ins politische Abseits befördern wird. Aber ein solcher »Optimismus« ist Ausdruck eines Pessimismus, der sich nicht zu bekennen wagt.

Wenn man so argumentiert, vergisst man, dass der bisherige Präsident – im Gegensatz zum Kandidaten George Bush des Jahres 2000 – sich auf der Grundlage eines Wahlprogramms wiederwählen ließ, das keines ist. Sein politisches Projekt ist die Person, die er verkörpert. Der Präsident stellt seinen »Charakter« und seinen moralischen Willen in den Vordergrund. Diesem moralischen Voluntarismus entsprach eine Außenpolitik, die auf der sportlichen Logik beruht, derzufolge Angriff die beste Verteidigung ist. Somit wurde die realpolitische Maxime eines Multilateralismus, derzufolge Krieg nur durch eine tatsächliche gemeinsame Bedrohung gerechtfertigt ist, durch eine Präventions-Politik ersetzt: Sie unterstellt implizit eine Hobbes'sche Welt (*homo homini lupus*), in welcher derjenige, der als Erster zuschlägt, den Sieg erringen wird.

Anders gesagt, Bush hat sich als Inkarnation einer *Politik der Willenskraft* präsentiert. Eine solche Politik stellt jedoch grundlegende Errungenschaften der Demokratie in Frage. Diese beruht auf der prinzipiellen Gleichheit, die besagt, dass jeder das Recht auf seine eigene Meinung hat, dass alle Interessen zum Ausdruck kommen müssen, damit durch ihre Gegenüberstellung ein durch Verhandlung zustande gekommenes *Urteil* über das entsteht, was man als Gemeinwohl bezeichnet. Die Anziehungskraft dieser Politik des Willens lässt sich in erster Linie durch die existenzielle Furcht erklären, die mit den Attentaten vom 11. September aufkam. Angesichts der Bedrohung drängt es sich geradezu auf, die nationale Einheit herzustellen. G. Bush hat immer wieder die Gefahr des Terrorismus heraufbeschworen und die Vorzüge seiner Präventivpolitik hervorgehoben. (Nach einer Umfrage in den Wahllokalen haben 54 Prozent der Wähler den Irakkrieg mit dem Kampf gegen den Terrorismus gleichgesetzt, was erklärt, dass weder das Nichtvorhandensein von Massenvernichtungswaffen noch die

Verbrechen von Abu Ghraib oder das Verschwinden von 370 Tonnen Sprengstoff im Irak die Bush-Wähler von ihrer Meinung abgebracht haben.)

Darüber hinaus bedroht die Politik des Willens die Demokratie durch ihren Moralismus. Auch hier findet man in der Öffentlichkeit noch die Spuren des 11. September. Ebenso wie der Moralist niemals seine guten Absichten in Frage stellt, begreifen die Amerikaner nicht, dass »man« sie in diesem Punkt kritisiert. Da sie unfähig sind, sich mit ihren eigenen Taten auseinander zu setzen, können die Moralisten das *Urteil* anderer nicht ernst nehmen – sie werden zu Autisten. Daraus entsteht die konkrete Unfähigkeit der Amerikaner, aus ihrer faktischen eine legitime Macht zu machen, die ihre Auffassung von Demokratie nicht mit Waffengewalt durchsetzen müsste.

Die Zivilgesellschaft bildet die Essenz der Demokratie, aber sie ist nicht naturgegeben, sondern kann nur auf der Grundlage von politischen Institutionen existieren. Diese rahmen die Zivilgesellschaft ein, machen sie aus und treiben sie an, wenn sie über Spaltungen und Konflikte beunruhigt ist. Hier liegt die Wurzel einer Politik des Willens – die keine einfache Reaktion auf den 11. September ist: Um die für die demokratische Zivilgesellschaft eigentlich konstitutive Spaltung zu überwinden, sucht man eine transzendente, eine übergeordnete Einheit – sei sie nun moralisch oder national (oder patriotisch).

Wie könnte die Zukunft der Bürgerbewegung – sowohl bei den demokratischen Liberalen als auch bei den republikanischen Moralisten –, die alle Beobachter frap্পiert hat, aussehen? Ist es vorstellbar, dass die außerparteiliche Mobilisierung zu einer Art von inländischen NGOs führt? Eine neue Politik der Menschenrechte, die an jene erinnert, welche einst den Totalitarismus besiegt hat, könnte am Horizont aufscheinen.

Wenn man die Maßnahmen extrapoliert, die das erste Bush-Mandat gekennzeichnet haben (Haushalts- und Handelsdefizit, Steuerensenkung für die Reichen, umweltfeindliche Politik, Geheimniskrämerei der Regierung etc.), darf man nach der Wiederwahl durchaus pessimistisch sein. Dennoch verlangt eine Betrachtung über die Zukunft der Demokratie, sowohl aus geschichtlicher als auch aus philosophischer Perspektive, nach dem, was ich eine Politik der Urteilskraft nenne. Auch diese, daran muss erinnert werden, ist eine Art und Weise, Politik zu *machen*. ◀

Aus dem Französischen von Ronald Voullié. Bearbeitet und gekürzt von Martin Altmeyer und der Redaktion.

Fortsetzung von Seite 7 einer dümpelnden US-Wirtschaft, trotz großer Jobverluste, trotz fehlender Gesundheitsversorgung?

Diese Frage führt uns zu dem Problem, warum die Leute gegen ihre »Interessen« stimmen. Sie wirft den alten marxistischen Topos des Klassenbewusstseins auf. Lukacs sprach vom »zugeschriebenen« Klassenbewusstsein. Aber er hat nicht verstanden, dass wir es sind, die politischen Intellektuellen, die anderen etwas zuschreiben – moralisch, rational oder ihre Interessen betreffend. Warum sollte man von den Leuten annehmen, dass sie nur an ihre »unmittelbaren Interessen« denken? Achte auf den Begriff unmittelbar – und erinnere dich an Hegels »Phänomenologie des Geistes«: Unmittelbar ist das, was uns nur gewiss *erscheint*; tatsächlich ist es das, was sich ständig ändert (z. B. sehe ich immer eine andere Unmittelbarkeit, sobald ich den Kopf drehe, jede Minute bringt etwas Neues ...).

Wie lässt sich diese Erkenntnis auf die Politik anwenden?

Besser als Marx und Hegel ist Tocqueville, der im zweiten Band seines Demokratiebuches über das Paradox der Gleichheit spricht: Weil wir alle gleich sind, gibt es keine überlegene Position, keine Klasse oder Gruppe, die einen direkten Zugang zur Wahrheit hätte. Insofern beruft sich jeder auf sein eigenes Interesse. Aber das zweite Element in diesem Paradox ist, dass wir genau aus demselben Grund über unsere eigenen Ansichten unsicher sind. Warum sollte meine Auffassung wahr sein, wenn du, der du mir gleich bist, eine andere Auffassung vertrittst? Deshalb neigen wir dazu, gerade weil wir alle gleich sind, uns vorzustellen, es gäbe etwas, was unserem beschränkten Selbst überlegen ist. Das könnte etwa eine gemeinsame Auffassung sein, wie wir sie in der Idee von der »volonté générale« haben, also die Verkörperung all dessen, was der Souverän »will«. Und dieser Volkswille lässt sich eben nur durch Repräsentation erfahren, das ist das Entscheidende in der repräsentativen Demokratie. Lukacs' Gedanke war brillant, aber er irrte. Sein brillanter Irrtum hat mich übrigens erst dazu gebracht, die Ziele von Marx in kantischen Begriffen zu reformulieren, insbesondere in einer politischen Wendung des Begriffs der Urteilskraft (in: *From Marx to Kant*, London und New York, 2. Aufl., 1993; M.A.).

Gibt es also in den USA diese »gemeinsame Auffassung« von der terroristischen Bedrohung (und wie man gegen sie vorgehen kann),



Fotos: Ilja C. Hendel

die Bush geholfen hat? Verkörpert er so etwas wie die »volonté générale« in einer Situation massiver nationaler Verunsicherung?

Das Paradox der Gleichheit bedeutet ja: Niemand weiß von vorneherein, was richtig ist, und wir wissen auch nicht, wer das Recht hat, für andere zu sprechen. Das kann dazu führen, dass wir jemanden mit »Charakter« suchen, einen, der beständig und fest bleibt, ungeachtet wechselnder Meinungsumfragen – und genau das hat Bush so erfolgreich getan. Er hat gesagt: Möglicherweise liege ich falsch, aber ihr wisst, was ich denke und ich lasse mich durch Umfragewerte nicht umstimmen (du und ich, wir würden sagen, dass man die Umstände in Betracht ziehen sollte). Bush bleibt fest, komme was wolle – und das funktioniert bei all der Ungewissheit, die an der Basis von Demokratie liegt.

Bushs Botschaft war also klar und beruhigend, in einer unruhigen Zeit – auch für die »working poor«?

Man muss dazu sagen, dass eine Demokratie – wegen der Gleichheit, die nicht zulässt, dass es Gruppen mit von Natur aus überlegenem (»aristokratischem«) Status gibt –, keine »natürlichen« Grenzen dafür kennt, was jemand werden kann. Auch die »working poor« können sich gut vorstellen, dass eines Tages sie selbst oder ihre Kinder zu den neuen Herrschenden gehören werden. Und deshalb wollen sie das Boot nicht auf den Felsen setzen. Es ist eigenartig, dass man gerade wegen der Gleichheit als der Voraussetzung von Demokratie (gegenüber aristokratischen oder statusorientierten Systemen) die eigenen »unmittelbaren« Interessen nicht wahrnimmt. Natürlich muss man hinzufügen, dass es in der Realität nicht so ist, dass die Chancen zum Aufstieg minimal sind. Aber, und das ist ein wichtiger Punkt: Es gibt keinen Grund, weshalb ich selbst, diese einzigartige Person, nicht derjeni-

ge sein sollte, der aufsteigt, ungeachtet des Schicksals meiner Klasse. Während also Marxisten in Begriffen des Klasseninteresses denken, denkt ein demokratisches System in individualistischen Begriffen.

Einmal unterstellt, dass die terroristische Bedrohung mental eine große Rolle gespielt hat: Was hat dann bin Ladens Video zum Wahlausgang beigetragen? Welche Wirkung hatte es auf die amerikanische Bevölkerung?

Was dieses Band anbetrifft, sagen die ersten Umfragen: kein Einfluss. Ich selbst würde ganz einfach auffordern, ergänzend bin Ladens Text zu lesen. Er klingt merkwürdigerweise wie Michael Moore – ein Punkt, der es wert ist, besonders betont zu werden, weil Michael Moore viel Zeit mit dem Wahlkampf verbracht hat. Warum hat es nichts genützt? In der eigenen Gemeinde lässt sich gut predigen – das ist ein altes, immer noch gültiges Sprichwort. Wie aber gewinnt man Stimmen außerhalb des Kreises seiner natürlichen Verbündeten?

Hat das etwas mit dem Problem zu tun, über das wir gesprochen haben: dass eine tiefbeunruhigte Nation in einer Situation, in der sie sich angegriffen sieht, nach Einheit sucht – und nicht nach Selbstkritik?

Ein letzter Punkt dazu: Bushs Politik der Angst war darauf ausgerichtet, Solidarität unter den in einer Demokratie »gleichen« Einzelnen herzustellen. Es ist aber das, was Durkheim ganz richtig eine »mechanische« Solidarität genannt hat (wie zwischen den Teilen einer Maschine), eben keine »organische« Solidarität (basierend auf Zusammenarbeit, wo jeder davon abhängig ist, wie der andere seine Rolle spielt). Das ist zugegebenermaßen ein ziemlich abstrakter Hinweis. Aber er enthält einen Grund dafür, dass die Bush-Koalition, wie sich herausstellen könnte, womöglich von kurzer Dauer sein wird. ◀

MARTIN ALTMAYER

Was sind die Alternativen zu einer Realpolitik der Angst?

Fünf Thesen zur Wiederwahl von George W. Bush

► 1. Safety first

Das Sicherheitsbedürfnis in Verbindung mit einer christlich-konservativen Werteorientierung hat diese Wahl dominiert. Insofern hat Bushs strategische Selbstinszenierung als »Kriegspräsident« und wiedergeborener Christ glänzend funktioniert. Seine Mehrheit wäre noch größer gewesen, wenn nicht eine stagnierende Wirtschaft, fehlende soziale Sicherungssysteme, der kritische Verlauf des Irakkriegs sowie die mit sexuellen Perversionen verbundenen Folterpraktiken in den Gefängnissen von Guantánamo und Abu Ghraib Stimmen gekostet hätten. Zwar ist die Präferenz für die beiden großen Parteien gleichmäßig verteilt, und die Polarisierung stabil geblieben, die schon bei Bush versus Gore die Nation teilte. Aber eine tiefer gehende Analyse des Wahlverhaltens zeigt: Erstens wird Bush von 88 Prozent bei der Terrorbekämpfung favorisiert. Zweitens: Selbst wer den Irakkrieg nicht billigt und seinen Verlauf für eher schlecht hält (jeweils eine leichte Mehrheit), hält ihn dennoch für einen Teil des von Bush proklamierten Krieges gegen den Terrorismus und traut – drittens – diesem eher zu, ihn erfolgreich zu Ende zu bringen. Das Bild eines geradlinigen, entschlossen handelnden, sich auf feste moralische Überzeugungen stützenden Präsidenten, der die angegriffene Nation zu beschützen verspricht, hat diese stärker geeint, als es die Rede von der Spaltung des Landes suggeriert. Bin Ladens Wahlkampf-Video, an die Rhetorik antiamerikanischer Globalisierungskritik und an Michael Moores Filme erinnernd, hat das Seine dazu beigetragen.

► 2. Politics of Fear

Eine Nation, die sich bedroht und zur Selbstverteidigung genötigt fühlt, verteidigt ihren Präsidenten: Die Politik der Angst hat Früchte getragen. Fürchtet euch nicht, ist freilich die falsche Gegenparole. Der 11. September 2001 hat das Sicherheitsgefühl der USA nachhaltig und in einem Maße erschüttert, das in Europa kaum verstanden wird: Die Anschläge auf

New York und Washington waren eben keine paranoide Fantasie, sondern Realität – auch psychische Realität. Dieses Ereignis hat traumatische Spuren im mentalen Gefüge der Nation hinterlassen. Und das kollektive Trauma verlangt, wie jede individuelle traumatische Erfahrung auch, nach unbedingter Anerkennung dessen, was wirklich geschehen ist. Wer diese verweigert, aus welchen Motiven auch immer – aus Ignoranz, aus Zynismus, aus politischem Kalkül, aus ideologischen Gründen, aus Angst vor dem »Feindbild Islam« –, leidet nicht nur an Antiamerikanismus oder an einer Empathiestörung. Er macht sich auch blind für die Gefahr, der sich die Weltgesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sieht: einen Totalitarismus islamischer Machart, der ideologisch nicht nur den Koran plündert, sondern auch das verrottende Doppelte des europäischen Totalitarismus. Seine Blutspur zieht sich seit einem Vierteljahrhundert durch die Länder eines erweiterten Mittleren Ostens, von Nord- und Ostafrika bis nach Zentralasien und hat den Westen längst erreicht. Auf einem paranoiden Weltbild beruhend, verfügt dieses totalitäre Projekt über eine beträchtliche Massenbasis in der arabisch-islamischen Welt. Die Vorstellung neokonservativer Weltverbesserer, dieser Islamofaschismus ließe sich durch einen »Krieg gegen den Terror« austreiben wie der Teufel durch den Exorzismus, ist freilich ebenso fatal wie die Verharmlosung, wenn nicht Verleugnung der totalitären Herausforderung, der wir in Europa zu lange zugeneigt waren.

► 3. Two Nations Under God

Europa hat der flachen amerikanischen »Zivilisation« gerne die Tiefe europäischer »Kultur« gegenübergestellt. Nun zeigt sich neben dem säkular-weltoffenen Amerika ein mehrheitsfähiger christlicher Wertefundamentalismus, der tief im uramerikanischen Herzland verankert ist und dem wir fassungslos gegenüberstehen. Die Religionsgläubigkeit in den USA reicht paradoxerweise gerade deshalb weit in den gesellschaftlichen und politischen Raum hinein, weil man sich zu ihr als

einer Privatsache öffentlich bekennt. So konnte sich Bush – im aufgeklärten Europa undenkbar, oder? – als wiedergeborener Christ anbieten, der persönlich im göttlichen Auftrag handelt. Darauf muss auch das andere, das liberale Amerika mit einer Werteooffensive reagieren, die sich dem unvollendeten Projekt der Moderne verpflichtet weiß, aber auch auf Sinnfragen, die mit der Säkularisierung nicht erledigt sind, Antwort geben muss. Auf die Zumutungen der Moderne mit ihrer instrumentell verkürzten Vernunft und Zweckrationalität lassen sich – hoffentlich – auch religiöse Alternativen zum gegenmodernen Chiasmus finden.

► 4. US-Fascism?

Die USA befinden sich nicht auf dem Weg in den autoritären Staat. Bei aller berechtigten Kritik an *Patriot Act*, *Homeland Security* und sonstigen Einschränkungen der Freiheits- und Bürgerrechte: Das Land steht nicht am Rande des Faschismus. Wer das behauptet, unterliegt entweder einer Sinnestäuschung oder einer interessierten Wahrnehmungsverweigerung: Kein Land des Westens, das seine Immigranten so herzlich einlädt und empfängt, kein Land das in seinem Inneren so wenig fremdenfeindlich ist wie die Vereinigten Staaten von Amerika, kein Land, das im Alltag des Zusammenlebens der Ethnien, Religionen und Hautfarben so viel Toleranz beweist (der Umgang mit der schwarzen und indianischen Bevölkerung hat mit einer ebenso langen wie verwickelten Mentalgeschichte zu tun). Und die Gewaltenteilung funktioniert. Die Denunziation der beständigsten Demokratie der Welt als adoleszent und unreif, ja als Kind, das die ödipale Lektion der Selbstbegrenzung noch lernen muss – nebenbei gesagt: ein wilder Missbrauch psychoanalytischer Begriffe, wie er auch im gängigen Vergleich zwischen Bush und Bin Laden seine Volten schlägt – ist selbst Ausdruck eines unbegriffenen Antiamerikanismus. Nach dem projektiven Gehalt dieser Denkfigur muss man nicht lange suchen: Mehr Verantwortung für den Zustand der Welt zu übernehmen, sich deren Krisenherden zu widmen und die eigenen gesellschaftlichen Integrationsprobleme zu lösen, würde Europa besser anstehen, als seine weltpolitische Unreife im Lamento vom rückständigen Amerika zu überjammern.

► 5. Democracy rolls on!

Wir alle, diesseits und jenseits des Atlantik, werden George W. Bush überleben. So wie wir Ronald Reagan überlebt haben, der in der Sowjetunion das »Reich des Bösen« ausge-



Foto: Ilja C. Hendel

macht hatte, nach seiner Wiederwahl mit Gorbatschow Freundschaft schloss und so entscheidend zum Zusammenbruch des realsozialistischen Traums beitrug, der längst zum Albtraum geworden war. Der Gang der Geschichte, der bekanntlich nach vorne ebenso unerforschlich ist wie die Wege Gottes, bedient sich gelegentlich einfacher Menschen. Auch der im Amt bestätigte US-Präsident, der bekanntlich die »Achse des Bösen« erfunden hat, wird Amerika weder ans Licht noch die Welt ins Dunkel führen. Aber er könnte gerade in seiner Schlichtheit dazu beitragen, die wirkliche Gefahr für die Welt zu erkennen, vor der Europa im Traum von Dritte-Welt-Idealismus und Multikulturalismus so lange die Augen verschlossen hat. Spätestens der Fememord an dem Filmemacher Theo van

Gogh, der in Holland den Islamofaschismus (aber nicht nur den, auch »andersgläubige« Fundamentalismen) radikal, aber eben mit künstlerischen Mitteln angeprangert hatte, sollte uns die Augen dafür öffnen: Das europäische Modell einer freiheitlich-säkularen Gesellschaft, die ihren Mitgliedern Religionsfreiheit gewährt, ist auch bei uns ins Visier der Gotteskrieger geraten. Dass auch Europa darauf mit Rechtspopulismus oder Rechristianisierung oder mit beiden reagieren wird, kann nicht ausgeschlossen werden. Aber eine entschiedene Besinnung auf den Universalismus humanistischer Werte, auf die zivilgesellschaftlichen Regeln des Umgangs miteinander und auf die alle Kulturen und Ehtnien verpflichtenden Normen des demokratischen Rechtsstaats wäre der bessere Weg. ◀

Hannah Arendt über die Verschränkungen von europäischer und amerikanischer Identität

Seit dieser Teil der europäischen Menschheit aufgehört hat, eine Kolonie zu sein, seit er seine Verfassung entwickelt und sich zur unabhängigen Republik erklärt hat, ist Amerika sowohl der Traum als auch der Alptraum Europas gewesen.«

»Im Ausland ist der Antiamerikanismus ... vor allem deshalb sehr viel gefährlicher als alle Tiraden gegen ein imperialistisches, kapitalistisches Land, ... weil diese Ideologie mit einem wachsenden ›Amerikanismus‹ zu Hause korrespondiert.«

»Da Europa offenbar nicht mehr gewillt ist, in Amerika das Spiegelbild der eigenen künftigen Entwicklung und das, was von dieser zu erhoffen und zu befürchten sei, zu sehen, gibt es hier die Tendenz, die Errichtung einer europäischen Regierung als einen Akt der Emanzipation von Amerika zu betrachten. ... Amerikanismus auf der einen und Europatümelei auf der anderen Seite des Atlantiks – dies sind zwei Ideologien, die sich gegenüberstehen, die einander bekämpfen und, wie alle scheinbar entgegengesetzte Ideologien, einander ähneln, und darin könnte eine der Gefahren liegen, denen wir ins Auge sehen müssen.«

»In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Prozess, den Europäer als ›Amerikanisierung‹ fürchten, um die Herausbildung der modernen Welt mit all ihren verwirrenden Erscheinungen und Auswirkungen. Es ist wahrscheinlich, dass dieser Prozess durch den Zusammenschluss Europas eher beschleunigt als gebremst wird, wobei diese Föderation ihrerseits höchstwahrscheinlich eine *Conditio sine qua non* für das Überleben Europas darstellt. Ob der Zusammenschluss Europas vom Anstieg eines antiamerikanischen paneuropäischen Nationalismus begleitet wird, wie man heute manchmal befürchten könnte, oder ob das nicht geschieht, die Vereinheitlichung der ökonomischen und demographischen Verhältnisse wird mit großer Sicherheit einen Zustand schaffen, der der Situation in den Vereinigten Staaten sehr ähnlich sein wird.«

Aus: Hannah Arendt, »Europa und Amerika« (1954), in: *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*, München (Piper) 2000, S. 238–257.

MICHAEL WERZ

Von Utah bis Rhode Island – überall Latinos und kein Kulturkampf

Als der Politikwissenschaftler Samuel Huntington vor einigen Monaten in einem Aufsatz seiner Angst um die kulturelle Stabilität der Vereinigten Staaten Luft machte, hatte er den Medienmarkt wieder einmal richtig eingeschätzt. Die Aufregung war groß, als er in Sorge um die große Zahl nicht-assimilierter Einwanderer aus Lateinamerika behauptete, die USA seien im Innersten gefährdet. Seine neuenglische Version vom Untergang des Abendlandes machte Schlagzeilen, wurde angegriffen und die Zahlen, mit denen Huntington seine zentralen Thesen belegt hatte, angezweifelt. Schlagender aber als die wissenschaftlichen Einwände hat die amerikanische Wirklichkeit den Kulturkonservatismus des Harvard-Professors widerlegt.

Nicht nur, dass sensationelle 44 Prozent der Latinos für George Bush gestimmt haben und sich damit der Stimmenanteil für die republikanische Partei innerhalb von acht Jahren mehr als verdoppelte, sondern auch eine Reihe von regionalen Wahlentscheidungen zeigten, dass sich die Integration der Lateinamerikaner mit atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Der Senat des Bundesstaates Neu Mexiko hat inzwischen 14 Latinos in seinen Reihen, in Utah wurden die ersten beiden Latinos in der Geschichte des Mormonenstaates gewählt, in Rhode Island setzte sich der 22-jährige Student Edwin Pacheco als Landtagsabgeordneter durch, und in einem Stadtteil von Dallas wählten die Texaner eine Latina zum Sheriff ihrer Gemeinde. Neu ist auch, dass Kandidaten lateinamerikanischer Herkunft in einer ganzen Reihe von Wahlbezirken gewannen, die keinen besonders hohen Hispanic-Anteil aufweisen.

Es gibt weitere Neuigkeiten: Bis zu den Wahlen am 2. November hatte als Faustregel gegolten, dass eine hohe Wahlbeteiligung den Demokraten zugute kommt. Und als sich im Laufe des Tages abzeichnete, dass mit fast 60 Prozent der größte »Voter turnout« seit über dreißig Jahren erreicht wurde, sank die Stimmung bei den Konservativen auf den Nullpunkt. Es schien, als habe die massive Mobilisierungskampagne der Demokratischen Partei, der verschiedenen Minderheitenorganisationen, bis hin zu Bruce Springsteen und

P-Diddy (mit seiner viel beachteten »Vote or Die«-Initiative) den Erfolg von John Kerry gebracht. Doch im Laufe der Nacht stellte sich heraus, dass nicht nur Florida an den Präsidenten gefallen war, sondern in insgesamt fünf von sechs Bundesstaaten mit der höchsten Wahlbeteiligung ihrer Geschichte die Republikaner siegten.

Darin spiegelt sich eine weitere Zeitenwende der amerikanischen Migrationsgeschichte wider, weil George Bush die Wahlen mit Hilfe wichtiger Minderheitengruppen gewonnen hat. Sein in Florida erprobter Slogan »Nos conocemos« – das an die Latinos gerichtete »Wir kennen uns«, mit dem auf seine Zeit als texanischer Gouverneur angespielt wurde –, hat offensichtlich Bindungen unter den Einwanderern der ersten und zweiten Generation geschaffen. Obwohl die Latinos statistisch immer noch die ärmste Gruppe unter den Minderheiten sind, scheinen sie sich politisch dem Mainstream anzupassen. Das bedeutet in Amerika allerdings nicht Leitkultur und Stampfkartoffeln, sondern die Latinos »verändern das Bild Amerikas, indem sie es bestätigen«, so der Leipziger Historiker Dan Diner. Sie sind seit nunmehr vier Jahren die größte Minderheitengruppe und machen deutlich über zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus, mit steigender Tendenz. Die riesige Zahl von geschätzten fünf bis sieben Millionen Einwanderern ohne Papiere hat weder die Bevölkerung noch die republikanische Partei wirklich aufgeregt.

Das Wahlergebnis zeigt auch, dass die Latinos fester Bestandteil einer Gesellschaft sind, in der nur Politiker Erfolg haben, die auf die dramatischen demographischen Veränderungen bewusst reagieren. George Bush, dem wohlhabenden Ostküstenkind aus Neuengland, ist es als Erstem nach Bill Clinton gelungen, sich erfolgreich zu versüdlischen. Während seiner Zeit in Texas lernte er dazu stellen, dass ihn und seine Partei die Hispanics (so die offizielle Zensuskategorie für die Latinos) nicht unberührt gelassen haben. In Texas und Kalifornien liegt deren Bevölkerungsanteil bei über einem Drittel, in New Mexiko werden sie in wenigen Jahren bald die Hälfte aller Einwohner stellen. Doch gerade in



Foto: Ilja C. Hendel

der neuen Generation haben sozialer Aufstieg und Bildungserfahrungen die Gruppe der Hispanics uneinheitlicher werden lassen. Die Hälfte von ihnen charakterisierte sich in der letzten Volkszählung als »Weiß« und will nicht unbedingt als Mitglied einer benachteiligten Minderheit angesehen und angesprochen werden. Dass die konservativen Republikaner die Minderheiten immer weitgehend ignoriert haben, verschaffte ihnen in dieser neuen Situation einen Vorteil. Denn die Demokraten folgen unausgesprochen noch immer dem Minderheitenbild der Siebzigerjahre: Schwarze, braune und gelbe Amerikaner gelten als sozial benachteiligt und darum für demokratische Wohlfahrtspolitik empfänglich. Das ist aber nicht mehr der Fall, weil viele Hispanics inzwischen ganz gewöhnliche Amerikaner des 21. Jahrhunderts sind und genauso konservativ wie 52 Millionen andere. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die meisten Minderheitengruppen nicht mehr en bloc wählen wie noch vor fünfzehn oder zwanzig Jahren. Es mutet an wie eine Ironie der Geschichte, dass bei den Wahlen 2004 nur zwei amerikanische Minoritäten mit überwältigender Mehrheit gegen George Bush stimmten: Juden und Araber.

George W. Bush mag sich als »wiedergeborener Christ« geben, die Demokraten wünschen sich nichts sehnlicher als einen wiedergeborenen Bill Clinton, der seinerzeit sogar viele Miami-Kubaner auf seine Seite brachte – aber der ist weit und breit nicht in Sicht. ◀

ERNST KÖHLER

Der Narzissmus des kleinen Unterschieds

Timothy Garton Ash und die »Chance der Krise«

Freiheit war immer das große Thema des britischen Historikers Timothy Garton Ash: Freiheit nicht als Errungenschaft und Besitz, sondern als Hoffnung, Perspektive und Vision. Zuerst war es die Freiheitssehnsucht, der wachsende und schließlich siegreiche Freiheitswillen der in Jalta für mehr als ein halbes Jahrhundert weggeschlossenen Völker Osteuropas, über den Garton Ash ein inzwischen klassisches Buch geschrieben hat (*Ein Jahrhundert wird abgewählt*, 1990). Dann war es die Gegenüberstellung der polnischen Solidarnosc-Bewegung und der bundesdeutschen Ostpolitik, und bei aller Sachlichkeit fällt sie für ein deutsches Publikum eher schmerzhaft aus: Wer Demokratie will, muss sie einfordern, muss für sie kämpfen, muss sie erzwingen – das wissen und sagen die Polen. Wer die Liberalisierung der kommunistischen Regimes in der DDR und in Osteuropa will, muss den Machthabern entgegenkommen und ihnen ein Gefühl der Sicherheit vermitteln – das behaupten die »dialektisch« versierten Vordenker und Strategen der neuen westdeutschen Ostpolitik. Bei uns wird sie heute nicht selten rückblickend glorifiziert, Timothy Garton Ash hat sie in seinem monumentalen Werk *Im Namen Europas* (1993) hingegen entzaubert: Es war eine reine, blicklose Stabilitätspolitik. Es war eine eigensüchtige, letztlich ausschließlich an der Milderung der deutschen Teilung interessierte Politik. Das politische Schicksal der unterdrückten Hälfte Europas hat sie gleichgültig gelassen, »im Namen Europas« ist sie fälschlicherweise aufgetreten.

Und auch jetzt mit seinem neuen Buch *Freie Welt* bleibt der Autor seinem Anliegen treu. Wiederum ist es gerade nicht eine »freie Welt«, die sich ihrer selbst gewiss ist, die sich selbst feiert (und die sich in den Zeiten des Kalten Krieges mit wahllosen Mitteln – in Vietnam mit dem Mittel eines Vernichtungskrieges – verteidigt hat). Wenn Garton Ash von »Welt« redet, dann meint er wirklich die Welt, und nicht ein hoch befestigtes, mit allen Schikanen ummauertes Segment. Zu den packendsten Abschnitten des Buches gehören die Passagen über ein Europa, das unbestreitbar eine einzigartige Erfolgsgeschichte darstellt, aber bisher dennoch nicht imstande war, seinen

Millionen meist muslimischen Bürgern aus Asien, Nordafrika oder der Türkei das Gefühl der Anerkennung und der Gleichrangigkeit zu geben. Die Demokratie im westlichen Sinne des Begriffs hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem Globus ausgebreitet – aber wie »frei« kann ein Mensch ein, der nicht einmal genug zu essen hat, der nicht einmal über einwandfreies Trinkwasser verfügt? Doch wohl kaum so frei wie du und ich? Das ist die Frage eines überzeugten westlichen Liberalen, der aber von Denkern wie dem indischen Ökonomen Amartya Sen lernt, dass es keine Freiheit ohne Entwicklung gibt. Diese Einsicht war gestern noch präsenter als heute. Der neue (oder, historisch gesehen, gar nicht einmal so neue) Totalitarismus islamistischer Provenienz lässt sich in der Tat nicht einfach auf Zerfall und Armut zurückführen. Aber der Autor hält seinen Begriff von Freiheit offen – auch im gegenwärtigen Klima der Konfrontation lässt er ihn sich nicht nehmen.

Die »Freie Welt« Timothy Garton Ashs gibt es also noch gar nicht – insofern haben wir es hier eher mit einem Manifest zu tun als mit einem Stück Geschichtsschreibung. Zeitgeschichte – eine am laufenden Prozess, am lebenden Objekt, wie Garton Ash sie, wenn nicht erfunden, so doch zur Meisterschaft gebracht hat – kommt aber reichlich ins Spiel, wenn es um die Chancen für den Aufbau einer solchen Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts geht. Dass sie gut stünden, lässt sich nicht sagen. Und zwar vor allem deshalb nicht, weil das mögliche Kraftzentrum einer derartigen Erneuerung und Reform der Lebensverhältnisse auf dem Erdball – der Westen also oder, wie Garton Ash es einmal nennt, der erweiterte »Nach-Westen« der demokratischen und reichen Staaten insgesamt, bislang wenig oder gar keine Anstalten macht, die Aufgabe ernstlich anzugehen. Dabei hätte diese Gruppe der mächtigen, privilegierten und leistungsstarken Länder mit ihren »tausend Millionen Bürgern« dafür wahrscheinlich nur zwei Jahrzehnte Zeit, schon weil sich dann möglicherweise das Gleichgewicht der Mächte von Asien aus definitiv verschiebt. Es ist das beklemmende, ja alarmierende Bild einer die USA wie Europa gleichermaßen charakterisierende Selbstbe-



Foto: Ilija C. Hendel

zogenheit, Verantwortungslosigkeit und Leistungsverweigerung, das den Kern dieses Essays ausmacht. Man lese im Text nur nach, was die enormen Agrarsubventionen der EU für die landwirtschaftlichen Produzenten in Afrika oder sonst wo bedeuten. Das ist die wissenschaftliche Zerstörung prekärer Existenzen aus nakedem Egoismus. In dieser Hinsicht hat Europa von den USA nichts zu lernen. Garton Ash rekonstruiert die Risse im transatlantischen Bündnis mit seltener Feinheit und Tiefenschärfe. Es gab sie schon vor der Irak-Frage, und es liegen ihnen durchaus reale Interessen zugrunde. Hinzu kommen freilich gewisse grenzenlos vieldeutige Nationalmythen wie »de Gaulle«, der den Franzosen heilig ist, oder »Churchill«, auf den sich in Großbritannien jeder nach Bedarf beruft. Aber der Autor fragt sich auch, wie sich die erbitterten außenpolitischen Streitigkeiten zwischen »Europa« und den USA (es gibt ja auch einen Streit zwischen Europa und Europa, sogar zwischen Großbritannien und Großbritannien – von dem zwischen Amerika und Amerika ganz abgesehen) aus der Perspektive von Leuten ausnehmen müssen, die nur einen Dollar pro Tag zum Leben haben. Wohl wie ein »Narzissmus des kleinen Unterschieds«, schlägt Garton Ash frei nach Sigmund Freud vor. Dabei liegt auf der Hand, dass die arabische Welt und ihre ökonomische Entwicklung einer bedeutenden und anhaltenden Anstrengung des vereinten oder, wenn man so will, wiedervereinten Westens dringend bedarf. Europa selbst steht dabei vor der Alternative, den verarmten Gesellschaften vor seinen Toren entweder mehr Menschen abzunehmen oder mehr Waren. Beides weiterhin abzublocken, ist eine Form des Immobilismus oder der Nicht-Politik, die sich in absehbarer Zeit schwer rächen dürfte. ◀

Timothy Garton Ash: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München, Wien (Carl Hanser Verlag) 2004 (348 S., 23,50 €)

HELGA FLORES TREJO

Die Wahlen: Deutungen und Missdeutungen

Warum Europa handeln muss statt zu lamentieren

Haben Themen oder Personen die entscheidende Rolle bei den US-Wahlen gespielt? Was bedeutet diese Wahl für die Demokraten? Was sagt das Ergebnis für die US-Gesellschaft aus? Sind Europa und die Vereinigten Staaten grundsätzlich verschieden und driften immer weiter auseinander? Diese Fragen sind auch für Europäer keineswegs akademisch. Vielmehr wird das weitere transatlantische Verhältnis in nicht geringem Maß davon abhängen, die richtigen Schlüsse aus dem für viele Europäer unerwünschten Ausgang der Wahlen zu ziehen.

Sicher ist bis jetzt lediglich, dass George Bush seinen Sieg nicht einfach der Mobilisierung der christlichen Rechten verdankt, sondern der Tatsache, dass er in 87 Prozent der Kommunen (counties) und in 45 von 50 Bundesstaaten seinen Stimmenanteil erhöhen konnte. Nach den bisher vorliegenden Analysen und Datenauswertungen hat er mehr Frauen, Familien mit Kindern, Schwarze und Latinos für sich gewonnen als noch vor vier Jahren. Entgegen ersten Erklärungen hat nicht das Votum im Hinterland den Republikanern zum Sieg verholfen, sondern insbesondere in den Vororten der großen Städte hatten sie hohen Zuspruch. So zum Beispiel in Ohio, wo der amtierende Präsident deutliche Zugewinne in den schnell wachsenden Vororten von Cincinnati verbuchte. So betrug die Gewinnmarge im Warren County mehr als 40 000 Stimmen, die Vororte der Städte Columbus, Delaware und Fairfield verschafften ihm weitere 43 000 Stimmen Vorsprung. Gerade auf den nördlichen Bundesstaat Ohio, in dem seit dem Antritt der Bush-Administration mehr als 230 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, haben die Demokraten große Hoffnungen gesetzt. Doch mit den Arbeitsplätzen verschwand auch das traditionelle Arbeitermilieu. Hier waren letztlich Krieg und Terrorängste wichtigste Motivation, konservativ zu wählen. Nachdem insbesondere Dick Cheney immer wieder Angst vor Anschlägen schürte, sprechen einige Analysten inzwischen von der Konversion der Fußball-Mütter aus den suburbanen Vororten in die Sicherheits-Mütter.

Die Demokraten haben nach wie vor die größte Unterstützung in den städtischen Metropolen, auf sie entfielen rund 60 Prozent der Stimmen in allen Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern. Demgegenüber haben sie selbst in den Vororten bei den unteren Mittelschichten überraschend deutlich an Terrain verloren. Die Demokratische Partei war in diesen Wahlen nur in den städtischen Regionen der West- und Ostküste wirklich erfolgreich, büßte aber die Unterstützung wichtiger Wählergruppen ein. Das große Dilemma liegt darin, dass den Demokraten offensichtlich der Zugang in die schnell wachsenden Vororte verwehrt geblieben ist, in denen vor allem Familien mit Kindern leben, aber auch zunehmend Latinos. Sollte das so bleiben, sind die Zukunftsperspektiven schlecht.

Diese Entwicklung bekräftigt, dass in weiten Teilen der USA eine kulturelle Kluft existiert, die die Demokraten bereits vor vier Jahren zu spüren bekamen. Im Juli 2001 titelte *Blueprint*, das Magazin der Bill Clinton nahen *New Democrats*, in Anlehnung an dessen legendäres »It's the economy, stupid« damals: »It's the culture, stupid« (»Es geht um Kultur, du Trottel«) und identifizierte jene Wählergruppen, bei denen die eigene Partei ihren Zuspruch erhöhen sollte: Gläubige, Waffenbesitzer, verheiratete Paare, Familien, Militärangehörige, Latinos, weiße Männer, Mütter. Nun wurde offenbar, dass die Kluft zwischen der demokratischen Partei und diesen Bevölkerungsgruppen sich 2004 noch geweitet hat.

Wenngleich der Wahlsieg von George Bush auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis ruht als zuvor, stellt sich dennoch die Frage, warum diese Gruppen, die keineswegs am politischen Rand der Gesellschaft zu finden sind, dem Präsidenten ihre Stimme gegeben haben. Und dies bei einer Regierung, die einen Rekord an Arbeitsplatzverlusten zu verbuchen hatte, unvorstellbare Defizite aufhäufte, krasse politische und militärische Fehleinschätzungen im Irak verantwortet, wie auch den weltweiten Imageverlust der USA — dennoch erhielt sie eine deutliche, wenn auch nicht überwältigende Mehrheit. Die Wähler haben Bush offensichtlich nicht

wegen, sondern trotz der Bilanz der vergangenen vier Jahre gewählt. Late-Night-Komödiant David Letterman hat diese Logik auf den Punkt gebracht, als er kürzlich sagte: »Präsident Bush wird Wahlen im Irak abhalten, die Infrastruktur wieder aufbauen, Arbeitsplätze schaffen und wenn es dort funktioniert, wird er es auch hier versuchen.«

Deshalb ist intensiv diskutiert worden, was jene 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Sinn hatten, die den Meinungsforschern diktierten, dass für sie »moralische Werte« ausschlaggebend gewesen seien. Man muss dabei wissen, dass »Moral« in den USA alles Mögliche bezeichnen kann, bei Nachfragen wurden auch Themen wie Umweltschutz, Frieden oder Nachbarschaftshilfe angegeben. Wie sehr diese Erwägungen die Wahlen beeinflussten, ist noch unklar, auch wenn die von den Republikanern forcierte Ablehnung der Schwulenehe sicherlich als Katalysator diente und Rechte an die Urnen brachte. Unter der Wertehaube verstecken sich eine ganze Reihe von Themen wie Familienwerte, Angst vor Kriminalität, Lebensführung nach festen Prinzipien, Waffenrechte, die Frage der Stammzellenforschung, Abtreibung, Religiosität und so weiter. Das bedeutet, dass der politische Diskurs zwar sehr oft in religiöser Sprache geführt wird, sich jedoch keineswegs auf Religiöses reduzieren lässt. Hierin liegt ein weit verbreitetes Missverständnis, das sich auch auf die politischen Entscheidungen der Bush-Administration bezieht: Sie sind nicht religiös begründet, auch wenn die Sprache, in der sie formuliert werden, oft religiös anmutet.

► Was ist im Bereich der Außenpolitik zu erwarten?

Für George Bush gilt, dass er genau das versuchen wird durchzusetzen, was er auch bisher wollte. Auf der ersten Pressekonferenz nach der Wahl wurde er gefragt, ob er in Zukunft multilateraler handeln wolle. Auf jeden Fall wolle er das, entgegnete Bush und sagte, er würde jederzeit das Gespräch mit anderen Staatsmännern suchen, um ihnen »meine Entscheidungen zu erklären«.

Aus europäischer Perspektive liegt das Problem darin, mit einer unveränderten US-Außenpolitik sachlich und im Sinne der eigenen wohlverstandenen Interessen umzugehen. Ob Fantasien wie die des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero, der die EU in zwanzig Jahren als wichtigste Weltmacht sieht, besonders realistisch sind, ist allerdings fraglich. Von Vorteil ist immerhin, dass nach vier Jahren und vielen erbitterten Auseinandersetzungen inzwischen klar ist, mit wem man es zu tun hat und was zu erwarten ist. Das

heißt aber auch, dass es in der EU keine Ausreden mehr gibt. Statt in passiver Haltung zu verharren, sind nun eine Reihe eigener Initiativen angebracht — nicht nur, weil der Irak in absehbarer Zeit eine gemeinsame Grenze mit der Europäischen Gemeinschaft haben wird.

In zahlreichen Ideenschmieden Washingtons wartet man darauf, dass die Europäer, soweit vorhanden, ihre außenpolitische Agenda für das kommende Jahrzehnt offensiv vertreten und keine Zeit mit dem Warten auf freundliche (oder weniger freundliche) Einladungen der Administration verlieren. Noch unvernünftiger wäre es, so ist zu hören, auf eine versöhnliche Geste zu warten. Die europäischen Regierungen werden nicht umworben, denn es geht auch ohne sie, wenn auch schlechter als mit ihnen. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu sehen, dass George Bush die erste amerikanische Administration nach 1945 führt, die nicht vorbehaltlos die europäische Integration und Einigung unterstützt hat. Man hat sich lieber einzelne Partner ausgesucht und gelegentlich auch auf Spaltung gesetzt. Dank der innereuropäischen Differenzen war das nicht besonders schwierig und die US-Regierung wird weiterhin versucht sein, so zu handeln, auch wenn sie damit längerfristig gegen ihre eigenen Interessen verstößt.

Doch selbst diese schwierige Ausgangslage kann nicht dazu herhalten, dass die EU sich um Sachthemen (atlantische Allianz, Modernisierung von Militär und Ökonomie) und die entscheidenden politischen Konflikte (Iran, Irak, Korea, Nahost) herumzudrücken versucht. Politisch gibt es viele gemeinsame Interessen, denn die USA und Europa sind nicht so gegensätzlich, wie Jürgen Habermas und Jacques Derrida das in ihrem intellektuellen Scheidungsmanifest im Mai 2003 unterstell-



Foto: Ilja C. Hendel

ten. Damals hatten sie im Einklang mit weiten Teilen der Bevölkerung geschrieben, »die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union [habe] die Europäer in der Überzeugung bestärkt, dass die Domestizierung staatlicher Gewaltausübung auch auf globaler Ebene eine gegenseitige Einschränkung souveräner Handlungsspielräume verlangt«.

Schon die Unterstellung, Europa befinde sich in einem postnationalen Zustand, ist bereits umstritten, dass aber Habermas, Derrida und vielen Politikern offensichtlich vorschwebt, die EU gegen die USA in Stellung zu bringen, richtet echten Schaden an. »Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren«, schrieb Habermas und artikulierte damit eine weit verbreitete Vorstellung. Abgesehen von der Selbststilisierung europäischer Geschichte bleibt der Anspruch auf eine den Vereinigten Staaten entgegengesetzte Globalpolitik ebenso fraglich wie unrealistisch. Die Fehldeutung der Wahlen und die Frustrationen durch die Bush-Administration sollte nicht dazu herhalten, europäischen Eigensinn zu fördern. Habermas und Derrida haben eine alternative Außenpolitik der EU gefordert, das ist nicht falsch, aber sie muss im atlantischen Rahmen formuliert werden.

Doch die großen Worte und die Wirklichkeit klaffen bis auf den heutigen Tag recht weit auseinander. Die gewaltigen Aufgaben notwendiger ökonomischer Reformen, die demographischen Herausforderungen einer

schnell alternden Gesellschaft, die Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die massiven Migrations- und Integrationsprobleme und schließlich der Türkei beitriffen müssen angegangen werden, um überhaupt die Voraussetzung für eine globale Rolle der EU zu schaffen. Zu suggerieren, diese Aufgaben könnten unabhängig von den transatlantischen Institutionen verwirklicht werden, ist falsch. Das Gegenteil sollte die Konsequenz sein: eine Rekonstruktion des Westens entlang politischer Interessen und ethischer Standards. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges ist das Thema der transatlantischen Beziehungen nicht mehr Europa, sondern die Welt. Diese europäische Mitverantwortung mit Blick auf das Wahlergebnis auszuschlagen wäre leichtfertig.

Timothy Garton Ash fand in Washington ein aufmerksames Publikum, als er diese europäischen Richtungsentscheidungen und Reaktionen auf die US-Wahlen auch als Kampf zwischen Eurogaullisten und Euroatlantikern beschrieb. In dieser Auseinandersetzung sind die politischen Energien einer deutschen Regierung besser eingesetzt als im inhaltlosen Ehrgeiz, einen Sitz im Sicherheitsrat zu ergattern. Wenn jedoch in Berlin Ideen für eine Demokratisierung des Nahen Ostens und den arabischen Raum entwickelt, der EU-Beitritt der Türkei vorangetrieben und eine offensive Lösung des Iran-Problems gesucht werden, dann würde dies den *modus operandi* (und *vivendi*) der atlantischen Allianz bestimmen. Auch die jetzige Administration ist ein Partner Europas, nur ein wenig anstrengender als andere. ◀

Präsident – Wer wählte wie? (%)

	Bush	Kerry	Nader	Gesamt
Männer	54	45	1	46
Frauen	47	52	1	54
Weißer	57	42	1	77
Schwarze	11	89	0	11
Latinos	42	55	2	9
High School (HS)	51	48	1	22
Ohne HS	49	50	0	4
College	51	47	1	26
Städte ab 50.000	43	56	0	30
Kleinstädte/Land	56	43	1	24

Quelle: »Newsweek«, 15.11.04

BALDUIN WINTER

Der nächste »Schurke«?

Glaubt man Stimmen aus dem American Enterprise Institute, einem einflussreichen Think Tank der Neokonservativen, dann ist George W. Bush ein zögerlicher Kriegsherr, der es längst versäumt habe in den Iran einzumarschieren. Für AEI-Fellow Michael A.

Lebeen ist der Iran »die Mutter des modernen islamischen Terrorismus, der Schöpfer der Hizbollah, der Verbündete von al-Qaida, der Förderer von Zarqawi, der langfristige Förderer der Fatah und das Rückgrat der Hamas«. Er erinnert daran, dass Präsident Bush in seiner National Security Strategy vom September 2002 dazu aufgerufen habe, gegen die staatlichen Helfer der Terroristen genauso hart vorzugehen; das habe im Fall Afghanistan sehr gut geklappt, jedoch nicht im Fall Irak. In irakischen Straßen führen Iraner, Syrer und Saudis einen Regionalkrieg gegen die USA. In dieser Argumentation spielt das iranische Atomprogramm nur eine Nebenrolle, lediglich ein zusätzlicher Beweis für den Schurkenstatus der »Mullahkratie«. (AEI-Kommentare, 9.10.)

Tatsächlich stiftet der Iran einige Verwirrung in den politischen Köpfen der USA. Es gibt – trotz »Achse des Bösen« – auch eine Reihe hochrangiger Kontakte mit dem iranischen UN-Botschafter in New York, Mohammad-Javad Zarif. Als erster offizieller Besucher seit 1979 kam der republikanische Senator von Pennsylvania, Arlen Specter, nach Teheran und erklärte im April 2004: »Wir müssen einen Dialog mit dem Iran beginnen ... Wir müssen eine ständige Kommunikation herstellen, um den Iran zu hindern Atomwaffen zu entwickeln.« Das klingt sehr »europäisch« und wird wiederum von den NeoCons mit Spott und Hohn belegt. Die US-Regierung selbst scheint gewillt zu sein, dem Iran nach seinen taktischen Geplänkeln eine letzte Verhandlungschance mit den Europäern einzuräumen, wiewohl diese von Washington sehr skeptisch beurteilt wird. Stephen G. Rademaker, Berater Colin Powells für Rüstungskontrolle, äußerte sich dazu: »Wir nehmen nicht an, dass sich der Iran auf lange Sicht an jede Forderung, keine Atomwaffen zu entwickeln, anpasst (Washington Post, 9.11.).« Man wolle »den europäischen Verbündeten bei diesen Verhandlungen nicht im Wege sein«, zu ei-

nem diplomatischen Ergebnis zu kommen. Doch ähnele der Fall Iran sehr dem Nordkoreas: »Washington will eine Garantie der unbefristeten Suspendierung«, wenn der Iran nicht zustimme, solle er auf den UN-Sicherheitsrat verwiesen werden, »um möglichen Sanktionen ins Auge zu blicken«.

Darf der Iran nicht über die Atomtechnologie verfügen? Ein Argument besteht darin, dass es verdächtig sei, wenn ein reiches Ölförderland ausgerechnet auf Atomenergie setze. »Der Iran verfügt über die viertgrößten Öl- und die zweitgrößten Gasvorräte der Welt und ein beträchtliches Potenzial an regenerativen Energiequellen«, schreibt Mohssen Massarat im *Freitag* (29.10.). »Dass aber ausgerechnet die teuerste und risikoreichste Energietechnologie ... die künftige Energieversorgung des Landes sichern soll, stellt die Glaubwürdigkeit des offiziellen Iran am stärksten in Frage.«

Nun gibt es aber schon seit 1957 ein Kooperationsabkommen des Iran mit den USA, »Atoms for Peace«, in dessen Rahmen 1967 Washington einen kleinen Forschungsreaktor an Teheran lieferte. 1959 trat Iran der IAEA bei und setzte 1974 sein Safeguards-Abkommen in Kraft, womit seine zivilen Kernanlagen den IAEA-Kontrollen geöffnet wurden. Zugleich wurde ein Programm ausgearbeitet, das bis Mitte der Neunzigerjahre den Bau von 23 Kernkraftwerken vorsah (alle Informationen: Oliver Thränert: *Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen*, SWP-Studie, Berlin 2003).

1979 waren in Buschehr zwei Reaktoren teilweise fertig gestellt. Unter Khomeini galt die Atomenergie zunächst als westliche, »dem Islam unwürdige« Energie. Erst Mitte der Achtzigerjahre wurde weitergeforscht und -gebaut, teilweise jenseits internationaler Kontrollen. Gemeldet ist der IAEA ein ziviles Programm, in dem auch der Bau von Schwerwasserreaktoren vorgesehen ist. Wirtschaftlich lohnen sich diese nach Ansicht von Experten nicht, machen jedoch Sinn in Kombination mit einer Wiederaufbereitungsanlage: »Größere Mengen Plutonium würden anfallen, die zum Bau von Atombomben genutzt werden könnten« (*Internationale Politik*, 8/03). Pakistan, China, später Russland wurden die entscheidenden Lieferanten. Russland blieb nur beschränkt

im Geschäft und verpflichtete sich gegenüber der USA, kein für Atomwaffen verwendbares Material zu liefern – woran es sich jedoch nicht gehalten haben dürfte.

Den springenden Punkt formulierte Klaus-Dieter Frankenberger in der *FAZ* (1.10.): »Die Frage lautet nicht wirklich, ob Iran ein Recht auf Nuklearenergie habe. ... Entscheidend ist vielmehr die Frage: Kann man hinnehmen, wenn Iran Uran anreichert, sich potenziell waffenfähiges Material verschafft und den Schritt zur militärischen Atommacht vollzieht? Und wenn man es nicht hinnehmen will: Was ist dagegen zu tun und von wem? Der Gedanke, dass im Mittleren Osten ein (noch immer) islamisch-fundamentalistisches Regime über Atomwaffen verfügt, hat nichts Beruhigendes an sich.« Und gar nicht beruhigend ist es, wenn der im Ruf des Reformers stehende iranische Präsident Khatami den drohenden Konflikt an die Wand malt: »Wir wollen verhindern, dass sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Iran befasst. Werden sie uns jedoch unser legitimes Recht rauben, dann sollten wir und unser Volk auch bereit sein, den Preis für die Wahrung des nationalen Rechts zu zahlen. Möge dieser Tag aber nicht kommen« (*Freitag*, 29.10.).

Von der Möglichkeit eines solchen Tages X hatten schon länger zuvor führende israelische Politiker gesprochen, die sich durch das iranische Atomprogramm bedroht fühlen. Dass es eben nicht um die friedliche Nutzung ging, brachten iranische Oppositionelle im Oktober 2002 ans Licht der Weltöffentlichkeit, als sie auf eine Anlage zur Anreicherung von Uran in Natanz hinwiesen, die der IAEA nicht gemeldet war. Postwendend reagierte Israels Premier Ariel Scharon, der in einem Interview mit der Londoner *Times* am 5.11.02 erklärte, sofort nach dem Irak müsse man den Iran ins Visier nehmen. Laut *Sunday Times* (18.7.) liegt ein erster Angriffsplan bereit, zudem sei zu »Übungszwecken« der Atomreaktor Buschehr in der Negev-Wüste als Modell nachgebaut worden. Hier trainieren israelische Luftwaffenpiloten den exakten Bombenabwurf. »Allerdings würde sich ein Angriff auf iranische Atomanlagen nach Ansicht von Experten als höchst kompliziert erweisen. Die Anlagen sind im ganzen Land verteilt und die Geheimdienstinformationen über Iran spärlich. Dies bestätigte Alex Vatanka vom Analsemagazin *Jane's Sentinel Security Assessments* in London. »Es gibt keine guten Geheimdienstinformationen über Iran«, sagte auch der israelische Strategiefachmann Reuven Pedazur der *AP*. »Ein israelischer Angriff in Iran würde riesigen politischen Schaden anrichten«, mahnte Pedazur. »Und letztlich

würde das Programm fortgesetzt werden.« (Bahrán Nirumand, *iran report* 10/2004, www.boell.de)

Steht dem Nahen und Mittleren Osten ein Rennen um die Atombombe bevor? Schon heute gibt es auf dieser asiatischen Flanke zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean drei Atommächte: Israel, Pakistan, Indien. Nun ist der Iran nahe daran, waffenfähiges Uran herzustellen, Schätzungen zufolge könnte er in einem Jahr schon in der Lage sein. Und schließlich gibt es noch Ägypten und Saudi-Arabien, die sich sowohl von Israel als auch vom Iran bedroht fühlen. Auch hier gibt es Überlegungen für eine eigene nukleare Option. »Erkennbar sind«, schreibt Thomas Gutschker (*Rheinischer Merkur*, 5.8.), »zwei konkurrierende Strategien. Die eine setzt auf gütliche Schlichtung und die Selbstverpflichtung der Region auf eine kernwaffenfreie Zone. Die andere pocht dagegen auf die sanktionenbewehrte Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags. Der Hauptunterschied: Im ersten Fall wird Israel einbezogen, im zweiten nicht – weil es diesem Abkommen nie beigetreten ist. – In einer idealen Welt wäre die erste Strategie vorzuziehen – in der realen ist das aber nicht möglich. Denn Israel liegt schon heute in Reichweite der Mittel- und Langstreckenraketen aus dem Iran und Pakistan. ... Nur die Atombombe bietet Sicherheit in einer feindlich gesinnten Umgebung. Für die arabischen Nachbarn und den Iran geht es dagegen um etwas anderes: die Dominanz in der Region.«

Die Idee der kernwaffenfreien Zone ist weit mehr als ein Projekt der politischen Literatur. Sie wird alljährlich in der UN abgestimmt: »Seit 1974 verabschiedet die UN-Generalversammlung jedes Jahr eine – ursprünglich von Ägypten und dem Iran eingebrachte – Resolution für eine nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) im Mittleren Osten, seit 1980 einstimmig, also mit israelischer Zustimmung. Nachdem der irakische Präsident Saddam Hussein im Jahr 1990 angekündigt hatte, Chemiewaffen zu besitzen und sie im Falle eines israelischen Angriffs auch gegen die israelische Zivilbevölkerung einsetzen zu wollen, startete Ägypten eine Initiative für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone Mittlerer Osten (Mubarak-Initiative). Nach dem Golfkrieg 1991 griffen auch der Golf-Kooperationsrat und der UN-Sicherheitsrat diese Idee auf. Trotz der bislang fehlgeschlagenen Initiativen besteht eine realistische Chance, dem Ziel einer massenvernichtungswaffenfreien



Foto: Kaveh Kazemi, Corbis

Zone näher zu kommen.« (Mützenich: »Ein Mittlerer Osten ohne Massenvernichtungswaffen«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4/2004)

Der Iran, obzwar eine Regionalmacht, steht, mit Ausnahme seiner traditionell guten Beziehungen zu Syrien und seinem zuletzt entspannteren Verhältnis zu Ägypten, auch in der Region relativ isoliert da und hat, angesichts der Feindseligkeit der US-Regierung, eine Art »Wagenburg-Mentalität« (Ferhad Ibrahim) entwickelt. Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing bestätigte bei einem Staatsbesuch in Teheran am 5.11. zwar, dass China »für eine Verhandlungslösung eintrete« und sich ein Veto vorstellen könne, »im Falle, dass die USA und die drei europäischen Nationen der EU harte Sanktionen fordern« (*iran-press-service*, 6.11.); doch relativierte er seine Aussage vor Journalisten, dass es »gegen eine übermäßige Verwendung des Vetos spezielle Grenzen gibt«. Der Chef des außenpolitischen Komitees im Obersten Staatssicherheitsrat, Hosseyn Moussavian, warnte in *Radio France International*: »Wenn die Iraner denken, dass China ihre Partei gegen die Vereinigten Staaten in den Vereinten Nationen ergreifen würde, irren sie sich absolut.« Die ägyptische Wochenzeitung *Al-Ahram* sieht in der kommenden IAEA-Sitzung »einen Wendepunkt in der Geschichte des Irans und des Mittleren Ostens als Ganzes« (21.10.): »Die Sturmwolken versammeln sich über dem Iran, und der Wind heult.«

Da und dort wird die militärische Option erörtert, doch ist die Stimmungslage insgesamt anders als vor den UN-Sitzungen zum Irak. Auch im Verhältnis zu den Europäern wird

ein anderer Ton gepflegt. Das liegt wohl auch, wie das Jaffee Center for Strategic Studies an der University of Tel Aviv feststellt, »an der geänderten Position der Europäer zur Proliferation«, an den Beispielen Nordkorea und Libyen dargelegt (*Strategic Assessment*, Vol. 7, No. 1, May 2004). Großbritannien, Frankreich und Deutschland spielen ihren Part, abfällige Bemerkungen beschränken sich auf den Kreis der Hardliner, offiziell scheint man darum bemüht Politik aufeinander abzustimmen.

Die Zurückhaltung der US-Regierung mag noch einen anderen Grund haben. *Tehran Times* meldete am 9.11., dass ein Abkommen zwischen den drei Europäern und dem Iran knapp vor dem Abschluss stünde, wonach der Iran auf Urananreicherung verzichte. Und seitens des Iran gibt es Signale von höchster Ebene, die auf ein Einlenken hindeuten. Am 8.11. ritt der General des Wächterrates, Mohammad Baqer Zolqadr, scharfe Attacken gegen Israel und die USA, erwähnte jedoch zugleich, dass »der Gebrauch nicht herkömmlicher Waffen im Widerspruch zu den Fundamenten unserer Religion« stünde und dass »solche Waffen nachteilige Auswirkungen auf die Nation erzeugen« würden (*iran-press-service*). Auch der oberste religiöse Führer, Ayatollah Ali Khamenei, hatte den »islamischen Kanon« zu Rate gezogen und verkündet, dass »Atomwaffen gegen »die iranische religiöse Rechtsprechung« sei. Der oppositionelle Presbendienst richtete darauf an die beiden die rhetorische Frage, wie denn der Islam die Produktion einer Waffe verbieten konnte, die zur Zeit des muslimischen Hellschers Mohammed noch gar nicht existierte. ◀

HELGA BAUMGARTEN

Vor der Quadratur des Kreises?

Parameter der Post-Arafat-Ära

Die Einschätzungen darüber, ob nach dem Tode Yasir Arafats die Chancen für einen Friedensprozess oder die Entwicklung der zivilen Gesellschaft kleiner oder größer geworden sind, gehen auch international weit auseinander. Sie hängen nicht nur vom Verhalten Israels ab, sondern auch von der Entwicklung der politischen Fraktionen bei den Palästinensern. Unsere Autorin gibt Einblicke in die sich entwickelnden Kräfteverhältnisse vor den Wahlen im Januar.

Yasir Arafat ist tot, gestorben, ehe er sein Lebenswerk vollenden und sein höchstes politisches Ziel erreichen konnte: die Errichtung eines palästinensischen Staates in den 1967 von Israel besetzten Gebieten, im Westjordanland, mit Ost-Jerusalem also, und im Gazastreifen. Die palästinensische National- oder Befreiungsbewegung hat ihren historischen Führer, ihr nationales Symbol verloren.

Wie wird es weitergehen in Palästina, aber auch in Israel, nach diesem historischen Einschnitt? Wird der inzwischen wohl am längsten andauernde Konflikt der internationalen Politik nun lösbar werden? Schließlich ist Arafat, den der israelische Premier Scharon, ebenso wie der gerade wieder gewählte US-Präsident Bush immer als das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einem Ausgleich betrachtet haben, nun nicht mehr da und kann deshalb weder als Hindernis noch als Sündenbock herhalten.

► Institutionen und Wahlen

Die ersten palästinensischen Reaktionen nach Arafats Tod rückten die bestehenden Institutionen in den Vordergrund: innerhalb der palästinensischen Autorität das Parlament, also den Legislativrat, und das erst vor einem Jahr neu geschaffene Amt des Ministerpräsidenten; auf der Ebene der internationalen Politik

die PLO, die ja die Osloer Verhandlungen geführt hat und für die palästinensische Außenpolitik verantwortlich ist.

Mahmud Abbas, bis dato der zweite Mann in der PLO, rückte an die Spitze der PLO. Ahmed Qreia, der derzeit amtierende palästinensische Ministerpräsident, übernahm die Kontrolle über die diversen palästinensischen Sicherheitskräfte und verstärkte damit die Macht seines Amtes ganz entscheidend. Und wie im palästinensischen Grundgesetz vorgesehen, übernahm der Parlamentspräsident die Präsidentschaft der palästinensischen Autorität für eine Übergangszeit von 60 Tagen.

Dann, so der inzwischen klar artikulierte politische Wille der palästinensischen politischen Elite ebenso wie der Gesellschaft im Ganzen, sollen Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Darüber hinaus wurde die Forderung erhoben, dann auch die längst überfälligen Neuwahlen für den Legislativrat abzuhalten sowie die ebenfalls schon mehrmals aufgeschobenen Lokalwahlen.

Schon im Herbst 2004 wurden die palästinensischen Wählerlisten neu erfasst und von daher gibt es aus palästinensischer Sicht kein Hindernis mehr auf dem Weg zu Neuwahlen.

Das letzte Wort aber wird die israelische Besatzung haben. Nur sie kann entscheiden, ob das unsägliche System von Straßensperren im Westjordanland wenigstens teilweise aufgehoben wird, ob sich die Armee aus den Hauptbevölkerungszentren dort zurückzieht und ob der Krieg im Gazastreifen beendet wird.

Nur massiver internationaler Druck, und hier ist, noch vor den Vereinigten Staaten, zuerst die EU gefordert, kann Israel gegenüber das Minimum durchsetzen, das notwendig ist, um den Palästinensern wenigstens das elementarste demokratische Grundrecht zu gewähren, nämlich die Möglichkeit zu wählen.

► Die palästinensische politische Landschaft

Zwei große politische Bewegungen sind es, die das palästinensische Parteiensystem konstituieren: Fateh, die Regierungspartei und bis dato wohl größte und stärkste Organisation, und Hamas, die islamische Widerstandsbewegung, die nur wenig kleiner ist als Fateh und als Opposition fungiert. Die ersten palästinensischen Wahlen im Januar 1996 wurden von Hamas noch boykottiert. Inzwischen mobilisiert Hamas seine Anhänger für Neuwahlen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Lokal- und wohl auch auf den Legislativratswahlen. An den Wahlen zum Präsidenten der palästinensischen Autorität will sich Hamas nicht beteiligen. Sie hält diese, wie überhaupt den gesamten Osloer Prozess, für illegitim.

Welche Wahlergebnisse sind zu erwarten auf der Basis der relativen Stärke dieser beiden Parteien? Nach den letzten Umfrageergebnissen zu urteilen, könnte Fateh die Wahlen wieder gewinnen, wie schon 1996. Allerdings hätte Fateh nur eine relativ kleine Mehrheit gegenüber ihrem größten Rivalen Hamas. Alle Meinungsforschungsinstitute stimmen überein, dass Fateh derzeit nicht mehr als 30 Prozent aller Stimmen bekommen würde, gegenüber 20 bis 25 Prozent aller Stimmen, die wahrscheinlich für Hamas abgegeben werden.

Ein großes Fragezeichen bleibt hinter dem zu erwartenden Wahlverhalten all der BürgerInnen, die derzeit weder Fateh noch Hamas wählen oder unterstützen wollen. Offen ist, ob diese dritte Gruppe von Bürgern sich am Tag der Wahlen doch noch für Fateh oder Hamas entscheidet oder ob möglicherweise eine dritte politische Kraft in Palästina hier ein Wählerpotenzial mobilisieren könnte.

Mustafa al-Barghuti, Gründer und Führer der Demokratischen Initiative sowie der inter-



Foto: Markus Kirchgöbner

national bekannteste palästinensische NRO-Aktivist, hofft eben darauf und meint voller Selbstbewusstsein, Hamas als zweitstärkste Kraft in Palästina ablösen zu können. Edward Said, Palästinas bekanntester Intellektueller, stand bis zu seinem Tod voll und ganz hinter Barghuti. Inzwischen führt Daniel Barenboim, enger Freund von Edward Said, die vorbehaltlose Unterstützung Suids für Barghuti weiter.

Der notwendige Rückhalt für die Demokratische Initiative in der palästinensischen Bevölkerung jedoch ist bis dato ausgeblieben oder zumindest nicht erkennbar. Ähnlich wie der gesamte NRO-Sektor ist Barghuti in internationalen NRO- und politischen Zirkeln weit bekannter und genießt dort sehr viel mehr Ansehen und Vertrauen als in der palästinensischen Gesellschaft. In keiner der zahlreichen

Umfragen in Palästina zum Beispiel taucht der Name Mustafa Barghuti überhaupt auf.

Der Name, der jedoch immer wieder und mit kontinuierlich steigenden Popularitätswerten genannt wird, ist der seines Namensvetters, nämlich Marwan Barghuti. Studentischer Aktivist in den Achtzigerjahren, deportiert während der ersten Intifada, Rückkehr mit Arafat und der PLO 1994, Wahl in den palästinensischen Legislativrat als Abgeordneter, bekanntester Fateh-Aktivist und Tanzim-Führer (also Chef der Fateh-Parteiorganisation) im Westjordanland, aktiv in der Kooperation mit israelischen Friedensaktivisten in den Osloer Jahren, seit Beginn der zweiten Intifada populärster Fateh-Führer im Westjordanland, der den Widerstand gegen die andauernde und nicht enden wollende israelische Besatzung geradezu als Symbol verkörpert.

Barghuti wird 2002 von der israelischen Armee in Ramallah verhaftet und von einem israelischen Gericht wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten zu mehreren lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt. Seitdem führt er die palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen politisch an und spielt eine immer größere Rolle in der palästinensischen Politik.

Immer häufiger ist auf der palästinensischen Straße, aber auch von Seiten studentischer Aktivisten zu hören, dass Marwan Bar-

Yasir Arafat, Abu Ammar

Geboren 1929. Mitbegründer von Fateh 1958/59 in Kuwait. Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes gegen Israel im Januar 1965. Schlacht von Karameh im Februar 1968: Fateh wird zur Massenbewegung, die seitdem unter Arafat den palästinensischen nationalen Befreiungskampf anführt. Arafat wird Chef der PLO, der 1964 noch von Nasser gegründeten palästinensischen Dachorganisation Organisation zur Befreiung Palästinas. Arafat beginnt 1973/74 seinen langen Marsch in Richtung Etablierung eines palästinensischen Staates neben Israel. 1988, nach einem Jahr Intifada in den besetzten palästinensischen Gebieten, akzeptiert der palästinensische Nationalrat, das PLO-Parlament, Arafats Proklamation eines palästinensischen Staates und damit die Anerkennung Israels.

Im September 1993 unterzeichnet Arafat im Weißen Haus in Washington, zusammen mit

Rabin und Peres, die Osloer Prinzipienklärung, mit der Israel zum ersten Mal die PLO anerkennt. Im Sommer 1994 kann Arafat mit dem PLO-Apparat nach Gaza und ins Westjordanland zurückkehren. 1996 wird Arafat zum Präsidenten der Palästinensischen Autorität gewählt. Im Sommer 2000 scheitert der von Ehud Barak den Palästinensern aufgezwungene Gipfel von Camp David.

Im September/Oktober 2000 beginnt die Zweite Palästinensische Intifada. Ariel Sharon beginnt 2001 seinen »Politizid« (Baruch Kimmerling) gegen die Palästinenser und nimmt im Dezember 2001 eine Delegitimierungskampagne gegen Arafat auf. Arafat seitdem »inhaftiert« in seinem Amtssitz in Ramallah. US-Präsident Bush fordert im Juni 2002 die Palästinenser auf, sich eine neue Führung zu suchen.

Yasir Arafat stirbt am 11. November 2004 in Paris. **H. B.**

ghuti der einzig denkbare Nachfolger für Yasir Arafat sei. Nur er sei ein glaubhafter Präsidentschaftskandidat nach dem Tode Abu Ammars. Aber auch internationale Kommentatoren und Spezialisten melden sich zu Wort mit laut gedachten Überlegungen, gerichtet an die israelische Regierung, Barghuti doch freizulassen, nicht zuletzt aus schlichtem Eigeninteresse. Schließlich müsste Israel ja an möglichst großer Stabilität auf der palästinensischen Seite gelegen sein.

Israel scheint jedoch weniger auf eine in der palästinensischen Bevölkerung legitimierte neue Führung zu setzen, sondern vielmehr auf eine harte Faust, die auf der palästinensischen Straße für Ruhe und Ordnung sorgt. Spitzenkandidat dafür, sowohl für Israel als auch für die USA, ist Mohammad Dahlan, der ehemalige Sicherheitschef in Gaza. Dahlans Rolle soll es demnach sein, Hamas, den islamischen Jihad sowie die al-Aqsa-Brigaden Fatehs unter Kontrolle zu nehmen, zu entwaffnen und politisch zu isolieren beziehungsweise zu eliminieren. Anders ausgedrückt, er soll die aus der Sicht Israels erste und entscheidende palästinensische Verpflichtung der

Roadmap erfüllen, nämlich die Zerstörung der »terroristischen Infrastruktur«.

► Bürgerkrieg, nationale Einheit oder politischer Wettstreit

Yasir Arafat wusste, dass er und seine Fateh nicht stark genug waren, weder militärisch noch politisch oder ideologisch, um Hamas zerstören zu können. Die ersten Versuche, die er Mitte der Neunzigerjahre unternommen hatte, waren weitgehend gescheitert. Schließlich stellte Hamas schon damals eine gesellschaftlich-politische Kraft in der palästinensischen Gesellschaft dar, mit der jeder politische Führer zu rechnen hatte. Arafat setzte stattdessen auf politische Einbindung, sprich: auf nationale Einheit, und auf Kooptation. Solange dafür Verständnis bestand in Israel und in der internationalen Politik, konnte Arafats Kurs sehr erfolgreich sein. In dem Moment, in dem er jedoch unter Druck gesetzt wurde, Hamas direkt zu konfrontieren, gar zu eliminieren, musste er passen und wurde dementsprechend mit Hamas in einen Topf geworfen.

Arafats Nachfolger, die neuen Chefs der diversen palästinensischen Institutionen –

mit all ihren Stärken und Schwächen! –, sehen sich vor eben dasselbe Problem gestellt: Bürgerkrieg oder nationale Einheit.

Der eingeschlagene Weg deutet in Richtung Dialog und nationale Einheit. Aber während Arafat noch klare Bedingungen stellen konnte und es unter ihm noch unüberschreitbare rote Linien gegeben hatte, hat sich die Machtkonstellation unter seinen Nachfolgern geändert. Hamas sieht sich ebenbürtig mit Fateh. Dr. Mahmud Zahhar in Gaza oder Khaled Mashal in der Diaspora stehen nicht mehr dem Symbol des palästinensischen Befreiungskampfes gegenüber, sondern eher dessen Epigonen, nämlich Bürokraten und im besten Fall durchschnittlichen, wenn nicht gar zweitrangigen Politikern, ohne starken Rückhalt in der Bevölkerung. Damit konfrontiert Hamas jetzt eher schwache Gegner und tritt mit entsprechenden Forderungen auf, in vollem Bewusstsein ihrer eigenen Legitimität in der palästinensischen Gesellschaft.

Hamas fordert neue Institutionen der nationalen Einheit, nach dem Modell der Führung der zweiten Intifada. Arafats Nachfolger dagegen operieren aus dem Schutz der beste-

Nation und Tod

Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit

Während des so genannten Unabhängigkeitskrieges 1948 ermutigte ein Kultur- und Propagandaoffizier eine Brigade an der Südfrent, »von den dümmlich glitzernden Augen der Nilhunde umgeben«, unter anderem damit, dass »das Wadi überlaufen wird von ihrem Blut«, ... »denn sie sind gekommen, uns zu vernichten, diese Giftvipern«. Verfasser der Kampfprosa war Abba Kovner, führend im Untergrund des Wilnaer Gettos, das er verlassen hatte, um als Partisan in den Wäldern zu kämpfen. Als er den Kampf gegen die ägyptische Armee zur Fortsetzung des finalen Kampfes gegen die Nazis erklärte, hatte er Entrechtung und Verfolgung erlebt und wie Freunde und Verwandte verschwunden und ermordet worden waren; Abba Kovner war ein Opfer der Katastrophe, ein entronnener Kriegsversehrter besonderer Art.

Um die in seinen Worten angedeutete »fatale Verbindung« zwischen israelischem Nationalismus und dem »Tod in Israels öffentlichem Bereich« geht es in Idith Zertals Buch, wobei die zitierten Wortführer – vor allem Politiker und Schriftsteller, die sich ähnlich wie Kovner geäußert haben, entweder in Palästina (Dayan, 1915) respektive Israel (Netanjahu, 1949) geboren wur-

den oder – fast ausnahmslos – im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts ins Land gekommen waren (Ben Gurion, 1906), also nicht *dort* waren – an den Orten des Verbrechens und Leidens.

»Eine notwendige Stufe im Entstehungs- und Ausbildungsprozess einer Nationalgemeinschaft ist deren Selbstwahrnehmung als Trauma- oder »Opfergemeinschaft« und die Errichtung eines Pantheons für ihre Märtyrer«, denn die »Gemeinschaft als erinnerndes und sich selbst erzählendes Kollektiv verbindet ihre Mitglieder, indem sie ihnen ein Gefühl der Bestimmung und des allen gemeinsamen Schicksals über die einende Erinnerung an Katastrophen, Entbehrungen und Opfer verleiht«. Drei »konstituierende historische Ereignisse« in der vorstaatlichen Gemeinschaft untersucht die Autorin auf die Differenz zwischen historischer Bedeutung und nationaler Erinnerung, darunter die jüdischen Gettoaufstände 1943 und die legendäre Fahrt der »Exodus« 1947 sowie den »Vorgang der Verkehrung dieser historischen Niederlagen, welche sie zum Zeitpunkt ihres Geschehens zweifelsohne waren, in vorbildhafte Siege und Identifikationsmodelle der unter Waffen stehenden und kämpfenden Nation«.

Im Zentrum des Buches steht der Eichmann-Prozess, der auf Grundlage des »Gesetzes zur Bestrafung von Nazis und ihren Helfershelfern« nach etwa 40 Funktionshäftlingen den einzigen Nazi in Israel vor Gericht brachte und der »zu einem der wichtigsten identitätsstiftenden Ereignisse in der Geschichte des Landes« wurde, der aber auch eine Ära »der kritischen, säkularen Lesart des numinosen Ereignisses der Shoah und des Verhaltens von Menschen ..., Mördern wie Opfern« einleitete. Zertal schreibt Hannah Arendts Berichten über den Prozess in dieser Hinsicht maßgebliche Bedeutung zu und weitet ihre Würdigung auf deren streitbaren Briefwechsel mit dem Religionshistoriker Gershom Scholem aus.

Im letzten Kapitel stellt Zertal die »Verschränkung des organisierten Holocaustgedenkens mit der traditionellen zionistischen Kontroverse um die ... Grenzen des jüdischen Staates« dar, als deren eine Konsequenz sie den Mord an Itzhak Rabin sieht.

Ihr Fazit, so beklemmend wie das Buch über manche Passagen: »Mit Hilfe von Auschwitz ... immunisierte sich Israel selbst gegen jedwede Kritik und genehmigte sich einen quasi sakrosankten Status, verschloss sich einem kritischen, rationalen Dialog mit seiner Umwelt.«

Jutta Maixner

Idith Zertal: *Nation und Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit. Aus dem Hebräischen von Markus Lemke, Göttingen (Wallstein Verlag) 2003 (363 S., 32,00€)*



Begrenztheiten

Absurd! Dieser Gedanke könnte einem spontan beim Betrachten der farbigen Bilder des israelischen Fotojournalisten Eyal Ofer in den Sinn kommen. Absurd, diese Anlage, die nicht nur Israelis und Palästinenser auseinander hält, sondern auch palästinensische Bauern mit ihren Herden von den Weiden trennt und streckenweise eine karge Landschaft zerschneidet, die Wege zu Nachbarn, zur Schule, für alltäglichen Transport blockiert. Absurd mögen auch Erörterungen darüber erscheinen, ob die Mauer eine Mauer sei, da sie auf einigen Abschnitten schließlich nur ein Drahtzaun, mithin durchsichtig ist ...

Ob Mauer oder Zaun, mehr als eine Grenzbefestigung ist diese Anlage allemal, nicht nur, weil Israel das von den Vereinten Nationen vorgesehene Staatsgebiet einmal mehr zu seinen Gunsten korrigiert, ausdehnt. Rote Warnschilder kündigen kein Grenzgebiet, sondern eine militärische Zone und Lebensgefahr für jeden an, der – hier – den Zaun beschädigt oder überwindet – auf hebräisch, arabisch und englisch.

Skepsis ist angebracht, ob derlei Maßnahmen der israelischen Gesellschaft mehr Schutz vor palästinensischen, vor arabischen Terrorangriffen wird gewähren können. Skepsis auch

gegenüber der Meinung des Fotografen, es käme vor allem darauf an, eine Grenzbefestigung *light*, also als Zaun und auf der alten »grünen Linie« (der Demarkationslinie vor 1967) zu errichten. Sinn machen könnte ein derartiger Grenzschutzzaun vielleicht, wenn nicht nur die Siedlungen in Gaza, sondern auch in der Westbank geräumt würden. Bekanntlich ist das eine noch nicht verwirklicht, das andere nicht einmal im Gespräch. **Jutta Maixner**

Eyal Ofer: Die Mauer. Israel – Palästina. Ein Bildband mit Beiträgen von U. Avnery, E. Ofer, M. Dviri, F. Duve und Oswald Le Winter, Neu-Isenburg (Melzer Verlag) 2004 (120 S., 9,95 €)

henden Institutionen heraus und argumentieren mit deren historischer Legitimität, mit der Kraft des Altbewährten.

► Vom Widerstand zum Friedensschluss – wer schafft das?

Die internationale Gemeinschaft verhält sich im israelisch-palästinensischen Konflikt wie ein Vogel Strauß: Die herrschende Realität wird aus dem Gesichtskreis ausgeschlossen und man operiert auf der Basis der Fiktion einer praktisch seit Oslo beendeten israelischen

Besatzung und des Beginns der Aufbauphase für einen palästinensischen Staat. Damit konfrontieren sich in diesem Konflikt zwei Staaten, der Staat Israel und der in der Herausbildung begriffene Staat Palästina. Hauptaufgabe der »Staatsführung« in Palästina wird es dann, die Sicherheit des Staates Israel vor Angriffen aus der palästinensischen Gesellschaft zu garantieren. Die Sicherheit des Staates Israel ist aber nicht nur innerhalb der anerkannten internationalen Grenzen dieses Staates zu gewährleisten, sondern in jeder neu er-

richteten Siedlung in den palästinensischen Gebieten. Damit wiederum muss die israelische Armee ihr Besatzungsregime ad infinitum aufrechterhalten, um die Sicherheit israelischer Bürger immer und überall zu garantieren. Die palästinensischen Autoritäten aber müssen wieder und wieder scheitern in ihrem Versuch, die israelische Besatzung gegen Angriffe aus ihrer Gesellschaft zu schützen.

Ein Circulus vitiosus, aus dem es kein Entkommen gibt, es sei denn durch die Konfrontation der Realität der Besatzung, wie sie unun-

terbrochen seit 1967 aufrechterhalten und mittels eines kolonialen Siedlungssystems unendlich vertieft worden ist. Die internationale Gesellschaft ist heute mehr denn je aufgefordert, diese Realität endlich wahrzunehmen und ihr Rechnung zu tragen.

Wie wird die palästinensische Gesellschaft in der Post-Arafat-Ära damit umgehen können und wollen? Welche politischen Entwicklungen sind zu erwarten, sei es seitens der palästinensischen Autorität, der Fateh oder seitens Hamas? Und wie wird sich die israelische Regierung zu all dem verhalten?

Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft scheinen die Zeichen auf Widerstand gestellt. Man ist an einem Punkt angelangt, an dem man zu keinen Kompromissen mit der Besatzungsmacht mehr bereit ist. Diese Einstellung in der Bevölkerung wird politisch am besten und unmittelbarsten reflektiert in den politischen Forderungen von Hamas.

Gleichzeitig aber artikuliert die palästinensische Gesellschaft sehr deutlich, dass man zu einem friedlichen Ausgleich und zur Koexistenz mit Israel bereit ist in dem Moment, in dem Israel sein Besatzungsregime beendet. Sollte dies die politische Messlatte der Nachfolger Arafats sein, dann ist ihnen die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung sicher.

Wie aber ist diese politische Aufgabe, die fast einer Quadratur des Kreises gleichkommt, anzugehen und zu bewältigen? Wer kann die Palästinenser vom Widerstand gegen die Besatzung zum Friedensschluss mit Israel führen, und welche Strategie wäre dazu geeignet?

► **Wahlen als Entscheidung über eine neue politische Strategie**

Kaum ein Politiker, kaum ein Kommentator, kaum ein Palästina/Israel-Spezialist, der sich in diesen Tagen nicht mit der Frage einer künftigen palästinensischen politischen Strategie auseinandersetzt. Je höher man dabei in den Rängen von Politikern oder Kommentatoren steigt, desto allgemeiner werden die Formulierungen hinsichtlich der postulierten palästinensischen Strategie. Widerstand wird als die Zauberformel angeboten. Keiner füllt jedoch diesen Begriff mit konkretem Inhalt.

Wollen die Palästinenser einen bewaffneten nationalen Befreiungskampf à la Vietnam, Algerien oder gar Cuba, will man also zurück zu den Anfängen von Fateh in den Sechzigerjahren? Welches sind die Erfolgchancen einer derartigen Strategie, an der sich wohl unter anderen die Fateh- und Tanzim-Führer wie Marwan Barghuti orientieren? – Oder wollen

sie stattdessen einen Widerstand der Massen, eher im Stil der ersten Intifada, gewaltlos, mit Massendemonstrationen und mit zivilem Widerstand, wie ihn das kleine Dorf Beit Sahour südlich von Jerusalem in der ersten Intifada am beispielhaftesten durchgeführt hat, unter enorm hohen Kosten? Welche Chancen hätte unter den heutigen Bedingungen der israelischen Besatzung, mit der gewaltbereiten Präsenz israelischer Siedler überall im Westjordanland und selbst in der Jerusalemer Altstadt, eine derartige Strategie, für die wohl am besten Mustafa Barghuti und die Internationale Solidaritätsbewegung (ISM) stehen? – Oder sieht die palästinensische Gesellschaft den von Hamas verfolgten Kurs von sozialer, politischer und ideologischer Stärkung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Verfolgung einer Doppelstrategie von klassischem Guerillakampf gegen Armee und Siedler sowie Selbstmordattentaten unter der Zivilbevölkerung in Israel, also Terrorattacken, als den aussichtsreichsten an, um sich von der Besatzung zu befreien?

Eine offene Diskussion dieser und anderer Optionen oder auch Nicht-Optionen hat in der palästinensischen Gesellschaft noch nicht stattgefunden. Sie ist jedoch überfällig, wenn aus dieser Gesellschaft heraus eine Erneuerung erfolgen soll. Und nur eine politische Diskussion, über die am Schluss in freien Wahlen entscheiden werden muss, kann die Palästinenser hier weiterführen.

► **Waffenstillstand, Verhandlungen oder eine neue Gewaltspirale**

Die Zeichen scheinen jedoch eher auf Überpielung der verschiedenen strategischen Optionen zu stehen, auf nationaler Einheit um jeden Preis. Nur auf diesem Weg, so die Meinung in der politischen Elite und in der palästinensischen Öffentlichkeit, können die Palästinenser diese schwierige Übergangsperiode meistern. Damit aber rückt eine weitere Option in den Vordergrund, die schon im Frühjahr und Sommer 2003 sehr vielversprechend begonnen hatte – auch wenn sie dann Ende August 2003 scheiterte –: die Option eines Waffenstillstandes der palästinensischen Organisationen, untereinander nicht weniger als gegenüber der israelischen Besatzung.

Dies könnte die notwendige Öffnung darstellen, um wieder in einen Verhandlungsprozess einzutreten. Möglich erscheint dies jedoch nur, falls massiver Druck von außen ausgeübt wird auf die israelische Regierung, unter diesen Bedingungen über ein Ende der Besatzung zu verhandeln. Palästinensische Wahlen könnten in diesem Kontext die not-

wendige Legitimität für eine neue Führung erteilen, um diese Verhandlungen, anders als in Camp David 2000 und in Taba 2001, zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Voraussetzung dafür wären allerdings israelische Angebote, die klar in Richtung Beendigung der Besatzung gehen.

Die »Alternative« wäre eine israelische Weigerung, in irgendeinen Verhandlungsprozess, der das Ende der Besatzung vorsieht, einzutreten, die Aufrechterhaltung der Besatzung also und eine erneute Spirale der Gewalt. Damit aber ist der Ball wieder in der Spielhälfte der israelischen Politik. Auch dort müsste nämlich, nicht weniger als in der palästinensischen Politik, ein Diskussionsprozess aufgenommen werden, an dessen Ende eine klare Entscheidung für oder gegen die Besatzung, für oder gegen kolonialistische Siedlungen und Siedlungspolitik stehen sollte.

► **Trägheit der Politik, Tragik der Menschen**

Brecht würde an dieser Stelle lakonisch einwerfen: ... doch die Verhältnisse, die sind nicht so ... Politik, nicht zuletzt zwischen Jordan und Mittelmeer, hat die Tendenz, eher statisch zu sein, sich möglichst wenig zu verändern. Ein Konflikt wie der zwischen Israel und den Palästinensern jedoch kann nur beendet werden, wenn grundsätzliche Veränderungen eingeleitet werden. Diese finden jedoch in der Politik fast nur in extremen Ausnahmefällen statt.

Statt groß angelegten gesellschaftlichen Diskussionsprozessen über neue nationale Werte und Ziele, sei es in Israel oder in Palästina, ist deshalb eher zu erwarten, dass alles weiterläuft wie eh und je. In Israel würden dann die Siedler auch in Zukunft durchsetzen, dass die Besatzung aufrechterhalten wird, damit sie weiter expandieren können. Und in Palästina würden die Menschen auch nach dem Tode Arafats leiden unter eben diesem Besatzungsregime, das ihnen ein menschenwürdiges Leben, oft das Leben selbst, verwehrt. Die israelische Friedensbewegung würde all dem weiterhin hilflos gegenüberstehen und immer mehr verzweifeln an ihrer Regierung und an den Siedlern. Die Gewalt aber wird weiter das Leben der Menschen bestimmen, seitens der Armee und der Siedler gegen die Palästinenser unter der Besatzung, aber auch immer wieder seitens der Palästinenser, gleich welcher politischen Richtung, gegen die Besatzungsarmee und gegen die israelische Gesellschaft, die diese Armee unterhält. ◀

Von der Autorin liegt vor: Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München (Ullstein-TB) 2002

Egon Schieles Landschaften und Häuser

Wir kennen ihn vielleicht, den früh Verstorbenen, als Erotiker der Malerei. Wir kennen dann sein Modell Wally, die mit hochgezogenem Rock und gespreizten Beinen den Blick des Betrachters immer wieder auf ihre Vulva lenkt. Schiele malte sie manchmal wie eine klaffende Wunde. Die Zeitgenossinnen waren verstört, mehr noch: empört. Wir kennen vielleicht auch die Selbstporträts, oft entblößte, fast zerquält anmutende, schmale, gestreckte Oberkörper. Direkt erfasst den Betrachter ein stechender Blick, oder geht er doch nur verzweifelt nach innen? Wir können noch heute in Verwirrung geraten über die in einen geklappten oder plan gelegten Bildraum hineinragenden Gestalten, in extremen Quer- oder Hochformaten. Wir mögen irritiert sein von der Zerbrechlichkeit der Figuren, der Spindeldürre der Glieder, der morbiden Ausstrahlung. Wir sehen die nervösen und doch so entschieden gesetzten Umrisslinien, die den Gestalten und Figuren eine so außerordentliche Intensität verleihen. Wie viel Verzweiflung steckte darin? Eine solche Frage konnte niemand wirklich beantworten – schon gar nicht der Künstler, der am 19. Oktober 1918 im Alter von 28 Jahren, nur wenige Tage nach dem Tod der Frau und des Kindes, gleichfalls von der »spanischen Grippe« hinweggerafft wurde. Erst der Tod, so könnte man sagen, macht die Geheimnisse – auch in der Malerei.

Mit der Ausstellung *Egon Schiele. Landschaften* (im Leopold Museum in Wien bis zum 31.1.05) wird sich der Blick auf das Gesamtwerk noch einmal verändern. Wer wusste schon, dass gut die Hälfte des Schaffens von Egon Schiele Landschaften und darin wiederum ein großer Teil »Häuser-Landschaften« umfasst? Zwar gab es in den Überblicksausstellungen und in dem Werke-Band von 1991 *Bilder aus Krumau* (Cesky Krumov), aber doch eher nur eingestreut zwischen Figuren und Porträts. In diesem Ort wurde Egon Schiele, in eigenen Worten, »durch einen Wiener Vater aus einer Krumauerin als Mutter geboren«. Das pittoresk anmutende böhmische Städtchen übte einen großen Reiz auf Schiele aus. Hier versuchte er 1911 wohnhaft zu werden, wurde aber von den Einwohnern wegen seiner wilden Ehe mit Wally und wegen des Zeichnens von nackten Mädchen im Garten schon nach drei Monaten wieder vertrieben. Der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Ort tat das keinen Abbruch.



»Tote Stadt« III, 1911, auch *Stadt am blauen Fluß*, 37,3 x 29,8

Schiele gewinnt den verschiedenen Häuseransammlungen des Ortes, am Rande der Moldau in einer Flussschleife gelegen, innerhalb von wenigen Schaffensjahren eine unglaubliche zeichnerische, grafische und malerische Intensität und Qualität ab. Manche Häuser sind so genau erfasst, dass man sie auf alten Postkarten oder aktuellen Fotos, die dem Katalog zum Vergleich mit den Bildern beigegeben sind, augenblicklich erkennt. Wichtiger, spannender aber ist, was und wie Schiele zum Zwecke der Bildraumdynamisierung weglässt und zusammenzieht, wie er den Blick vom Schloss in eine gesteigerte Vogelperspektive verwandelt, wie er es fern stellt oder heranholt, wie er die Häuser und ihre Dächer im Bildraum schichtet und staucht, wie er die baulichen Ballungen mal in Dunkelheit taucht oder in warmes Licht setzt, wie er mit heftigem Malkuktus die dekorativ angelegten Farbflächen aufraut oder andere Bilder, hektisch bewegt, mit grobem Pinselstrich gleichsam hinschlägt. Immer wieder aber blicken einen aus hellen oder düsteren Wänden, ob mit Konturlinien umrandet oder frei in die Fläche gesetzt, die Fenster der Häuser wie Augen an. »Tote Stadt am Fluss« hat Schiele selbst eine ganze Reihe von Bildern genannt, und natürlich gibt auch das Anlass zu den Spekulationen über die »Gemütsverfassung« des Künstlers, über die allgegenwärtige Vergänglich-

keitsaura in seinen Bildern, die wir auch in kargen Landschaften oder einem allein stehenden, fast verkrüppelt wirkenden Bäumchen zu erkennen meinen. Doch dieses Vergänglichkeitsgefühl könnte gar nicht ausgelöst werden ohne die Lebendigkeit der Linien und der Flächen.

An dieser Stelle also soll das »Handwerkliche« betont werden: Den unscheinbarsten Dingen, und seien es ein paar Schindeln oder Fenster, größte Aufmerksamkeit zu geben, ja Individualität zu verleihen, eine verwelkende Sonnenblume in einen malerischen Kosmos zu verwandeln, sich mittels feiner Linien, die sich stellenweise ballen, auf unvergleichliche Weise einer Landschaft, einer Scheune oder einer Hausecke zu vergewissern – das sind Kräfte, die den »Jugendstil« sprengen mussten und die noch bald 100 Jahre später spürbar bleiben und aufwühlen.

Michael Ackermann

Egon Schiele – Landschaften. Herausgegeben von Rudolf Leopold, München (Prestel Verlag) 2004 (208 S., 176 Abb., davon 112 in Farbe, 49,95 €, in der Ausstellung 29,80 €)

PETER SCHYGA

Gefährliche Absetzbewegungen vom bundesrepublikanischen Konsens

Historische Dimension und politische Brisanz der neuen sozialstaatlichen Politik

Geschichte, wie banal, wiederholt sich nicht. Historische Bewegungsformen und Verhaltensmuster jedoch können sich ähneln. Es zählt sich aus, von der Debatte um Hartz IV und andere Sozialreformen einen Schritt zurückzutreten und Rolle und Wandel der etatistischen Reformpartei SPD bei dem Deutschland eigenen Oszillieren zwischen Sozialstaat und Volksgemeinschaft zu verfolgen. Stehen wir heute vor einem Schritt zurück in alte Bahnen oder vor einem neuen Prozess?

Seit der Verkündung von Hartz IV im Frühjahr des Jahres dreht sich die Debatte in den Medien nicht nur um den Gehalt der Reform, ihrer Zielsetzung und Durchführung. Das ganze Jahr sind Kommentatoren und Analysten damit beschäftigt, die Sinnhaftigkeit der neuen sozialstaatlichen Politik zu ergründen, zu beschwören, zu propagieren, ihre Impulswirkungen für gesellschaftliche, aber auch SPD-parteiinterne Veränderungen zu orten. Nach vielen Aufgeregtheiten um geschlachtete Kindersparschweine, nach etlichen Anti-Hartz-Kundgebungen und -Demonstrationen sowie Versuchen, eine neu lackierte sozialdemokratische Bewegung zu formieren, zeigt sich die mediale Politikbegleitung seit dem Herbst eher gelassen und zustimmend gewandelt. Das nimmt wenig Wunder, weil das Reformpaket geschnürt ist und durchgesetzt wird. Auffällig wirkt allerdings das Bemühen, dem Bundeskanzler verstärkt Etiketten eines Jahrhundertreformers anzuhängen. Manche Publizisten wollen ihn gar mit Bismarck vergleichen, der immerhin als Reichsgründer und -einiger im historischen Gedächtnis verortet ist. Da sich auch einem leidlich kundigen Beobachter dieses Treibens der Sinn solcher Attribute nicht spontan erschließt, scheint es nicht nur geboten, historischen Verortungsversuchen sozialdemokratischer Re-

formpolitik nachzugehen, sondern auch den bemühten historischen Metaphern gegenwärtiger Politikgestaltung das Panorama deutscher Realgeschichte gegenüberzustellen. Es geht also um Aspekte der Einordnung gegenwärtiger Sozialpolitik in die Geschichte sozialpolitischer Bemühungen in Deutschland. Das ist auch insofern sinnvoll, als auf diesem Feld der Gesellschaftspolitik Traditionen und Mentalitäten gebildet worden sind, die sich nicht einfach durch Paragraphen ändern oder auflösen lassen. Nur wenn man sich ihrer vergewissert, ist es möglich, gegenwärtige Politik zu ihrem reformerischen Gehalt zu befragen.

Für die deutsche Sozialdemokratie stand in ihrer Geschichte die Losung »Die Internationale erkämpft des Menschen Recht« als Leitschnur über allen Programmen und programmatischen Erklärungen als die Emanzipationsforderung der Arbeiterbewegung. Als Partei im Kampf um politische und soziale Menschenrechte profilierte sich die SPD als Organisation der ökonomisch Lohnabhängigen und politisch um Gleichheit Bemühten in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft.

Seit ihrer Gründung war sie gefangen im Spagat zwischen Reformierung gesellschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen und sozialistischer Erlösungstropie. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter diagnostizierte jüngst eine »historisch chronische, tief sitzende Parteineurose. Die SPD war immer eine Partei, die im Alltag eine recht nüchterne, pragmatische Politik betrieb. Doch in ihrer Programmatik, in ihren Festtagsreden kultivierte sie zugleich den Traum vom sozialistischen Arkadien der Menschheitsbeglückung« (*Zeit*, 30.9.04). Anders ausgedrückt: »Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Klingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lasalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demo-

kratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben.« Mancher wird sich erinnern: Marx' Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (1875). Dieser Aspekt von Franz Walters Befund ist also so alt wie die Partei. Doch weiter: »Mit eben dieser Asynchronität zwischen Anspruch und Realität, Programmatik und Praxis aber haben die harten Realisten Schröder und Müntefering *aufgeräumt*.« (Herv., P. S.) Immer sachte! »Aufgeräumt«!? Seit sich die SPD spätestens in der Weimarer Nationalversammlung 1919 im lasalleschen *Volksstaat* angekommen sah, entsprangen glänzende sozialistische Traditionsgeschmeide nur noch Schalmeienklängen an Feiertagen. Spätestens seit Godesberg 1959 ist sozialdemokratische Realpolitik programmatisch fixiert.

► Auf zur Sozialpartnerschaft

Die Sozialdemokratie hatte im Kaiserreich eine soziale Bewegung hervorgebracht und geführt, die es in ihrer Größe und organisatorischen Geschlossenheit nirgends auf der Welt gab. Seit ihrem Burgfriedensbeschluss vom August 1914 hatte sie sich als Führung der Arbeiterbewegung erfolgreich in einem autoritären Obrigkeitsstaat parlamentarisiert, damit aber gleichzeitig nicht unbeträchtliche Teile, immerhin ungefähr ein Drittel, wie die Zukunft zeigte, von der Bewegung ausgeschlossen. Mit der fast einmütigen Verabschiedung des »Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes« am 5. Dezember 1916 setzte die SPD sozialpolitische Akzente. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte der totalen Kriegsmobilisierung durch die Dienstpflicht aller siebzehn- bis sechzigjährigen Männer zu, soweit diese betrieblich abkömmlich waren. Dafür wurden betriebliche Mitarbeiterausschüsse eingeführt sowie überbetriebliche paritätisch besetzte



Alle Fotos: Ilja C. Hendel

Schlichtungsausschüsse. Der nächste bedeutende Schritt folgte am 15. November 1918 mit dem Abschluss des »Zentralarbeitsgemeinschafts«-Abkommens zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden, das den Unternehmen ein Stillhalten der Gewerkschaften in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der Revolutionszeit und darüber hinaus garantierte. Die Festlegung des Achtstundentages und die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mindestens fünfzig Beschäftigten zählten zu den wichtigsten Ergebnissen dieses Abkommens. H. A. Winkler nannte es ein »gewerkschaftlich-großindustrielles Rückversicherungsabkommen auf Gegenseitigkeit«, der Gedanke der »Sozialpartnerschaft« führte Regie. Doch schon ab dem 21. Dezember 1923 war die »Zentralarbeitsgemeinschaft« mit der Durchlöcherung des gesetzlich verankerten Achtstundentages durch eine neue Arbeitszeitordnung ins Wanken geraten. Den Arbeitgeberverbänden wurden die Produktionskosten zu hoch, sie forderten die Korrektur der materiellen Ergebnisse der Lohn-, Sozial- und Finanzpolitik. Spätestens mit den Auseinandersetzungen in der Schwerindustrie des Ruhrgebiets im November/Dezember 1928 wurden die sozialpolitischen Kompromisslinien der Republik durch die Arbeitgeber und ihre parlamentarischen Interessenvertreter gekappt. Der Streit um die im Juli 1927 auf Drängen der SPD gesetzlich eingeführte Arbeitslosenversicherung, die einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung fixierte, kumulierte

im Dezember 1929 in der Denkschrift »Aufstieg oder Niedergang« vom »Reichsverband der Deutschen Industrie«: Steuerentlastung von Unternehmen, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Senkung der Lohnnebenkosten, Restriktionen bei der Gewährung von Sozialleistungen, nur »wirklich Bedürftige« dürften noch Mittel zum Lebensunterhalt bekommen. Insgesamt wurde die Richtung der Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik gezeißelt. Als die SPD-geführte Regierung Müller sich weigerte, der Forderung ihrer Koalitionspartner nach Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung nachzugeben, endete sozialdemokratische Politik im Reich.

► Die Gegenreaktion

Mit der Kündigung der Sozialpartnerschaft durch die bürgerlich kapitalorientierten Eliten war der Weg zur Zerschlagung der politischen und gewerkschaftlichen Führung der Arbeiterbewegung in Angriff genommen und im Frühjahr 1933 mit der Machtübergabe an Hitler durchgeführt. Es ist eben keine linke Kampfparole, sondern historische Tatsache, dass sich die ewig wiederholende, auch heute gepriesene, annoncierte Staatsferne neoliberaler Ideologie am Repressionspotenzial der Staatsapparate gegenüber den werktätigen Klassen orientiert. Kein Problem bereitete es den gleichen Kreisen, einem staatlich-autoritären, auch totalitären Interventionismus unterworfen zu sein, schließlich blieben die Eigentumsrechte und Investitionsentscheidungen auch bei staatlichen Lenkungsvorgaben

erhalten, das Profitmaximierungsprinzip unangetastet. Dass neben dem Terror des nationalsozialistischen Staatsapparats die Sozialpartnerschaft durch die »Betriebs- und Volksgemeinschaft« auf eine andere Ebene gestellt wurde, schreckte die Prediger der Staatsferne überhaupt nicht. Arbeit diente nun angeblich nicht mehr der Reproduktion der werktätigen Klassen und des Kapitals, sondern dem Dienst am deutschen Volk als ideologische und rassistische Gemeinschaft. Da aber Terror und nationalistisch-völkische Ideologie als Motor von Produktion längerfristig nur ungenügend funktionieren konnten, wurde mit der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) ein Instrument geschaffen, Sozialpolitik fortzusetzen, die ihre Wirkung zeigte. Schon Ende 1934, erst recht ab 1935, wissen so auch resignierend kommentierende Berichte der Sopade¹ von wachsender Zufriedenheit der Arbeiter mit den sozialen und materiellen Verhältnissen zu berichten. Die DAF als Zwangsvereinigung aller Produzierenden wurde zu einer mächtigen Vereinigung der Organisation politisch-ideologischen Wohlverhaltens durch materielle Ruhigstellung und Belohnung.

»Zu den attraktivsten Verheißungen stieg die Politisierung einer massenwirksamen Sozialutopie auf: die neue deutsche »Volksgemeinschaft«, die auf der Grundlage einer nationalrevolutionären Erneuerung und freien Aufstiegsmobilität für jedermann, ungeachtet seiner sozialen Herkunft, die Überwindung aller bisher hemmenden Klassenbarrieren und Milieuschranken in der meritokrati-

schen, soziallegalitären Leistungsgesellschaft der Zukunft in Aussicht stellte. Diese Zielvision verlieh dem Nationalsozialismus eine mitreißende sozialpsychische Suggestivität, da sich mit ihr die Hoffnung auf eine ungeahnte ›Existenzausweitung‹ ebenso verband wie jene ›leidenschaftliche Hingabe‹ und der ›fanatische Aktionismus‹, häufig verkleidet als ›opferungsfähiger Idealismus‹, welcher diese Aufgabe in Angriff nehmen wollte.«²

Es sollte auch nicht verdrängt werden, dass die nationalsozialistische Ideologie immer das Versprechen enthielt, Wohlstand durch Befreiung von eigener Arbeit zu erzielen. »Das konstante Gerede vom Volk ohne Raum, von Weltgeltung, wirtschaftlichen Ergänzungsträumen und ›Entjudung‹ bezweckte am Ende immer das eine: die Aussicht auf eine nicht selbst zu erarbeitende Steigerung des allgemeinen deutschen Wohlstands«, so der Historiker Götz Aly (SZ, 1.9.04). Und es war ja nicht nur Gerede, sondern handfeste Politik: Man denke nur an die Millionen Funktionsträger in der Partei und anderen Apparaten, deren Existenz dem Schmarotzertum sehr nahe kam, oder die Menschen, die sich an geraubtem jüdischem Eigentum bereicherten und/oder unbequeme Konkurrenten los wurden. Man denke an den Blut- und Boden-Siedler, der vom landlosen Dorfbewohner zum Sklavenaufseher im Reichsgau Wartheland mutierte. Man denke auch an den ganz normalen Industriearbeiter, der vom Proleten zum Aufseher über Zwangsarbeiterkolonnen befördert wurde. Die gezüchtete und belohnte Charaktereigenschaft, »sich einen egozentrischen Tunnelblick allein auf die eigene Karriere zuzulegen« und dabei alle Werte von Humanität und Solidarität fahren zu lassen, »setzte eine enorme, aber sozial blindwütige Leistungsenergie frei.«³ Doch, so wird man ergänzen dürfen: Diese »Leistungsenergie«, ein Begriff, der für den ihn beschreibenden Prozess zu positiv besetzt ist, konzentrierte sich auf das Ergattern von Pfründen durch Übervorteilung und Schädigung von Konkurrenten. Schon eine Denunziation verhalf zu einem Arbeitsplatz, einem Karriere-sprung, einer komfortablen Wohnung. Die Deutsche Volksgemeinschaft war in Wahrheit eine gnadenlose Konkurrenzgesellschaft, die die Triebkräfte der Nazi-Bewegung, nämlich »Bewegung ist Alles« (Hannah Arendt), auf die gesamte Gesellschaft übertrug. Man denke an Berufswettkämpfe oder Leistungsprüfungen in den Zwangsvereinigungen der Jugend. Sammelaktionen des Winterhilfswerks wurden in einem öffentlichen Wettstreit organi-

siert, sogar die Rekordjagd beim Gebären wurde prämiert. Wer in diesem Konkurrenzkampf nicht mithalten konnte oder sich nicht unterwarf, den erwarteten Sanktionen oder »Ausmerze«. Seine Rechtfertigung erfuhr das Verhalten durch den Mythos der Nibelungen-treue gegenüber Führer und Vaterland, der schlussendlich jedes Verbrechen legitimierte.

► Sozialstaat im Schatten der Volksgemeinschaft

Diese als Schicksalsgemeinschaft drapierte Zerstörungsgesellschaft lebte nach dem Krieg⁴ in einem Selbstverständnis als Opfergemeinschaft »... unter den sozialpsychischen Antriebskräften, welche die demokratische Leistungsgesellschaft dynamisierten, in leicht abgewandelter, gewissermaßen nur entbräunter Form fort.«⁵ Die ideologischen Kontinuitätslinien setzten sich in einem fundamental anderen politischen Institutionengefüge fort. Als Urnengänger dankte man mehrheitlich der CDU, die als Partei der sozialen Marktwirtschaft gewachsene und gezüchtete Mentalitäten in dem Prokrustesbett der Wirtschaftswundergesellschaft zu bewahren verstand.

Der Historiker Götz Aly hat die Dimension schröderscher Politik markant auf den Punkt gebracht, wenn er betont, welch historisches Joch es abzuwerfen gilt: »Hitler regierte nach dem Prinzip: ›Ich bin das Volk‹ und zeichnete damit die politisch-mentalen Konturen des späteren Sozialstaats Bundesrepublik vor. Die Regierung Schröder/Fischer steht vor der historischen Aufgabe des langen Abschieds von der Volksgemeinschaft« (SZ, 1.9.04). Schröder muss also in erster Linie in diesem Sinne »aufräumen«. Nimmt man diese Einschätzung ernst, und das muss man, wenn man historisch geprägte Mentalitäten nicht ignorieren will, geht es also gegenwärtig nicht nur um gesetzliche und administrative Maßnahmen zur »Förderung von Eigenverantwortung« durch Streichung von bislang staatlich geschützten Versicherungsleistungen, sondern um eine sozialpsychische Umorientierung in der bundesdeutschen Gesellschaft.

Doch gegen die Kontinuitätslinien der »leistungsgesellschaftlichen Volksgemeinschaft« stand noch eine andere, aus sozialdemokratischer Tradition der Solidarität geprägte Mentalität, die das Gründungsversprechen der Republik ausdrückte: Herstellung und staatliche Kontrolle von Leistungsgerechtigkeit unter dem Motto Leistung bei gesellschaftlicher Teilhabe. Für die kollektive Ausgestaltung galt das Ringen um Mitbestimmung, für das als Markierungen die Jahre 1947, 1951, 1976 ste-

hen. Die individuelle Einlösung sollte unter dem Prinzip der Chancengleichheit unter anderem durch die Bildungsreform und Ebnung sozialer Schranken ermöglicht werden, beides politische Aufträge zur Ausgestaltung des Verfassungsgebots der Sozialstaatlichkeit.

Der ehemalige Verfassungsrichter Erwin Stein sagte: »Wie der Rechtsstaat die Antwort auf die Herausforderungen durch den absoluten Staat ist, so ist der Sozialstaat die Antithese zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das durch eine neue Wirtschaftsweise (Kapitalismus, freier Wettbewerb) und ein neues Arbeitssystem (Lohnarbeit, Trennung von Kapital und Arbeit) bestimmt ist ... Dem Grundgesetz liegt als leitendes Verfassungsprinzip aller staatlichen Maßnahmen die Förderung des Fortschritts zur sozialen Gerechtigkeit zugrunde.«⁶

Es geht um die Pfeiler Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Gerechtigkeit, an denen nun herumgebastelt wird. In einer »politischen Einstimmigkeit, wie sie die Geschichte des deutschen Parlamentarismus nur am 4. August 1914 erlebt (habe), betreibt die schröder-sche Koalitionsregierung eine solch kräftige Zerreißprobe am sozialen Netz, wie es in Deutschland noch keine demokratisch legitimierte Regierung getan hat« (F Walter). Herstellung und Gewährung sozialer Gerechtigkeit, so diffus die Substanz dieses Begriffs auch erscheinen mag, ist nicht nur eine Konstante bundesdeutscher Verfasstheit, sondern elementarer Bestandteil von Legitimation politischer Macht überhaupt.

Wohin führt aber diese »Zerreißprobe«, wenn man davon ausgehen muss, dass sozialdemokratische Fürsorgestaats-traditionen, Reste leistungsgesellschaftlicher Volksgemeinschaftsvorstellungen ohne imperiale Fantasien und neoliberaler Markt fetischismus à la Chicago Boys gegeneinander um diese Legitimation zu konkurrieren scheinen und zugleich in parlamentarischer Einstimmigkeit miteinander verwoben sind?

Das Gründungsversprechen der Republik, dass sich Leistung in gesellschaftlicher Solidarität lohnt, galt eine Zeit lang als eingelöst. Es kam nicht als Geschenk, sondern wurde in vielen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital schrittweise eingelöst. Wie zäh es dabei zugeht, zeigt ein beispielhafter Blick zurück auf die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Fast vier Monate streikten 1956/57 die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins für ein Rahmentarifabkommen, erst 1970 wurde die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gesetzlich veran-

kert. Mit der Verallgemeinerung von Lohnabhängigkeit und einer Demokratisierung der Gesellschaft konnten sich selbstbewusste, auf individuelle Leistung gegründete Lebensentwürfe entwickeln, in denen berufliches Vorankommen und Statusverbesserung nicht automatisch an Konkurrenzselektion gebunden waren. Doch seit geraumer Zeit werden solche Perspektivvorstellungen durch den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt zunehmend verbaut. Etlliche Untersuchungen zeigen, dass bessere Bildungsabschlüsse und permanente Weiterqualifikation weder vor der Entwertung der Arbeitskraft schützen, noch Zugang zu den Eliten ermöglichen mit Ausnahmen in Erziehung, Wissenschaft und Politik.⁷ Das von der SPD geforderte, von modernen leistungsbereiten Arbeitnehmern verfolgte Prinzip Leistung und Leistungsgerechtigkeit wird in zunehmendem Maße nicht nur durch die schwindenden Möglichkeiten des Leistungsbeweises auf dem Arbeitsmarkt unterhöhlt, sondern durch in Hartz IV gesetzlich verordnete Leistungs nivellierung und -entwertung zunehmend ad absurdum geführt. Profiteure sind diejenigen, deren Sozialstatus und Beziehungsgeflecht es ermöglichen, individuelles Vorankommen als Leistungserbringung zu verkaufen. Das Gerechtigkeitsempfinden, bei dem es nicht in erster Linie um die absolute Höhe materieller Entlohnung geht, sondern um die Verhältnismäßigkeit der Lebensweise angesichts individueller Leistung, wird grob gestört. So werden unter dem politischen und ideologischen Druck neoliberaler Ordnungsvorstellungen und dem den staatlichen Ordnungsrahmen sprengenden Globalisierungsdilemma keine Maßnahmen zur positiven Mobilisierung und Motivierung der Lohnabhängigen ergriffen, die die Gerechtigkeitslücke mildern helfen, sondern eine Politik eingeschlagen, die droht, Errungenschaften einer solidarischen Leistungsgesellschaft zunehmend zu zersetzen. Eine Politik, die Demoralisierung, Dequalifikation und Deprivierung für die Gegenwart bereithält und die Zukunft verdunkelt.

► Von der Sozialversicherung zur Almosenverteilung?

Das Dilemma schröderscher Politik besteht darin, mit seiner Reformpolitik einerseits zur Rettung sozialdemokratischen Selbstverständnisses eine gerechte und solidarische Leistungsgesellschaft halbwegs erhalten und



gleichzeitig dem Satyrspiel neoliberaler Sozialrevolutionäre nachgeben zu wollen. Die Agenda 2010 ist Ausdruck dieses Dilemmas, denn sie droht, gesellschaftliche Bindungskräfte zerfleddern zu lassen, indem sie die Arbeitskraft schützende Sicherungen im Arbeitsmarkt lockert. Im Kapitalismus definieren sich die meisten Menschen über ihre Arbeit, wenige über ihr Kapital. Die *marktbedingte Entwertung* von Arbeit, die Nichtanerkennung von Leistung, die gesellschaftliche Ausgrenzung und Stigmatisierung (der heutige »Sozialschmarotzer« hieß vor 70 Jahren »Volksschädling«), die soziale Entgrenzung und Deprivation durch den Verlust des Arbeitsplatzes wird durch die *gesetzlich verordnete Degradierung* zum Almosenempfänger fortgesetzt. Die jetzt zunehmend in diesen Status überführten Menschen beherrschen nicht zum Selbstschutz eingeübte individuelle Strategien zur Überlistung des Systems der Kontrolle und Überwachung durch die Staatsapparate. In der jetzigen Form funktioniert diese Kontrolle kaum bei den sowieso schon Derangierten, die formal nichts besitzen, außerdem jahrelange Erfahrungen im Umgang mit den Ämtern haben, in der Schattenwirtschaft etabliert sind und jetzt in Vielzahl materiell auch noch besser gestellt werden. Schröder, Clement und Müntefering haben noch nicht begriffen, oder wollen es nicht wahr haben, dass sie mit ihren Maßnahmen nicht die arbeits- und bildungsresistenten Ränder der Gesellschaft erreichen. Die haben sich schon in zweiter oder dritter Generation auf Stütze eingerichtet.

Der Förderungs- und Forderungszynismus im System der neuen Sozialreform besteht darin, dass gerade die Menschen, die trotz ihrer Leistungsbereitschaft und ihres Leistungswillens vom Arbeitsmarkt ausge-

schlossen werden, gegen ihren Willen in staatliche »Obhut« genommen und in eine Welt gebannt werden, deren Überlebensregeln sie nicht gelernt haben, die auch ihrem Selbstverständnis widerspricht. Den demoralisierenden gesetzlichen Maßnahmen setzt das Geschwafel von der segensreichen Wirkung der 1-Euro-Jobs für den gut ausgebildeten Facharbeiter und studierten Angestellten noch eins drauf.

Hinter der Förderungsphrase von Hartz IV steckt der realitätsferne Gedanke, der Tendenz zum Überflüssigsein durch Zwang zu begegnen, ohne das System Arbeitsmarkt durch die Abschaffung aller Sozialstandards ganz entrechtlichen zu müssen. Denn das hieße in der Konsequenz: Abschaffung oder drastische Reduzierung jeglicher Hilfe weit unter die Armutsgrenze. Vorschläge dazu wie die Halbierung der Sozialhilfesätze sind auf dem Markt, und es kann durchaus zu ihrer Umsetzung kommen, denn der Strohalm Wachstum, der diese oder eine andere Regierungskoalition von diesem Schritt abhalten könnte, ist noch nicht einmal als Gras gesät.

Es ist ganz einfach: Die Sozialstandards in der Bundesrepublik sind für arbeitsmarktwirksame privatwirtschaftliche Investitionen zu hoch, weil sie der sozialen Mobilität der Arbeitskraft zu enge Grenzen setzen. Deren intellektuelle Mobilität der letzten Jahrzehnte, nämlich Qualifikation durch Ausbildung und Weiterbildung, hat auf dem Arbeitsmarkt kontraproduktiv gewirkt. Die durch sie möglich gewordenen Innovationen haben die Produktivität und Mobilität des Kapitals so erhöht, dass es überall auf der Welt auf gleich hohem Qualitätsstandard fast alles produzieren lassen kann. Eine Erfahrung, die die Lohnabhängigen in allen Industrieländern machen mussten. ►

ANNEMARIE NIKOLAUS

Der Terror und die Justiz

Alte und neue Untaten: Und eine Kontinuität, in der Gewalt von »Rechts« wie von »Links« mit dem Symbol der »Brigate rosse« verknüpft ist. Die unzähligen Verfahren gegen Senator Giulio Andreotti handeln von Verbrechen, die fast ein Vierteljahrhundert zurückliegen. Um Anschläge der letzten Jahre wird es dagegen im kommenden Frühjahr im Prozess gegen die »neuen« Brigate rosse (Br) gehen. – Die Polizei glaubt, die Attentate auf die Regierungsberater Marco Biagi im Frühjahr 2002 und Massimo D'Antona im Jahre 1999 aufgeklärt zu haben. Die 17 Angeklagten kommen aus Kreisen anarchistisch-kommunistischer Gruppen alten Typs und sollen im Laufe ihrer Entwicklung zum bewaffneten Kampf gefunden und damit eine Nachfolgeorganisation der Br geschaffen haben. Ab Februar wird ihnen der Prozess gemacht. Die Anklage stützt sich auf die üblichen papierenen Beweise sowie Datenfunde in Computern, viele Indizien und »natürliche« Aussagen von KronzeugInnen.

Mit KronzeugInnen allerdings hat die italienische Justiz oftmals keine glückliche Hand. Besonders bemerkenswert ist schon jetzt, dass derjenige, der die beiden Morde ausgeführt haben soll, vor eineinhalb Jahren bei einer Schießerei von der Polizei getötet wurde. Unwillkürlich erinnert man sich an die Wendungen, die Ermittlungen und Verfahren zu den Attentaten der »bleiern« Siebzigerjahre genommen hatten. Nicht alle sind aufgeklärt; manch eines, das ursprünglich den Br angelastet wurde, ist erwiesenermaßen von rechts gerichteten Attentätern verübt worden.

Auch der Name des Senators Giulio Andreotti ist auf Umwegen bis heute mit den Br verbunden – über seine nicht vollständig geklärte Rolle bei der Entführung und Ermordung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro sowie dem Mord an dem Journalisten Mino Pecorelli.

Die Verfahren gegen Andreotti »erledigen« sich aber eines nach dem anderen – und verdunkeln damit, vielleicht für immer, was nach Ansicht der Ermittler erhellt schien. »Die wahre Geschichte Italiens« hatte der Staatsanwalt von Palermo seine Anklageschrift gegen Andreotti betitelt. Aber sein Gerüst baute in erster Linie

auf die Aussagen der Kronzeugen, und deren Glaubwürdigkeit hielt vor Gericht nicht stand. Mitte Oktober hat nun mangels Beweise das römische Kassationsgericht den Freispruch Andreottis vom Vorwurf der Beteiligung an einer mafiosen kriminellen Vereinigung bestätigt.

Noch offen ist der endgültige Ausgang des Mordprozesses um den Journalisten Mino Pecorelli, doch die Urteilsbegründung der zweiten Instanz in Perugia steht auf ähnlich wankendem Boden wie die Anklage in Palermo: Auch diese beruht weitgehend auf Indizien und Kronzeugenaussagen. Die Richter in Perugia mussten zwar anerkennen, Andreotti habe nicht den direkten Auftrag erteilt Pecorelli zu töten, sie sind aber der Auffassung, dass er mindestens in Form des schweigenden Einverständnisses an dem Verbrechen teilgenommen habe: Es könne nicht sein, dass er den Mord nicht gewollt habe, denn die Mörder selber und auch die Mafia hatten kein eigenes Interesse daran.

Pecorelli – ein bestechlicher Enthüllungsjournalist – hatte angeblich kurz vor seinem Tod Informationen verkaufen wollen über Zusammenhänge zwischen Andreottis Machenschaften und dem Tod Moros. Das Gericht scheint diese Lesart für sein Urteil übernommen zu haben. Es sieht seine These dadurch bewiesen, dass Andreotti »eine extrem vorsichtige Person (sei), der immer versucht hat, sich nicht direkt zu exponieren; so sehr, dass, in viel weniger schwerwiegenden Fällen als einem Mord, er auf Mittelsmänner zurückgegriffen hat, um seine Wünsche zu erkennen zu geben.«

Es ist klar, dass solche Urteile die Justiz politisch angreifbar machen. Nach dem Spruch des römischen Kassationsgerichts ergriff Marcello Pera, der Präsident der zweiten Abgeordnetenkammer, sogleich die Gelegenheit, »gewisse« Staatsanwälte als Handlanger jener zu bezeichnen, die den historischen Parteien wie DC und PSI den Garaus gemacht hätten.

Ins Zentrum der Kritik der Centrista geriet dabei Luciano Violante (DS), der in den Neunzigerjahren Vorsitzender der parlamentarischen Anti-Mafia-Kommission war: Mit dem Kommissionsbericht – der mit großer Mehrheit verabschiedet worden war – habe er damals Andreotti zum Sündenbock machen wollen. Der Forza-Italia-Abgeordnete Carlo Taormina hat den Grund für die Polemiken preisgegeben: dass Violante vor einigen Wochen Berlusconi Verbindungen zur Mafia zugeschrieben hatte.

Fortsetzung von Seite 27 Freilich, kein bundesdeutscher Politiker denkt bislang daran, Thatcherismus oder Reaganomics pur zu propagieren. Noch nicht einmal Michael Rogowski vom BDI oder andere Verbandskollegen gehen so weit, auch wenn sie täglich die Zeitungsspalten mit neuen, altbackenen Forderungen zur Stärkung der Kapitalmacht füllen. Das Grundgesetz und sein sozialstaatlicher Imperativ scheint für die gegenwärtigen Führungsspitzen noch gewisse Autorität zu haben. Der »Kopfpauschalen«-Streit zwischen Merkel und Seehofer firmiert als Wettkampf um soziale Komparative, auch wenn es tatsächlich um die Modi der Privatisierung von Gesundheitsvorsorge, also den Abschied vom Solidaritätsprinzip geht.

► Klasseninteressen

Dies Taktieren hat seine Gründe in der nicht unberechtigten Befürchtung, dass massive soziale Ausgrenzungen der gesellschaftlichen Mitte politische Instabilität bewirken können. Die Wahlerfolge von NPD und DVU in einigen Regionen der Republik gelten als Indiz für Gefährdungen innerhalb des demokratischen Systems. Die NPD erklärt sich programmatisch für den Zusammenschluss der »deutschen Volksgemeinschaft« bei explizitem Ausschluss ausländischer Bürgerinnen und Bürger. Dass Parteienforscher das rechtsradikale Wählerpotenzial im 15- bis 20-Prozent-Bereich ansiedeln, gibt noch keinen Anlass, alarmistisch zu reagieren. Radikal-nationalchauvinistische Elemente am Rande der Gesellschaft sind zu ertragen, solange sie von der Gesellschaft gehindert werden, ihre Aggressionen gegenüber Mitbürgern auszulassen. Wenn eine Gesellschaft inklusive Staatapparat allerdings dazu nicht in der Lage ist, stimmen Parameter der Zivilgesellschaft nicht mehr.

Im *Stern* vom 21.10.04 wird beklagt, dass bei Umsetzung der Reformen »diese Republik eine radikal andere sein (wird): ein entkernter Staat ohne Gemeinsinn, eine entzivilisierte Gesellschaft. Anfällig für individuelle Aggressionen und für Rechtsextremismus.« Doch gleichzeitig titelt die Zeitschrift zur Opelkrise mit einem US-Cowboystiefel, der das deutsche Autovolk zertritt. Entsprechende Kommentare in den Medien während der Auseinandersetzungen in Bochum und Rüsselsheim erreichten einen täglich. Sich gegenseitig eines deutschen Patriotismus zu versichern, gehört zunehmend zum politischen Diskurs. Wenn Schröder oder Gabriel deutsche Unternehmer des mangelnden Patriotismus zeihen, weil sie deutsche Arbeitsplätze ins Ausland

verlagerten, intonieren diese die Nationalhymne, ändern ihren Kurs natürlich nicht. Das wäre im erweiterten Europa und einer globalisierten Ökonomie auch albern.

Dennoch: Wer Fernsehbilder von exaltierten, nachpubertären Groupies von der Jungen Union beim Abfeiern des Deutschlandlieds und der Huldigung ihres Abgottes Kohl auf ihrem Deutschlandtag an einem Oktoberwochenende in Oldenburg gesehen hat, hätte ohne redaktionellen Hinweis nicht beschwören können, nicht eine obskure deutschtümelmelnde Sekte zu beobachten. Der Zuschauer wird aber mit der zukünftigen deutschen Elite konfrontiert! Diese wurde unter Kohls Regentschaft geformt und sozialisiert. Ihre Programmklärungen reichen von der Abschaffung des Kündigungsschutzes, Auflösung der staatlichen Sozialversicherung, Abschaffung der Arbeitslosenversicherung bis zur innerparteilichen Forderung nach Aufhebung der Frauenquote. Die SZ (3.7.04) beschrieb diesen Parteienachwuchs in Bayern als Neoliberale, die mit einem »neuen Brachial-Stil ... eine andere CSU und einen anderen Staat« wollen. Parteiinterne Galionsfiguren sozialer Gerechtigkeit wie Heiner Geißler oder Horst Seehofer werden als Aliens in einer neuen Partei der Erfolgreichen betrachtet.

Ich denke, dies sind deutliche Anzeichen für Absetzbewegungen von einem sozialstaatlichen Konsens, der bislang im bundesdeutschen Parteiensystem vom Prinzip her unumstritten war. Es werden Pflöcke für die Bildung einer Front gegen die »Loser« gesetzt, gegen Menschen, deren Habitus nicht den eigenen Wertvorstellungen entspricht. Früher nannte man das einmal Klassenbewusstsein und man drückte damit aus, dass unterschiedliche Mentalitäten, Lebensentwürfe, Bedürfnisse, Problemlösungen durchaus etwas mit der sozialen Herkunft, den materiellen Bedingungen von Gegenwart und Zukunftserwartungen zu tun haben können. Wohl seit dem letzten Soziologentag im Oktober in München unter dem Thema »Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede« darf man öffentlich wieder über die Existenz von Klassen reden, zumal dort erkannt wurde, dass deren Bedeutung im Wohlstand verschwindet und in Krisen erneut hervortritt.

Doch ehemals klassische Klassenbindungen, definiert an der Teilhabe am Produktionsvermögen, haben sich aufgelöst durch die Verallgemeinerung der Lohnarbeit und durch diffizile kulturelle Prägungen. Im Wählerverhalten drückt sich das in Verlusten proletarischer (die gibt es wirklich noch) Wähler für



die SPD aus, die nun der CDU (noch) zugute kommen. Gleichzeitig ist diese Partei geprägt durch ihren bürgerlichen Habitus, der sich in Herkunft, bürgerlicher Wirtschafts- und Leistungsordnung, traditionellem Familien- und Frauenbild spiegelt. Das scheinbare Verschwinden der Klassen hat der Sozialdemokratie Klientel entrissen, die Reproduktion der bürgerlichen Klassen in der CDU hat funktioniert. Mit Merkel an der Spitze herrscht eine technokratische, dem bürgerlichen entsolidarisierenden Leistungsgedanken verpflichtete Elite, die die Hegemonie über die Gesellschaft erringen will, weil sie meint, ihre Interessen seien mit denen der Gesellschaft identisch.

Genau darin liegt das Problem bei den gegenwärtigen Reformen: Auf der einen Seite Entmutigung, staatliche Gängelung, materielle Unsicherheit lohnabhängiger Individuen, auch und gerade die Schwächung ihrer Interessenorganisationen, auf der anderen Seite die materielle und mentale Stärkung der Besitzenden und ihrer Eiferer. Die Gefahr, die aus solch einer Konstellation entstehen kann, besteht darin, dass ein Rückzug von den Gleichheits- und Gerechtigkeitsentwürfen bundesdeutscher Verfasstheit angesichts unlösbarer scheinender globaler Herausforderungen unvermeidlich erscheint. Demgegenüber plustert sich die Ellenbogenfraktion der Gesellschaft auf, materiell getragen von den Kapital- und Rentenrenditen ihrer Ahnen, und meint die Gesellschaft nach ihrer Façon ausrichten zu können. Sie hat den Vorteil, dass sie kulturell und mental Entwurzelte durch Ego-Mobilisierung, zum Beispiel gegen Frauen und Minderheiten, auch durch nationalistische Aufregungen, nicht gegen etablierte Globalisierungskonkurrenten, sondern zugewanderte »Habenichtse« auf ihre Seite ziehen kann.

Mir scheint geboten, sich wieder einiger Zeilen aus Hannah Arendts »Totalitarismusbuch« zu erinnern. Unter dem Abschnitt »Das zeitweilige Bündnis zwischen Mob und Elite« schrieb sie: »Die Bourgeoisie, die ihren Aufstieg nur dem Druck verdankte, den wirtschaftliche Bedingungen auf eine sich auflösende Gesellschaft ausübten, und die politische Macht durch ökonomische Erpressung politischer Institutionen zu erwerben pflegte, war immer der Meinung gewesen, dass die öffentlichen und sichtbaren Träger der Macht im Staate in Wahrheit abhingen und geleitet wurden von ihren eigenen, nichtöffentlichen Klasseninteressen und von persönlicher Beeinflussung. Die politischen Überzeugungen der Bourgeoisie waren in diesem Sinne immer »totalitär« gewesen, das heißt hatten die Identität von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorausgesetzt, wobei die politisch-staatlichen Institutionen als bloße Fassade für Privatinteressen angesehen wurde.«⁸ ◀

Siehe zum Thema vom gleichen Autor in der *Kommune 4/04*: »Die SPD, ihre Geschichte, ihr Leid. Historische und aktuelle Wandlungen der Sozialdemokratie«

- 1 Dies sind die Deutschland-Berichte der Exil-SPD aus den Jahren 1934–1940, Nachdruck, Salzhäusen 1980.
- 2 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Band IV: 1914–1949, München 2003, S. 686.
- 3 Wehler, S. 690.
- 4 Man sehe mir den bornierten westdeutschen Blick nach. Doch die Entwicklung der Mentalitäten in der DDR, wo die »deutsche Volksgemeinschaft« von der »sozialistischen Klassengemeinschaft« abgelöst wurde, klammere ich aus artikeltechnischen Gründen aus. Zwei Bemerkungen würden dem Thema nicht gerecht werden, doch analytische Tiefe den Rahmen sprengen.
- 5 Wehler, S. 716
- 6 Erwin Stein: *Lehrbuch des Staatsrechts*, Tübingen 1973, S. 423 f.
- 7 Vgl. dazu u. a.: M. Hartmann: »Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierepfade«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1.3.04.; M. Vester, P. v. Oertzen u. a.: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt am Main 2001.
- 8 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 540–541.

MECHTHILD VEIL

Die Hartz-Gesellschaft

Nur neue Formen der Aktivierungsstrategien oder ein anderes Sozialsystem?

Mit Inkrafttreten von Hartz IV Anfang 2005 wird die Bundesregierung wesentliche Bausteine ihrer Programmatik, die Agenda 2010, umgesetzt haben. Die Neuorganisation von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik werden den alten Sozialstaat bismarckscher Prägung entscheidend umsteuern. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die soziale Abfederung arbeitsmarktbedingter Risiken, sondern die Aktivierung möglichst aller Erwerbsfähiger in den Arbeitsmarkt – fast um jeden Preis.

► Die vier Stufen der Arbeitsmarktreform

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, benannt nach ihrem Vorsitzenden Peter Hartz, legte der Bundesregierung im Sommer 2002 ein Konzept für eine Arbeitsmarktpolitik vor, die »Arbeit statt Arbeitslosigkeit« finanzieren sollte.¹ Die Kommission hat »Innovationsmodule« vorgelegt, die in abge-speckter Form in vier Stufen umgesetzt worden sind beziehungsweise werden sollen. Die Gesetze für »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« umfassen die beschleunigte Förderung von Arbeitssuchenden, den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und die viel kritisierte Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Hartz I: Schnellere Vermittlung von Arbeitslosen durch private Personal-Service-Agenturen (PSA) (seit 1.1.03 in Umsetzung) – In jedem Arbeitsamtbezirk wurden Personal-Service-Agenturen eingerichtet, die die Arbeitsvermittlung beschleunigen sollen. Jedes Arbeitsamt ist verpflichtet, wenigstens eine PSA einzurichten. Die Arbeitsämter schließen Verträge mit den Verleihunternehmen, die wie private Zeitarbeitsfirmen arbeiten, das heißt Arbeitslose mit dem Ziel ihrer dauerhaften Einstel-

lung verleihen. Welche Arbeitslosen in der PSA beschäftigt werden, vereinbaren die Arbeitsämter mit den PSA. Im Vordergrund steht der Eingliederungserfolg. Das Arbeitsamt gibt Art und Inhalt der Maßnahmen nicht vor. – Gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitsregelungen zur Aufnahme einer Arbeit verschärft: Einkommensverluste können verlangt werden. Die Entlohnung kann unter dem Arbeitslosengeld liegen. Arbeitslose – auch potenzielle – müssen sich bereits vor Beginn ihrer Arbeitslosigkeit arbeitslos melden, um die Vermittlungsfristen verkürzen zu können. Mit Bildungsgutscheinen können Arbeitslose die Bausteine für ihre berufliche Weiterbildung oder Umschulung selber zusammenstellen, was jedoch selten in Anspruch genommen wird, da viele Arbeitssuchende damit überfordert sind.

Erste Schritte zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden auf dieser Stufe bereits ergriffen: Die Anrechnung des Partnereinkommens und die Absenkung der Freigrenzen für Vermögen für Arbeitslosenhilfeempfänger, die quasi halbiert und damit an das untere Niveau der Sozialhilfe angepasst werden.

Hartz II: Neue Anlaufstellen für Arbeitssuchende und neue Beschäftigungsformen (seit 1.4.03 in Umsetzung) Die Landesarbeitsämter wurden in so genannte Job-Center umgewandelt, um in Vorbereitung auf Hartz IV eine gemeinsame Anlaufstelle von Arbeitsamt und Trägern der Sozialhilfe zu schaffen, sodass die bisherige Doppelzuständigkeit von Arbeitsämtern und kommunalen Sozialämtern aufgehoben wird – »Beratung und Hilfe aus einer Hand«.

Zu den neuen Beschäftigungsformen zählen sozialversicherungspflichtige »Ich-AGs« mit Existenzgründungszuschüssen bis Ende

2005, wenn keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. Ausgenommen sind Familienmitglieder. Diese so genannten Familien-AGs erhalten ebenfalls den Zuschuss. Die so genannten Mini-Jobs (meist 400-Euro-Jobs) sollen ausgeweitet werden – durch Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze und durch Förderung von Minijobs in Privathaushalten durch geringere Sozialversicherungsbeiträge.

Hartz III: Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zur Dienstleistungsagentur »Bundesagentur für Arbeit« und Verschärfung der Voraussetzungen für das Arbeitslosengeld (seit 1.1.04 in Umsetzung) Die Vermittlung von Arbeitslosen soll effektiver werden durch Ausbau und Individualisierung der Beratung mit Hilfe von Fallmanagern, die eine begrenzte Anzahl von Arbeitssuchenden – bisher werden 75 pro Fallmanager genannt – betreuen und mit ihnen individuelle Eingliederungsverträge ausarbeiten sollen. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärft, jetzt ist ein Jahr Beschäftigung in den letzten zwei Jahren (vorher waren es drei Jahre) notwendig.

Hartz IV: Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Umsetzung ab 1.1.05) Die Arbeitslosenhilfe wird gestrichen. Der Bezug von Arbeitslosengeld II setzt eine aktive Arbeitsplatzsuche voraus. Die Verwaltung der Leistungen liegt bei der Bundesagentur für Arbeit.

► Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende – mehr Fordern als Fördern

Die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) schafft eine neue Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die zu Grunde liegende Idee

ist, erwerbsfähige Langzeitarbeitslose (Arbeitslosenhilfeempfänger) und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zu einem neuen Fürsorgesystem zusammenzufassen und in die Aktivierungsprogramme der Arbeitsvermittlung der BA hineinzunehmen. Die neue Unterstützungsleistung, das ALG II, wird von einer aktiven Arbeitssuche abhängig gemacht und orientiert sich an der Sozialhilfe. Im Unterschied zur Sozialhilfe hat das ALG II eine doppelte Funktion: Es soll der Existenzsicherung dienen, also den Mindestbedarf, der zum Leben in der Gesellschaft notwendig ist, abdecken und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern. Die bisherige Arbeitslosenhilfe entfällt.

Der Begriff ALG II ist allerdings irreführend, weil es sich nicht um eine Variante des Arbeitslosengeldes handelt, sondern um eine neue *Grundsicherung* für »erwerbsfähige Hilfebedürftige« und für die mit ihnen zusammenlebenden Angehörigen in »Bedarfsgemeinschaften«. Erwerbsfähig ist, wer mindestens drei Stunden täglich arbeiten kann. Als hilfebedürftig gelten, ähnlich wie im Bundessozialhilfegesetz (BSHG), diejenigen, die weder für sich noch für ihre Angehörigen den Unterhalt sichern können.

Für die mehr als zwei Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe bringt die neue Grundsicherung weit reichende Veränderungen mit sich, materielle Verschlechterungen und einen Wechsel in der Systemlogik. Denn für Langzeitarbeitslose gelten zukünftig nicht mehr die Bestimmungen des Arbeitslosengeldes, die auf die Arbeitslosenhilfe übertragen wurden, sondern die Logik der Sozialhilfe.

Im Unterschied zur bisherigen Arbeitslosenhilfe kennt das ALG II keine Orientierung an den vorherigen Lohn oder an eine einheitliche Zumutbarkeitsregelung. Einkommen des/der Erwerbslosen und der Bedarfsgemeinschaft werden in stärkerem Maße angerechnet, der Rentenanspruch wird gesenkt und die Rentenbeiträge nur noch auf Basis eines Einkommens von monatlich 400 Euro übernommen. Wie in der Arbeitslosenhilfe auch muss vorhandenes Vermögen, das bestimmte Freigrenzen überschreitet, zunächst verbraucht werden, bevor Unterstützungsleistungen bezogen werden können. Neu ist allerdings, dass Vermögen, das eindeutig der Alterssicherung dient (Beiträge zur »Riester-Rente«) anrechnungsfrei bleibt.

Im Unterschied zur Sozialhilfe werden die Vermögensfreibeträge erhöht und die Leistungen stärker pauschaliert. Im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld zahlen die



Alle Fotos: Ijia C. Hendel

Tabelle 1: Leistungen nach der neuen Grundsicherung (Arbeitslosengeld II)

Pauschalisierte Regelleistungen (RL) bei Arbeitslosengeld II / Sozialgeld

	Alleinstehende/r oder Alleinerziehende/r	Sonstige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft		
		Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	Kinder ab Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	Partner ab Beginn des 19. Lebensjahres
	100 %	60 % RL	80 % RL	90 % RL
Alte Länder einschl. Berlin (Ost)	345 Euro	207 Euro	276 Euro	311 Euro
Neue Länder	331 Euro	199 Euro	265 Euro	298 Euro

Zusätzliche Leistungen

- Mehrbedarfe bei Schwangerschaft, Alleinerziehung, Behinderung oder kostenaufwändiger Ernährung,
- Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Leistungen für einmalige, nicht von der Regelleistung umfasste Bedarfe,
- für Bezieher von Arbeitslosengeld II bei Vorliegen der Voraussetzungen ein befrieter Zuschlag von bis zu 160 Euro jeweils für den Erwerbsfähigen und den Partner und bis zu 60 Euro für jedes Kind,
- für Bezieher von Arbeitslosengeld II die zu zahlenden Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung,
- für Bezieher von Sozialgeld Kranken- und Pflegeversicherungsschutz.

Quelle: SPD-Parteivorstand (Hg.) Hartz IV: Die neue Grundsicherung. Fakten und Argumente. Berlin 2004.

Tabelle 2: Auswirkungen der Umstellung der Arbeitslosenhilfe auf ALG II

Juni 2003	West		Ost		Ges. in Mio.
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	
Arbeitslosenhilfeempfänger	1,087	100	0,967	100	2,054
davon bezieht nach Hartz IV:					
– keine Leistung mehr	0,217	20	0,348	36	0,565
– geringere Leistung	0,554	51	0,425	44	0,979
– etwa gleiche Leistung	0,120	11	0,060	6	0,180
– höhere Leistung	0,196	18	0,135	14	0,331

Quelle: DGB-Berechnungen auf der Basis der Bundestagsdrucksache 15/1279, S.23, und der BA-Statistik zitiert in: DGB – Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht 3/2004, S.22.

Zur »Bedarfsgemeinschaft« gehören:

- die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen,
- die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines minderjährigen, unverheirateten erwerbsfähigen Kindes,
- der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte,
- der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner,
- die Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt,
- die dem Haushalt angehörenden minderjährigen unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen oder seines Partners, soweit sie nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beschaffen können.

Literatur

Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity

Gössner, Rolf (2004): »Gläserne Leistungsempfänger. Die Bundesagentur für Arbeit verstößt mit ihren Fragebögen zum Arbeitslosengeld II massiv gegen den Sozialdatenschutz«, in: *FR*, 30.10.04

Klammer, Ute/Leiber, Simone (2004): »Aktivierung und Eigenverantwortung in europäisch-vergleichender Perspektive«, in: *WSI Mitteilungen*, Heft 9/2004, S. 514–521

Knuth, Matthias/Finn, Dan (2004): Hartz oder Harrods? Reformen der Arbeitsförderung im Vereinigten Königreich, in: *IAT-Report* Nr. 4

Neumann, Wolfgang (Hrsg.) (2004): *Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frankreich und Deutschland*, Wiesbaden: VS-Verlag – Mit Beiträgen von Wolfgang Neumann, Bruno Palier, Mechthild Veil, Ingo Bode, Pierre Concialdi, Jeanne Fagnani und Arnaud Lechevalier zum Vergleich der Systeme in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit, Arbeitsmarktentwicklung und -politik, Mindestsicherung und Sozialhilfe, Familienpolitik, Art der Reformansätze.

Streeck, Wolfgang (2001): »Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtungen: Ein Kommentar«, in: Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): *Die beste aller Welten? Markliberalismus versus Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag, S. 135–168

Fortsetzung von Seite 31 Jobcenter für zwei Jahre einen Überbrückungszuschlag zu den Regelsätzen. Dieser wird von Kritikern der Hartz-Gesetze auch Armutsanpassungsgeld genannt.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit Angehörigen oder Partnern in einem Haushalt leben, den so genannten *Bedarfsgemeinschaften* (siehe Kasten), können für diese Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten. Diese Leistung wird Sozialgeld genannt.

Beide Leistungen, ALG II und Sozialgeld, entsprechen im Allgemeinen dem Niveau der Sozialhilfe, sie sind jedoch stärker pauschalisiert. *Tabelle 1* zeigt die Höhe der neuen Grundsicherung.

Es sind die Mittelschichten, für die der Wegfall der Arbeitslosenhilfe eine finanzielle und berufliche Abwärtsspirale einleitet. Finanzielle Einschnitte werden sich auf Haushalte mit mittlerem Einkommen konzentrieren, vor allem dann, wenn der Partner mit dem höheren Einkommen arbeitslos wird. Positiv hingegen wird sich die Grundsicherung auf Haushalte von Erwerbslosen mit einem Einkommen in der Nähe der Sozialhilfe auswirken.

Nach Berechnungen des DGB (siehe *Tabelle 2*) werden viele ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger mit Hartz IV aus dem Leistungsbezug herausfallen, in Westdeutschland geht der DGB von 20 Prozent und in Ostdeutschland sogar von 36 Prozent aus.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Es ist davon auszugehen, dass viele der Arbeitslosenhilfeempfänger auf Grund der verschärften Anrechnungsmodi keine Ansprüche mehr geltend machen können.

Eine Palette von flexiblen Sanktionsmöglichkeiten führt dazu, dass das ALG II bis zu drei Monaten reduziert werden kann, ohne dass Sozialhilfeleistungen »einspringen«. Das heißt, für Arbeitsfähige kann das Niveau ihres unteren sozialen Netzes unter das Sozialhilfeniveau fallen. Das ist neu.

Arbeitsförderung und Arbeitszumutungen

Menschen, die ALG II beziehen, müssen zukünftig jede auch noch so schlecht bezahlte Arbeit, wenn sie denn nicht sittenwidrig ist (was immer das auch heißt), annehmen. Nicht sittenwidrig und damit zumutbar ist nach Hartz IV Arbeit, die nicht existenzsichernd ist, deren Einkommen unter dem Sozialhilfesatz liegt, Arbeit, die nicht sozialversicherungspflichtig ist und so genannte Ein-Euro-Jobs. Um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, bleibt ein Teil des Einkommens anrechnungsfrei (gestaffelt nach der Einkommenshöhe), so-

dass sich das Haushaltseinkommen tatsächlich erhöht. Können Arbeitssuchende nicht vermittelt werden, dann ist es möglich, sie zu »Arbeitsgelegenheiten« zu verpflichten, ähnlich der gemeinnützigen Arbeit der Sozialhilfe, um ihren Anspruch auf Unterstützung aufrechtzuerhalten. Der Arbeitszwang entfällt nur bei gesundheitlichen und psychischen Problemen (tut sich hier ein erweitertes Feld für Psychologen auf, die in Anspruch genommen werden könnten aus Verzweiflung oder auf der Suche nach Umgehungsstrategien?) oder wenn Kinder oder Ältere zu pflegen sind.

Aktivierungsstrategien für Jugendliche (unter 25 Jahren) zielen darauf, diese vorrangig und beschleunigt in Arbeit zu bringen. Wird dies schwierig, dann können ihnen auch befristete so genannte Arbeitsgelegenheiten von kommunalen Trägern zugemutet werden, ähnlich der gemeinnützigen Beschäftigung im BSHG.

Allgemein sind die Aktivierungsstrategien auf die untersten Einkommensbereiche konzentriert. Ihr Instrumentarium der finanziellen Anreize – »Arbeit soll sich lohnen« – und des finanziellen Drucks – »Fördern und Fordern« – vielfältig

Befristete »Existenzgründungszuschüsse«, um sich als »Ich-AG« oder »Familien-AG« selbstständig zu machen, womit Frauen vor allem in Ostdeutschland positive Erfahrungen machen.

Möglichkeiten, zum Regelsatz des ALG II hinzuzuverdienen, zum Beispiel durch 400-Euro-Jobs oder 1-Euro-Jobs mit flexiblen Anrechnungsmodi, die günstiger sind als in der bisherigen Sozialhilfe. Erst ab einem monatlichen Betrag von 1500 Euro brutto wird der »Zuverdienst« voll angerechnet, dieser Betrag ist doppelt so hoch wie bei der Sozialhilfe.

Ein Kinderzuschlag wird mit dem Kindergeld ausgezahlt.

Druck (Fordern liegt v. a. darin, dass Erwerbsfähigen zukünftig *jede* Arbeit, auch untertariflich bezahlte, zugemutet wird. Die im Grunde einzige Ausnahme besteht für Menschen (Frauen), die kleine Kinder erziehen oder Angehörige pflegen.

Die bisher auf den Kreis der Arbeitslosen beschränkten Arbeitsfördermaßnahmen, wie Qualifizierungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung und Vermittlungsangebote,



stehen nun auch erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern zur Verfügung. Für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, die den beruflichen Anschluss suchen, erweitert sich somit der Handlungsspielraum. Die Gruppe der ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfänger hingegen hat materiell und in Bezug auf ihren beruflichen Status erhebliche Nachteile zu verkraften. Denn mit Wegfall der bisherigen Arbeitslosenhilfe entfällt auch die Anbindung der Leistungshöhe an ein vorheriges Arbeitsentgelt und an einen, wenn auch bereits stark durchlöchernten (fragilen) Berufsschutz. Langzeitarbeitslose werden an die schlechteren Bedingungen des Bundessozialhilfegesetzes angepasst – jede Arbeit wird zumutbar, der Leistungsbezug setzt Bedürftigkeit voraus. Für Arbeitslosenbezieher verengt sich der Handlungsspielraum mit Hartz IV.

Bedarfsgemeinschaften – neue Abhängigkeiten

Die Schaffung von so genannten Bedarfsgemeinschaften schafft ganz neue personelle Abhängigkeiten, die nicht nur, wie bei der Sozialhilfe, das untere soziale Netz betreffen, sondern weit in die Mittelschichten hineinreichen. Mit dem Antrag auf ALG II müssen die potenziellen Leistungsempfänger in den zu Recht kritisierten Fragebögen nicht nur die eigene Bedürftigkeit nachweisen, sondern auch die Lebensverhältnisse der mit ihnen in einem Haushalt zusammenlebenden Angehörigen und Lebenspartner offen legen. Sind diese bedürftig und nicht erwerbsfähig, erhält der/die ALG-II-Bezieher/-in für sie Sozialgeld, sind sie erwerbsfähig, müssen sie ebenfalls einen Antrag auf ALG II stellen. Datenschutzrechtlich problematisch (Gössner 2004) und menschlich entwürdigend ist es, wie weit die Antragstel-

ler die Lebensverhältnisse ihrer Mitbewohner offen legen müssen. Abgefragt wird zum Beispiel: »Haben ... die mit Ihnen im Haushalt lebenden Angehörigen Vermögen? Bank- und Sparguthaben, Bargeld ..., Kraftfahrzeug, Wertpapiere ..., Kapitallebensversicherungen, Bausparverträge ..., Wertsachen, Gemälde?« Oder: »Kann (Ihr Angehöriger) ... Ihrer Einschätzung nach mindestens drei Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit ... nachgehen?« Oder: »Name, Anschrift und Bankverbindung des Vermieters ...«²

Gegenüber bisheriger Praxis erzwingt das behördliche Vorgehen der Bundesanstalt für Arbeit nun einen Mentalitätswechsel, der eine andere Sozialstaatslogik einleitet. Im Vordergrund steht nicht mehr der soziale Schutz und die berufliche Eingliederung Langzeitarbeitsloser, sondern der Generalverdacht potenziellen

1 Zu dem Bild einer modernen Dienstleistungsgesellschaft passt nicht die Zusammensetzung der 15-köpfigen Kommission, die zum überwiegenden Teil aus Vertretern der Arbeitgeberseite und aus Beratungsunternehmen besteht. Lediglich zwei Mitglieder kommen aus der Wissenschaft, zwei sind Gewerkschaftsvertreter. Nur eine Frau (vom Bundesvorstand ver.di) gehört dem Gremium an.

2 Ralf Gössner (2004) hat einige exemplarische Felder »behördlicher Neugier« in den Fragebögen zusammengefasst: 1. Offenlegung der Lebensverhältnisse Dritter, die sich auch auf sensible

Daten beziehen, ohne dass die Betroffenen hierüber unterrichtet werden müssen. 2. In den Antragsformularen wird nicht eindeutig zwischen »Bedarfsgemeinschaften« (Zusammenleben von Eltern, Kindern und Lebenspartner) und »Haushaltsgemeinschaften« (Wohngemeinschaften im weitesten Sinne, auch Untermieter) unterschieden. Zu Letzteren dürfen und brauchen keine Angaben gemacht werden, wenn es sich nicht um Lebenspartner handelt (Bundesverfassungsentscheid vom Oktober 2004). 3. Einsicht Unbefugter in geschützte Daten, zum Beispiel in Verdienstbescheinigungen oder der Arbeitgeber in die Vermögensverhältnisse ihrer Beschäftigten.

UWE GÜNTHER

Die Treue von Managern

Das Leben hat es gut gemeint mit Herrn Esser und seinen Kollegen. Im Zuge der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone erhielten sie Abfindungen in beträchtlicher Höhe. Esser allein bekommt als früherer Vorstandschef von Mannesmann 32 Millionen Euro.

Über die moralische Berechtigung solcher Abfindungsregelungen für Manager ist in den letzten Jahren am Beispiel von Esser viel diskutiert worden. Insbesondere über den Bezugspunkt und den Maßstab besteht wenig Konsens. Müssen sich deutsche Manager in einer globalisierten Welt ins Verhältnis setzen zu Managern von multinationalen Konzernen oder müssen sie die Situation von deutschen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Blick nehmen?

Gegen diejenigen, die den Abfindungsregelungen von Mannesmann zustimmten, wurde strafrechtlich Anklage wegen des Vorwurfs der Untreue erhoben. Das Landgericht Düsseldorf sprach die Angeklagten von diesem Vorwurf frei.

Grundlage der Anklage war der Tatbestand der Untreue gemäß § 266 StGB. Untreue begeht danach, wer »die ihm kraft Gesetzes, behördlichen Auftrags, Rechtsgeschäfts- oder eines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen wahrzunehmen, verletzt und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt«. Untreue ist vor-

sätzliche Pflichtverletzung bei der Betreuung fremder Vermögensinteressen durch Benachteiligung des zu Betreuenden. Untreue ist kein Bereicherungsdelikt, sondern ein Vermögensverschiebungsdelikt. Der Täter muss zur fremdnützigen Vermögensfürsorge verpflichtet sein. Wann das der Fall ist, ergibt sich nicht aus dem Wortlaut des § 266 StGB selbst, sondern nur unter Rückgriff auf eine umfangreiche, nicht widerspruchsfreie und wegen des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots umstrittene Kasuistik der Rechtsprechung, die einem Vorsitzenden des allgemeinen Studentenausschusses die

Zweckentfremdung von Mitteln wegen der Wahrnehmung eines »politischen Mandats« vorhielt, die aber andererseits es als zulässig erachtete, dass Vorstände an Sportverbände und politische Parteien spendeten. Jede Rechtsanwendung von § 266 StGB ist daher mit Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden. Der Aufsichtsrat von Mannesmann kann und darf über Abfindungen entscheiden. Strafrechtlich problematisch kann deswegen nicht sein, dass der Aufsichtsrat über Abfindungen entschieden hat, sondern allenfalls dessen finanzielles Volumen.

Wo aber liegen die strafrechtlichen Grenzen? Wenn man insoweit auf § 87 des Aktiengesetzes zurückgreift, wird man nicht um vieles klüger. Danach müssen die gesamten Bezüge der Vorstände »in einem angemessenen Verhältnis zur Lage der Gesellschaft stehen«. Ist hier bei der Lage der Gesellschaft ein kurzfristiger Kursanstieg mit zu berücksichtigen oder ist gerade dieser herauszurechnen? Meint »Angemessenheit« und »Lage der Gesellschaft« ein wie immer auch differenziertes objektives oder mindestens objektivierbares mathematisches oder ökonomisches Verhältnis zueinander oder ist angemessen, was subjektiv auf dem Hintergrund öffentlicher Proteste und Diskussionen als angemessen empfunden wird? Solche Fragen aufzuwerfen, macht die Schwierigkeit deutlich im Strafverfahren im Nachhinein definitive Antworten auf Fragen zu geben, die im Vorhinein in der Entscheidungssituation durch Analyse und Exegese der einschlägigen Normtexte und Rechtsprechung niemand beantworten kann.



Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit das Verhältnis zwischen Aufsichtsräten und Vorständen von Aktiengesellschaften einerseits und von diesen zu den Aktionären andererseits nur zurückhaltend reguliert. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Zurückhaltung nicht mehr geboten ist. Insofern sind Gesetzesvorschläge, die abzielen auf größere Transparenz von Managergehältern oder auf deren zivilrechtliche Haftung durchaus sinnvoll. Das Schweigen des Gesetzgebers sollte allerdings nicht Veranlassung sein, dass Strafgerichte anstelle des Gesetzgebers tätig werden. Insofern verdient das Urteil des Landgerichts Düsseldorf Anerkennung, weil es die fehlende Rechtsgrundlage nicht durch die eigene moralische Anschauung ersetzt hat.

Fortsetzung von Seite 33 Leistungsmisbrauchs, einer »Mitnahme-Mentalität«. Es wächst die Abhängigkeit der Antragsteller von der Behörde der Bundesanstalt für Arbeit und auch die zwischen »Bedarfsmitgliedern«. Die weit gefasste und bis in die persönlichen Lebensverhältnisse hineinreichende Auskunftspflicht baut soziale Rechte ab und verletzt die persönliche Autonomie derjenigen, für die die »Arbeit ausgegangen ist« und die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

► Neue Abhängigkeitsverhältnisse

Die mit den Hartz-Gesetzen anvisierten Arbeitsmarktreformen steuern den bundesdeutschen Sozialstaat um. Im Mittelpunkt wohlfahrtsstaatlicher Interventionen steht nicht mehr die soziale Abfederung arbeitsmarktbedingter Risiken, sondern die Aktivierung möglichst aller Erwerbsfähiger in den Arbeitsmarkt – fast um jeden Preis. Der Sozialstaat wird in den Dienst von Aktivierungsstrategien gestellt und kann anscheinend lediglich nur noch in dieser Funktion legitimiert werden. Der Begriff Solidarität, der einst die normative Grundlage sozialstaatlichen Denkens und Handelns abgab, verblasst und wirkt hilflos angesichts der Forderungen nach mehr Effizienz. Selbst die Verteidiger des (alten) Sozialstaates begründen diesen inzwischen mit der Effizienz seiner Leistungen und weniger mit seinem solidarischen Charakter (Streeck 2001). Die schnellen, durch den Globalisierungsdruck verursachten Veränderungen laufen den Begriffen davon.

Mit der Agenda 2010 setzt die Regierung die Gesellschaft unter Reform-Dauerstress. Nicht nur, weil eine Reform die andere jagt: Den Anfang machte die Rentenreform 2001 (Einführung der kapitalgedeckten Riester-Rente und einer bedarfsgeprüften Grundsicherung), die bereits kurz nach Inkrafttreten mit Hilfe weiterer Instrumente zur Senkung des allgemeinen Rentenniveaus – dem »Nachhaltigkeitsfaktor« – nachgebessert und durch Einführung der nachgelagerten Besteuerung der Renten 2004 ergänzt wurde. Zu Beginn dieses Jahres trat die Reform der Krankenversicherung in Kraft, deren längerfristiger Umbau – Bürgerversicherung oder Kopfpauschale – wiederum neu auf der Tagesordnung steht und kontrovers diskutiert wird. Eine Reform der Pflegeversicherung steht noch an.

Der Dauerstress liegt in den Reformprozessen selbst. Die Reformen werden der Gesellschaft übergestülpt, im Hauruckverfahren, ohne ausreichende Zeit der Evaluierung, ohne Einbeziehung der Erfahrungen anderer

Länder mit Aktivierungsstrategien (siehe unten: Vergleich Großbritannien). Es wird seitens der politischen Akteure nicht zur Kenntnis genommen oder nicht politisch vermittelt, dass mit den Reformen und insbesondere mit den Hartz-Gesetzen ein anderer bundesdeutscher Sozialstaat angesteuert wird (wohl auch beabsichtigt): von einem bismarckschen Wohlfahrtsregime, das in international vergleichender Forschung (vgl. Esping-Anderson 1999) als korporatistisch und statusabhängig bezeichnet wird und kontinuierliche und existenzsichernde Erwerbstätigkeit voraussetzt, hin zu einem Wohlfahrtsstaat liberaler Prägung, dessen Sozialleistungen für die Arbeitsmarktintegration – *workfare* – und zur Armutsbekämpfung funktionalisiert werden. Die Marktgängigkeit der Leistungen der »Hilfempfänger« erhalten Vorrang vor der Absicherung sozialer Risiken, die mit dem Arbeitsmarkt verbunden sind. Das Problem ist, dass eine stärkere Verlagerung der Verantwortung für die Existenzsicherung vom Sozialstaat auf das Individuum, die in Zeiten der Globalisierung wohl notwendig wird, in den gegenwärtigen Reformprozessen als Diskriminierung von Arbeit und von Arbeitenden in den unteren Einkommensbereichen organisiert wird. Der Sozialstaat produziert neue,



entwürdigende persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, die weder in die Landschaft einer modernen »Wissengesellschaft« noch unbedingt zum Konzept einer Gleichheit von Männern und Frauen passen.

Hartz IV bedeutet mehr als eine Arbeitsmarktreform. Es scheint, als ob ein Kulturschock durch das Land geht. Ausbildung und berufliche Qualifikation – ein Terrain, auf dem

insbesondere Frauen aufgeholt und eine besondere Dynamik entwickelt haben – sind kein Garant mehr, weder für einen bestimmten Lebensstil noch für »verdienstvolle« Arbeit. Bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit brechen soziale Rechte weg: Der Erwerbsarbeitsbegriff löst sich in Tätigkeiten auf, die entkoppelt von Einkommen, Entgelt und Standards ihren bisherigen Wert verlieren. ◀

Hartz-Vorlage: Aktivierungsstrategien in Großbritannien

Ein Vergleich der Arbeitsmarktreformen in England und Deutschland, den das Institut Arbeit und Technik / Wissenschaftszentrum NRW (IAT/Gelsenkirchen) 2004 durchführte (Knuth/Finn 2004), spricht von »frappierenden Ähnlichkeiten und entscheidenden Unterschieden«. Die rot-grüne Regierungskoalition in Deutschland holt quasi nach, was eine konservative Regierung im Vereinten Königreich bereits 1986 mit dem Programm »RESTART« begann: die Zusammenführung aller Leistungen für Erwerbsfähige in einer Organisation. Der »New Deal« der Labour-Regierung hat im Zusammenhang mit der Philosophie des »Dritten Weges« (Giddens 1998) den Akzent stärker auf Aktivierung und Integration der Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt gelegt. Der New Deal folgte einem gruppenspezifischen Ansatz (vgl. Klammer/Leiber 2004, S. 516) und führte Programme für verschiedene Problemgruppen ein: für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Behinderte und allein Erziehende, Partner von Arbeitslosen, Musiker und ältere Arbeitslose über 50. Differenzierte monetäre Anreize beim Übergang in die Erwerbsarbeit zum Beispiel für Sozialhilfebezieher, die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen für Familien, Mindestlohnregelungen und steuerliche Begünstigungen haben

die Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) der Menschen erhöht und die Arbeitsintegration erleichtert.

Das britische Aktivierungsprogramm war laut IAT-Report 2004 erfolgreich. Die Arbeitslosenquote konnte von 1993 bis 2001 von 10 auf 5 Prozent halbiert werden, der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung sank im gleichen Zeitraum um ein Drittel, und die Erwerbstätigenquote in Vollzeitäquivalenzen stieg von gut 58 auf gut 62 Prozent. Allerdings spielt sich diese Erfolgsstory auf dem Hintergrund eines hohen Anteils von Sozialhilfeempfängern im Erwerbsalter ab, der über dem in Deutschland liegt. Aus anderen Untersuchungen (zitiert in Klammer/Leiber 2004) wird deutlich, dass sich die Erfolge vor allem bei weniger schwierigen Gruppen wie jüngeren Langzeitarbeitslosen oder gut qualifizierten Behinderten zeigten. Als wichtige Voraussetzung für den Eingliederungserfolg nennen die Studien die intensive Betreuung durch persönliche Berater, die, wie die Fallmanager, mit mehr Rechten ausgestattet wurden, und durch individuelle Aktionspläne, die möglichst schon in der Frühphase der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Die britische Grundsicherung für Arbeitssuchende (*Jobseeker's allowance*) erinnert an die

deutsche Version, sie liegt mit durchschnittlich monatlich 359 Euro für alleinstehende Erwachsene etwas höher. Der entscheidende Unterschied zwischen dem Vorgehen in England und Deutschland liegt im Tempo der Umstellung. Während sich die englische Regierung für die institutionelle Zusammenlegung aller Leistungen in den neu geschaffenen Jobcenter fünf Jahre Zeit nahm, soll die Einrichtung von Jobcenter und die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitsagenturen und kommunalen Trägern in Deutschland eine Vorbereitungszeit von nur einem Jahr beanspruchen. Für die Umsetzung, zum Jahreswechsel 2004 und 2005, wird sogar nur die Zeitspanne einer »juristischen Sekunde« (IAT-Report 2004) gewährt. Die bundesdeutsche Regierung hat sich für ein Hauruckverfahren entschieden, obgleich die organisatorische Umstellung auf Grund des föderalen Gefüges schwieriger als in England ist. Dort fusionierten zwei nationale Behörden mit einheitlichem Dienstrecht und gleichen rechtlichen Voraussetzungen. In Deutschland treffen mit Sozialamt, Arbeitsamt und Kommunen unterschiedliche Organisationskulturen mit unterschiedlichem Berufsstatus (Angestellte und Beamte) aufeinander. Warum sich der Gesetzgeber, gestützt auf die Erfahrungen anderer Länder, nicht mehr Zeit für solch eine grundlegende Reform genommen hat, ist unverständlich. **Mechthild Veil**

SUSANNE KARCH

Diskriminierung vor und nach Hartz IV

Aspekte der Gleichstellung in Deutschland und Schweden

Dunkle Wolken sieht unsere Autorin durch die Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung für die Frauen heraufziehen. Ohnehin ist es um ihre Gleichstellung in Deutschland nach wie vor schlecht bestellt. In einem Vergleich mit analogen sozialstaatlichen Einrichtungen in Schweden und ihren Auswirkungen auf die mentalen Strukturen der Gesellschaft schneidet die Bundesrepublik schon bisher deutlich schlechter ab.

Die deutsche Politik gibt sich weltöfen, reformfreudig und modern. Begriffe wie Frauenförderung und Gleichstellung gehören zum gängigen Repertoire eines jeden Politikers. Doch die Statistik spricht eine deutliche Sprache: Noch immer ist der Mann die Norm. Die Tatsache, dass sich in der deutschen Politik inzwischen viele Frauen etabliert haben, erzeugt ein Scheinbild, das unsere europäischen Nachbarn längst durchschauen. Die schwedische Schriftstellerin Lisbeth Lindeborg etwa stellt fest, dass deutsche Politikerinnen hauptsächlich innerhalb einer patriarchalisch geprägten Gesellschaftsstruktur agieren, die von den traditionellen Geschlechterrollen nach wie vor geprägt sind – im Gegensatz zu ihren skandinavischen Kolleginnen, die fest in einem emanzipierten weiblichen Kollektiv verankert sind und wesentlich selbstbewusster und eigenständiger handeln.

Frauen haben Männer zwar hinsichtlich ihres Bildungs- und Qualifikationsniveaus größtenteils eingeholt, werden aber nach wie vor strukturell benachteiligt und häufig mit Aufgaben betraut, die wenig karriereförderlich sind. Lediglich 10 Prozent der deutschen Professoren sind weiblich – im EU-Schnitt sind es immerhin 26 Prozent. Im öffentlichen Sektor sind nur 16 Prozent der führenden Positionen von Frauen besetzt – der EU-Schnitt ist mit 30 Prozent fast doppelt so hoch. In der

Privatwirtschaft sieht die Lage noch düsterer aus: In den im DAX 30 zusammengefassten deutschen Großunternehmen hat es bislang nur eine einzige Frau in einen Vorstand geschafft – sie ist eine Niederländerin.

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 20 bis 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – in Schweden beträgt diese Differenz lediglich 8 Prozent. Und im Gegensatz zu Schweden hat sich die Differenz zwischen der Entlohnung von Männern und Frauen in den vergangenen 20 Jahren nicht verkleinert, sondern teilweise sogar verstärkt. So sind 49 Prozent der Arbeiterinnen in der niedrigsten Lohngruppe 3 eingruppiert, aber nur 11 Prozent ihrer männlichen Kollegen.

Auch in anderen Bereichen werden Frauen benachteiligt. Eine von der Universität Münster durchgeführte Untersuchung ergab, dass Männer zum Beispiel nach einem Schlaganfall teurere und effektivere Medikamente erhalten als Frauen. Und die schwedische Ökonomin Prof. Dr. Agneta Stark bemerkt, es sei symptomatisch für Deutschland, dass ihr Mann während ihrer Gastprofessur an der Ruhr-Universität zu Bochum einen Brief von der Stadt erhielt, in dem er gebeten wurde, doch seinen Arbeitsvertrag vorzulegen – obwohl nicht er, sondern sie diesen unterschrieben hatte.

Während Bundeskanzler Gerhard Schröder die Dominanz tradierter Rollenmuster beklagt und Frauen mit Themen wie Ganztagschulen und Kindertagesstätten an die Wahlurnen locken will, gibt es selbst in der zweiten Legislaturperiode nach dem konservativen Stillstand der Kohl-Ära keine nennenswerten Verbesserungen.

Die Arbeitsmarktreform der rot-grünen Regierung schreibt das Leitbild der »Zuverdienerehe« fort, statt Frauen und Männern gleichermaßen die Möglichkeit zu geben, ein aus-

reichendes individuelles Einkommen zu erwirtschaften. Da im Rahmen von Hartz IV die Anrechnung des Partnereinkommens verschärft wird und Männer im Schnitt mehr verdienen als Frauen, werden die zu erwartenden Leistungskürzungen überdurchschnittlich viele Frauen treffen. Durch diese Politik verschlechtern sich zudem die Eingliederungs- und Vermittlungschancen von Frauen, denn wer keine Leistungen, also kein Arbeitslosengeld II, erhält, wird auch in geringerem Umfang an Eingliederungsmaßnahmen teilnehmen.

In Zukunft gelten Minijobs als zumutbare Arbeit, die von ALG-II-Empfängern angenommen werden muss. Der Frauenanteil beträgt hier 70 Prozent, was bedeutet, dass sich die negativen Auswirkungen dieser Art von Beschäftigung überwiegend auf Frauen auswirken. Außerdem schaffen Minijobs keine zusätzlichen Stellen, denn viele Arbeitgeber teilen bislang reguläre Arbeitsplätze in mehrere Minijobs auf, sodass nicht die Beschäftigung an sich, sondern der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse steigt.

Zu einem Gleichstellungsgesetz konnte sich die Regierung nach massiver Gegenwehr der Arbeitgeber nicht durchringen. Stattdessen gibt es nun eine freiwillige Vereinbarung – dabei hat selbst die konservative Schweiz schon seit 1996 ein solches Gesetz.

► Schwedische Frauen keine Anhängsel

Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn zeigt, dass es auch anders geht. Insbesondere die nordischen Länder haben die Gleichstellung seit Jahrzehnten vorangetrieben und ihren Einwohnerinnen somit die Möglichkeit geschaffen, ebenso wie Männer ein finanziell unabhängiges Leben zu führen, eine eigenständige Altersvorsorge aufzubauen und selbstbewusst an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Armutsgefährdung von Frauen und



Foto: Ilja C. Hendel

Kindern ist deutlich geringer, qualifizierte Frauen stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und dennoch liegen die Geburtenraten über den unsrigen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Steuer- und die Familienpolitik. Ein Ehegattensplitting gibt es in diesen Ländern nicht. In Schweden etwa werden Ehegatten bei allen steuerpflichtigen Einkünften getrennt besteuert. Beide Ehegatten geben also eine eigene Erklärung ab. Eine gemeinsame Veranlagung erfolgt nur bei der Vermögenssteuer. Für alle abhängig Beschäftigten wird die so genannte A-Steuer angewandt; unterschiedliche Steuerklassen gibt es nicht. Die Besteuerung von Einkommen aus abhängiger Beschäftigung erfolgt progressiv über die Kommunalsteuer sowie die staatliche Einkommenssteuer. Die Kommunalsteuer liegt bei circa 35 Prozent und wird auf alle Einkommen erhoben, die über dem Mindestfreibetrag liegen. Die staatliche Einkommenssteuer fällt ab einem bestimmten Einkommensniveau an und beträgt 20 bis 25 Prozent des Einkommens. Der Steuersatz ergibt sich aus der Summe der beiden Steuern. Die »Zuverdienerehe« wird durch dieses System nicht begünstigt, und so arbeiten denn auch 65 Prozent der erwerbstätigen Frauen Vollzeit – im Gegensatz zu nur 46,6 Prozent in Deutschland. Und von den weiblichen schwe-

dischen Teilzeitbeschäftigten arbeiten lediglich 4 Prozent weniger als 19 Stunden pro Woche. Schwedische Frauen erwirtschaften sich somit eine eigene und zumeist auch ausreichende Altersversorgung – im Gegensatz zu vielen deutschen Frauen, die durch ihr Hausfrauendasein oder ihre geringfügige Beschäftigung keine oder nur eine unzureichende eigene Altersversorgung haben werden.

In der Familienpolitik sind vor allem die Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Zahlung von Elterngeld wichtige Aspekte, die es unseren nordischen Nachbarn erleichtern, Familien- und Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren. Gerade bei der Kindererziehung wird Deutschland noch immer von der Meinung beherrscht, eine berufstätige Frau, die ihre kleinen Kinder anderen überlässt, sei eine Rabenmutter. Nach einer OECD-Studie sind 71,1 Prozent der westdeutschen Mütter davon überzeugt, dass es für ihre Kinder schlecht ist, wenn sie arbeiten. In Schweden dagegen, wo die ganztägige Kinderbetreuung schon seit Jahrzehnten flächendeckend existiert, sind nur 28,5 Prozent der Mütter dieser Meinung.

Auf Grund der mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Deutschland – nur 5 Prozent der westdeutschen Kindergärten nehmen Kinder unter 3 Jahren an – gelten Frauen

mit Kleinkindern im Allgemeinen als dem Arbeitsmarkt nicht verfügbar. Ohne Arbeitsplatz gibt es jedoch keinen Kinderbetreuungsplatz, sodass sich Frauen mit Kleinkindern in einem Teufelskreis bewegen. Ob das Tagesbetreuungsausbaugesetz tatsächlich zum umfassenden Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder führen wird, ist fraglich. Die Kommunen sollen zwar die Angebote dem Bedarf anpassen – doch wie wird der Begriff »Bedarf« definiert? Zudem ist auch die Betreuung von schulpflichtigen Kindern ein Problem, denn meist endet die Schule um 13.00 Uhr und eine »gute« Mutter sollte dann zu Hause sein und ihren hungrigen Kindern ein Mittagessen kochen. Der »lange« Schultag der Ganztagschule – in anderen Ländern schon lange die Norm – ist hier zu Lande noch immer umstritten.

In Schweden basiert die Kinderbetreuung auf dem Prinzip der Allgemeingültigkeit, das heißt, alle Kinder in Schweden haben zu diesem System Zugang. Für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr gibt es Kindertagesstätten (*dagis*), in denen Pädagogik und praktische Betreuung gleichermaßen wichtig sind. Mehr als 50 Prozent des Personals in den Kindertagesstätten sind ausgebildete Erzieher oder Freizeitpädagogen. Im Gegensatz zu Deutschland sind diese Berufe Hochschulaus-

PETER LOHAUB

Armes Deutschland?

Die Europäische Gemeinschaft hat sich die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum Ziel gesetzt. Der Europäische Rat nahm 2001 die nach dem Tagungsort Laeken benannten statistischen Indikatoren und Kriterien an, mit deren Hilfe die nationalen Politiken koordiniert und überwacht werden sollten. Seitdem berichtet das Statistische Amt der EU (Eurostat) regelmäßig über die Entwicklung.¹

In den »Laeken-Indikatoren« ist eine »Armutgefährdungsquote« definiert. Von monetärer Armut bedroht gilt der Teil der Bevölkerung, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt (genau gesagt, mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommen unterhalb von 60 % des jeweiligen nationalen Zentralwerts der Einkommensverteilung auskommen muss). Je höher das nationale mittlere Einkommen des Landes liegt, desto weiter oben ist auch die Armutgefährdungsschwelle. Sie liegt in Deutschland nach Luxemburg und Dänemark EU-weit am höchsten – und das ist gut doppelt so viel wie in Portugal, dem Land mit der niedrigsten Schwelle. Das bedeutet, dass ein mittleres Haushaltseinkommen in Portugal bereits unter die Armutgefährdungsschwelle in Deutschland fällt.

In den EU-Ländern vor der Erweiterung (EU 15) sind im Durchschnitt 15 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, in Deutschland dagegen 11 Prozent, das ist der niedrigste Wert nach Dänemark mit 10 Prozent. Die Spanne reicht bis 20 Prozent in Griechenland und Portugal. Das gleiche Verhältnis gilt für die Quote der dauerhaft Armutgefährdeten: In Deutschland ist sie mit 6 Prozent nach den Niederlanden (5 %) am geringsten, die höchsten Werte haben wieder Griechenland (14 %) und Portugal (15 %).

Der interessanteste Teil der Laeken-Indikatoren bezieht sich auf die Umverteilungswirkung des Sozialstaates. Welche Umverteilungs-

wirkung erreicht der Sozialstaat gegenüber der Ungleichverteilung der Primäreinkommen? Einer der Indikatoren misst, wie viele Personen unter die Armutsgrenzen fallen würden, wenn es gar keine Sozialtransfers gäbe. Würden auf einen Schlag sämtliche Sozialtransfers in der EU 15 wegfallen, müssten 39 statt 15 Prozent der EU-Bürger in Armut leben. Man kann argumentieren, dass die Sozialrenten als besondere Form der Sozialtransfers zu den Primäreinkommen gezählt werden müssten. Unter dieser Bedingung würden ohne Sozialtransfers aber immer noch 24 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenzen fallen. Zusätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass in diese Rechnung nur die unmittelbaren Transfers eingehen, nicht die Sachleistungen und die Wirkungen des Steuersystems. Diese Rechnung berücksichtigt auch nicht, dass sich ohne soziale Transferleistungen auch die Arbeitsmarkt- und Haushaltsstrukturen verändern würden.

Vor allem aber kann man an der Rechnung erkennen, in welchem Umfang Sozialtransfers in den verschiedenen EU-Ländern etabliert sind. Im Ausmaß der Wirkung von Sozialtransfers auf die Einkommenslage führt im europäischen Vergleich wieder Deutschland nach Luxemburg und Dänemark. Bei uns sinkt die Armutgefährdungsquote durch Sozialtransfers ohne Renten um fast 50 Prozent, in Italien beispielsweise nur um 14 Prozent. Zumindest bis zum Jahr 2001 – aus dem die Zahlen stammen – hatten die Deutschen im europäischen Vergleich nicht nur mit die höchsten Durchschnittseinkommen und eine der höchsten Armutsschwellen, sie hatten auch mit die geringsten Anteile von armutgefährdeter Bevölkerung auf Grund einer der höchsten Umverteilungsraten durch Sozialtransfers und eines der im Hinblick auf die Umverteilung effektivsten Sozialsysteme. Wie weit dies auf die Dauer ohne hinreichendes Wirtschaftswachstum und mit einem stark verbesserungswürdigen Bildungssystem aufrechterhalten werden kann, bleibt freilich offen.

¹ Eurostat: Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, 16/2004. Hier auch umfangreiche methodische Erläuterungen.

NACHGEZÄHLT

Fortsetzung von Seite 37 bildungen und führen somit zu einer wesentlich qualifizierteren Betreuung als in Deutschland. Wären unsere Kindergärtnerinnen so gut qualifiziert wie in Schweden, wären vielleicht nicht so viele westdeutsche Mütter der Meinung, ihr Kind nicht in fremde Hände geben zu können. Die Öffnungszeiten der *dagis* richten sich grundsätzlich nach den Arbeitszeiten der Eltern – qualifizierte Teilzeit sowie Vollzeitarbeit ist für Mütter somit möglich. Für die Betreuung der Kinder zahlen die Eltern eine monatliche Gebühr, die sich nach der Aufenthaltsdauer, dem Einkommen der Eltern und der Anzahl der Kinder der Familien richtet und von den einzelnen Gemeinden festgelegt wird. Für Schulkinder gibt es von Freizeitpädagogen und Kinderpflegern geleitete Freizeitheime, die vor und nach der Schule sowie in den Ferien geöffnet sind. Ein warmes Mittagessen ist in den schwedischen Schulen genauso üblich wie Hausaufgabenhilfe und Freizeitgestaltung. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Schweden für die kleineren Kinder wesentlich mehr Mittel aufwendet als für die Sekundarstufe II – genau gegensätzlich zur deutschen Ausgabenstruktur – denn vor allem in den ersten Jahren werden die Weichen für Lernbereitschaft gestellt und die Voraussetzungen für Chancengleichheit geschaffen.

► Familienförderung mit Universal- und Individualrechten

Neben den Möglichkeiten der ganztägigen Kinderbetreuung gibt es noch weitere Faktoren, die von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind. Dazu gehören unter anderen finanzielle Transferleistungen für Eltern sowie die Möglichkeit der Väter, sich um die Betreuung ihrer Kinder zu kümmern. Die schwedische Familienpolitik ist in dieser Hinsicht sehr fortschrittlich. Sie basiert auf den Grundsätzen der Universalität und der Rechte des Einzelnen und setzt sich aus drei Teilen zusammen: den Leistungen für Kinder und Familien, der Elternversicherung sowie der oben beschriebenen hochwertigen Kinderbetreuung. Die finanziellen Leistungen für Familien schaffen nicht nur gleichartige Lebensbedingungen für Haushalte mit und ohne Kinder, sondern zielen besonders darauf ab, beide Elternteile bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu unterstützen. Finanziert werden die Leistungen durch Steuermitel sowie durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge.

Deutsche Frauen, die nach der Geburt eines Kindes die Elternzeit in Anspruch neh-

Das Vielfache, das die reichsten 20% der Bevölkerung eines Landes gegenüber den ärmsten 20% verdienen

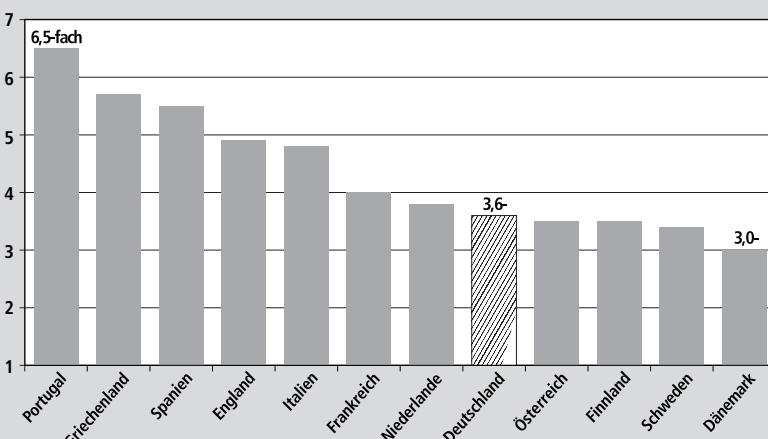




Foto: Markus Kirchgeßner

men, haben während dieser Zeit kein eigenes Einkommen. In Schweden dagegen zahlt der Staat während eines Zeitraumes von 480 Tagen das so genannte Elterngeld. Eltern mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten einen Garantiebtrag (150 SEK pro Tag), alle anderen erhalten 390 Tage lang 80 Prozent des normalen Einkommens und 90 Tage den Garantiebtrag. Das Elterngeld wird zu gleichen Teilen zwischen Mutter und Vater aufgeteilt, wobei seit 2002 jeweils 60 Tage für die Mutter und den Vater reserviert sind. Nimmt der Vater seine 60 Tage nicht in Anspruch, so verfällt die Zahlung des Elterngeldes. Alle Väter erhalten in Schweden Informationsmaterial, in dem auf die Bedeutung einer frühen und engen Beziehung zwischen Vater und Kind hingewiesen wird und vor der Geburt ihres Kindes werden alle Eltern über die Elternversicherung ausführlich informiert. Die Einführung dieser Regelungen hat dazu geführt, dass immer mehr Männer die Elternzeit in Anspruch nehmen. Wenn immer mehr Männer nach der Geburt eines Kindes die Elternzeit in Anspruch nehmen, wird dies zur Normalität. Ein solcher Prozess verändert langsam, aber stetig den Stellenwert der Kinderversorgung und trägt somit langfristig zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei. In Deutschland jedoch fallen Frauen mit der Geburt eines Kindes häufig in der entscheidenden Karrierephase zeitweilig aus. Wenn sie in den Beruf

zurückkehren, sind ihre männlichen Kollegen auf der Karriereleiter nach oben geklettert und den Rückkehrerinnen bleiben oft nur die geringer qualifizierten und schlechter entlohnten Tätigkeiten. Nur wenige Männer teilen den Erziehungsurlaub mit ihrer Partnerin und nehmen somit diese Karrierezäsur in Kauf.

Neben dem Elterngeld gibt es in Schweden noch das zeitweilige Elterngeld, das für die Betreuung eines kranken Kindes (bis zu 12 Jahren) vorgesehen ist. Dieses Geld wird für bis zu 60 Tage pro Kind und Jahr gezahlt und entspricht 80 Prozent des normalen Einkommens. In besonderen Fällen kann das zeitweilige Elterngeld auch für bis zu 120 Tage pro Kind und Jahr gewährt werden, zum Beispiel bei besonders pflegebedürftigen Kindern. Durch diese Möglichkeit können sowohl die Mutter als auch der Vater Berufstätigkeit und Elternschaft besser miteinander vereinbaren und mehr als ein Drittel aller zur Verfügung stehenden Tage werden von den Vätern in Anspruch genommen. Im Durchschnitt wird das zeitweilige Elterngeld 7 Tage pro Kind und Jahr in Anspruch genommen.

Die Möglichkeit für beide Elternteile, einer angemessenen Erwerbstätigkeit nachzugehen, gehört zu den besten Methoden der finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern.

Gemessen an internationalen Standards gibt es in Schweden praktisch keine Kinder-

armut. Allein erziehende Mütter haben die Möglichkeit, einer geregelten Erwerbsarbeit nachzugehen, und verheiratete Frauen werden nicht dazu gezwungen, zwischen Erwerbsarbeit und einem Leben als Hausfrau und Mutter wählen zu müssen. An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass die schwedische Statistik die Geburtenzahlen sowohl pro Frau (1,6) als auch pro Mann (1,4) angibt – in Deutschland dagegen wird sie für Männer gar nicht erst ausgewiesen.

Schweden und andere nordische Länder zeigen uns, dass es möglich ist, traditionelle Rollenmuster zu verändern. Vor allem durch staatliche Regelungen und eine systematische Gleichstellungsarbeit gehört das Land heute in diesem Bereich zu den fortschrittlichsten Staaten der Erde. Man setzt auf qualifizierte Aus- und Weiterbildung, die kontinuierliche Verbesserung des Kinderbetreuungssystems und des Schulwesens sowie auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Der Anteil der Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung soll auf 80 Prozent gesteigert werden – und zwar gleichermaßen für Männer und Frauen. Wir sollten den positiven Auswirkungen solch einer Politik mehr Aufmerksamkeit schenken und erfolgreiche Konzepte endlich auch bei uns einführen, insbesondere sollte das Ehegattensplitting abgeschafft und das Kinderbetreuungssystem flächendeckend ausgebaut werden. ◀

HERBERT HÖNIGSBERGER

»Höhenrausch« – politischer Journalismus im Tiefflug

Politische Klasse und mediale Öffentlichkeit

Schreibt in Berlin ein Prominenter ein Buch, dreht die Hauptstadt stante pede ihre Pirouetten. Erst recht wenn ein altgedienter *Spiegel*-Mann und Nestor der Zunft wie Jürgen Leinemann die Quintessenz seiner Erfahrungen mit der politischen Klasse in *Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politikervorlegt*, ist das ein Anlass für das allgemeine Kringeldrehen. Natürlich hat das Buch für Insider einen hohen Wiedererkennungswert. Und für alle Politikeleven, die in die Stäbe und das Consultinggewerbe drängen, ist es Pflichtlektüre. Denn die Daten und Dönekes, Sentenzen und Sottisen, die Leinemann zusammenträgt, muss man kennen, um für die After-Work-Partys gerüstet zu sein oder wenn der Dienstherr nachfragt. Doch im Fall von *Höhenrausch* sind nicht das Buch und seine Botschaft das Ereignis, die eigentliche Story liefern vielmehr Rezensionen und Reaktionen. Schon nach wenigen Wochen hat das Buch eine Rezeptionsgeschichte. Beträchtliche Teile der Rezensentengemeinde haben in den gedruckten und vor allem in den elektronischen Medien die berufliche Lebensbilanz eines der Ihren in eigener Sache ausgebeutet. Da wird der Glanz des einen aufpoliert – und alle spiegeln sich darin. Da klatscht das Orchester dem Solisten zu und alle berauschen sich am Beifall des Auditoriums. Die hymnischen Besprechungen gerieten zur Selbstfeier der Zunft des politischen Journalismus. Die meisten kollegialen Verbeugungen zelebrieren die von Leinemann kultivierte und perfektionierte zivile Variante des *embedded journalism*. Denn da wollen sie schlussendlich alle selbst hin – in den Kanzlerflieger. Und goutieren selbstgefällig die leinemannsche Allerweltsthese von den süchtigen Politikern, die nach Ansehen dürsten und nach Anerkennung lechzen – und, wenn diese *soft drugs* ausbleiben, zu den ganz harten Sachen greifen. Dabei erklärt das alles Mögliche, nur nicht Richtung, Qualität oder Probleme der Politik. Selten wurde so viel Wissen und so viel Kenntnis durch eine so dünne These und eine so platte Theorie zusammengehalten.

Leinemann ist der Kronzeuge für einen Journalismus, der die Personalisierung von

Politik auf die Spitze treibt und dabei vor lauter Details des Politikerdaseins den Kern des politischen Prozesses aus dem Blick verliert. Und für einen Journalismus, der bei der konkurrenzgetriebenen Jagd nach dem Besonderen und der Einzelheit in der Politik bei den allerallgemeinsten und gleichzeitig allerbanalsten Eigentümlichkeiten des Menschenschlechts landet. Einzig Jürgen Busche hat in einem eher verhaltenen *taz*-Kommentar darauf hingewiesen, dass man von Politik auch etwas verstehen kann, wenn man nicht ständig Politikern nahe ist. Vor allem offenbart das Buch Willen und Neigung zu Selbsttäuschung und Autosuggestion im journalistischen Milieu. Leinemann hält sich sogar für einen »Mitspieler in (Hervorhebung *H. H.*) der politischen Klasse«. Doch die zeitweilige Nähe zu Politikern ist keine Nähe zur Politik. Die Nähe zum Politiker als Privatperson liefert noch längst kein politisches Insiderwissen. Wissen über Politiker ist noch lange nicht Wissen über Politik. Auch wenn man Fischer im Wirtshaus in Bonn, dem alten Carlo Schmid im Landhaus in Südfrankreich oder Schröder zu Haus in Hannover nahe kommt, ist man noch lange nicht der Politik nahe. Vor allem nicht, wenn man als Journalist daherkommt. Wer im Flieger mitfliegt, sieht Schröder, Fischer und Co., wie sie sich in Anwesenheit von Journalisten im Flieger ausagieren. Nicht weniger, nicht mehr. Und wenn einer vom *Spiegel* dabei ist, und wenn's allein zu zweit und unter dreien ist, ist es so öffentlich wie bei Christiansen – denn es könnte ja am Montag im Magazin stehen!

Weil Journalisten – so wenig wie Sozialwissenschaftler – keinen rechten Zugang zum Kern des politischen Prozesses haben, liefern auch *Insider* wie Leinemann nur Ausschnitte, eben die, die dem Journalismus zugänglich sind. Im Gegensatz zu den meisten Bürgern haben Journalisten wie Leinemann Politiker schon furzen gehört, aber auch nicht während der Kabinettsitzung oder in der Koalitionsrunde. Bestimmt haben er und andere Politiker flennen, lallen und kotzen gesehen, aber nicht bei der Redevorbereitung, aus Angst vor einem Parteitagsauftritt oder nach einer Ab-

stimmungsdemütigung. Darüber wissen Journalisten zwar vieles, aber doch nur vom Hörensagen. Und gewiss hat die Hauptstadt- und Bundestagspresse zahlreichen Highlights des Bundestagsplenums und von Untersuchungsausschüssen beigewohnt, aber kaum den endlosen Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen, Anhörungen und Kungelrunden, in denen die politische Klasse ihrem Kerngeschäft nachgeht. So entsteht kein Insiderwissen über Politik, die Interna des politischen Prozesses oder über Politikgenese und Politikformulierung. Und die Intimitäten von Politikern und ihr öffentliches Gebaren unter medialem Druck liefern allenfalls das halbe Bild. Leinemann und andere der Zunft auf seinem Level verschätzen sich gerade wegen allzu großer Nähe in der Distanz zur Politik – dass sie immer und unaufhebbar Exponenten der medialen Öffentlichkeit und der medialen Politikinszenierung bleiben.

Doch hat die ganze Selbstbespiegelung des politischen Journalismus noch tiefere Gründe, als dass man sich mit einer *Spiegel*-Ikone nicht anlegen sollte, wenn man was werden will. Mit der lautstarken Laudatio und der von keinerlei Zweifel getrüben Zustimmung zur Generalthese von den süchtigen Politikern erteilt sich der Mainstream der Politikvermittlung selbst eine Art Generalabsolution. Da setzen sich breite Teile des politischen Journalismus generös und mit demonstrativem Verständnis – man ist ja selbst nicht frei von diesen Neigungen und Schwächen – von ihrem Gegenstand ab, von diesen armen, umgetriebenen Politikerschweinen, dieser nach öffentlichem Ansehen gierenden und medialer Aufmerksamkeit schleimenden politischen Klasse, mit der die Tugendbolde in den Redaktionen tagtäglich geschlagen sind. Die Inszenierung ist so anmaßend wie selbstgerecht, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Und sie hat etwas von Drogendealern, die ihre Kunden verachten. Sie bringen sie an die Nadel, kultivieren die Abhängigkeit erst wie ein zartes Pflänzchen, gießen und düngen sie – um am Schluss zu ernten. Dabei hat eine selbstbewusste Zivilgesellschaft und die politische Konkurrenz die Politiker aus den Hinterzimmern und Kabinetten in die Medien gedrängt, und die Medienkonkurrenz hat sie dorthin gezwungen. Dieselben Medien, die die Politiker pausenlos vor Kameras und Mikrophone zeren und um Interviewtermine buhlen, erklären sie dann, wenn sie dem öffentlichen Drängen sogar mit Genuss und nicht nur mit Widerwillen nachkommen, für süchtig und besoffen. Erst haben die Medien in ihrem Kampf um Marktanteile immer mehr Plattformen,

neue Talkshowkonzepte und Infotainmentformate angeboten. Jetzt fängt sich der neue Typus des *medientauglichen* Politikers, des Politikers mit *Medienkompetenz*, der es auch noch wagt, sich den neuen Verhältnissen hedonistisch zu stellen, den Suchtverdacht ein.

Pathologisierung gehört im Übrigen zum Repertoire in Psychokriegen. Leinemann liefert seiner Zunft mit der Pathologisierung der politischen Klasse scharfe Munition für den unerklärten und unabhärbaren Kleinkrieg zwischen Politik und Medien. Der wird um die Deutungshoheit, die Vorherrschaft bei Sinnstiftung, Wertevermittlung, Leitkulturproduktion und intellektueller Gestaltungskompetenz ausgefochten und ist Teil der allgemeinen *innergesellschaftlichen* Systemkonkurrenz. Längst konkurrieren Journalisten nicht nur untereinander, sondern auch mit Politikern (übri- gens auch mit Wissenschaftlern) um gesellschaftliches Ansehen, öffentliche Aufmerksamkeit und sozialen Status. Längst haben Teile des politischen Journalismus die Begrenzung der klassischen Rolle gesprengt, Regierung und Opposition an ihre Aufgabe und Funktion in der Demokratie zu erinnern und republikanische Transparenz herzustellen. Getrieben durch die Konkurrenz um Auflagen, Anzeigen und Quoten verwischen sie die Grenzen zwischen Bericht, Kommentar, öffentlich erteiltem Ratschlag und Parteinahme für politische Positionen, übertrumpfen sie die politische Klasse als Alleskönner, Besserwisser und Großreformatoren. Nicht wenige halten sich für kognitiv überlegen, für die besseren Politiker und die besseren konzeptiven Intellektuellen. Und wenn Auflagen und Quoten steigen und die Einkünfte der Verlagshäuser schwellen, wird daraus eine Art marktvermitteltes Mandat. *Mediendemokratie*, *Leserparlament*, *Vierte Gewalt* und dergleichen sind ja nicht nur pseudo-analytische journalistische Selbstzuschreibungen, sondern auch Kampfbegriffe des Medienkomplexes in der innergesellschaftlichen Konkurrenz um Legitimität. Damit sprengt das Mediensystem den Käfig seiner öffentlichen Kontrollfunktion auf und beansprucht quasi den Status eines funktionalen Äquivalents zur repräsentativen Demokratie. Ein Stück weit ist es dabei bereits vorangekommen. Die Politik hat die Deutungshoheit bei Sach- und Wertefragen längst ebenso verloren wie die Souveränität bei Themensetzung und Themenmanagement. Die Medien diktieren die Maßstäbe für die Beurteilung politischen Handelns. Medienecho und Medienresonanz sind – abgesehen von



Foto: Ilja C. Hendel

Wahlen – ein entscheidendes Erfolgskriterium. Das tägliche Plebiszit an Kiosken und auf allen Kanälen herrscht der Politik eine eigene Agenda auf. Sonntagmittags wird die politische Klasse im Presseklub belehrt und am Sonntagabend bei Christiansen inszeniert.

Selbst gezüchtete Aufgeregtheiten« produziere die politische Klasse, behauptet Leinemann. »Selbst« gezüchtete Aufgeregtheiten? Das ausgerechnet von einem *Spiegel*-Mann! Und ein dezidierter Widerspruch aus dem Kreis der Kollegen war im allgemeinen Beifallsrauschen auch nicht zu vernehmen. Dabei hat der Polit-Junkie beim Bad in der Menge immer zwei Partner: Die vom Weihespiel besoffene Masse und die nach Bildern hechelnden Medien. Politik und Medien versuchen sich wechselseitig zu funktionalisieren, pflegen Kumpanei, inszenieren Gegnerschaft und hegen herzliche Abneigung. Sie haben strategische Bedeutung füreinander, ohne je strategische Partner werden zu können. Ihre von der Konkurrenz überwölbte Beziehung ist mitunter parasitär, manchmal symbiotisch, doch reicht es immer nur zu Bündnissen auf Zeit. Das öffentliche Interesse an Verschlichung und das mediale Interesse am Bild und der knappen Form schaukeln sich gegenseitig hoch. Entsprechend wächst der Wunsch nach der einfachen Lösung, der starken politischen Persönlichkeit, nach autoritativer Führung. Und die Politik beugt sich nicht nur allzu oft diesem öffentlichen Simplifizierungsverlangen, sondern instrumentalisiert es ihrerseits.

Die personale Symbolisierung von Politik erspart den Medien, komplexe Sachverhalte

zu präsentieren, der Politik, sie zu erklären und der Öffentlichkeit, sich mit ihnen zu beschäftigen. Aber das mediale Verlangen nach Heroen und Schurken, ebenso wie der Drang der politischen Klasse, sich zu entschlossen, entschieden und planvoll handelnden Akteuren mit Charakter und Prinzipien zu stilisieren, reißen die Differenz zwischen ihrem realen Nicht-Vermögen und irrealen Erwartungen nur noch mehr auf. Die mediale Personalisierung der Politik macht die politischen Akteure zu Spielfiguren normierter Inszenierungen und beschleunigt damit ihre Entsubjektivierung, die sie in der Globalisierung ohnehin erfahren. Damit steht allerdings für Politik wie Medien gleichermaßen eine Falle bereit. Denn wenn dieser Prozess weitergeht, könnte auch das Interesse der Öffentlichkeit an politischen Figuren weiter nachlassen. Der hemmungslosen Personalisierung der Politik sind derweil aber auch noch andere Grenzen gesetzt. Leinemann ist vielen Politikern deshalb so nahe gekommen wie kaum ein anderer, weil er immer dem Bonner Komment treu geblieben ist. Er hat stets nur selektiv geplaudert und kontrolliert dichtgehalten. An der Zerstörung von politischen Existenzen hat er sich nie beteiligt, und Scharfrichter war er auch nie. Trotzdem hat ihm Kohl kein Interview gewährt. Solange das möglich ist oder der amtierende Kanzler Journalisten aus dem Flieger schmeißen kann, scheint immer noch ein fragiles Gleichgewicht zwischen Politik und Medien gewahrt. ◀

Jürgen Leinemann: Höhenrausch – Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker, München (Karl Blessing Verlag) 2004 (491 S., 20,00 €)



Alles riecht nach Nachkrieg – Fotografien von Helga Paris

Als die 24-jährige Helga Paris 1961 in dem von Wolf Biermann gegründeten Arbeiter- und Studententheater eine Kostümwerkstatt einrichtet, hat sie gerade ein Studium für Modegestaltung an der Ingenieurschule für Bekleidungsindustrie

in Berlin hinter sich. Sie und ihr Mann verlassen das Theater bald wieder, als Wolf Biermann wegen ideologischer Streitigkeiten um eine Inszenierung gefeuert wird. Sie beginnt zu fotografieren. In Bulgarien, Siebenbürgen und Georgien

gelingen ihr Schilderungen intimer privater Lebenswelten so realistisch, dass von sozialistischem Realismus nichts zu spüren ist. Sie kennt die Szene des Prenzlauer Bergs, wo sie wohnt, dokumentiert die Berliner Kneipen, porträtiert Jugendliche und Müllfahrer, Frauen im Bekleidungswerk Treff-Modelle und sich selbst. Die Wirkung der Bilder ist so direkt, dass man glaubt, den Porträtierten gegenüberzustehen oder mitten unter ihnen zu sein und mit ihnen Kaffee zu trinken.

Fotobuch

Als sie um 1985 Halle fotografiert, kommt ihr der Schwarz-Weiß-Kontrast abhanden; noch über dem lackierten Weiß eines Trabis liegt der trübe Reflex der Atmosphäre einer Bitterfelder Chemie, die ihre klebrigen Niederschläge jahrzehntelang auf Dächern und Mauern, auf Bäumen und Gesichtern ablagerte. Trotz oder wegen Hochstraße und neuer Plattenbauten, die Helga Paris nicht zeigt, aber hätte zeigen sollen, ist Halle ein Desaster in Grau, ein instinktloses Abbruchunternehmen, angefüllt mit dem dumpfen Trotz der dort lebenden Menschen. 1986 sollten ihre Bilder mitten in Halle in der Galerie am Marktschlösschen gezeigt werden, ein Katalog war schon gedruckt. Aber es kam anders. Erst wurde der Katalog zurückgezogen, der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED verlangte, die Ausstellung zu verschieben und sie ohne Katalog über die Bühne gehen zu lassen. Höchste Stellen strichen auch diese Erlaubnis. Man feierte Händels 300. und Halles 1025. Geburtstag. Paris' Bilder passten nicht zum potemkinschen Dorf einer aufstrebenden Chemiestadt, das man den vielen zu erwartenden ausländischen Gästen bieten wollte.

Helga Paris hat dieses Jahr den Hannah-Höch-Preis erhalten mit einer Ausstellung in der Berlinischen Galerie im Landesmuseum für Moderne Kunst, Architektur und Fotografie (bis 2.1.05) und einer Ausstellung im Sprengel Museum Hannover (bis 13.2.05), zu der dieser großartige Katalog erschienen ist und die anschließend in die Brandenburgische Kunstsammlung Cottbus wandert (1.3. – 30.4.05).

Helmut Veil

Helga Paris. Fotografien/Photographs, Hannover (Sprengel Museum) 2004 (deutsch/engl., 320 S., ca. 220 s/w-Abb., 29,00 € in der Ausstellung, 45,00 € im Buchhandel)

KLAUS-PETER MARTIN

Ausbildungskrise: Lost Generation?

Im breiten Unterbau: Überfluss an Problemen, Mangel an Initiativen

Die OECD hat dem deutschen Bildungssystem in diesem Herbst erneut ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Im Mittelpunkt der Kritik stand dabei die im internationalen Vergleich viel zu geringe Zahl der SchulabgängerInnen mit Studienberechtigung. Was aber passiert mit Hauptschülern, den frühzeitig aussortierten und zurückgestuften Jugendlichen, mit den so genannten »Schulabgängern mit besonderem Förderbedarf«? Welche Chance haben sie noch auf dem derzeitigen Ausbildungsmarkt? Und wo liegen die Versäumnisse?

► Die »Lehrstellenlücke«

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist brisant wie noch nie. Vermutungen gehen davon aus, dass in diesem Jahr von den zirka 800 000 jugendlichen NachfragerInnen etwa 150 000 bis 200 000 der problemlose Einstieg ins Berufsleben nicht gelingen wird.¹ Der Anteil der »Altbewerber«, also derjenigen, die bereits ein Jahr oder länger in einer Warteschleife zugebracht haben, beläuft sich mittlerweile auf 45 Prozent aller Lehrstellensuchenden.

Innerhalb der Wirtschaft ist eine erhebliche Schiefelage entstanden: Nur noch ein Viertel aller Betriebe bildet Lehrlinge aus. Schon allein aus Gründen der Gerechtigkeit und um dem sich ausbreitenden »schmarotzerhaften Verhalten« entgegenzuwirken, beharren die Anhänger einer Ausbildungsplatzabgabe weiterhin auf einer Lösung durch den Gesetzgeber. Gerade dieser Gerechtigkeitsaspekt ist einleuchtend und – mit Blick auf die Situation in den neuen Bundesländern – auch die Warnung vor einer schleichenden Verstaatlichung der beruflichen Bildung. Trotzdem greift die Diskussion zu kurz, weil sie fast ausschließlich quantitative Aspekte im Blick hat und Fragen der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern allzu schnell als Propaganda

der Wirtschaftsvertreter abtut. Die Klage darüber, dass die Unternehmen nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung stellten und ihre Versprechen nicht einhielten, reicht nicht aus. Hoffnung erweckt andererseits bei vielen – auch bei der Bundesagentur für Arbeit – die in einigen Jahren deutlich abnehmende Zahl von Schulabgängern, die dann für spürbare Entlastung auf dem Lehrstellenmarkt sorgen soll.² Es gibt sogar die Zuversicht, dass dann auch schwächere Bewerberinnen und Bewerber ohne Schulabschluss wieder eine Chance bekämen und »die Betriebe als Lernort für die Berufsausbildung Benachteiligter zurückgewonnen« werden könnten.³

Dagegen spricht, dass den Jugendlichen heute von Unternehmensseite vor allem mangelnde Motivation und unzureichendes Interesse am Beruf, fehlender Leistungswille und miserables Sozialverhalten vorgeworfen wird. Oftmals lautet das schlichte Urteil: nicht ausbildungsfähig!

► Wo ist der »gute Hauptschüler«?

Aber sind die Erwartungen der Betriebe nicht mittlerweile zu hoch geschraubt?⁴ – Es stimmt nicht, dass es für HauptschulabgängerInnen keine Angebote mehr gäbe. Entgegen der Erwartung stieg in diesem Jahr erneut das Angebot an Lehrstellen gerade für diese Zielgruppe.⁵ »Ab gutem Hauptschulabschluss« waren fast 18 Prozent mehr Lehrstellen zu besetzen als im Vorjahr, insgesamt etwa 30 Prozent aller Angebote. Einen Rückgang gibt es dagegen bei den zu besetzenden Ausbildungsstellen für Abiturienten. Man muss allerdings einräumen, dass »ab Hauptschulabschluss« in der Praxis doch häufig bedeutet, dass im Zweifelsfall ein Realschüler oder ein Absolvent einer Berufsfachschule vorgezogen wird. Wie man auch sagen muss, dass es »gute« Hauptschüler als Ausbildungsplatz-

nachfrager kaum gibt, da praktisch jeder, der die Voraussetzungen für den Übergang in eine Berufsfachschule erfüllt, diesen Weg eines weiteren Schulbesuchs im Zweifelsfall einem direkten Einstieg ins Berufsleben vorzieht. Realität ist auch, dass es außer einer unbestreitbaren Lehrstellenlücke – und überaus motivierten und flexiblen jungen Leuten aus den neuen Bundesländern, die sich bundesweit auf die vorhandenen Lehrstellen bewerben – auch Branchen gibt, die händleringend Fachkräfte suchen, aber vergeblich auf Bewerbungen warten. Dazu zählen bei uns nicht nur der Gastronomiebereich, das Nahrungsmittelhandwerk oder die Gebäudereiniger, die trotz eifriger Werbung seit Jahren kaum Auszubildende gewinnen können, sondern auch der Glasermeister oder die Dachdeckerfirma, bei der sich seit einiger Zeit nur noch Bewerber aus den neuen Bundesländern melden. Ja selbst für eine Ausbildung zum Informationselektroniker, zum Kälteanlagenbauer oder zum Feinoptiker⁶ interessiert sich kein Schulabgänger – jedenfalls kein geeigneter. »Nur zwei von 30 suchen eine Lehrstelle«, so lautete eine Schlagzeile in der *FR* ein halbes Jahr vor Schuljahresende. In einer Klasse von 30 Schülern würden überhaupt nur einer oder zwei aktiv nach einer Lehrstelle suchen. Die anderen hätten kein Interesse – so der Tenor des Berichts. Eine Beobachtung, die durch unsere Erfahrungen bestätigt wird: Eine Hauptaufgabe der Jugendberufshilfe besteht darin, die SchulabgängerInnen überhaupt erst einmal zu motivieren, damit sie sich bewerben, sie immer wieder aufzufordern, sich um eine Ausbildungsstelle zu kümmern, dranzubleiben, nachzufragen, weiterzumachen.⁸ Das Bedürfnis, die Schule endlich zu verlassen, um sich durch den Eintritt ins Erwerbsleben und selbst verdientes Geld neues Selbstbewusstsein und die Bestätigung

und Anerkennung der Erwachsenen zu holen, ist offensichtlich nicht sehr groß. Dass die eigene finanzielle Unabhängigkeit und die Ablösung vom Elternhaus von der Mehrheit der jungen Generation gerne so lange wie möglich hinausgezögert wird, ist aus einer Reihe von Untersuchungen bekannt. Woran liegt es, dass von diesem Teil der Jugendgeneration der Erwachsenenstatus gewissermaßen verweigert wird? Resignieren die Jugendlichen bereits frühzeitig, weil sie ahnen, dass sie sowieso keine Chance bekommen? Malen Eltern, Lehrer und Erzieher ihnen die Zukunft so düster, dass ihnen dadurch jegliche Antriebskraft geraubt wird?

► **Wenig Resignation – viel Selbstüberschätzung**

Im Rahmen von Wochenseminaren zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung mit HauptschulabgängerInnen haben wir unter anderem eine kleine Untersuchung zum Stand der Berufswahlentscheidung, der Einstellungen und Sichtweisen und zu den Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen gemacht. Schriftlich befragt wurden hierzu insgesamt 84 Schülerinnen und Schüler von Hauptschulabgangsklassen (9. Schuljahr).

24 Jugendliche konnten noch keinerlei Berufsziel angeben (28,6 %), weitere 23 hatten völlig unrealistische Ziele wie Schönheitschirurgin, Feuerwehrmann, Meeresbiologe, Flugbegleiterin, Journalistin, Fußballer (27,3 %). Kein(e) einzige(r) von ihnen hatte vor dem Seminar auch nur eine Bewerbung bei einem Betrieb abgegeben. Auf die Frage, welche Berufe sie überhaupt kennen, kann kaum einer

Während eines Seminars mit 15-, 16-Jährigen der Abgangsklassen aus einer Hauptschule soll die Frage beantwortet werden, wie viel zehn Prozent der Bevölkerung Deutschlands sind. Jemand wusste, dass Deutschland 82 Millionen Einwohner hat. Wir einigen uns der Einfachheit halber auf 80 Millionen. Erste einmütige Reaktion: Das kann man ohne Taschenrechner nicht rechnen! Schließlich folgt eine ganze Reihe wild durcheinander geratener Zahlen, bis die Klassenbeste in Mathe von den übrigen Schülerinnen und Schülern nach vorne geschickt wird. Sie beginnt auch sofort die Formel der Proportional-(Dreisatz-)aufgabe richtig an die Tafel zu schreiben: 80000000 geteilt durch 100 mal 10 . Dann aber kommt sie ins Stocken und setzt sich mit der Bemerkung auf ihren Platz zurück, jetzt bräuhete man aber einen Taschenrechner.

von ihnen zehn Berufe aufzählen. Trotz vorangegangener Durchführung von Betriebspraktika und Unterricht im Fach Arbeitslehre kann das Urteil nur lauten: Die Schule kann diese Jugendlichen offensichtlich völlig ungenügend auf den Übergang Schule-Beruf vorbereiten.

Nach eigenen Angaben machen sich 11 der SchulabgängerInnen (13 %) »große Sorgen« um die Zukunft, 12 (14 %) dagegen sind voller Optimismus, was ihre persönliche Zukunft angeht. Die weitaus meisten von ihnen stimmen der Aussage zu: »Es wird schwierig werden, aber ich werde es schon schaffen« (61 %). Außerhalb ihres persönlichen Horizonts sehen sie die Situation gar nicht so rosig: Ihre Schätzungen über den Anteil der Arbeitslosen in Deutschland schwanken regelmäßig zwischen 50 und 80 Prozent. Dabei ist nicht klar, ob diese Einschätzung auf selektiver Wahrnehmung der Medienberichte über Arbeitslosigkeit basiert oder ob das soziale Umfeld, aus dem viele dieser Jugendlichen stammen, den realen Hintergrund bildet.

Personalchefs verlassen sich bei der Beurteilung eines Bewerbers immer weniger auf die schulischen Zensuren, sondern unterziehen die Lehrstellenanwärter einem Einstellungstest. Die Ergebnisse sind ernüchternd. »Amerika wurde zur Hauptstadt der USA, der Zweite Weltkrieg endete 1768, und unter der Regie von Hitler entstand der Film ›Schindlers Liste‹«, berichtete kürzlich der Personalvorstand der Müllfirma Alba in einem Nachrichtenmagazin.⁹ »Bei unserem (Übungs-)Test bringen die meisten AbgangsschülerInnen Auschwitz im Multiple-Choice-Verfahren noch mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung; meist wird Auschwitz aber eher für Hitlers Hauptquartier oder den Ort des Friedensschlusses gehalten.«

Sind Hauptschulabgänger heute wirklich nicht mehr ausbildungsfähig? Sind sie die »Generation Flop?« – eher trifft wohl die Bezeichnung »verlorene« oder »betrogene« Generation, denn die Jugendlichen können noch am wenigsten für diese Situation. Sie sind Opfer eines maroden Schulsystems und verunsicherter, manchmal auch erziehungsunwilliger Eltern.

► **Überforderte Eltern und Verwahrlosung in Wohlstand**

Jugendforscher der Universität Bielefeld haben herausgefunden, dass etwa 30 Prozent der deutschen Eltern fast ganz auf Erziehung verzichten – und zwar aus Angst, etwas grundsätzlich falsch zu machen; sie leben mit

ihren Kindern einfach wie in einer WG zusammen. Etwa 15 Prozent der deutschen Eltern empfinden ihr Kind als »eher störend« und weitere zirka 15 Prozent verplanen ihr Kind viel zu früh überehrgeizig und sind dann später zum Teil so enttäuscht, dass das Kind sich nicht wie gewünscht entwickelt, dass sie sich resigniert aus der Erziehung verabschieden.¹⁰ Wir mussten im letzten (Schul-)Jahr erleben, dass bei der wichtigen Veranstaltung speziell für die Eltern über weiterführende Schulen und berufliche Perspektiven für ihre Kinder, zu der alle Eltern (von 84 Schulabgängern) durch ein persönliches Schreiben eingeladen worden waren, die Zahl der angereisten Experten aus den Berufsschulen, der Berufsberatung und der örtlichen Jugendberufshilfe die der anwesenden Eltern noch übertraf. Die Ursachen hierfür sind nicht (nur) in den schwierigen sozialen Verhältnissen, dem hohen Ausländeranteil, mangelnden Sprachkenntnissen, allgemeiner Distanz zur Schule und zu deutschen Behörden et cetera zu suchen. Es gibt auch so etwas wie schlichtes Desinteresse, Sich-nicht-mehr-kümmern-Wollen und auch »Wohlstandsverwahrlosung«. Dabei weisen alle Untersuchungen darauf hin, dass Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder eine enorme Bedeutung haben und Orientierung und Unterstützung von ihnen erwartet wird – egal wie selbstständig der Sohn/die Tochter ist und welchen Grad der Ablösung vom Elternhaus er/sie bereits erreicht hat.

► **Ausländische Jungen als problematischste Gruppe**

Jahr für Jahr verlassen knapp zehn Prozent die Schule ohne Abschluss.¹¹ Die PISA-Studie bezeichnet ein Viertel der 15-Jährigen in Deutschland als »Risikogruppe« auf dem Lehrstellenmarkt. Insbesondere männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund – junge Türken, Marokkaner, aber auch Jungs aus der früheren Sowjetunion – stecken in mehrfacher Hinsicht »in der Falle«. Zum einen haben sie oftmals noch erhebliche Probleme mit der deutschen Sprache und sind damit gegenüber ihren deutschen Altersgenossen – in allen Schulfächern – erheblich im Nachteil. Da zu Hause meist nur in der Muttersprache kommuniziert wird, Medien aus den Heimatländern – vor allem Fernsehen und Video – in diesen Familien eine gewichtige Rolle spielen, wird sich an diesem Missstand auch so schnell nichts ändern. Die schulische Förderung reicht nicht aus, und »PISA« hat noch einmal bestätigt, dass in Deutschland Jungen auch kaum dazu zu be-



Alle Fotos zu diesem Artikel: Klaus-Peter Martin

wegen sind, in der Freizeit ein Buch zur Hand zu nehmen. Zum anderen haben sich gerade für diese Gruppe die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten massiv verschlechtert. Aus den großen Städten, in denen sich die zugewanderten Familien überwiegend angesiedelt haben, sind gewerbliche und industrielle Arbeitsplätze dem wirtschaftlichen Strukturwandel zum Opfer gefallen. In den stattdessen entstandenen neuen Berufen im IT-Bereich, den modernen Dienstleistungen und Verwaltungen haben diese Jungs auf Grund mangelnder schulischer Qualifikation und fehlender sozialer Kompetenzen keine Chance. Und auch die Unternehmen im Handwerk verlangen von ihren Bewerbern längst weit mehr als nur Hand- und Fingerfertigkeit; im Umgang mit Kunden soll der Azubi mit tadellosen Deutschkenntnissen aufwarten können, und sie nicht durch rüdes Verhalten vertreiben. Gerade Handwerksmeister berichten von schlechten Erfahrungen in der Ausbildung von ausländischen Jungs und ziehen sich als Folge daraus lieber ganz von der beruflichen Ausbildung zurück.

Fazit: Eine nicht unerhebliche Anzahl der derzeitigen Schulabgänger verlässt die Schule unzureichend qualifiziert, wenig motiviert und – vor allem was die männliche Jugend betrifft – dazu noch mit von den Unterneh-

men nicht mehr tolerierbarem Sozialverhalten. Die Schule ist in ihrer derzeitigen Verfasstheit und mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal ganz offensichtlich nicht in der Lage, diese jungen Menschen so auf den Übergang Schule-Beruf vorzubereiten, wie es heute erforderlich wäre. Viele Eltern können und/oder wollen sich nicht für ihre Kinder engagieren.

► Zum Bildungsauftrag der (offenen) Jugendarbeit

Dies könnte die Stunde der Jugendarbeit sein – der Jugendhäuser, Internetcafés und sonstigen offenen Einrichtungen. Denn gerade für die Entwicklung sozialer Kompetenzen wie Teamfähigkeit, die Förderung kommunikativer Fähigkeiten, Eigenmotivation, der Selbstdarstellung und Selbstbehauptung, das Aushandeln von Kompromissen, den Umgang mit Konflikten und so weiter bietet sich hier eine ausgezeichnete Plattform. Die Schulen sind wahrscheinlich wirklich überfordert, wenn sie friedfertiges, demokratisches und soziales Verhalten in Unterrichtseinheiten vermitteln sollen. Ein solches Verhalten muss in pädagogischen Situationen und Arrangements erprobt, erfahren und eingeübt werden. Jugendarbeiter hätten die große Chance, mit attraktiven Projekten im Freizeitbereich

eine ganz neue Kultur des Lernens anzubieten: der »Lehrer« tatsächlich als Moderator des Lerngeschehens, der sich selbst als Lernender versteht und vor allem für Spaß und Freude am Lernen sorgt. »Lernen durch Faszination« zu organisieren, fordert der Medienpädagoge Franz-Josef Röhl von dem modernen Pädagogen.¹²

Stattdessen herrscht seltsame Ruhe im Jugendbereich. Die Bildungsdebatte ist hier noch nicht angekommen. Mit Argwohn werden vielfach von Seiten der Jugendverbände und der offenen Jugendeinrichtungen die Bestrebungen in Richtung Ganztagschule beobachtet. Während bei den Kleinen unter dem Motto: »Was brauchen die Kinder« längst über den Bildungsauftrag der Kindergärten nachgedacht¹³ und über ein zeitgemäßes »Weltwissen der Siebenjährigen« diskutiert wird, fragt auch nach »PISA« niemand nach dem Beitrag der offenen Jugendarbeit oder nach dem notwendigen Erfahrungsschatz eines Siebzehnjährigen. Von wenigen spannenden Einzelprojekten (der Schulsozialarbeit etwa) abgesehen, herrscht hier noch immer die Haltung vor: Ja nicht zu viel fordern, ja nichts vorgeben, Freiwilligkeit geht über alles! Ein Bildungsanspruch für eine Freizeiteinrichtung wird von den meisten Jugendarbeitern entrüstet zurückgewiesen, die



Foto: ProKino

»Rhythm is it!« oder die Verwandlung

St mal was anderes als die scheiß Schule«, werden sich etliche der Hauptschüler aus Weißensee, Reinickendorf und Zehlendorf gedacht haben, als sie gefragt wurden, ob sie bei einer Tanz-Aufführung von Strawinskys *Sacre du Printemps* mitmachen möchten. Sechs Wochen Probe und dann eine Aufführung in der Berliner Treptow-Arena – das könnte doch Spaß machen. Doch der »coole Typ« mit der Glatze und dem Ring im Ohr, der mit seinem klapprigen, roten Lieferwagen aus England anreist, gehört nicht zur Gilde lässiger Spaßmacher. Was der sechzigjährige Royston Maldoom seit vielen Jahren in der Vermittlung von Tanz und Choreographie im Umgang mit Kindern und Jugendlichen gelernt hat, vermittelt er auch hier: die Überzeugung, dass man Ernst machen muss mit dem Willen etwas zu lernen. So wird unter seiner und einer Kollegin Anleitung ein großer Haufen Jugendlicher, von kleinen Cliques und Unwilligen, von körperlich Gehemmten, von Quetschenden und Plappernden, also einem rundum chaotischen Haufen, schließlich zu einer diszipliniert agierenden, tanzenden Gemeinschaft. Ja, am Ende, feiern die meisten der 250 Jugendlichen verschiedenster Nationalität, von denen sehr viele nie mit klassischer Musik und Tanz in Berührung gekommen sind, im Januar 2003 vor 3000 Zuschauern einen erregenden Triumph. Für etliche von ihnen bedeutet das einen Sieg über die eigene Trägheit und das Bewusstsein, als HauptschülerIn doch nur Ausschuss zu sein.

Rhythm is it!, der Dokumentarfilm von Thomas Grube und Enrique Sánchez Lansch, ist nicht der erste Film, der in der Sphäre des Tanzes von Aufbruch, Durchsetzung und Erfolg erzählt. Aber diesmal ist es keine ausgedachte, geglättete Geschichte von individueller Befreiung aus Armut oder Klassenschranken; diesmal sehen wir ganz real, wie Jugendliche sich innerhalb von sechs Wochen verwandeln können. Wir erleben die Auseinandersetzung um die Erlernung des Ernstes, die Kontrolle des Körpers und die Entstehung von Selbstbewusstsein und Zusammenhalt in einer Gruppe. Dies erkämpft sich Royston Maldoom auch dadurch, dass er die Gruppe zwie-

schzeitig bis an den Rand des Abbruchs treibt, um damit die individuellen und kollektiven Kräfte freizusetzen.

In die Probe-Szenen hinein haben die Regisseure Gespräche mit einer Hand voll Jugendlichen geschnitten. Marie meint am Anfang, sie wäre nicht dumm, aber faul, und findet das auch gut so. Ihre Freundin sieht das ähnlich, beide halten sich sowieso eher für Versager. Martin erzählt, er lasse sich nur ungern berühren und könne die Proben ja jederzeit abbrechen. Nur der 17-jährige Olayinka, der nach der Ermordung seiner Eltern von Nigeria in das »kalte Deutschland« flüchtete, zeigt von Beginn an die Begeisterung für eine neue Erfahrung. Das Wichtigste im Leben sei doch, »so viel wie möglich zu lernen«. Als er meint, »in Afrika haben wir noch eine richtige Kultur«, seine Mitschüler hier saßen nur vor dem Fernseher und Computer und seien so passiv, läuft es einem kalt den Rücken runter. Am Ende ist Olayinka so glücklich wie Marie und Martin. Marie strebt nun die Mittlere Reife an und Martin will Akrobat werden.

Wie dieses Wunder der Verwandlung im musikalischen Rhythmus geschieht, wie die Fortschritte der Gruppe und der Einzelnen vor sich gehen, wie sich schlaffe Körper strecken und lustlose Gesichter aufhellen, das gehört zum Elektrizierendsten was ich im Kino gesehen habe. Natürlich gehört dazu die Musik von Strawinsky, und wie Sir Simon Rattle, der die Idee zu diesem Projekt hatte, sie mit den Berliner Philharmonikern probt und schließlich auch den Jugendlichen nahe bringt. Natürlich gehören dazu die Gespräche mit Simon Rattle und Royston Maldoom selbst, die als inspirierte, aber bescheidene Zeitgenossen auftreten. Sie reflektieren über die Außenseiterrolle in ihrer eigenen Jugend und wohl daher rührt auch das Vertrauen, das sie in die Jugendlichen gesteckt haben. – *Rhythm is it!* ist auch ein Lehrstück über fördernde und fordernde Pädagogik in den Zeiten von PISA. **Michael Ackermann**

Fortsetzung von Seite 45 Jugendliche seien doch durch die Schule schon so gestresst, dass sie das Recht hätten »abzuhängen«! Sollte jetzt auch noch der Nachmittag »verschult« werden? Für andere wiederum ist schlicht (jegliche) »Jugendarbeit = Bildungsarbeit«. Damit wird der Bildungsbegriff so beliebig benutzt, dass nun alles zur Bildungsveranstaltung wird: das gemeinsame Kochen – als Entwicklung von Teamfähigkeit, das Tischfußballspiel – hat seinen Bildungsanteil darin, dass dabei nur Deutsch gesprochen werden darf oder – das Kartenspielen – wegen der Einhaltung von Spielregeln.

Die Jugendarbeit hat ihren Bildungsauftrag schon seit langem tendenziell aus den Augen verloren und dem Trend hin zur Freizeit- und Spaßgesellschaft bereitwillig nachgegeben. Damit ging der ursprüngliche Anspruch einer eigenständigen Sozialisationsinstanz – neben Elternhaus, Schule und beruflicher Bildung – zu Gunsten der Betreuung und Verwahrung von (problematischen) Jugendlichen immer mehr verloren. »Dort, wo man sich als besonders jugendfreundlich versteht, entsteht mitunter ein atmosphärisch und räumlich etwas heruntergekommenes Ambiente, das ungewollt Züge ausgesprochener Achtlosigkeit bekommen hat«, beschreibt Thomas Ziehe die Situation.¹⁴ Für Jugendliche geht das »In-Ruhe-gelassen-Werden« einher mit einer Geringschätzung der entsprechenden Einrichtung und ihrer Verantwortlichen. Wenn sich die zuständigen Jugendarbeiter aus Bequemlichkeit, Angst oder falsch verstandener Liberalität überhaupt nicht mehr mit problematischen Verhaltensweisen und Haltungen auseinandersetzen, so interpretieren das die Jugendlichen als Desinteresse und Geringschätzung ihrer Person. Diese Verachtung geben sie zurück. Statt sich darauf zu beschränken, Räume zur Verfügung zu stellen und bestenfalls Projekte der Freizeitgestaltung und der Betreuung zu organisieren, müssten sich die Pädagogen sehr viel mehr darum bemühen Lern- und Aneignungsprozesse zu eröffnen, zu unterstützen und zu begleiten. Der vielfach zitierte Anspruch: »Jugendliche dort abzuholen, wo sie stehen«, kann doch nur bedeuten, sie woanders hinzubewegen!

► Eine Generation auf dem Abstellgleis?

Es scheint also fast so, als ob die gegenwärtige Generation von Hauptschülern von verschiedenen Seiten verloren gegeben wird. Was ist mit den nach PISA eingeleiteten Maßnahmen

in der Schule, wie einheitliche Bildungsstandards und – wie in Hessen – verbindlichen Projekt- und Abschlussprüfungen in den Haupt- und Realschulen? Sie werden – so richtig und notwendig sie im Einzelnen auch sein mögen – der oben skizzierten Zielgruppe nicht wirklich weiterhelfen. Tests und Vergleichsarbeiten erhöhen noch nicht die Leistung, und eine Abschlussprüfung, die untergliedert ist in: »erweiterter Hauptschulabschluss«, »qualifizierter Hauptschulabschluss«, »Hauptschulabschluss« und »Abgangszeugnis« selektiert zunächst nur. Wer zur untersten Kategorie zählt, erhält dadurch endgültig das Stigma des »Losers«.

Im neuesten Berufsbildungsbericht geht die Bundesregierung das Problem von der Seite an, dass sie auf die in einigen Jahren drohende Facharbeiterlücke hinweist. Deshalb müsste bereits jetzt dringend ein höherer Prozentsatz jedes Jahrgangs ausgebildet werden. Und auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Ludwig Georg Braun, hat vor den Folgen der demografischen Entwicklung der Schulabgängerzahlen gewarnt. Diese Appelle lassen im konkreten Fall das einzelne Unternehmen kalt, solange es unter besseren Bewerbern Auszubildende rekrutieren kann. Und schon heute bleibt im Zweifelsfall lieber eine Lehrstelle unbesetzt, als dass man sich »die Problemfälle« ins Haus holt.

Sich um diese »Problemfälle« kümmern, ist eine schwierige, zeit- und personalintensive Aufgabe. Ohne ein solches Angebot wird es aber nicht gelingen, auch nur einige noch »fit zu machen« für eine berufliche Qualifizierung. Auf betrieblicher Ebene könnten die zaghafte begonnene Einführung von Qualifizierungsbausteinen, modulare Ausbildungsabläufe und zweijährige Ausbildungsberufe, die von Seiten der Benachteiligtenförderung schon lange gefordert werden, eine weitere Chance bieten.

Im Übergang von der Schule zum Beruf hilft nach unserer Erfahrung nur die frühzeitige, intensive Förderung Einzelner – bevor es zur Resignation, Rebellion und Schulverweigerung kommt. Diese Einzelfallhilfe muss langfristig und verlässlich angelegt sein und über ein Deutsch-Training oder eine Nachhilfe in Mathe hinausgehen. Dabei kann man sich durchaus auf freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von ehrenamtlichen Kräften stützen. Wir machen seit Jahren sehr gute Erfahrungen mit Mentoren unserer Initiative »Alt hilft Jung« im Übergang Schule-Beruf.



► **Neue zweijährige Berufe als Chance?**

Am 1. August sind einige neue Ausbildungsordnungen für Berufe mit nur zweijähriger Ausbildungsdauer in Kraft getreten. Mit Berufen wie »FahrradmonteurIn«, »Maschinen- und AnlagenführerIn« oder »FachlageristIn« hat man schwächere Jugendliche im Blick, die in komplexen Berufen den theoretischen Anforderungen in der Berufsschule nicht gewachsen und eher praktisch interessiert sind. Nach einem Jahr Erfahrung mit dem anspruchsvollen Beruf des Kraftfahrzeug-Mechatronikers sind Fachleute zu der Überzeugung gekommen, dass es zusätzlich auch einen Ausbildungsberuf für die klassischen

Inspektions- und Instandhaltungsarbeiten geben müsse. So ist (zunächst in einer Erprobungsphase) als neue zweijährige Ausbildungsmöglichkeit der Beruf des Kraftfahrzeugservicemechanikers/der Kraftfahrzeugservicemechanikerin für Jugendliche ohne Realschulabschluss entstanden. Die Bundesregierung hat sich damit über die Bedenken der Gewerkschaften hinweggesetzt, die seit Jahren vor derartigen »Schmalspurausbildungen« warnen. Neben diesen neuen Berufsbildern gibt es bereits seit langem Berufe mit zweijähriger Ausbildungsdauer – insgesamt 33. Zu den bekanntesten zählen: Verkäufer/Verkäuferin, Fachkraft im Gastgewerbe oder



Teilezurichter/Teilezurichterin. Bisher haben diese Berufe eher ein Schattendasein gefristet, mit einer zeitgemäßen Neuordnung der Ausbildungsinhalte könnten sie eine neue Chance für schwächere Schulabgänger und schulmüde Jugendliche darstellen. Wichtig ist dabei, dass anschließend eine Weiterführung der Berufsausbildung möglich ist: vom Verkäufer – zum Kaufmann im Einzelhandel; von der Fahrradmonteurin – zur Zweiradmechanikerin; vom Fachlageristen – zur Fachkraft für Lagerlogistik und so weiter. Der Gefahr, dass massenhaft Facharbeiter zweiter

Klasse ohne weitere Perspektive ausgebildet werden, kann damit begegnet werden. Die Alternative hieße ohnehin, dass zunehmend mehr Hauptschulabgängern der Zugang zu einer beruflichen Ausbildung ganz verschlossen bliebe; sie in eine weitere schulische oder sonstige Warteschleife zu schicken, hat sich längst als falsch erwiesen. Mehr noch: Eine zweijährige Ausbildung – als breite Grundausbildung im jeweiligen Berufsfeld – könnte sich langfristig in unserer Wissensgesellschaft durchaus als konkurrenzfähige Variante der Berufsausbildung etablieren.¹⁵ Einen

Vorstoß in diese Richtung haben gerade die Arbeitgeber im Baugewerbe unternommen. Sie schlagen vor, die Ausbildungszeit in ihrem Bereich grundsätzlich zunächst auf zwei Jahre zu begrenzen. Vom Abschluss des einzelnen Azubis soll es dann abhängen, ob ein weiteres Jahr drangehängt werden darf. Bisher sperrt sich die IG Bau mit dem Argument dagegen, dass die Zukunftsaussichten dieser »Schmalspurausgebildeten« schlecht seien und sie – da es sich nicht um tariflich definierte »Facharbeiter« handele – unter dem bisherigen Tarif bezahlt würden. Zudem sei in einer immer komplexeren Arbeitswelt nicht weniger, sondern mehr Ausbildung notwendig. Die Frage wird nur sein, wo und von wem in Zukunft die spezifische Qualifizierung erfolgen soll. Die Arbeitgeber schneiden in der Begründung ihres Antrags sicher einen wichtigen Punkt an: Sind die Inhalte und die Struktur des derzeitigen Berufsausbildungssystems noch zukunftsfähig? Während erlerntes Wissen immer schneller veraltet, gewinnen innerbetriebliche Schulung und Fortbildungsmaßnahmen und die eigene Bereitschaft zum lebenslangen Lernen an Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb hat unser duales Ausbildungssystem mit seinem Prinzip des »Lernens auf Vorrat« international an Glanz verloren. ◀

- 1 Schierholz, Henning: »Die Integration Jugendlicher in das Berufsbildungssystem. Erfolge und Probleme auf dem Hintergrund neuerer Entwicklungen«, in: *Jugend, Beruf, Gesellschaft*, Heft 2/04, S. 109. – Eine exakte Zahl zu nennen ist schwierig. Auf jeden Fall ist die Zahl der registrierten LehrstellenbewerberInnen wenig aussagekräftig. So kann zum Beispiel niemand sagen, wie viele der 60 000 bis 65 000 Jugendlichen in staatlichen Warteschleifen diesen Weg tatsächlich freiwillig gegangen sind oder sich nach vergeblicher Lehrstellensuche dazu entschlossen haben, und wo die »Altbewerber« der Vorjahre inzwischen untergekommen sind.
- 2 In den neuen Bundesländern sinkt die Zahl der SchulabgängerInnen bereits, während sich in den alten Bundesländern die Schulabgängerzahlen bis zum Jahr 2008 weiter erhöhen werden, um dann allerdings kontinuierlich zu sinken.
- 3 Gericke, Thomas: »Betriebe als Lernorte für benachteiligte Jugendliche wiedergewinnen – Das Handlungsfeld »Lernort Betriebe«, in: DJI: *Fördern & Fordern. Jugendliche in Modellprogrammen der Jugendsozialarbeit. Jugendlichen Mut machen. Ihre Stärken entdecken. Fähigkeiten fördern*, München 2001, S. 95 ff.; Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JAW) e. V. (Hrsg.): *Die Weiterentwicklung der beruflichen Benachteiligtenförderung im Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe*, Bonn 2004, S. 8.
- 4 In einer Reportage in *Focus* wird ein Hotelier zitiert, der sofort alle Bewerber mit geschiedenen Eltern oder mit Stiefgeschwistern aussortiert (Heft 17/04, S. 23). Die Handwerkskammer Rhein-Main schließt bei ihrer Online-Ausbildungsplatzbörse je-

- den Ausbildungsabbrecher von einer weiteren Ausbildung aus – egal für welchen Beruf.
- 5 Dies kann natürlich keineswegs verallgemeinert werden. In zahlreichen Regionen und insbesondere in den neuen Bundesländern finden wir eine vollständig andere Lage auf dem Lehrstellenmarkt vor, die mit der unsrigen im Rhein-Main-Gebiet überhaupt nicht zu vergleichen ist. Trotzdem bin ich der Meinung, dass das Ausbildungspotenzial unter anderen Voraussetzungen weitaus größer wäre, als es sich derzeit darstellt.
- 6 »Wir haben über zwei Jahre gesucht, bis wir für unseren Ausbildungsplatz endlich den richtigen Bewerber gefunden haben«, berichtet die Frankfurter Firma PMS Optik in diesem Sommer (*Offenbach Post*, 15.7.04: »Auf der Suche nach Leistungswilligen: Viele Firmen warten vergeblich auf Auszubildende«).
- 7 *FR*, 21.1.04.
- 8 Mit den Schlagzeilen »Vielen Jugendlichen fehlt die Motivation« und »Lehrstelle da – Motivation fehlt. Laut Statistik gibt es in Frankfurt genug Ausbildungsplätze« berichteten *FR* und *FAZ* Ende Februar dieses Jahres von einer frustrierenden Erfahrung des Arbeitsamtes Frankfurt. Seit verganginem Sommer war zusätzlich 1 Million Euro eingesetzt worden, um schwer vermittelbaren Jugendlichen zu einer Ausbildungsstelle zu verhelfen. Aber statt der anvisierten 250 Vermittlungen konnten schließlich nur 46 Ausbildungsverträge geschlossen werden. Arbeitsamtsdirektor Hans-Peter Griesheimer zeigte sich »frustriert, enttäuscht und ernüchtert«, dass es nicht gelungen war, 259 offene Ausbildungsstellen zu besetzen, obwohl 400 Jugendliche angeschrieben worden waren. Außer fehlender Motivation ur-

- teilte die zuständige Leiterin der Berufsberatung: Zu viele Bewerber aus Frankfurt seien einfach zu schlecht. – Siehe *FR*, 27.2.04, *FAZ*, 27.3.04.
- 9 *Focus*, Heft 17/04, S. 22.
- 10 Struck, Peter: »Wenn Schulen familiäre Erziehungsdefizite ausgleichen sollen«. Um Überforderung und Verwahrlosung von Kindern zu vermeiden, müssen die Bildungseinrichtungen reformiert und es muss investiert werden, in: *FR* 4.6.04.
- 11 Diese Quote zählt im internationalen Vergleich zu den niedrigsten. Allerdings liegt der Prozentsatz bei Jugendlichen mit ausländischem Pass doppelt so hoch.
- 12 Röll, Franz-Josef: *Pädagogik der Navigation. Selbstgesteuertes Lernen durch Neue Medien*, München 2003.
- 13 Für 87 Prozent der Bevölkerung ist es von »großer bis extrem großer Bedeutung«, dass in Kindergärten gute Bildung und Betreuung stattfinden (Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, *taz*, 7.9.04).
- 14 Ziehe, Thomas: »Öffnung der Eigenwelten. Bildungsangebote und veränderte Jugendmentalitäten«, in: *kursiv*, Heft 1/02, S. 17.
- 15 Im europäischen Ausland wurden dazu bereits Erfahrungen gesammelt, mit welchen Mitteln und Wegen die Zahl der Ungelernten reduziert werden kann: Etwa in der Schweiz mit einer zweijährigen individualisierten »Anlehre«, in Österreich gibt es eine ähnliche als »Vorlehre« bezeichnete Berufsbildung; und auch Frankreich hat einen Ansatz gewählt, der Problemfälle sehr flexibel und individuell behandelt und auch Teilqualifikationen in der Lage ist zu zertifizieren.

GERHARD FRITZ

GASP grün?

Soll an die Stelle der NATO und von 25 nationalen Militärs eine gemeinsame und autonome Verteidigung treten? Ein »Ja« auf diese Frage hat weit reichende Konsequenzen. Nach der Vergemeinschaftung gibt es keinen Sonderstatus eines EU-Mitglieds – und damit kann es auch keine NATO-Mitgliedschaft eines EU-Staates geben. Die Nachkriegszeit geht damit auch in der Sicherheitspolitik zu Ende. Europa übernimmt die Verantwortung für seine Sicherheit selbst.«

Nein, das ist nicht von Xavier Solana.

Das hat der Erweiterte Bundesvorstand (EBV) der österreichischen Grünen am 29. Oktober beschlossen – gleichzeitig mit einem Ja zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags. Nicht, weil die Verfassung so wunderbar wäre, ihre Schwächen werden auch benannt. Vielmehr weil die Alternative zur Ratifizierung nicht eine bessere Verfassung, sondern der Nizza-Vertrag wäre.

»Grüne sagen Ade zur Neutralität«, hatte der *Standard* am 8.11. etwas verkürzt getitelt. Schließlich hatte der EBV nicht »von heute auf morgen« die Neutralität für überflüssig erklärt, sondern eine Jahrzehnt-Perspektive für eine konstruktive österreichische Haltung in den Debatten um die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln wollen.

Albert Rohan, pensionierter Generalsekretär des Außenministeriums, kommentierte am 9.11.: »Die von (Sicherheitssprecher des Parlamentsklubs und Verfasser des Beschlussentwurfs) Pilz als »Gretchenfrage« bezeichnete Wahl zwischen »Nato und Europa« dürfte außerhalb des österreichischen Mikrokosmos allerdings eher als skurril angesehen werden.« Da hat er wohl etwas falsch gelesen oder einige Diskussionen in europäischen Staatskanzleien und in der EU nicht mehr mitgekriegt.

»Das Ziel der europäischen Sicherheitspolitik liegt immer mehr im Beitrag zu einer globalen Friedensordnung auf der Basis von Menschenrechten, Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie«, heißt es im grünen Beschluss, der damit ein wesentliches Ziel der europäischen Politik benennt als »Globalisierung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie«. Und wer das für richtig hält, meinen die

Grünen, muss für mehrere miteinander verbundene Dinge eintreten:

Vergemeinschaftung der GASP – statt der im Verfassungsvertrag vorgesehenen Einstimmigkeit und der Regierungszusammenarbeit. Volle parlamentarische Kontrolle (des EP). Und Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.

Wenn es nun eine vergemeinschaftete GASP gäbe (geben wird), die das Oberziel der »Globalisierung der Rechtsstaatlichkeit« verfolgt und sich damit vom US-Unilateralismus abhebt, wie könnte dann Österreich seine selbst erklärte »Neutralität« weiter verfolgen? Wem gegenüber? Das tragende Prinzip der Neutralität, die Nicht-Beteiligung an Kriegen (bei gleichzeitiger Beteiligung an Peace-keeping- und Peace-making-Aktionen, die vom UN-Sicherheitsrat mandatiert sind) und das Eintreten für eine globale multilaterale Sicherheitsordnung (etwa nach dem Muster der OSZE), würde zum Inhalt der europäischen Außenpolitik – die sich genau dafür auch einen »militärischen Arm« (als *ultima ratio* und zur Selbstverteidigung) geben müsste – statt 25 nationaler Armeen. Dass das auch billiger ginge, kommt hinzu. Dass sich Europa um seine eigene Sicherheit selbst kümmert (samt Beistandspflicht!) – und kümmern kann –, wäre wohl auch notwendig, um jenen, die wie die neuen Mitgliedsstaaten des ehemaligen Sowjetblocks (die hier zu Recht ein langes Gedächtnis haben) »atlantisch«, also auf die NATO orientiert sind, glaubwürdig die tief sitzende Angst nehmen zu können.

Daher sagt der grüne Beschluss, »unsere Chance besteht in der neuen, wichtigen Rolle der österreichischen Neutralität für Europa: als Sperrriegel gegen eine sicherheitspolitische Integration der gesamten EU in die NATO und damit gegen die Unterordnung unter die Politik der USA; als Argument, für jede gemeinsame militärische Aktion ein ausreichend völkerrechtlich begründetes Mandat (UNO) zu fordern; als Argument, eine Nichtbeteiligung aller EU-Staaten an Kriegen zu fordern; aber auch als Unterstützung bei der Herausbildung gemeinsamer europäischer Strukturen. Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik spielt eine wichtige Rolle beim Aufbau einer Europäischen Friedensordnung.« Das heißt natürlich auch Nichtbeteili-

gung an der »Strukturierten Zusammenarbeit« – nach schwedischem Vorbild (wie eine schwedische Parlamentsdelegation im September unserem Nationalrat beibringen wollte). Also das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung betreibt, deren Ziel in Wahrheit in der NATO-Integration besteht. »Erst mit der Vergemeinschaftung enden die sicherheitspolitischen Sonderstellungen der einzelnen Mitglieder der EU. Das betrifft sowohl die NATO-Mitgliedschaften als auch die Neutralität.«

In einem Aufwaschen wird damit auch die Entsorgung des Bundesheers als Mini-Kopie einer traditionellen Armee empfohlen. Was es noch braucht, ist die Fähigkeit zur angemessenen Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen und eine »Civil Deployment Force« nach den Solana-Vorstellungen der Stärkung der zivilen Komponente der Konfliktvermeidung und Deeskalation. Sowohl die meisten Kasernen als auch die schwere Artillerie, die traditionelle Panzertruppe und die neuen Abfangjäger wären gestrichen. Lustigerweise deckt sich das weitgehend mit Empfehlungen der Bundesheer-Reformkommission (die höheren Orts auch nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sind).

Das uneingeschränkte Ja zur neuen EU-Verfassung und die Forderung nach Vergemeinschaftung der GASP unter parlamentarischer Kontrolle haben natürlich nicht nur einen medialen Sturm im österreichischen Wasserglas hervorgerufen. Von »Vorleistungen für eine schwarz-grüne Koalition« zeterte die SPÖ, auch wenn die ÖVP an den grünen Vorschlägen durchaus »nichts Neues« entdecken wollte. Ein so genanntes »Friedensvolksbegehren« und die Reste der im EU-Wahlkampf untergegangenen »Linken« (die natürlich auch die Verfassung ablehnen) sahen die Grünen auf dem Weg zum »europäischen Imperialismus« und wünschten den »Bellizisten« mehr oder weniger die Pest an den Hals.

Die viel zitierte »grüne Basis« murrte da und dort, aber nach genauerem Lesen des Vorstandsbeschlusses (der im Entwurf natürlich wochenlang herumgereicht, aber in guter österreichischer Manier nicht so ganz ernst genommen worden war) regte sich doch allenthalben mehr Zustimmung als Ablehnung.

Dass es eine Zukunft (auch für transatlantische »Co-opetition« – kooperative Konkurrenz) auch ohne NATO geben könnte, wäre doch bedenkenswert. Gerade angesichts von »four more years« in den USA. ◀

SASCHA MÜLLER-KRAENNER

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Mit der Ost- und Süderweiterung 2004 stößt Europa geografisch und kulturell an neue Grenzen. Zu den neuen Nachbarn der Europäischen Union gehören mehrheitlich nicht-europäische Länder. Außerhalb der Grenzen der EU wird die Erweiterung eine Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Teilen der Welt zur Folge haben.

UMWELTPOLITIK Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) möchte die Europäische Union nach der Erweiterungsrunde 2004 die Beziehungen zu ihren neuen Nachbarn und ihre eigenen geostrategischen Interessen neu definieren. Außerdem soll den Nachbarn der EU ein Angebot zur Kooperation unterhalb der Schwelle des EU-Beitritts gemacht werden. Die Nachbarschaftspolitik strebt ein System gestaffelter Kooperations- und Assoziationsverträge an.

In dem vorgegebenen politischen Rahmen ist allerdings eine Reihe von Widersprüchen angelegt. Sollen europäische und nicht-europäische Nachbarn gleich behandelt werden? Kann die EU mit Demokratien und autoritären Regimes auf gleiche Weise kooperieren? Ist Russland ein Nachbar unter Vielen oder soll es im Rahmen einer strategischen Partnerschaft eine Sonderstellung erhalten?

Kern der Nachbarschaftspolitik ist die wirtschaftliche Integration mit dem EU-Binnenmarkt. Aber auch in anderen Politikbereichen, beispielsweise im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder bei umwelt- und energiepolitischen Fragen, soll die Kooperation verstärkt werden.

Die regionalen Kooperationen innerhalb des Barcelona-Abkommens, des Europarates sowie weiterer regionaler Initiativen wie des Baltic Sea Council, der Central European Initiative und der Black Sea Economic Cooperation bleiben bestehen und sollen das System der bilateralen Nachbarschaftsverträge ergänzen. Im Rahmen des Barcelona-Abkommens (EUROMED) geht es vor allem darum, die regionale Sicherheitskooperation weiter zu entwickeln. Dasselbe gilt für den Umweltbereich. So ergänzt sich schon heute das 1975 begründete Mittelmeeraktionsprogramm MAP des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) mit EUROMED.

Der Schutz der Umwelt, die nachhaltige Nutzung von Energieressourcen und die Schaffung funktionierender Verwaltungsstrukturen im Umweltbereich gehören zu den Zielen der ENP. Außerdem soll die regionale Zusammenarbeit im Umweltbereich gestärkt werden. Wenn Handelsabkommen mit den Nachbarstaaten geschlossen werden, so müssen minimale Umweltstandards garantiert werden. Anknüpfungspunkte bieten die umweltpolitischen Regelungen innerhalb des Barcelona-Abkommens, das MEDA-Programm für den Mittelmeerraum, das Abkommen für grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit INTERREG sowie eine Reihe von Vorhaben innerhalb des TACIS-Förderprogramms für Osteuropa. Im Entwurf des Aktionsplans mit der Ukraine wird die Kooperation in den Bereichen Kernenergie und nukleare Sicherheit angestrebt. In den bisher ausgehandelten Aktionsplänen stehen umweltpolitische Ziele jedoch nicht im Mittelpunkt.

Im Mittelpunkt der angestrebten Umweltpartnerschaft soll die Schaffung einer arbeitsfähigen Umweltadministration, konsistenter Gesetzgebung sowie die systematische Anschlussfähigkeit an die Umweltpolitik der EU stehen. Die Kommission will beispielsweise die Stärkung administrativer Strukturen, nationale Umweltaktionspläne, Rahmengesetzgebung im Umweltbereich und die Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente fördern.

Durch den besseren Zugang zu Umweltdaten, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Berichts- und Informationspflichten soll die Beteiligung der Bürger sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen an der Gestaltung, Umsetzung und Beobachtung nationaler Umweltpolitik gestärkt werden. Bei der Ausgestaltung des neuen Nachbarschaftsinstrumentes muss deswegen sichergestellt werden, dass Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Träger direkt an Programmen der EU teilnehmen können.

In einigen umwelt- und gesundheitspolitischen Bereichen möchte die EU sektorale Aktionspläne mit den Nachbarn vereinbaren. Solche sektoralen Aktionspläne bestanden teilweise in den Beitrittsprozessen mit den neuen Mitgliedstaaten. Auch im Rahmen der

euro-mediterranen Zusammenarbeit wurde in den vergangenen Jahren die sektorale Zusammenarbeit, beispielsweise im Küstenschutz, bei der Abfallvermeidung und im städtischen Umweltschutz, koordiniert und gefördert.

Von besonderem Interesse für die EU sind die Bereiche Wasser, Abfall, Luftreinhaltung, technische Standards industrieller Anlagen sowie Naturschutz. Die EU bietet an, bei der Ausarbeitung sektorspezifischer Programme, dem Aufbau administrativer Strukturen und bei der Priorisierung sektorspezifischer Investitionen zu helfen. Neben den mit den Nachbarn separat zu vereinbarenden Aktionsplänen bieten internationale Vorgaben, wie die im Rahmen der UN Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE) verhandelten Abkommen zur grenzüberschreitenden Luftverschmutzung oder das System der Weltnaturerbegebiete Orientierung für die politische und finanzielle Prioritätensetzung.

Ein weiteres Ziel der Nachbarschaftspolitik ist es, die Unterzeichnung und Ratifizierung regionaler und internationaler Umweltabkommen voranzutreiben sowie sicherzustellen, dass diese Abkommen auch umgesetzt werden. Nachdem Russland das Kioto-Protokoll ratifiziert hat und dieses nun in Kraft tritt, rückt die Umsetzung des Klimaschutzabkommens in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Neben den finanziellen Instrumenten ist das EU-Emissionshandelssystem der wichtigste Hebel, um die Nachbarländer zu einer nachhaltigeren Nutzung ihrer Energieressourcen zu bewegen. Wenn das Emissionshandelssystem für andere Mitgliedstaaten des Kioto-Abkommens geöffnet werden sollte, so böten sich darüber enorme Anreize zur Modernisierung der Energieinfrastruktur in den osteuropäischen Ländern. Bestandteil der Aktionspläne soll auch die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sein. Wichtiger noch ist allerdings, die strategische Energiepartnerschaft mit den Nachbarstaaten nicht nur am Import der fossilen Energieträger Öl und Gas, sondern auch an den klimapolitischen Zielen der Union zu orientieren.

Die »strategische Energiepartnerschaft« mit den Nachbarn ist eine der Säulen der ENP. Die EU importiert Energie aus Russland, dem kaspischen Raum, Nordafrika und dem Nahen Osten. Durch andere Nachbarn, beispielsweise die Ukraine und Georgien, gehen wichtige Energietransportwege. Im Kern des strategischen Interesses der EU steht die Sicherung und Diversifizierung ihrer Ener-



Foto: Hans-Jürgen Serwe

gieversorgung. Für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn ist es allerdings wichtig, dass Investitionen in den Energiesektor sich in eine wirtschaftliche Gesamtstrategie eingliedern, welche die Annäherung der Volkswirtschaften der Nachbarnstaaten an den EU-Binnenmarkt erlaubt. Regionale Sicherheitsinteressen spielen genauso eine Rolle bei der Entwicklung des Energiesektors wie die demokratische Entwicklung und Teilhabe der Bevölkerung. Aus umweltpolitischer Sicht spielen Belange des Klimaschutzes, der Reinhaltung von Luft und Wasser, der Anlagensicherheit und des Naturschutzes die wichtigste Rolle.

So wurde der Bau der Ölpipeline von Baku (Aserbeidschan) über Tiflis (Georgien) nach Ceyhan (Türkei) vom georgischen Umweltministerium vorerst gestoppt, weil ein Nationalpark gefährdet ist. Grenzüberschreitende Naturschutzprojekte, wie zwischen Aserbeidschan und Georgien oder im Mittelmeerraum, schaffen zwischen Staaten, die anson-

ten miteinander in Konflikt liegen, eine Kultur der Kooperation und wirken damit auch politisch stabilisierend.

Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Barcelona-Abkommens zeigen aber auch, wie schwierig es ist, Belange der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes in eine breiter angelegte Kooperation zu integrieren. Hauptziel in Barcelona war es, die Stabilität in der Region durch regionale Kooperation und Wirtschaftswachstum zu fördern. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wird zwar formuliert, steht aber im Widerspruch zu der Ausweitung von Verkehrsströmen (v. a. des Schiffsverkehrs), touristischer Entwicklung in bis dahin weitgehend unberührten Küstenzonen oder der Ausweitung bewässerungsintensiver Landwirtschaft. Die Europäische Nachbarschaftspolitik steht vor vergleichbaren Herausforderungen, wenn sie das Ziel, die neuen Nachbarn in ein Europa des Wohlstands und der Stabilität einzubeziehen, mit dem Leitbild Nachhaltigkeit in Einklang bringen möchte. ◀

Queen schützt das Klima

Elizabeth II. eröffnete am 3. November 2004 die hochkarätig besetzte britisch-deutsche Konferenz zum Thema »Klimawandel: Die Herausforderung gemeinsam meistern« in Berlin. Die Tatsache, dass sogar der Staatsbesuch der Queen unter das Motto Klimaschutz gestellt wurde, ist Teil einer Charmeoﬀensive der britischen Regierung gegenüber den eigenen Wählern. Bereits in einer Rede am 14. September kündigte Premierminister Blair an, die Themen Klimaschutz und Afrika zum Schwerpunkt der bevorstehenden britischen G-8-Präsidentschaft zu machen. Das Vereinigte Königreich hat in der ersten Jahreshälfte 2005 die Präsidentschaft der EU und ganzjährig den Vorsitz der G 8 inne. Außerdem soll 2005 bei den Briten neu gewählt werden.

Im Klimaschutz stehen die Briten neben den Deutschen in der EU am besten da. Während seiner doppelten Präsidentschaft möchte Blair sowohl seine Beziehungen zu den kontinentalen Partnern in der EU kitten als auch die europäisch-amerikanischen Beziehungen mit einem neuen Akzent versehen. In der Klimapolitik soll die deutsch-britische Achse zum Motor des europäischen Fortschritts werden. Klimaschutz und stärkere Hilfe für die afrikanischen Entwicklungsländer sind gleichzeitig Herzensthema der vergrätzten linken Basis seiner Labour Party. Hauptmotiv ist aber, den transatlantischen Klimadialog wieder zu beleben. Nach der Wiederwahl Bushs ist eine Beteiligung der Amerikaner am Kioto-Protokoll in weite Ferne gerückt. Blair schlägt deswegen eine gemeinsame Erklärung zum Stand der wissenschaftlichen Forschung und eine transatlantische Umwelttechnologieinitiative vor. Von einer stärkeren technologischen Zusammenarbeit, beispielsweise in den Bereichen Wasserstofftechnologie und Brennstoffzellen, könnten auch die Europäer profitieren. Die Ergebnisse dieser gemeinsamen klimapolitischen Technologieoﬀensive könnten auch Staaten im Süden, beispielsweise den Chinesen, zur Lösung ihrer Energie- und Umweltschutzprobleme angeboten werden.

Eine weitere emissionsfreie Technologie könnte allerdings unvermittelt in das Zentrum der neuen Initiative rücken. Sowohl die britische Regierung als auch die USA betreiben unter dem Banner des Klimaschutzes die Renaissance der Atomkraft. Auch der Chef des UN-Umweltprogramms Klaus Töpfer spricht neuerdings davon, dass neue sichere Reaktortypen einen Beitrag zur sauberen Energieversorgung leisten können. Die Bundesregierung ist deswegen gut beraten, wenn sie auf strenge Haftungsregelungen für neue Atomkraftwerke besteht und damit klar macht, dass der nukleare Weg der mit Abstand teuerste zum Klimaschutz ist. *Sascha Müller-Kraenner*



Barceló – in Fotos und Bildern

Neben der auf dem Boden ausgelegten riesigen Leinwand liegen ein paar Tomaten, eine Zitrone, aufgeschnittene Orangen oder auch schon mal der große Kopf eines toten Fisches. In der gestischen, heftigen Malerei, begleitet von etlichen anderen Naturstoffen, verwandeln sich die Gegenstände in farblich intensivierte Zeichen, Konkretion und Abstraktion gehen ineinander über. Wir sehen Bilder des 1957 in Felanitx, Mallorca, geborenen Künstlers Miquel Barceló, aber wir sehen sie nicht als Abbildungen eines Kataloges, vielmehr durch das Auge des spanischen Fotografen Jean-Marie del Moral. Dieser begleitet den Künstler seit 17 Jahren in seiner Arbeit in den Studios von Mallorca und Barcelona und auf seinen Reisen in die abgelegensten Orte der Wüste von Mali, nach Lanzarote, aber auch in Zentren wie Paris und Palermo. Eingefangen wird die Arbeitsatmosphäre in riesigen Studios, aber auch in der kar-

gen kleinen Hütte im Wüstendorf oder in der leer stehenden Kirche Santa Eulalia dei Catalani in Palermo: stürzender Reiter und sich aufbäumendes Pferd, am Boden auf Papier der Gekreuzigte.

Barceló während des Malprozesses, bei der Schaffung von Terrakottaskulpturen, versunken in der Lektüre von Philosophie und Roman, im dörflichen Gespräch mit den Dogon, zurückgezogen auf einer Mauer oder am Strand. Daneben Stillleben von Ateliersituationen, Interieur, Hingeworfenes oder Verworfenes, tierische Skelette und Schädel, Material und Skizzenbücher, kleinformatige, aufgereichte Gemälde, mit amorph anmutenden Motiven aus seiner Umgebung, Alltagsszenen in der Wüste, das Foto einer Porträtsitzung und dann, plötzlich, das düstere, aber höchst lebendige Porträt eines Dogon. Überbordende Kraft, malerisch gebündelt. Ab und an auch eines der großformatigen Bilder über eine Doppelseite. Dies alles gemischt in Schwarz-Weiß und Farbe, nach Malorten gegliedert. Dazwischen ein paar fotogra-

fierte Tagebuchseiten, deren Übersetzung einen etwas ratlos sinnend zurücklässt.

Der großformatige, opulente Bildband ist eine Hommage. An eine introvertierte Persönlichkeit und eine extrovertierte Malerei, die, das sehen wir durch den Band beglaubigt, einer nomadenhaften Existenz zwischen den Kulturen entspringt. Barceló war der jüngste Künstler, dem je eine Ausstellung im Louvre gewidmet wurde, aber eine Stilisierung zum Heroen bedeuten die Fotos nicht. Was jedoch fehlt, ist die Auseinandersetzung mit dem Werk. In diesem Band – und in Deutschland sowieso.

Marianne Heinz

Barceló. Fotografien von Jean-Marie del Moral. Mit einer Einführung von Patrick Mauriès, Göttingen (Steidl Verlag) 2004 (256 S., 184 Abb., 50,00 €)

ROGER PELTZER

Gibt es eine rotgrüne Afrikapolitik?

Eine stärkere europäische Orientierung würde die Rahmenbedingungen verbessern

Afrika nimmt keinen großen Raum in der deutschen Außenpolitik ein. Doch gibt es, hält unser Autor Kritikern entgegen, zumindest ein Konzept der Bundesregierung. Darin äußere sich das Bemühen, neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen und anknüpfend am Problem der Good Governance die Reformkräfte zu stärken. Es gibt allerdings Widersprüche, in der Regierung selbst, zwischen den europäischen Ländern, die eine Reihe von Fragen aufwerfen.

So viele Leute, die sich intensiv mit Afrika beschäftigen, gibt es in Deutschland nicht. Aber unter denjenigen, die es tun, ist die Meinung verbreitet, dass sich die Bundesregierung zu wenig um Afrika kümmere und kein klares afrikapolitisches Konzept habe. Dieser Vorwurf trifft nicht zu. – Bundeskanzler und Außenminister haben Afrika im Blick und werden dabei in Zukunft vermutlich durch den neuen Bundespräsidenten noch stärker unterstützt. Man kann auch nicht sagen, dass die Afrikaaktivitäten des Bundeskanzlers nur auf die Imagewirkung in Deutschland abzielen würden (»Der Kanzler hat auch ein Herz für die Armen in der Welt«). Seine Reise zur Afrikanischen Union nach Äthiopien, nach Kenia, Südafrika und Ghana war politisch klar fokussiert und hatte zum Ziel, in Afrika die Reformkräfte zu stärken, die auf Eigenanstrengungen und Good Governance setzen.

In dieser Reisediplomatie spiegelt sich wider, dass die deutsche Regierung – mit der Unterstützung des gesamten Bundestages – die NEPAD-Initiative der afrikanischen Staatsschefs Bouteflika (Algerien), Obasanjo (Nigeria), Mbeki (Südafrika) und Wade (Senegal) von Anfang an klar unterstützt hat. NEPAD steht in der Tradition des Diskurses der African Self Reliance und setzt zunächst auf die eigenen Kräfte, um den Kontinent aus sei-

nen Krisen und Problemen hinauszuführen. Auf Initiative von Uschi Eid – der heutigen Afrikabeauftragten des Kanzlers – hat die deutsche Regierung das NEPAD-Sekretariat schon in der Konstituierungsphase mit technischer Hilfe unterstützt. Und die deutsche Regierung hält diesen Kurs auch gegenüber EU-Partnern wie Großbritannien durch, die beginnen, sich wieder von NEPAD abzusetzen. So hintertreibt Blair den NEPAD-Prozess mit seiner aus Gründen der Aufbesserung des eigenen Images gegründeten Kommission für Afrika. Er fällt mit dem Anspruch, etwas »für« anstatt »mit« Afrika auf den Weg bringen zu wollen, in einen überwunden geglaubten paternalistischen Diskurs und in Praktiken zurück, die darauf setzen, über eigene Beziehungsgeflechte dem afrikanischen Willen zu Selbstbestimmung Grenzen zu setzen.

Demgegenüber nehmen die Fähigkeiten der Afrikaner, ihre Krisen mit eigenen Kräften politisch und gegebenenfalls auch militärisch einzuhegen, ebenso zu wie der Wille, Transparenz und Good Governance zu befördern. Auf dem letzten Gipfel der Afrikanischen Union (AU), dem Treffen der afrikanischen Staatsschefs, wurde der Peer-Review-Prozess¹, in dem sich eine wachsende Zahl von afrikanischen Staaten mit Blick auf *best practices* von Good Governance der Kontrolle durch eine Kommission von hochrangigen Persönlichkeiten der afrikanischen Zivilgesellschaft unterwirft, deutlich vorangebracht. Südafrika hat in Burundi – auch hier gab es logistische und technische Hilfe seitens Deutschlands – eine positive Rolle bei der Konfliktprävention gespielt und ist politisch im Kongo aktiv. Aktuell beteiligt sich die AU im Sudan aktiv an der Suche nach Lösungen für den Konflikte zwischen arabischen und afrikanischen Sudanesen.

Die eindeutige Fokussierung der deutschen Afrikapolitik auf den NEPAD-Prozess

speist sich auch aus den europäischen und deutschen Erfahrungen im Umgang mit der Türkei: Eine wirkungsvolle Politik, die auf das Kernproblem Afrikas, die schlechte Regierungsführung, zielt, muss in erster Linie so ausgestaltet sein, dass sie die Eigeninitiative der Reformkräfte in Afrika systematisch fördert.

► Die deutsche Afrikapolitik ist politischer geworden

Insgesamt ist die deutsche Politik mit Blick auf Schwarzafrika politischer geworden und beschränkt sich nicht mehr auf das Verteilen von Entwicklungshilfegeldern. Dies wird aktuell am deutschen Engagement in der Sudan-Krise deutlich, findet seinen Ausdruck aber auch in der Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Ein gewichtiges Beispiel ist das *Kofi Annan Zentrum* zur Ausbildung von afrikanischen Fachkräften für Friedensmissionen und Konfliktprävention in Accra/Ghana. Dieses Zentrum ist das Ergebnis einer bemerkenswerten Kooperation innerhalb der Bundesregierung (Auswärtiges Amt, BMZ und Verteidigungsministerium), aber auch mit Großbritannien und Frankreich.

Ergänzend zu afrikanischen Friedensbemühungen und -truppen wird die internationale Gemeinschaft im Einzelfall aber immer wieder gefordert sein, durch die Entsendung von eigenen Militärs mit UN-Mandat die Eskalation von Konflikten zu unterbinden sowie eine friedliche Konfliktlösung abzuschließen. Mit einem einstimmig verabschiedeten Afrikaantrag haben die Grünen auf ihrem letzten Länderrat in Berlin einen langen Diskussionsprozess abgeschlossen und im Grundsatz abgesegnet, dass sich auch deutsche Soldaten an solchen Missionen beteiligen können und auch sollen.

Mit ihrer prominenten politischen Unterstützung der *Baumwollinitiative* der vier afrikanischen Sahel-Staaten hat die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul maßgeblich dazu beigetragen, das Thema der Baumwollsubventionen auf die Tagesordnung der internationalen Handelsvereinbarungen zu setzen. An der Baumwolle hängt das wirtschaftliche Schicksal des gesamten Sahel, und die Weltmarktpreise für Baumwolle sind für die Armutsbekämpfung in dieser Region viel entscheidender als alle Entwicklungshilfeeinstellungen zusammengenommen. Erfreulich ist, dass sich Renate Künast parallel mit Erfolg dafür eingesetzt hat, die Baumwollmarktordnung der EU so zu reformieren, dass die hochsubventionierte EU-Baumwollproduktion zurückgefahren werden kann. Die prominente deutsche Rolle in der Baumwollfrage ist auch mit Blick auf das relativ zurückhaltende Agieren Frankreichs in dieser Frage in der EU bemerkenswert. Die protektionistische Grundlinie der französischen Agrarpolitik engte den Handlungsspielraum der französischen Regierung in dieser für ihre afrikanischen Verbündeten so wichtigen Frage offensichtlich ein.

In der Baumwollfrage kann man der Bundesregierung mangelnde Kohärenz ebenso

wenig vorwerfen wie bei der jetzt anstehenden *Reform der EU-Zuckermarktordnung*, die auf eine Eliminierung der massiv subventionierten Produktion von EU-Zuckerüberschüssen zielt. Auch von dieser Reform werden die afrikanischen Länder, deren Zuckerindustrie bisher durch Dumping-Exporte aus der EU massiv bedroht ist, oder die mit ihrem wettbewerbsfähigen Zucker keinen Zugang zum EU-Markt finden, profitieren.

Bei der von der parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, Uschi Eid, mit angestoßenen Kongo-Waldbecken-Initiative geht es um ein politisches Kernproblem: Das zweitgrößte noch zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde soll einem Regime nachhaltiger Nutzung zugeführt werden. Im Ergebnis sind in der Forstgesetzgebung und deren Umsetzung – deutliche Reduzierung des illegalen Holzeinschlags – in einer Reihe der betroffenen zentralafrikanischen Länder Fortschritte zu erkennen. Ein Schritt in Richtung mehr Kohärenz wäre es allerdings, wenn die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nun auch den Mut finden würde, in diesem Bereich offensiver mit den deutschen Unternehmen zusammenzuarbeiten, die sich seit Jahren mit viel Erfahrung und Engagement in der tropischen Forstwirtschaft in Afrika engagieren.

BMZ in Deutschland oft nicht zu dem Ergebnis, dass sich die Vielfalt der Stimmen und Aktionen sinnvoll ergänzt. In diesem Punkt sind sich die grüne Partei, die Opposition im deutschen Bundestag und die Afrikawissenschaft einig: Eine bessere Koordination der Afrikapolitik – wofür durchaus auch institutionell Lösungen zu finden wären – könnte die politische Durchschlagskraft des afrikapolitischen Agierens der Bundesregierung deutlich erhöhen, ohne dass dazu im Haushalt Mittel freigemacht werden müssten. Resultat der Diskussion in der grünen Partei ist jetzt immerhin, dass die grünen Staatssekretärinnen in beiden Ministerien versuchen, eine Kultur der Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen, der die zuständigen Minister bisweilen im Weg standen.

Nachdem sich Rotgrün einen breiten Konsens erarbeitet hat, dass eine ganzheitliche Afrikapolitik im Einzelfall auch die Bereitstellung von personellen und logistischen Ressourcen der Bundeswehr beinhalten muss, ist auf der anderen Seite vor einer – oft durch die Medien geschürten – Hybris zu warnen. Fast alle Konflikte und humanitären Katastrophen lassen sich nicht einfach durch ein paar Soldaten lösen. Und auch die in allen politischen Lagern anzutreffende Diagnose, dass sich Deutschland auf Grund seiner nur begrenzten kolonialen Vergangenheit bei vielen Konflikten besonders gut als neutraler Mittler eignet, wird sich spätestens dann als brüchig erweisen, wenn Deutsche nicht mehr nur Entwicklungshilfe verteilen, sondern in realen Konflikten Entscheidungen und Partei ergreifen müssen. Umso wichtiger wäre es, den strategischen Dialog mit den europäischen Partnern zu suchen, die in Afrika stärker präsent sind, dort klare eigene Interessen haben und im Guten und im Bösen Erfahrungen gemacht haben, mit denen sich intensiver auseinander zu setzen für eine politisch ausgerichtete deutsche Afrikapolitik allemal lohnenswert sein sollte.

Stattdessen gibt es gerade im Verhältnis zum Partner Frankreich afrikapolitisch deutliche Kommunikations- und Diskussionsdefizite. Mit dem Hinweis, dass die »Franzosen in Afrika eh ihre eigene Suppe kochen würden« (was sollten sie auch sonst tun ...), wird zu wenig getan, um eine strategische Diskussion und Kooperation mit Blick auf Afrika zu befördern. Es scheint, dass die Deutschen dabei diejenigen sind, die mehr auf die Bremse treten beziehungsweise dazu neigen sich, schnell enttäuscht zurückzuziehen, wenn sie feststellen, dass ihre Partner auch eine eigene Agenda haben.

– Anzeige –

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

46

Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus

Reform und Regulierung des Sozialen; Moderne Zwangsarbeit; Neues Arbeitsmarktregime; Geschlechterverhältnisse, Gesundheitsrisiken; Macht und Subjektivierung; Gouvernementalität und Sicherheit; Ordnungsmacht Psychiatrie; Demütigung und Gewalt; Fitness und Konformität

G. Treusch-Dieter, J. Brodie, G. Notz, A. Pelizzari, E. Tomforde, I. Langemeyer, K. Pühl, Th. Lemke, K. Lemons, P. Purtschert, Y. Winter, M. Rufer, E. Modena, B. Jung

Diskussion

B. Walpen: Kaderschmiede des Neoliberalismus
H. Hartmann: Nationalkonservative Hegemonie?
W. Eberle / H. Schächli: Machtkartell und Linke
R. Atzmüller: Regulationstheorie – eine Bilanz
M. Madörin: Apartheidklagen und die Schweiz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

228 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

► Wo muss und kann deutsche Afrikapolitik besser werden?

Auch wenn man zugesteht, dass es für eine deutsche Regierung in der Außenpolitik andere gewichtigere Prioritäten als Afrika gibt, und dass das hochgesteckte Ziel der Kohärenz im Regierungsallday in der Regel nicht so leicht einzulösen ist, könnte die deutsche Regierung aus ihren begrenzten politischen und materiellen Ressourcen mit Blick auf Afrika mehr machen. – Während es die Engländer schaffen, zu Fragen politischer Priorität rasch Ministerien und Institutionen übergreifende Task-Forces zusammenzustellen, die zügig abgestimmte Politiken auf den Weg bringen können, führt die systematische Konkurrenz insbesondere von Auswärtigem Amt und

Dabei könnte eine stärkere europäische Orientierung helfen, ein anderes Dilemma deutscher Afrikapolitik zu relativieren. Bei der Debatte über die Interessen, die eine deutsche Afrikapolitik leiten sollten, wird legitimerweise auch immer das wirtschaftliche Interesse angesprochen. Nun hat aber die deutsche Industrie – sieht man einmal von Südafrika und von Bilfinger und Berger in Nigeria ab – noch keine wirklich relevanten Interessen in Afrika. In den Wirtschaftszweigen, in denen Afrika auf ausländische Investitionen angewiesen ist – Plantagenwirtschaft, Ausbeutung und Verarbeitung von mineralischen Rohstoffen, aber auch die Erstellung von Infrastrukturleistungen –, ist Deutschland nicht so stark aufgestellt. Sieht man von Südafrika ab, haben die



Foto: Markus Kirchgöbner

Sektoren, in denen die Deutschen stark sind, wie der Maschinenbau, die Autoindustrie und ihre Zulieferer, die spezialisierte Chemieindustrie et cetera, in näherer Zukunft keine große Relevanz für die Entwicklung Afrikas. Eine Ausnahme bildet die Öl- und Gasindustrie, in der die deutsche Industrie im Bau und in der Verlegung von Rohrleitungsnetzen einschließlich Pumpstationen nach wie vor stark ist. Im Übrigen sollten wir als Europäer wissen, dass es der deutschen Ökonomie auch hilft, wenn Franzosen oder Engländer in Afrika wirtschaftlich erfolgreich sind. Nur die tägliche Praxis zeigt, dass die Bundesregierung als Ganzes – vielleicht mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes – von dieser Erkenntnis noch recht weit entfernt ist.

Insgesamt wird Afrika als wirtschaftlicher Partner für Europa rascher interessant werden, als es heute viele annehmen. Insbesondere Zentralafrika wird als Standort für die Produktion von Erdöl und Erdgas im weltweiten Vergleich deutlich an Bedeutung gewinnen. Unter anderem aus diesem Grunde haben die Amerikaner Afrika für ihre Politik wieder entdeckt. Eine der zentralen Fragen wird sein, ob es Länder wie Äquatorial Guinea, Sao Tomé und Príncipe, Tschad, Nigeria, Angola und andere in Zukunft schaffen, sinnvoller mit den Einnahmen aus der Ausbeute ihrer natürlichen Rohstoffe umzugehen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Dabei gibt es in der internationalen Debatte über die Sinnhaftigkeit und die Folgen der Tätigkeit von »Extractive Industries« wie der Öl- und Gasförderung zwei Ansätze, die miteinander konkurrieren und zum Teil im Widerspruch zueinander stehen. Der vom Chef der Weltbank Wolfensohn in Auftrag gegebene Salim-Bericht fordert eine Abkehr von der Ausbeutung fossiler Rohstoffe und eine Hinwendung zur Nutzung regenerativer Energien. Dies müsse sich – so der Bericht – konsequenterweise auch in der Finanzierungs politik der Weltbankgruppe niederschlagen, die innerhalb von wenigen Jahren die direkte finanzielle Unterstützung von Erdöl- und Gasförderung ganz einstellen solle. Andererseits gibt es die Bemühungen von einflussreichen Nichtregierungsorganisationen, aber auch von der britischen Regierung, Ölkonzern und afrikanische Regierungen zur Transparenz und Offenlegung ihrer Öleinnahmen zu veranlassen. Dieses Thema hat auch beim letzten G-8-Gipfel eine Rolle gespielt. Einer der Initiatoren des NEPAD-Prozesses, der nigerianische Staatspräsident Obasanjo, ist mit einer klaren Selbstverpflichtung zur Schaffung von mehr Transparenz im nigerianischen Erdölsektor hervorgetreten. Wer es sich, wie die Bundesregierung, vorgenommen hat, afrikanische Reforminitiativen konsequent zu unterstützen, wird den weit gehenden Vorschlag von Obasanjo nicht ignorie-

ren wollen. Das dürfte sich dann allerdings nur schwer mit einer Politik vertragen, die dem gewichtigen nigerianischen Erdöl- und Gassektor systematisch den Zugang zu Krediten der Weltbankgruppe, von anderen Entwicklungsbanken und in letzter Konsequenz auch die Absicherung durch staatliche Kreditversicherer entzieht.

Rotgrün hat in der verbleibenden Legislaturperiode die Chance, seine Afrikapolitik auf Basis der gelegten Fundamente profiliert weiterzuentwickeln. Durch eine institutionell verbesserte Koordination sollte es der Bundesregierung möglich sein, in einigen Konfliktzonen Afrikas eine prominentere und wirksame Rolle zu spielen. Die deutsche Politik kann zudem mit einer weiteren konsequenten Unterstützung des NEPAD-Prozesses dazu beitragen, Image- und klientelinteressen geleitetes Ausbrechen einiger europäischer Partner aus einer langfristig angelegten Afrikapolitik einzugrenzen. Insofern kann Deutschland einen wichtigen Beitrag zu einer kohärenten, auf Krisenprävention und Stärkung der Reformkräfte angelegten europäischen Afrikapolitik leisten. ◀

1 Eine Reihe von afrikanischen Staaten haben sich verpflichtet, sich künftig regelmäßig einer Überwachung und Kontrolle ihrer Performance u. a. im Bereich Good Governance zu stellen. Die AU hat dazu eine Kommission mit mehreren unabhängigen Persönlichkeiten der afrikanischen Zivilgesellschaft benannt, die die Kriterien für den Review ausarbeiten und die Überwachung steuern soll.

WERA SCHNEEFELD

Brüssels Herz der Finsternis

Über den kolonialen Genozid im Kongo

Im Frühjahr, wenn die riesigen Gewächshäuser der königlichen Residenz Schloss Laeken in Brüssel für das Publikum geöffnet werden, strömen Tausende von Besuchern an der Büste Leopolds II. (1865–1905) vorbei. Er war es, der die königlichen Schlösser prunkvoll ausstatten und umbauen ließ. Doch nirgendwo findet sich ein Hinweis darauf, woher die Milliarden kamen, die die Errichtung dieser und anderer Prachtbauten möglich machten. Eine Antwort, die ein Panorama von Gier und Gewalt, von raffinierter Täuschung der Öffentlichkeit und grenzenlos scheinender Bestechlichkeit, aber auch von geradezu heroischem Engagement für Menschenrechte aufrollt, gibt das Buch des US-amerikanischen Journalisten Adam Hochschild. Es besticht aus mehreren Gründen. Hochschild lässt die durch Zufall in irgendwelchen Archiven erhalten, aber bisher unbeachtet gebliebenen Opfer der Eroberung und Ausbeutung des zentralafrikanischen Staates in Erscheinung treten. Ferner skizziert er auf prägnante Weise die Lebensläufe der Hauptakteure um herauszufinden, wie es zu einem Genozid an Millionen von Afrikanern, zu Menschenhandel und Versklavung und in ihrer Perversität kaum vorstellbaren Strafaktionen kommen konnte. Gebührendes Gewicht aber erhalten auch die heroischen Aktivitäten jener, die sich oft als Einzelne den Machenschaften menschenverachtender Profiteure entgegenstellten und dabei in erstaunlichem Maße erfolgreich waren.

Als der portugiesische Kapitän Diogo Cao 1482 auf der Suche nach Gold die Westküste Afrikas entlangsegelte, »entdeckte« er als erster Europäer die riesige Mündung des Kongo. Ein wenig flussaufwärts lebte die Bevölkerung in einem hoch entwickelten Staatswesen, an dessen Spitze der Mani-Kongo (Herr des Kongo) Nzinga Mbemba stand. Die Schwarzen begegneten den Weißen gastfreundlich und arglos. Schon bald begann ein reger Briefwechsel zwischen dem por-

tugiesischen König Manuel und dem kongolischen Herrscher, einem weltoffenen, wissbegierigen Mann, der rasch die portugiesische Sprache erlernt hatte. Doch musste er schon bald erkennen, dass es sich nicht um eine faire Beziehung handelte. Die Schwarzen erfüllten die Forderungen der Portugiesen nach der Lieferung von Elfenbein und Sklaven. Sie selber aber bekamen nicht die erbetenen Lehrer, Ärzte, Bootsbauer, Medikamente, sondern lediglich Stoffe und veraltete Waffen. Wachsende Bitterkeit schlug in Verzweiflung um, als zehn Neffen des Mani-Kongo, die er zum Studium nach Portugal geschickt hatte, dort als Sklaven verkauft wurden. 1665 kam es zu einer Schlacht, in der die Portugiesen siegten und nach der der letzte Mani-Kongo enthaupet wurde. Ein Menschenhandel von unvorstellbaren Ausmaßen setzte ein, an dem sich Portugiesen, Franzosen, Holländer, Briten und Belgier beteiligten. Millionen von Afrikanern wurden nach Brasilien, Mittel- und Südamerika verschleppt. Mit der Abschaffung des Sklavenhandels 1838 war die Ausbeutung Schwarzafrikas keineswegs beendet.

Der belgische König Leopold II. gründete die »Internationale Afrikanische Gesellschaft«, um den Kongo »unter Schutz zu stellen«. Es gelte, den »arabischen« Sklavenhandel zu un-

terbinden, die Wissenschaft zu fördern und »die Wilden« zu kultivieren. Zu seinem Instrument und Mittäter wurde ein berühmter Forschungsreisender: Henry Morton Stanley, der den verschollen geglaubten Missionar und Arzt David Livingstone im Herzen Afrikas aufgespürt hatte. Nun zog er im Auftrag Leopolds den Kongo hinauf, um den Flussverlauf kartographisch zu erfassen. 400 Afrikaner begleiteten ihn, die Unmengen von Waffen und Ausrüstung zu schleppen hatten. Hunderte von Leichen säumten Stanleys Weg, Dutzende von Städten und Dörfern wurden zerstört und Handelsstationen errichtet, in denen Elfenbein gehortet wurde.

1884 kehrte Stanley mit einem Bündel von Verträgen nach Brüssel zurück, in denen die Häuptlinge ihr Land angeblich Leopold II. übertragen hatten. Dabei war für Afrikaner, die nur gemeinschaftlich genutztes Land kannten, privates Eigentum an Grund und Boden unvorstellbar. Durch falsche Versprechungen, etwa die Zusage, er werde den Kongo zur Freihandelszone erklären, durch listiges Taktieren und Ausspielen der Großmächte gegeneinander erreichte er es, dass am Ende der Berliner Konferenz vom Februar 1885, an der kein Afrikaner teilnahm, ein Abkommen unterzeichnet wurde, das ihm den Kongo als Privateigentum zusprach.

Doch es gab seit den 1890er Jahren mutige Kritiker. Deren Aktivitäten schildert Hochschild realistisch und emphatisch. Auf sie bezieht sich der im Untertitel der Originalausgabe – »A Story of Greed, Terror and Heroism in Colonial Africa« – erwähnte Heroismus.

Der Afroamerikaner George Washington Williams, Historiker und Journalist, fuhr nach Afrika um zu prüfen, ob die in den USA diskriminierten Schwarzen im Land ihrer Ursprünge nicht bessere Lebensbedingungen vorfinden würden. Er umschiffte 1890/91 den Kontinent und bereiste sechs Monate lang den Kongo. Was er sah und hörte, ernüchterte und entsetzte ihn. In einem »Offenen Brief an den König«, nämlich Leopold II., versammelte er alle wichtigen Anklagepunkte. In einem Bericht an den Präsidenten der USA forderte er ein Herrschaftssystem, »das afrikanisch und nicht europäisch, gerecht und nicht grausam« wäre. Er klagte Leopolds Kongo-Staat der »Verbrechen gegen Menschlichkeit« an. Verärgert ließ Leopold Artikel abdrucken, in denen Williams als »geistesgestörter Neger« abgetan wurde. Williams starb wenig später mit nur 41 Jahren.

Ein anderer Kritiker machte Leopold bis an dessen Lebensende zu schaffen. Edmund



IN THE RUBBER COILS.

»Punch«, 1906

Dene Morel, verantwortlich für das Ent- und Beladen von Schiffen der Kongoroute in Antwerpen, wunderte sich, dass die eintreffenden Schiffe voll mit Elfenbein und Kautschuk waren, im Gegenzug jedoch nur Waffen, Munition und Armeeeoffiziere verschifft wurden. Er begriff, dass es keinen Warentausch gab, dass die einlaufenden Schätze nur aus Sklavenarbeit stammen konnten. Nach gründlichen Recherchen kam er zu dem Schluss, »auf eine Geheimgesellschaft von Mördern mit einem König als Oberhalunken gestoßen« zu sein. Er gründete eine Zeitung, in der er seine Recherchen veröffentlichte. Er schrieb mit kontrollierter Empörung und akribischer Exaktheit, entlarvte die Bestechungsmanöver des Königs gegenüber Verlegern und Journalisten im In- und Ausland. Er verbündete sich mit Roger Casement, der den Kongo als britischer Botschafter bereiste und einer der schärfsten Kritiker Leopolds und seiner Vasallen wurde, und gründete die »Congo Reform Association«, die erste große internationale Menschenrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts.

Kurz vor Leopolds Tod ging der Kongo in belgischen Besitz über. Als das Land nach blutig niedergeschlagenen Massendemonstrationen 1960 unabhängig wurde, meinte der belgische König Baudouin: »Jetzt liegt es bei Ihnen, meine Herren, sich unseres Vertrauens als würdig zu erweisen.« Weil er sowohl für politische wie ökonomische Unabhängigkeit eintrat, erwies sich der neue Premierminister Patrice Lumumba in den Augen Belgiens, Großbritanniens und den USA, die in den Kongo investiert hatten, als des Vertrauens »unwürdig«. Er wurde ermordet. Joseph Désiré Mobutu hingegen, maßgeblich an Lumumbas Ermordung beteiligt, wurde mit westlicher Hilfe zum neuen unumschränkten Diktator, der, wie einst Leopold II., bald zu den reichsten Männern der Welt gehörte.

»Ganz Europa«, so Charles Marlow in Joseph Conrads berühmtem, im Kongo spielenden Roman *Das Herz der Finsternis* über den machtgerigen Elfenbeinlieferanten Kurtz, für den es viele, auch von Hochschild geschilderte reale Vorbilder gab, »ganz Europa war am Zustandekommen des Herrn Kurtz beteiligt gewesen«. Wie es zu einem der größten Menschheitsverbrechen kam und welchen Anteil die westliche Welt an dem Zerstörungswerk Leopolds II. und seiner Vasallen im Kongo hatte, schildert Adam Hochschild so spannend und engagiert, so detailliert wie keiner vor ihm. ◀

Adam Hochschild: *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines fast vergessenen Menschheitsverbrechens. Aus dem Amerikanischen von Ulrich Enderwitz, Monika Noll und Rolf Schubert, Reinbek (Rowohlt Taschenbuchverlag) 2004 (532 S., 12,90 €)*

USCHI EID

Afrika und die Privatwirtschaft

Die Debatte um die Bedeutung der Privatwirtschaft für die Entwicklungs- und Schwellenländer steht endlich ganz oben auf der internationalen Agenda. Letzter Anstoß war der Weltentwicklungsbericht 2005 der Weltbank, der unter dem Titel *A Better Investment Climate for Everyone*¹ die essentielle Bedeutung der Privatwirtschaft für Fortschritte in der Armutsbekämpfung darlegt.

Dies hat breite Kritik unter deutschen NGOs ausgelöst, angefangen bei Attac bis hin zum Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Sie kritisieren einmal mehr, die Weltbank setze einseitig auf »das Allheilmittel« Privatwirtschaft und oktroyiere diese Politik den Entwicklungsländern. Diese Sichtweise ist aus zwei Gründen verfehlt.

Erstens: Wer den Bericht unvoreingenommen liest, wird schnell feststellen, dass die Weltbank Chancen und Grenzen des Privatsektors und ausländischer Investitionen weit differenzierter beschreibt, als die Kritiker behaupten. Keineswegs setzt sie blindlings auf Privatinvestitionen. Vielmehr betont sie, dass die schiere Höhe von Investitionen wenig relevant ist, sondern die entscheidende Frage lautet, inwiefern sie für eine Steigerung der jeweiligen Produktivitäten stehen. Zugleich erörtert der Bericht auch die Relevanz anderer Faktoren, wie zum Beispiel eine angemessene Einkommensverteilung.

Gleichzeitig ist kaum zu bestreiten, dass Investitionshemmnisse in vielen Ländern Afrikas einen größeren Beitrag des Privatsektors massiv behindern: Auf keinem Kontinent ist der Anteil der privaten Investitionen am Bruttosozialprodukt so niedrig wie in Afrika, wo zugleich die gesamtwirtschaftlichen Leistungen mit Abstand am niedrigsten sind. Auf keinem Kontinent ist es so langwierig und kostspielig, ein Unternehmen zu gründen: In Subsahara-Afrika dauert es im Schnitt 63 Tage eine Firma zu gründen, es kostet mehr als das Doppelte (225,2 %) eines durchschnittlichen Jahreseinkommens und mehr als 250 Prozent eines Jahreseinkommens muss der Unternehmer an Eigenkapital aufbringen. Zugleich ergeben Unternehmensbefragungen, dass 50 Prozent der Firmen in der Region eine unzureichende Infrastruktur beklagen,

52 Prozent eine mangelnde Stromversorgung, 70 Prozent haben keinen ausreichenden Zugang zu Finanzdienstleistungen und sogar jedes zweite Unternehmen glaubt nicht, dass die Justiz seine Eigentumsrechte schützen würde. Und dies sind mehr als Schlaglichter: So findet sich in den einschlägigen Indizes zum Investitionsklima unter den 20 am besten bewerteten Ländern der Welt nur ein einziges aus Subsahara-Afrika (Botswana); unter den 20 schlechtesten Standorten sind dagegen 16 Staaten aus dieser Region.

Das Resultat: Es sind hauptsächlich die einheimischen Kleinst- und mittelständischen Unternehmen, die unter diesen Rahmenbedingungen am stärksten leiden und in den informellen Sektor abgedrängt werden. Drei von vier Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft sind in Afrika südlich der Sahara deshalb im informellen Sektor – mit allen negativen Folgen bezüglich Bezahlung und Arbeitsstandards.

Zweitens: Zahlreiche afrikanische Staaten und Organisationen haben erkannt, dass die genannten Faktoren entscheidende Hindernisse für privates Unternehmertum darstellen, und haben das Thema deshalb selbst ganz oben auf die politische Agenda gesetzt.

So veranstaltete zum Beispiel die »Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen« (Uneca) Mitte Oktober eine Konferenz unter dem Titel »Stimulating Private Investment in Africa« in Addis Abeba. Kurz zuvor hatten die »United Nations Commission On Private Sector And Development« und die »Commission On Capital Flows to Africa« umfangreiche Analysen zum selben Thema veröffentlicht. Im Rahmen der »Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung« (NePAD) haben sich die afrikanischen Staaten selbst eine marktwirtschaftliche Reformagenda vorgenommen.

Wir sollten also darauf hören, wie die Vertreter der Entwicklungsländer dies selbst einschätzen und nicht lieb gewordene Feindbilder reproduzieren. Nicht zufällig wurde auch beim »African Partnership Forum« Anfang Oktober in Washington die Förderung des Privatsektors ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt – weil er eine »Schlüsselrolle für Afrikas Entwicklung« spiele, leider aber durch eine lange Liste von Hindernissen gehemmt werde. Wer dies ausführlich vortrug und belegte, war kein Weltbankvertreter, sondern Aluko-Olokun, der persönliche NePAD-Beauftragte des nigerianischen Präsidenten Obasanjo.

¹ <http://econ.worldbank.org/wdr>

FRANK ECKARDT

Verlorene Horizonte

Eine Gesellschaft im Umbruch

Wieder ein politischer Mord. Ein marokkanischer Niederländer ermordet den Filmemacher Theo van Gogh. Seine Provokationen dienen dem Mörder als Rechtfertigung. Nach dem Mord an dem Populisten Fortuyn erleben die Niederlande nur zwei Jahre später erneut eine tiefe Erschütterung.

Menschen erhalten Morddrohungen, Schulen brennen, die sprichwörtliche niederländische Toleranz, auf der die Gesellschaft auch ihren scheinbar leichtfüßigen Multikulturalismus errichtet hat, schwindet Tag für Tag. Optimismus und Zuversicht, einst die psychologischen Pfeiler einer Nation, die vom mittelalterlichen Calvinismus bis zum neoliberalen Pragmatismus an die gesellschaftliche Machbarkeit glauben ließen, scheinen grundlegend erschüttert.

Die Niederlande waren bislang in allen internationalen Vergleichsstudien als eine zufriedene und hoffnungsvolle Gesellschaft abgebildet worden. Kein germanischer Tiefsinn, keine französische Philosophie, kein angelsächsischer Freiheitsmessianismus. »Oost-West-Thuisbest« lautete das Motto (Osten, Westen – Zu Hause am besten). Schließlich war man in den Neunzigerjahren wieder Primus in Europa geworden. Poldermodell, Tilburger Modell, überall gefragte UNO-Einsätze, vernünftige Politik gegenüber Drogenabhängigen, Schwerstkranken und Ausländern.

Doch selbst der narzisstischste Bewohner der Deichrepublik wird sich heute eingestehen müssen, dass seit dem Rechtsruck im Jahr 2002 die Niederlande nur noch einem Klischee ihrer selbst nachrennen oder teilweise schon nachtrauern. Premierminister Balkenende rühmt sich, in Europa eine Wertedebatte angestoßen zu haben (von der jenseits von Maas und Rhein niemand gehört hat) und schickt gleichzeitig eine Kommissarin nach Brüssel, die auf Grund von Interessenverästelungen nur bedingt einsatzfähig ist. Selbst als Barroso den Umbau der

Kommission ankündigte, wollten die Regierungsparteien nicht einsehen, dass auch ihre Kandidatin zum schlechten Bild der zukünftigen Kommission beigetragen hat. Die Kritik aus dem Parlament und dem Ausland wird nicht wahrgenommen. Europa, einst eine für die Niederlande als eines der Gründungsmitglieder der EG so wichtige Perspektive, wird zunehmend in einer reinen Nabelschau aus den Augen verloren. In der Außenpolitik ist man zudem durch die Fixierung auf den Irakkrieg dermaßen eingebunden, dass weitere Engagements kaum möglich sind.

Terrorismus-Bekämpfung als Ersatzvision taugt schon gar nicht für die Innenpolitik. Mit der »Miljoenennota«, mit der die Regierung in jedem September die Richtlinien der Politik für das folgende Jahr ankündigt, wurde verdeutlicht: Nur der Kampf gegen den Terrorismus wird sich einer größeren finanziellen Unterstützung erfreuen dürfen. Den zehn Millionen Euro für die Anti-Terror-Kam-



»Trouw«, 27.10.04, Foto: ANP

pagnen in den Niederlanden stehen die Kürzungen der Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Erhöhung der Konsumsteuern, eine Nullrunde für alle Beamte und die um 100 Euro erhöhten Studiengebühren gegenüber. Zugleich werden die Steuern auf Unternehmensgewinne reduziert und 8000 neue Gefängnisplätze gebaut.

Die Regierung befindet sich nach eigenen Aussagen in einer der schwierigsten ökonomischen Situationen der letzten zwanzig Jahre. Vier Jahre lang dauert nun schon diese Pe-

riode einer unter dem europäischen Niveau funktionierenden Wirtschaft. Auch für das Jahr 2005 ist nur mit maximal 1,5 Prozent Wachstum zu rechnen. Obwohl die Stabilitätskriterien wieder eingehalten werden, herrscht rundherum Unzufriedenheit. Auf die Kritik am Sparen in schlechten Zeiten reagiert die Regierung fast schon lakonisch: »Das künstliche Stimulieren der Ökonomie durch eine aus dem Lot geratene Finanzpolitik stellt keine Alternative dar.« Als ob nicht schon lange in Frankreich oder auch den ansonsten als Vorbild dienenden USA durch staatliche Interventionen die Konjunktur angekurbelt wird. »Nach vier mageren Jahren ist diese düstere Miljoenennota leider begründet. Dass es den Niederlanden nicht mehr so gut geht, wird langsam jedem bewusst«, kommentierte das konservativ-liberale *NRC Handelsblad*. »Doch zugleich verstärkt sich das pessimistische Bild auch durch diese Regierungsankündigung. Es geht um Psychologie, und mancher Politiker könnte mehr Vertrauen ausstrahlen. Auch die Konfrontationen mit den Gewerkschaften haben dem wirtschaftlichen Klima in diesem Land nicht gerade gut getan. Die Regierung muss für die Reformen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung suchen. Die niederländische Ökonomie kann sich eine totale Entfremdung von den Gewerkschaften schlichtweg nicht erlauben.«

Eine Viertelmillion Menschen auf dem Amsterdamer Museumsplatz konnten die Gewerkschaften am 2. Oktober gegen die Sparpolitik der Regierung mobilisieren. Die bis heute größte Demonstration in der Geschichte der Niederlande bringt zum Ausdruck, wie wenig die »Reformen« der Regierung im Land verwurzelt sind. Den ganzen November über fanden weitere Aktionstage statt. Streiks werden inzwischen zu einer allgemeinen Erscheinung. Im Metallsektor haben 24-Stunden-Streiks mit mehr als 20000 Teilnehmern in Emmen, Heerenveen und Assen stattgefunden; aber sie zielen nicht, oh selige Zeiten, auf Lohnerhöhungen, sondern offen gegen die Regierung (siehe Foto). Arbeitsniederlegungen gegen die Regierung nach einem Aufruf aller Gewerkschaften im Land – wie weit ist man von der einstigen Konsensgesellschaft schon entfernt?

Hinter den Kulissen haben nun Regierung und Arbeitnehmervertreter nach monatelangen Streitereien doch angefangen über die Regierungspläne zu sprechen. Wird man den »Polderkrieg« (*Algemeen Dagblad*) wieder beenden können? In den Sachfragen sind die Differenzen komplizierter, als sie auf Demonstrationen und Streiks präsentiert werden

können. In der Frage der (krankheitsbedingten) Frühverrentung (WAO) hatten die Tarifparteien sich eigentlich schon geeinigt. Die WAO-Rente sollte erhöht werden, und es sollte keine Bußen geben für Unternehmen mit hohem Krankenstand. Diese Vereinbarung hatte die Regierung vom Tisch gefegt, nun soll sie dort wieder hingelegt werden. Dies wäre mit einem Gesichtsverlust der Regierenden verbunden, doch noch schlimmer wäre es für diese, wenn sie hinsichtlich des Rentenalters Abstriche machen müsste. Insbesondere die Ankündigung, dass die Regierung die bisherigen Regelungen, mit denen staatliche Unterstützung für eine Frührente geleistet wird, beenden will, hatte die Wut der Gewerkschaften hervorgerufen. Gegen die Arbeitgeber hingegen könnte die Regierung sich mit den Gewerkschaften einigen, um die umstrittenen Einschnitte beim Arbeitslosengeld zurückzunehmen. Die Unternehmen würden gerne von der Verpflichtung befreit werden, sich beim schnellen Loswerden von Beschäftigten an den Kosten für das Arbeitslosengeld zu beteiligen. Diese Abfindungen sollen beibehalten werden, lassen schon einige Christdemokraten wissen.

Wie man die Gewerkschaften wieder an den Verhandlungstisch bringen kann, ist unklar. Wahrscheinlich liegt der Schlüssel dazu wie immer in den Lohnverhandlungen, bei denen in den Niederlanden die Regierung eine zentrale Rolle einnimmt.

Auch bei einer anderen Regierungsauffassung zeigt sich die Perspektivlosigkeit der heutigen niederländischen Gesellschaft. Der überall vorherrschende Diskurs betrachtet die Chancen der Niederlande in der globalisierten Ökonomie hauptsächlich in Bezug auf die Lohnkosten. Arbeitgeberpräsident Schraven sieht das Land in »einer gesunden Konkurrenz in Europa hinsichtlich der Lohn- und Lohnnebenkosten«. Links wie rechts sind sich die Kommentatoren einig, dass diese Kosten verringert werden müssen. Links denkt, dass man darüber europäische Absprachen treffen muss, um eine kontinentweite Absenkung zu betreiben. Rechts will damit schon im eigenen Land beginnen. »In Wirklichkeit aber«, so die Wirtschaftswissenschaftler Harry Garretsen und Steven Brakman, »üben die Entfernungen zu attraktiven Wohnorten und Arbeitsmärkten eine viel größere Anziehungskraft auf Investoren aus als die viel diskutierten Steuerunterschiede.« Die beiden Wissenschaftler verweisen auf eine Analyse des Niederländischen Statistikamtes (CBS), wonach vor allem die bestehenden Zentren im Land die ökonomischen Wachstumspro-

zesse tragen. Die Theorie der Cluster-Bildung der Agglomerationen wird nach diesen Erkenntnissen unterstützt: Die Städte in der so genannten Randstad (Amsterdam, Utrecht, Den Haag, Rotterdam) ziehen auf Grund der Nähe zu schon etablierten Märkten und Produktionsorten weitere Unternehmen der gleichen Branchen an. »Wir wohnen alle in Städten, in denen es teuer ist zu leben, die Straßen verdreckt und voller Staus sind. Dahingegen ist das Leben in Friesland billig, sauber und still. Totenstill, denn dort zieht es niemanden hin.« Immerhin hat das Wirtschaftsministerium die CBS-Erkenntnisse schon wahrgenommen und angekündigt, dass es nun vorzugsweise die Randstad und nicht mehr die von der Wirtschaftsdynamik abgekoppelten nördlichen Regionen unterstützen will. Doch wenn Ökonomie tatsächlich so sehr auf weichen Faktoren beruht, werden diese Finanzmittel verpuffen.

Die Niederländer haben ihre freie Sicht auf die Zukunft verloren. Die »Verharding« (Verhärtung) der Gesellschaft wird zugleich von allen beklagt und unterstützt: Nach einer repräsentativen Studie des Sozialkulturellen Planungsamtes (SCP), einem Rat der Regierung, befürchtet man, dass sich die Niederlande nicht so entwickeln werden, wie man es sich eigentlich wünsche und die Menschen »nicht mehr so freundlich miteinander umgehen werden«. Der Verlust des Gemeinschaftsgefühls wird als unausweichlich erfahren. Zugleich und paradoxerweise spricht sich die Mehrheit für eine »härtere und leistungsbezogene Gesellschaft« aus, in der vor allem auch die sozialen Ausgaben abnehmen sollen. Die Sorgen der Niederländer beruhen in erster Linie auf der Angst vor Kriminalität, dem Werteverlust und sozialer Unsicherheit, vor Terror und vor den Ausländern. Gerade der Ritualmord an Theo van Gogh hat aufgezeigt, wie die dünn die Oberfläche ist, die über den Spannungen in einer Gesellschaft liegt, die plötzlich ihrer Indifferenzen gewahr wird.

Bis vor ein paar Wochen sah das Bewusstsein vieler Niederländer noch so aus: Vieles wird sich verändern, eventuell werden sogar die Armee und das Königshaus bis 2020 abgeschafft; aber »drops« (Lakritz), »oliebo-len« (fettes Neujahrsgebäck) und der saure Hering werden auch in dieser unsicheren Zeit noch schmecken. Was aber bedeutet das schon, wenn alles andere sich ändert? ◀

Anmerkung der Redaktion: Unser Autor mußte seinen Artikel zu einem Zeitpunkt abschließen, als ihm die Nachwirkungen des Mordes an Theo van Gogh nicht bekannt waren.

DORIS KLEIN

Die Bethlehem-Connection

Viefach unbestätigten Gerüchten zufolge seien neuerdings al-Qaida-Mitglieder in Lateinamerika unterwegs und versuchten, auf diesem Wege mit Taschen voller Sprengstoff die USA zu entern. Die amerikanischen

Behörden haben ihr Augenmerk also verstärkt nach Süden gewandt, einer Richtung, aus der sonst nur Drogenhändler, Prostituierte und andere verzweifelte Optimisten einzufallen drohten. Auch hat man den Nachbarländern in dieser Sache besondere Aufmerksamkeit angeraten, der langen gemeinsamen Grenze wegen erging an die Regierung Mexikos ein besonders eindringlicher Appell, auf potenzielle Attentäter zu achten. Gewundert hat man sich dort schon, nicht nur, weil nach einem Sicherheits-Treffen der angesprochenen Länder keinerlei Anhaltspunkt für reisende Terroristen auszumachen war, sondern auch, weil man für gewöhnlich bei der Einreise nach Mexiko viel weniger Gedränge hat als bei der Ausreise in die USA. Entweder es war wirklich gar nichts los bei der mexikanischen *immigración* oder man wollte nicht unkooperativ erscheinen, jedenfalls wurden kurz nach dem Aufruf acht Personen aus Armenien, dem Iran und dem Irak bei der Einreise nach Mexiko verhaftet und gleich wieder freigelassen, da ihnen weder Verbindungen zu politischen noch terroristischen Organisationen nachzuweisen waren.

Auch San Salvador meldete: keine Terroristen in Sicht, Kolumbien ebenfalls negativ, auch Panama hatte aktuell in Sachen Terroristen nichts zu vermelden, verwies aber auf die Sichtung eines gefürchteten Offiziers von bin Laden, eines gewissen Adnan G. El Shukrijumah, der einige Monate vor dem 11. September 2001 für zehn Tage in Panama City gewesen sei. Schon war unter den Dummerjanen beider Amerikas das Geschrei groß und einige konservative Politiker und die ihnen verbundene Presse redeten umgehend Heerscharen bewaffneter al-Qaida-Bataillone herbei, die durch die Hintertüre in die USA einfallen würden. Als trotzdem keine Verdächtigen die Grenzen passieren wollten, nahmen die Gerüchte eine andere Wendung. Nun hieß es, al-Qaida versuche in Honduras unter den Jugendbanden Mitglieder zu rekrutieren, finanziere ihnen angebliche Studienaufenthal-

te in Nahost, um sie dort für Angriffe auf US-amerikanische Ziele zu trainieren. Schon wollten erste Trainingscamps in den Bergen von Zentralhonduras aufgedeckt und Waffenlager identifiziert sein. Und diesen Adnan G. El Shukrijumah habe man übrigens gerade noch in Downtown Tegucigalpa in einem Internetcafé gesichtet, verlautete es aus dem Büro des Sicherheitsministers Oscar A. Hier nun wunderten sich die amerikanischen Behörden, denn weder hatte man je von Rekrutierungsversuchen unter honduranischen Jugendlichen gehört, noch konnten die US-Agenten den Aufenthaltsort des Adnan G. bestätigen. Aber dass sie darauf nicht eher gekommen waren, wo könnte bin Laden denn günstiger rekrutieren als unter den ärmsten Habenichtsen dieser Welt? Die quasi mit dem Überland-Bus und der Bombe unterm zerschissenen Hemd ungehindert von ihren morschen Haustüren direkt vors Weiße Haus fahren könnten; die ganzen schönen Sicherheitsmaßnahmen an den internationalen Flughäfen wären damit für die Katz. Und hatte sich Honduras nicht klammheimlich aus der Allianz der Guten geschlichen, seine Truppen als eines der ersten Länder aus dem Irak zurückgerufen und sich damit beim großen Nachbarn verdächtig gemacht? Und lebten dort nicht gut 300 000 Palästina- und Libanonstämme, die qua ihrer ökonomischen und politischen Macht den Rückzug der honduranischen Armee aus Irak forciert hatten? Und wofür schickten die eigentlich jährlich die vielen mit Bananen, Textilien und Kaffee erwirtschafteten Dollars nach Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahur?

Wiewohl beide Gerüchte nichts wirklich miteinander zu tun haben, liegt ihnen doch dieselbe schale Idee zugrunde. In beiden Fällen wurde das Zauberwort Terrorismus für schäbige Zwecke instrumentalisiert und damit ein Riesenapparat in Bewegung gesetzt. Das ist so einfach, dass es einen gruselt. Beinahe hätte alles so schön gepasst, hätten die vom Minister annoncierten Trainingscamps und Waffenlager sich nicht als gewöhnliche Kuhställe entpuppt und hätte sich noch jemand daran »erinnert«, wer nun eigentlich in welchem Internetcafé El Shukrijumah gesehen haben wollte, und hätte man wenigstens ein Banden-Mitglied ausfindig machen kön-

nen, das sich gerade in Dubai oder Kabul beim Waffentraining oder Politikstudium aufhielte. (Doch selbst die Mitglieder der berühmten »Maras« verwiesen den Gedanken, sich für Selbstmordattentate heuern zu lassen ins Absurde, schließlich raubten sie ihre Mitbürger aus um zu überleben und dieser Unsinn sei ihr Metier nicht. Und eine Reise habe ihnen in ihrem ganzen Leben noch keiner geschenkt, warum sonst seien sie wohl noch hier?)

Und wäre Herr Oscar A., ambitionierter Ex-Berater eines texanischen Sicherheitsunternehmens, nicht ganz so tumb, auf die bohrenden Fragen ganz treuherzig zu erklären, er streue gelegentlich auch unbestätigte Informationen, um die Bevölkerung wachsam zu halten für die potenzielle Gefahr; und man werde schon noch sehen! Er hätte sich so schön im Kampf gegen das Böse auf Kosten der Underdogs profilieren, den derzeitigen Präsidenten Maduro, der am Thema innere Sicherheit gerade zu scheitern droht, ausbooten können und wäre damit vielleicht der nächste Präsident geworden.

Aber auch der zweite Gang aus der Gerüchteküche sank über Nacht zusammen wie ein missratenes Soufflee. Denn die Mär von der »moslemischen Gefahr« (deren Erfinder hinterher auch nicht mehr auszumachen waren) seitens der großen palästinensisch-libanesischen Gemeinde in Honduras – einfluss- und erfolgreich, der letzte Präsident des Landes, Flores Facusée, stammt aus einer palästinensischen Familie, die größten Kaffee- und Textilproduzenten, Imbisskettenbesitzer und Grundbesitzer tragen Namen wie Handal, Kafati oder Asfura – scheiterte sozusagen am Glauben. Seit vielen Generationen sind die nämlich christlichen und nicht etwa moslemischen Glaubens, stramme Katholiken wie ihre Landsleute. Andernfalls hätten die amerikanischen Behörden doch gute Gründe gehabt, mal wieder im Leben und auf den Bankkonten einiger Hunderttausend herumzustochern, Daten zu sammeln und Files auszufüllen für bessere Zeiten (man werde schon noch sehen!). In Süd- und Lateinamerika gibt es sowohl für die Gesinnungspolizei als auch für politische Eierdiebe wie Herrn A. noch zahllose jungfräuliche Jagdgründe. Und Öl. Wenn das mit dem Zauberwort südlich der Vereinigten Staaten Schule machen sollte, wäre das wie eine an drei Enden brennende Lunte. ◀



In Neo Rauchs Rätsel-Welt

So werden sich die meisten eine Revolte nicht vorstellen. Schon der Titel des Bildes (siehe oben), als Schriftzug am linken Rand behutsam wie fremdartig integriert, irritiert also. Und was hat der Titel mit dem Bildgeschehen zu tun? Gewiss, es gibt Samurai-Schwerter, aber ihre dazugehörigen Besitzer wirken so wenig japanisch wie kriegerisch. Mit ausgestreckten Händen verlangen sie nach der Dosenmahlzeit, die ein Mann in Camper-Aufzug gerade über einem Gaskocher erwärmt. Währenddessen jongliert, dem Geschehen abgewandt, eine Dame mit Bällen oder sind es doch eher Blasen? Ratlos macht auch der Pavillon mit einer unförmigen Skulptur im Bildzentrum und, dahinter, ein schlagender Langhaariger. Und ist das Gebäude am rechten Bildrand nun vergammelndes »Bauhaus« oder eine Vergewärtigung des Plattenbaus? Wer revoltiert hier gegen was, oder ist alles schon vorbei?

So viele Fragen, so wenige Antworten. Das ist typisch für die Bilder des 1960 in Leipzig geborenen Malers Neo Rauch. Die begeisterte New Yorker Kunstszene glaubte in den Spätneunzigern an einen Künstlernamen. Aber Neo Rauch ist Neo Rauch, er studierte von 1981–1986 bei Arno Rink an der Hochschule für Grafik und Bildkunst in Leipzig, war Meisterschüler bei Wolfgang Heisig, einem Urgestein der »Leipziger Schule«, der mit

den anderen Urgesteinen, den letztthin verstorbenen Wolfgang Mattheuer und Werner Tübke, verknüpft ist. Realsozialismus war das alles nicht. Bei Neo Rauch können nun gewissermaßen die »Spätfolgen« einer Schule beobachtet werden, die zugleich geschichtlich wie kunsthistorisch komplex agierte. Die »Spätfolgen« lassen sich, auf die DDR bezogen, also in gewissen Reminiszenzen erkennen? Etwa im regelmäßigen Auftreten von Männern in Arbeitskleidung oder in einer Hinfälligkeit industrieller Landschaften und Interieurs? Nun ja, die weiten Hosen, die Blaumänner und die Haarschnitte und Gesichtszüge der Herren erinnern eben auch an den Männertypus der Fünfziger in den USA oder könnten einem Lehrbuch für den Tankwartberuf in der BRD gleicher Zeit entsprungen sein. Und wenn diese Typen aus einem Bergwerksschacht mit Bomben im Arm herausmarschieren, wenn sie mit Laternen vor einer Reihenhaussiedlung stehen, über deren Dächern gerade eine explosive Wolke hochschießt – wären Atompilz und andere dramatische Eindrücke dann schlicht geschichtliche Rückblenden? Nein, der Mann mit der Kalaschnikow, der im eigenen Gelände, von Kasernen umgeben, über einen Gefangenen vor einem glühenden Holzfeuer wacht, gehört nicht wirklich exklusiv dem Bildbestand der Sowjetunion an. Und auch den Arbeiter-Jäger mit dem riesigen Mammutzahn auf dem Rücken wird man nur schwer einer definierbaren Zeit und Welt einordnen können. Denn Neo

Rauch mischt in seine Bilder Versatzstücke aus der Zeit des Biedermeier oder der Romantik, um sie im nächsten Moment mit futuristischen oder banalen Details der Gegenwart zu konfrontieren.

Zu den Eigenheiten des »Erzählerischen« kommen diejenigen der Malweise. Bei Neo Rauch trifft das Suggestive einer Comic-Situation auf das Flächige der Plakatmalerei, ein expressiver Touch findet sich neben fotorealistischen Passagen, Technik korrespondiert mit Natur, Grafisches kämpft mit reiner Malerei, Strich mit Fläche, Akkurates mit Flüchtigem.

Ein Bild beginne er immer mit der Raumgestaltung, sagt Rauch, erst dann kämen die Gestalten hinzu. Sie tun es mit Macht, mit surrealer Note und auf großen Flächen. Die Mischung macht das Rätsel einer Malerei, die sich fantasztisch gibt und doch realistisch bleibt. Spielerei, Manierismus ist das nicht. Eher eine transzendierende »Spätfolge« der DDR unter nun kapitalistischer Aufsicht. An dieser können sich viele Maler des »Westens« mit formalen Experimenten nicht messen. **Marianne Heinz**

Neo Rauch – Arbeiten auf Papier 2003–2004, Stuttgart (Hatje Cantz Verlag) 2004 (60 S., 15 Abb., 29,00 €) – Ausstellung: Albertina, Wien, bis 9. Januar 2005

FRANZ DICK

Ende der Willensfreiheit?

Die moderne Neurobiologie und die Gefahren von Reduktionismus und Determinismus

Müssen wir uns vor den Fortschritten der Neurobiologie fürchten? Bedroht sie unser Selbstverständnis von der Freiheit des Individuums und seiner Eigenverantwortung? Was hat es mit dem Diktum eines so namhaften Forschers wie Gerhard Roth auf sich, der behauptet, der freie Wille sei »nur eine nützliche Illusion«? Was sind die wissenschafts-immanenten Voraussetzungen, die philosophischen Grundlegungen der Positionen von Wolf Singer? Unzulässige Grenzüberschreitungen oder nur medialer Reizstoff? Unser Autor sichtet kritisch Denkmuster aus der Neurobiologie, ortet eine Reihe von Widersprüchen und entwickelt dabei eigene Fragestellungen.

► Fortschritte der modernen Neurobiologie

Die Neurobiologie hat vor allem in den letzten Jahrzehnten im Verständnis gehirnphysiologischer Vorgänge große Schritte gemacht. Sie ist nicht mehr, wie das früher der Fall war, angewiesen ausschließlich auf im Labor isolierte Gehirnzellen, auf Gehirnläsionen, auf erst post mortem erfasste Gehirnveränderungen oder auf »invasive« (chirurgisch eindringende und Schmerzen verursachende) Versuche mit lebenden Tieren. Sie kann sich stützen auf die Revolutionierung der technischen Mittel, vor allem die bildgebenden Verfahren, mittels derer sie »in das lebendige und aktive Gehirn hineinschauen« kann. Sie kann sich stützen auf die Verrechnung von Millionen Daten, welche ohne Computer nicht denkbar wäre. War es in den Achtzigerjahren schon möglich, mittels schichtweise aufgenommener Röntgenbilder (Computertomographie) den Ort und die Ausdehnung krankhafter oder traumatisch bedingter Gehirnläsionen zu bestimmen – nicht ohne radioaktive Belastung – so ist es heute zum Beispiel möglich, variable Abbilder normalen oder pathologischen (physiologischen) Hirngeschehens – ohne radioaktive Belastung – aufzunehmen. Dabei ergeben sich immer wieder Bilder, die visuell in ihrer Farbigkeit eine große Faszination ausüben. Besonders interessant ist es, diese Bilder in Beziehung zu setzen zu provozierten Tätigkeiten, Wahrnehmungen, inneren Vorstellungen, realen oder bloß beabsichtigten Bewegungen (*funktionelle Kernspintomographie*), also zu *psychologischen* Sachverhalten.

Eine weitere Methode ist die Ableitung von Hirnströmen aus einzelnen Zellen in Aktion. Welche Zellen und Zellverbände »feuern« (werden elektrochemisch aktiv) bei welcher Wahrnehmung? Es lassen sich dann (räumlich mit größeren

Abständen voneinander verteilte) Zellen ausmachen, die bei der Vorgabe bestimmter visueller Objekte in Aktion sind: wenn bestimmte Formen oder Farben als Merkmale eines visuellen Objektes vorgegeben werden oder Konturen oder Bewegungen und so weiter. So kann man dann sagen: Das spezielle Erregungsmuster dieser Zellgruppen *repräsentiere* einzelne Merkmale eines wahrgenommenen Gegenstandes. Man kann darüber nachdenken, wie durch Zusammentragen der Informationen verschiedener Zellgruppen, welche je einzelne Merkmale (Farbe, Form, Bewegung usw.) repräsentieren, im Gehirn das von außen vorgegebene Objekt als inneres Bild nachkonstruiert wird. Die aktuelle Wahrnehmung eines Gegenstandes (seine Erkennung) besteht dann darin, dass die aktuellen Erregungsmuster mit den habituell gespeicherten Mustern »abgeglichen« werden. Man kommt also sehr nahe an »das Psychische« heran, und zwar mit naturwissenschaftlichen Methoden ... (siehe *Abbildung »Gehirnbild«*.)

Während auf der einen Seite die geisteswissenschaftlich-akademische Tradition der Psychologie sich nur oder vor allem in der subjektiv-phänomenalen Welt des einzelnen Menschen umsieht, während auf der anderen Seite die vom anglo-amerikanischen Wissenschaftsraum beeinflusste behavioristische Psychologie eben dieses Subjektive ausklammert und gleichzeitig den »Organismus« (die körperliche Ausstattung des Individuums) als »black box« behandelt und sich auch für die inneren Vorgänge innerhalb des Gehirns nicht interessiert¹, fragt die Neurobiologie also nach den *Beziehungen* zwischen den organischen Strukturen und Prozessen des Nervensystems und den Wahrnehmungen, Kognitionen und Emotionen. Die Neurobiologie hat auch keine Scheu mehr vor dem Begriff des *Bewusstseins* und des *Unbewussten*, sie interessiert sich sogar für die emotionale Seite der psychischen Vorgänge.² Manchmal kommt sie Aussagen der Psychoanalyse näher als beabsichtigt, wenn sie zum Beispiel spezifische Neuronen findet, die bei der Beobachtung etwa von Bewegung ähnlich aktiv sind wie die Neuronen, die bei der Beobachtung der beobachteten realen Bewegung aktiv sind. (»Identifikation« mit dem Beobachteten; ein Begriff, der bekanntlich in der Psychoanalyse von großer Bedeutung ist.)

Praktisch arbeitet sie Methoden kompensierender Techniken bei Sinnesbehinderungen wie Blindheit und Rückenmarksverletzungen aus, und hier sind wohl Erfolge zu erwar-



o. T., R 1, 1981,
Gouache auf Karton,
65 x 100 cm

Der Moment der Entscheidung – Bilder von K. O. Götz

Vor kurzem wurde er 90 Jahre alt. Eine Personifizierung des »Informel« und Anfang der 1950er-Jahre Mitbegründer der Künstlergruppe »Quadrigras«. Bis heute hält sich K. O. Götz, wie er sagt, an den alten Programmpunkt der Surrealisten: »durch psychischen Automatismus und Paroxysmus das Wunder beim Schopfe packen. Für meine Malweise bedeutet dies: Nach vorausgegangener Meditation eines einfachen Bildschemas – höchste Steigerung des subjektiven Ausdrucks durch die Schnelligkeit des Malvorganges, um dadurch die Grenzen der eigenen

subjektiven Vorstellung zu sprengen.« Für die Herstellung der Bilder bedeutet das: Sie entstehen in kurzer Aktion, werden akzeptiert oder verworfen – aber nie überarbeitet. Motivvorstellung, Bewegungsautomatismus und subjektive Entscheidung rücken in gezielt kurzen Momenten zusammen.

Wir entnahmen die Bilder auf diesen Seiten dem Katalog: »K. O. Götz – Arbeiten auf Papier 1934–1993«, 1993 anlässlich der Ausstellung in der Städtischen Kunstsammlungen Chemnitz im Concept Verlag, Düsseldorf, erschienen (Fotos: Olaf Bergmann).

ten.³ Für die Heilung (in Verbindung mit Genetik und Gentechnik) von *neurodegenerativen Erkrankungen* dürfte es einstweilen bei Versprechungen bleiben.⁴ Schließlich nimmt die Neurobiologie Einfluss auf die Entwicklung technischer informationsverarbeitender Systeme.⁵ (Siehe »Das Gehirn als Organ der Freiheit«.)

Auf der Grundlage dieser praktischen Erfolge und theoretischen Fragestellungen gelingt es der Neurobiologie, sich im »Jahrzehnt des Gehirns« (2000–2010) in den anderen Wissenschaften, in den Medien und vielleicht auch bald in der Politik eine große Beachtung zu verschaffen. Meinem Eindruck nach eine größere Beachtung, als die akademische (experimentelle) Psychologie sie jemals genossen hat. Eher ist diese vergleichbar mit der zeitweiligen Beachtung der Psychoanalyse (zum Zeitpunkt ihrer Entstehung und wiederum in den Sechzigerjahren). Nur umgab diese der Nimbus des Subversiven, als sie weltanschauliche Tabus brach, vor allem durch die Betonung der sexuellen Motiviertheit des Menschen. Die Neurobiologie dagegen argumentiert sozusagen aus der Höhe technisch fortgeschrittener Forschung in höchst angesehenen Instituten.

Die Neurobiologie äußert sich zu Fragen der Pädagogik und begründet einen neuen Zweig: »Neuropädagogik« – natürlich nicht ohne Widerspruch.⁶ Theoretisch wendet sie sich auch dem kreativen Prozess im künstlerischen Schaffen zu – ob von den Kunstschaffenden gerufen oder nicht.⁷ Sie äußert sich zu methodischen Problemen der Geschichtswis-

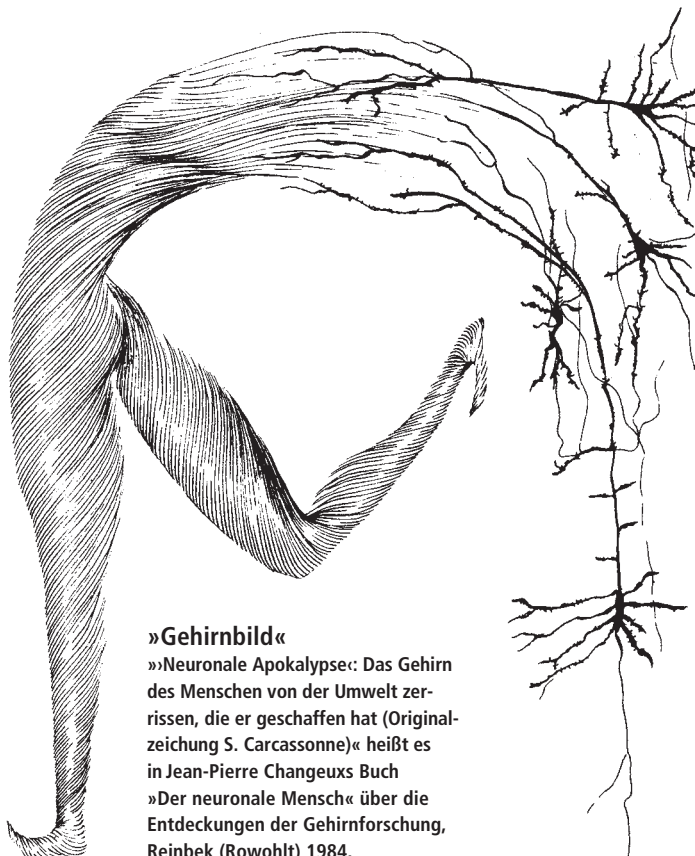
senschaften.⁸ Sie wird von Seiten der Psychoanalyse beachtet, und auch hier finden gemeinsame Aktionen statt.⁹ In der Theologie gibt es einen neuen Zweig: Neurotheologie, bis dahin, dass Inhalte der Religion über die »Gehirn-Scan-Bilder« von Menschen in religiösen Zuständen bewiesen werden sollen.¹⁰ – Beiläufig wird die Neurobiologie zum Gegenstand populärwissenschaftlicher Darstellungen bis hin zu Zeitschriften, die sich dem Thema widmen.

In ihrer Fragestellung hat sich die Neurobiologie also vorarbeitet zur Frage nach den (biologisch-)organischen Grundlagen des Psychischen, letztlich nach den materiellen Grundlagen des Geistigen. In den Worten des Neurobiologen Gerhard Roth: »Es kann den Philosophen nicht gleichgültig sein, dass Teile der Neurowissenschaften bzw. der Hirnforschung ... in Bereiche vordringen, die zu den Kernbestandteilen der Philosophie gehören, wie Erkenntnistheorie und Geist- und Bewusstseinsphilosophie, oder sich gar mit Fragen der Moral, Ethik und Willensfreiheit befassen.«¹¹ Das klingt nach Angriff, und so ist es auch gemeint, wie sich herausstellt.

Von einzelnen Neurobiologen werden Thesen aufgestellt, welche die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Menschen in Frage stellen. Muss sich die Menschheit fürchten, dass die Sonderstellung des Menschen (wieder einmal) aufgelöst (»entzaubert«) wird, wie einst von Galileo Galilei, für den die Erde nicht mehr das Zentrum der Welt war, und von Charles Darwin, der die Abstammung der Menschenart vom

Tier und seine Verwandtschaft mit den Affen bewies? Ist das Bewusstsein der Menschen (einschließlich ihres Gefühls von Willens-Freiheit) erst naturwissenschaftlich erklärt, wo bleibt dann das selbstbestimmende und eigenverantwortliche Individuum als Zelle der Gesellschaft und als weltanschauliche Voraussetzung für ihre demokratische Verfassung?

Nur diese weit reichende Bedeutung erklärt das breite Interesse, das die zunächst wissenschaftsimmanente Frage nach der »Willensfreiheit« seit einigen Jahren in verschiedenen Zeitschriften bekommt. Höhepunkt dürfte aber die Debatte in der *FAZ* seit Oktober 2003 sein. – In dieser Debatte äußern sich Vertreter verschiedener Fachdisziplinen (außer Neurobiologen vor allem Philosophen und Rechtswissenschaftler; aber auch Literaturwissenschaftler). – Psychologen sind in Leserbriefen¹² vertreten, es fehlen nach meinem Überblick – aus welchem Grund auch immer – Äußerungen von Psychoanalytikern. Es fehlen auch Roth und Singer widersprechende Beiträge von Wissenschaftlern, die sich als *Naturwissenschaftler* verstehen. So mag der Eindruck entstehen, dass die Frontlinie der Debatte notwendig zwischen den handfesten »Naturwissenschaftlern« und eher zur Spekulation geneigten »Geisteswissenschaftlern« verlaufe. – Wolfgang Singer, der wortmächtigere und bekanntere der beiden Protagonisten der Debatte, wurde eingeladen, beim Fünzigsten der CDU-Vorsitzenden zum Thema Neurobiologie und aktuelle Fragen zu sprechen. Das wurde kommentiert: »Dass sich die Vorsitzende der CDU zu ihrem Geburtstag als Festredner einen Forscher wünschte, der das Christentum zu einer wissenschaftlich überholten Denkform erklärt, ist ein historisches Datum.«¹³ Ein Repräsentant der Kirche war zunächst nicht anwesend, Kardinal Lehmann sei zu spät gekommen.



»Gehirnbild«

»Neuronale Apokalypse: Das Gehirn des Menschen von der Umwelt zerrissen, die er geschaffen hat (Originalzeichnung S. Carcassonne)« heißt es in Jean-Pierre Changeuxs Buch »Der neuronale Mensch« über die Entdeckungen der Gehirnforschung, Reinbek (Rowohlt) 1984.

► Die provokativen Auffassungen von Roth und Singer

Aber der Reihe nach. Was für Skandalöses genau wird behauptet? – Was steht am Anfang einer Handlung oder bloß einer einzelnen Bewegung? Das bewusste Wollen, wie es unser aller Erleben sagt? Oder innere körperliche Vorgänge, deren wir uns nicht bewusst sind?

G. Roth vertritt, dass nicht der *Willensakt* Ursache einer Bewegung sei, sondern die vorhergehenden physiologischen Prozesse, und zwar das so genannte Bereitschaftspotenzial im Gehirn, das sich durch technisch fortgeschrittene Methoden ableiten lässt.¹⁴ Er stützt sich dabei auf den amerikanischen Psychologen Libet (*siehe »Libets Experimente«*), wenn er seine Auffassung zugespitzt und echt positivistisch so ausdrückt: »Mir scheint der Satz ›Nicht das Ich, sondern das Gehirn hat entschieden‹ [in dem Experiment: Hand bewegen oder nicht bewegen – *F. D.*], um in der Formulierung korrekt zu sein, denn ›eine Entscheidung treffen‹ ist ein Vorgang, dessen Auftreten objektiv überprüfbar ist.«¹⁵ »Sofern wir unter ›Willensfreiheit‹ ein bestimmtes beobachtbares Verhalten verstehen und nicht nur ›Es gibt keine Willensfreiheit.‹ ...«¹⁶

Singer stimmt damit überein oder folgt dem. Er lässt sich – im Unterschied zu Roth – über die sozialen Entstehungsbedingungen von Bewusstsein aus. Er verneint nicht nur die reale Existenz von Willensfreiheit, sondern bietet eine Erklärung dafür an, wie die falsche Vorstellung von Willensfreiheit sich herausbildet, in der frühen Phase der Kindheit, in der die Sprache noch nicht ausgebildet ist und sich deshalb keine Erinnerungsspuren herausbilden können: »Eltern bedeuten den Kleinen fortwährend, sie sollten dies tun und jenes lassen, weil andernfalls diese oder jene Konsequenzen einträten. Diese Verweise und die mit ihnen verbundenen Sanktionen erzwingen den Schluss, man könne auch anders und müsse nur wollen.«¹⁷ Dass diese Erfahrung später *nachwirke*, ohne auch als *Erinnerung* präsent zu sein, liege bloß daran, dass sie in dem frühen Stadium der Entwicklung stattfand, als noch kein sprachlicher Code für die bewusste Erinnerung ausgebildet war.

Die Kontroverse in den Medien folgte dann darauf, dass Roth in einem Interview mit *Spektrum der Wissenschaft* »die Behauptung gewagt [hat], unser freier Wille existiere eigentlich gar nicht und sei nur eine nützliche Illusion.«¹⁸

Man wird die Aufregung, die auf diese Äußerungen folgt, erst ermessen, wenn man ihre bewussten Schlussfolgerungen aufnimmt. Singer formuliert diese so: »Sollte diese Interpretation zutreffen, dann wäre unsere Erfahrung, frei zu sein, eine Illusion, die sich aus zwei Quellen nährt: 1. der durch die Trennung von bewussten und unbewussten Hirnprozessen widerspruchsfreien Empfindung, alle relevanten Entscheidungsvariablen bewusst gegeneinander abwägen zu können, und 2. der Zuschreibung von Freiheit und Verantwortung durch andere Menschen.«¹⁹

Vereinzelt ist die Debatte in die juristische Fachliteratur eingedrungen. A. Schieman²⁰ berichtet darüber, stellt einzelne Positionen von Roths und Singers Kritikern dar und fertigt sie mal eben ab, mit ungeheurer Leichtfertigkeit. In die aktuelle Justizreform hat sie – erwartungsgemäß – keinen Eingang gefunden.²¹



A. Vergleichsweise differenzierte Europa-Zeichnung eines Geographie-Lehrers nach rechts(gehirn-)seitigem Schlaganfall: Europa hört im Westen bei Frankreich auf. Das ist keineswegs politisch zu verstehen, vielmehr liegt die iberische Halbinsel auf der Landkarte einfach zu weit auf der linken Seite. Und diese wird »vernachlässigt«.

B. Porträt eines Psychologen, gezeichnet von einem Graphik-Professor nach rechtsseitigem Schlaganfall. Der Zeichner verharrt auf der rechten Seite und fällt immer wieder darauf zurück. Rechts nur eine schematische Andeutung der Schulter.

C. Uhrzeichnung eines Patienten nach rechtsseitigem Schlaganfall mit linksseitiger Lähmung. Die Buchstaben sind zur Verdeutlichung

nachgezogen. Die Pfeile deuten die Reihenfolge des Vorgehens an: Der Kreis und die 12 werden ihm vorgegeben. Der Patient zeichnet vorausplattend zuerst die 3, geht zurück auf die 1, zeichnet die 2, erinnert, dass er die 3 schon gezeichnet hat, zeichnet die 4 und die 5, springt zur 6, um von da aus konsequent die Zahlen von 7 bis 10 einzufügen. – Die linke Raumseite lässt er dabei aus, geht nach der 6 wiederum nach rechts vor. – Dieses als »Neglect-Symptomatik« bekannte Phänomen ist eine Art verzerrte Anpassungsleistung des Gehirns: Wahrnehmung und Handlung beziehen sich auf die Raumseite, welche der »gesunden« Seite gegenüberliegt. – Für die neurologische Rehabilitation und die wissenschaftliche Deutung ist dieses Phänomen eine große Herausforderung. F. D.

► Über Roths und Singers Attraktion: Gegen Dualismus, für Sozialreformen

Es erscheint notwendig, sich mit ihrer *erkenntnistheoretischen Attraktion*, mit ihrem *gesellschaftlichen Appeal und ihren Folgerungen*, dann auch mit ihren *Grundlagen* auseinander zu setzen. Man muss zunächst fragen: Was macht die Aussagen von Roth und Singer für manche (Natur-)Wissenschaftler attraktiv? Über das Spektakuläre, die »knappe Ressource Aufmerksamkeit« heischende, hinaus?

Das Psychische (das Bewusstsein, das Geistige, das Immaterielle) existiert auf der Grundlage des Organischen; das Bewusstsein auf der Grundlage des organismischen Geschehens, das Geistige auf der Grundlage der Materiellen; die jeweils eine Seite (das Immaterielle) hat keine eigene unabhängige, sozusagen gallertförmige oder ätherische Existenz. – Die Auffassungen, welche diese Voraussetzungen implizit (naturwissenschaftliche Denkweise) oder explizit (philosophische Reflexionen) machen, leben sozusagen von der Ablehnung einer von der Materie unabhängigen Seele, von der Ablehnung eines explizit *dualistischen* Standpunktes in der Frage von »Leib und Seele« oder also von Materie und Geist.²²

Dieser »dualistische« Standpunkt wird aber von Neurowissenschaftlern, Psychologen und Psychoanalytikern so gut wie nicht vertreten.²³ – Er wird auch in der Neuro-Debatte gar nicht eingenommen.²⁴

Singer geht in seinen Schlussfolgerungen erheblich weiter, indem er sich, wie er es gewohnt ist, auch zu den *gesellschaftlichen Konsequenzen seiner Wissenschaft* äußert. – Ich zitiere ausführlich, da nur dann verständlich wird, welche Aufregung ausgelöst wurde (und auch, weil manchmal nicht geglaubt wird, dass Singer das so vertritt oder vertreten habe):

»Diese Sicht hat Konsequenzen für die Beurteilung von Fehlverhalten. Ein Beispiel: Eine Person begeht eine Tat, offenbar bei klarem Bewusstsein, und wird für voll verantwortlich erklärt. Zufällig entdeckt man aber einen Tumor in Strukturen des Frontalhirns, die benötigt werden, um erlernte soziale Regeln abzurufen und für Entscheidungsprozesse verfügbar zu machen. Der Person würde Nachsicht zuteil. Der gleiche »Defekt« kann aber auch unsichtbare neuronale Ursachen haben. Genetische Dispositionen können Verschaltungen hervorgebracht haben, die das Speichern oder Abrufen sozialer Regeln erschweren, oder die sozialen Regeln wurden nicht rechtzeitig und tief genug eingepägt, oder es wurden von der Norm abweichende Regeln erlernt, oder die Fähigkeit zur rationalen Abwägung wurde wegen fehlgeleiteter Prägung ungenügend ausdifferenziert. Diese Liste ließe sich nahezu beliebig verlängern. Keiner kann anders, als er ist.

Diese Einsicht könnte zu einer humaneren, weniger diskriminierenden Beurteilung von Mitmenschen führen, die das Pech hatten, mit einem Organ volljährig geworden zu sein, dessen funktionelle Architektur ihnen kein angepasstes Verhalten erlaubt. Menschen mit problematischen Verhaltensdispositionen als schlecht oder böse abzuurteilen, bedeutet nichts anderes, als das Ergebnis einer schicksalhaften Entwicklung des Organs, das unser Wesen ausmacht, zu bewerten. Überschreitet das Fehlverhalten eine Toleranzgrenze, drohen wir mit Sanktionen. Interessanterweise fallen diese Maßnahmen umso drastischer aus, je mehr wir davon ausgehen können, dass dem Delinquenten die Variablen, auf denen die Entscheidung basierte, bewusst sein müssten. Offenbar ahnden wir Verstöße dann besonders streng, wenn sie gegen explizit Gewusstes begangen werden, gegen Wertord-

nungen also, die über Erziehungsprozesse im deklarativen Gedächtnis [sprachlich kodierten; *F. D.*] verankert wurden. Wir begründen dies, indem wir bewussten Entscheidungen ein besonderes Maß an Freiheit zuschreiben und daraus besondere Schuldfähigkeit, Verantwortlichkeit und Sanktionsnotwendigkeit ableiten.

Diese Sichtweise trüge der trivialen Erkenntnis Rechnung, dass eine Person tat, was sie tat, weil sie im fraglichen Augenblick nicht anders konnte – denn sonst hätte sie anders gehandelt. Da im Einzelfall nie ein vollständiger Überblick über die Determinanten einer Entscheidung zu gewinnen ist, wird sich die Rechtsprechung nach wie vor an pragmatischen Regelwerken orientieren. Es könnte sich aber lohnen, die geltende Praxis im Lichte der Erkenntnisse der Hirnforschung einer Überprüfung auf Kohärenz zu unterziehen.²⁵

Und: »Ein kaltblütiger Mörder hat eben das Pech, eine so niedrige Tötungsschwelle zu haben. Das heißt natürlich

nicht, dass man tatenlos zusehen sollte. Natürlich muss die Gesellschaft reagieren. ... Schulungs- und Therapieprogramme ... Außerdem muss sich die Gesellschaft vor gefährlichen Menschen schützen, indem sie deren Freiraum begrenzt. Auch das Strafmaß bliebe variabel, man würde allerdings nicht mehr von ›Strafmaß‹ sprechen, sondern von Verwahrungsmaß oder ›Schutzmaß‹. Es müsste sich nach der Schwere der Normverletzung richten, aber auch danach, wie niedrig die Schwelle zum Fehlverhalten eingeschätzt wird.«²⁶

Eine Provokation, welche in vieler Hinsicht einen Angriff darstellt auf das Selbstverständnis benachbarter Wissenschaftsdisziplinen, auf das Selbstverständnis der Gesellschaft. Ein Angriff sozusagen von oben, aus der gehobenen Position der institutionalisierten Wissenschaft.²⁷ – Nicht nur in dieser Hinsicht anders als über 100 Jahre früher der Angriff aus einer einzelnen Praxis eines Neurologen in Wien, der dann weltberühmt wurde. ▶

Das Gehirn als Organ der Freiheit

Von atemberaubender Aktualität ist das Buch *Selbstbestimmen. Gehirnforschung und die Frage: Was sollen wir tun?* von Manfred Spitzer. Sowohl in der Darstellung jüngerer und jüngster Forschungsergebnisse aus der Neurobiologie wie im Benennen aktueller gesellschaftlicher und politischer Probleme. Spitzer »hängt sich aus dem Fenster« in der Stellungnahme zu kontroversen Themen. Das macht ein Lesevergnügen, wie es nicht häufig ist. Hochwissenschaftlich in der Auswahl dargestellter Forschungsergebnisse, dabei einfach geschrieben, manchmal auch (allzu) sehr vereinfachend. Gelegentlich stößt man dabei auf populär und salopp-witzig Geschriebenes (»Menschen sind keine Kochtöpfe.«), versetzt mit persönlichen Anekdoten, vergnüglich zu lesen. Und gelegentlich wird der Leser schon mal »die Verknotung seiner eigenen Gehirnwindungen« spüren – beim Lesen paradox durchgespielter Argumentationen.

Bei aller suggestiven Kraft seiner Argumentation: Nicht jeder wird Spitzer in seinen pointierten Stellungnahmen zustimmen. »Wenn es den Menschen möglich ist, ihr Schicksal zu kennen und es dann in die Hand zu nehmen, dann werden sie dies tun.« In dieser Aussage bezieht sich Spitzer auf die aktuelle Debatte um die gentechnische Erkennung von Krankheiten und die Frage von pränatalen gentechnischen Eingriffen. Das erinnert an vereinfachende Fürsprachen für pränatale Diagnostik und letztlich der Gentechnik. (»Was möglich ist, wird auch gemacht.«) Sein Argument: »Es wird uns nicht erspart bleiben, über all diese Dinge, die sehr viel mit Freiheit und Gerechtigkeit (und der Spannung zwischen diesen beiden Werten) zu tun haben, selbst nachzudenken. Nur wenn wir dies auch tun, wenn wir den

Kopf nicht in den Sand stecken oder bei dogmatischen und einfachen Lösungen Zuflucht suchen, wird es uns gelingen, die Möglichkeiten zu mehr Freiheitsgraden in unserem Leben auch in die Wirklichkeit umzusetzen.«

Die Aktualität der Forschung kann mit Ergebnissen aufweisen, die nicht gerade den stereotyp vereinfachten Denkweisen entsprechen. »Affen behandeln Behinderte bevorzugt, zeigen Mitleid, kümmern sich um Sterbende und vermissen die Toten.« Es gibt Moral im Tierreich (wie auch die Handhabung von Werkzeug, Sprache bzw. Vorformen von Sprache und vieles mehr), und auch hier ist ein Punkt, an dem wir zugestehen müssen: In vieler Hinsicht wurde die psychische Ausstattung von Tieren unterschätzt.

Allerdings: Wer wissenschaftliche Publikationen liest, weiß, dass diese häufig nicht so sicher sind, wie sie zunächst behaupten. Zu jedem Forschungsergebnis gibt es andere, widersprechende, Ergebnisse, und oft haben scheinbar feststehende Ergebnisse nur eine kurze Halbwertszeit. An manchen Stellen wird der Leser daher misstrauisch gegenüber der ausgedrückten Gewissheit.

Immerhin aber nennt Spitzer gelegentlich auch Forschungsergebnisse, die seinen Anschauungen widersprechen. Zu dem ewigen Thema Verhältnis von Sprache und Denken. Sprache ist für ihn das »zweite Signalsystem« (eine Ausdrucksweise des alten Pavlow, die Spitzer übernimmt, leider ohne Pavlow verdienstermaßen zu zitieren!); sie ermöglicht zwar »das Reden im Konjunktiv, also das Reden über Mögliches und damit eben auch die Ablösung von der Wirklichkeit« und hat »wahrscheinlich eine große Rolle in der Entstehung und Organisation von größeren menschlichen Gemeinschaften«. Gleichwohl ist

sie für ihn »Epiphänomen«, das heißt, es bestehen gegenüber der Handlungsweise »nur im Nachhinein aufgesetzte Wort-beziehungsweise Begriffshülsen, die wir unserem [laut Spitzer vorgeordneten; *F. D.*] geistigen Leben im Nachhinein überstülpen«. Die Bedeutung der Sprache für die *Entwicklung* des Denkens im einzelnen Individuum hätte schon einer Betrachtung bedurft.

Der Titel ist schon Programm. »Selbstbestimmen«, das liest sich nicht gerade wie ein Hinweis auf die Darstellung typisch *neurobiologischer* Forschungsergebnisse. Sein Blick auf das Gehirn geht aus von naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise. Spitzer löst im Text das Versprechen des Titels (»Selbstbestimmen«) ein, soweit das auf dieser Ebene möglich ist. Die Selbstbestimmung ist der Leitgedanke der Darstellung. Der Determinismus der Naturwissenschaften ist ein Papiertiger. Und Spitzer ist sich bewusst – unter Berufung auf Kant –, dass die von den Naturwissenschaften gewohnte kausale Denkweise *eine* gedankliche Methode ist, die an die Natur *herangetragen* wird – und für den Zweck des Experimentes herangetragen werden muss; dass es aber auch andere Sphären und Betrachtungsweisen gibt. »So wie Naturerkenntnis nur unter der Voraussetzung von Kausalität möglich ist, so ist sittliches Handeln nur unter der Idee der Freiheit möglich.« Für Spitzer ist das gesunde Gehirn ein Organ der Freiheit und Voraussetzung freiheitlichen und verantwortlichen Handelns, und nur das *krank*e Gehirn macht – in Grenzen – unfrei. Diese Aussage wie das Buch insgesamt kommen zur rechten Zeit. **Franz Dick**

Manfred Spitzer: *Selbstbestimmen. Gehirnforschung und die Frage: Was sollen wir tun?* Heidelberg (Spektrum Akademischer Verlag) 2004 (438 S., 29,95 €)

► Über Singers Position, einmal beim Wort genommen

Singer postuliert auf der einen Seite »Prävention« von Kriminalität. So kann er sich in Bezug auf die gesellschaftlich-praktischen Folgerungen eventuell mit einem sozialpolitischen Touch umgeben: Reformen, welche geeignet wären, die (determinierende) soziale und materielle Umwelt zu verbessern, um so einen Einfluss auf die sonst negativ determinierten Individuen auszuüben. Und: »Therapie statt Strafe; Therapieprogramme für Straftäter«. Forderungen wurden und werden immer wieder erhoben, und was Therapieprogramme angeht, so gibt es wohl in den letzten Jahrzehnten eine Stimmung der Desillusionierung. Forderungen in dieser Hinsicht sind keineswegs neu. Neu ist der geforderte Paradigmenwechsel in der *Beurteilung* von Straftaten vor Gericht, also nach begangener Tat.

Seine Position entzieht dem modernen Strafrecht, welches vom Schuldprinzip ausgeht, die Grundlage. Das wurde in der Willensfreiheitsdebatte häufig eingewendet.²⁸ Es entzieht der forensischen Psychiatrie/Psychologie ihre Fragestellung: Da jeder sowieso nur so handelt, wie er »kann«, und weil er »nicht anders kann«, als er »tut«, bleibt für die juristische Beurteilung nur die *Schwere der Tat*, gemessen an üblichen Wertmaßstäben. Es erübrigt sich die Frage nach den Bedingungen und Umständen der Tat, die Unterscheidung nach gesundheitlichen und psychologischen Umständen. Angedeutet ist: Die »prospektive Sicherheitsverwahrung«. Aber: Wer bestimmt, welche Menschen »problematische Verhaltensdispositionen« haben, wer bestimmt die »Schwelle zum Fehlverhalten« im Voraus und wie wird sie bestimmt? Eine gerade in Verbindung mit einer deterministischen Sozialauffassung (das heißt im Prinzip 100-prozentiger Vorhersagbarkeit; dazu siehe unten) gefährliches Gebräu. – Singer, der brillante Wissenschaftler, wird sich darüber im Klaren sein.²⁹ Sollten die Andeutungen von »Verwahrungsmaß und Schutzmaß« der sozialpolitische Kern seiner Auffassungen sein?

Das ist jedoch nicht alles. In der gesellschaftlichen Kommunikation treten sich *Personen* gegenüber, als Urheber von Handlungen und Träger von Handlungsabsichten. Sie sprechen darüber, machen einen Unterschied zwischen bewussten Absichten und zufälligen oder unbeabsichtigten Folgen. Sie sprechen in diesem Sinne *psychologisch* miteinander (und nicht physiologisch). Sie streiten sich, lassen Entschuldigungsgründe gelten oder nicht und so weiter. Nicht nur der Delinquent vor Gericht (oder sein Anwalt) kann, Singer folgend, einwenden, er habe so gehandelt, »weil er nicht anders konnte«. Das Argument lässt sich schließlich in jedem alltäglichen Diskurs anwenden. Es bliebe in der Konsequenz von Singer nur die Kommunikation mit quasi *uneigentlichen* Aussagen (analog Singers Vorschlägen zur Begründung von Strafen). – Die Individuen sind eben Opfer der (physiologischen) Verhältnisse; sie haben immer eine bequeme Erklärung

für ihre Handlungen (oder auch ihre Nichthandlung). *Schuldgefühle* braucht es nicht zu geben, da diese Einsicht über *Verantwortung und Verantwortlichkeit* voraussetzen. Weil es auch keine *Schuld* gibt, sowieso ein quasi altmodischer Begriff, der aus dem religiösen Denken stammt, der aber auch auf dem Hintergrund nichtreligiöser (humanistischer) Wertvorstellungen seine Bedeutung hat. – Jegliche psychologischen Überlegungen, die in den letzten vier Jahrzehnten Eingang gefunden haben in die Rechtspraxis und in die Kriminologie,³⁰ sind außer Kraft gesetzt.

Und: Da das Bewusstsein nur ein »Beiprodukt« unbewusster (physiologischer) Prozesse ist, ist jeglicher Psychotherapie, die immer in irgendeiner Form *bewusst machen* oder Handlungsspielräume (-freiheiten) eröffnen will, der Boden entzogen. Letzteres gilt allgemein, über psychotherapeutische Intervention hinaus. Erziehung zu »Eigenverantwortung in Freiheit« kann es nicht geben, da diese »Gerede« sei. Wenn Eigenverantwortung nur Selbsttäuschung ist, dann können die Menschen sich *immer* auf ihr physiologisches Opfer-Dasein herausreden.

Sind die Auffassungen von Roth und Singer dadurch erledigt, dass ihre gesellschaftlichen *Konsequenzen* aufgezeigt und sie von diesen her kritisiert werden? – Worin bestehen, über diesen gesellschaftlich-praktischen Gesichtspunkt hinaus, die wissenschaftsimmanenten Voraussetzungen von Roth und Singer? Ich nenne zwei Merkmale, die in der FAZ-Debatte kaum eine Rolle spielen: Den physikalistischen Reduktio-



Trilf, 1993,
Mischtechnik auf
Papier auf Lwd.,
175 x 145 cm

Libets Experimente

Durch die Willensfreiheitsdebatte geistern auch die Experimente des amerikanischen Neurobiologen Benjamin Libet, die schon in den Achtzigerjahren durchgeführt wurden. Worum geht es? In mehreren unterschiedlichen Experimenten wurden Versuchspersonen darauf trainiert, von Zeit zu Zeit »willkürlich« einen Finger der rechten Hand oder die ganze rechte Hand zu heben und dabei eine Uhr zu beobachten, deren Zeiger schnell rotierte. Sie sollten angeben, bei welcher Zeigerposition (also zu welchem Zeitpunkt) sie bewusst den Entschluss gefasst hatten, den Finger oder die Hand zu heben. Es wurden gleichzeitig hirnelektrische Ableitungen gemacht. So konnte beobachtet werden, wie sich die spätere Handlung *physiologisch* vorbereitete, was dann als »Bereitschaftspotenzial« gedeutet wurde. Spannend sind nun die zeitlichen Verhältnisse zwischen dem (physiologisch beobachtbaren) Bereitschaftspotenzial, dem (subjektiv erlebten und dann mitgeteilten) Entschluss zur Bewegung und der beobachtbaren Bewegung selbst. In allen Fällen lagen zwischen dem Zeitpunkt des Beschlusses und der Bewegung einige Hundert Millisekunden. Das war zu erwarten und ist nichts Besonderes. Eine im Verhältnis längere Zeit vor dem geäußerten Beschluss war das »Bereitschaftspotenzial« schon vorhanden.

Wenn der Beschluss die Bereitschaft *ausgelöst* hätte, dann müsste dieser vorhergegangen sein. Die Bereitschaft war aber schon vorhanden, als der Beschluss gefällt oder bewusst wurde. Das wird in der Debatte zum Teil so gedeutet: »Wir treffen Entscheidungen nur scheinbar frei und bewusst – in Wirklichkeit hat unser Gehirn sie bereits für uns getroffen.«¹ (Libet selbst deutet seine Ergebnisse anders.)

Gegen die Experimente wurde eingewendet, dass sie als typische Laborexperimente wirklichkeitsfremd seien.² Das ist zwar richtig, es ist aber darüber hinaus zu fragen: Was beweisen diese Experimente? Es deutete sich die bewusste Entscheidung, der »Wille«, auf physiologischer Ebene, in der Gestalt des »Bereitschaftspotenzials« an, bevor er in das Bewusstsein trat. Sich darüber wundern kann nur, wer annimmt, dass der Wille (und überhaupt bewusste Akte, das Bewusstsein, das Geistige) in einer eigenen Sphäre angesiedelt sei und ohne materielle Grundlage existiere, ohne materielles Substrat. Was ist dabei, wenn sich auf organisch-physiologischer Ebene aufbaut, was sich dann zusammenfassend als subjektives Erleben des Wollens ausdrückt? **Franz Dick**

1 Franziska Beckmann: »Wer regiert im Oberstübchen?«, in: *Berliner Zeitung*, 27.11.02.

2 In dem sehr lesenswerten Artikel: »Das limbische System – ein moralischer Limbus?« von Hans-Ludwig Kröber, in: *FAZ*, 11.11.03.

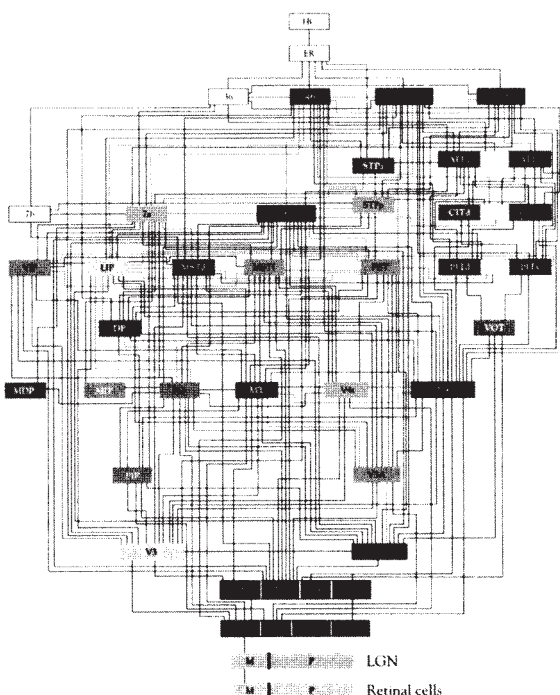
Fortsetzung von Seite 67 nismus und den Determinismus. Hinsichtlich beider Merkmale stehen Roth und Singer in einer wissenschaftstheoretischen und philosophischen Tradition, die sie selbst nicht reflektieren.

► Über Reduktionismus

Der *Logische Positivismus* oder *Neopositivismus* der Wiener Schule (Carnap, Neurath usw.), welcher die angloamerikanische behavioristische Psychologie beeinflusst hat, vertrat die Utopie der *Einheit der Wissenschaft* und das wissenschaftstheoretische Programm des *Physikalismus*.³¹ Danach waren die Wissenschaften hierarchisch angeordnet. Das Soziologische hatte seine Grundlage und erklärte sich aus dem Psychologischen, das Psychologische aus dem Physiologischen, das Physiologische aus dem Biochemischen, ja und woraus erklärte sich dieses? Aus dem Physikalischen (»Physikalismus!«). Dieses Physikalische also ist die Grundlage nicht nur der Naturwissenschaften, sondern letztlich aller Wissenschaften. Eine hierarchische Wissenschaftsauffassung, welcher nur folgen kann, wer die je eigene Wissenschaft durch ausschließlichen Bezug auf die »höher stehende« (oder tiefer stehende, molekulare, wenn man so will) Wissenschaft begründen will, da sie die höhere ist und nur daraus ein wissenschaftliches Selbstbewusstsein entwickelt.³² Reduktionistische Erklärung nimmt dem komplexen Gegenstand der eigenen Wissenschaft seine eigenständige Existenz und damit dieser Wissenschaft ihren eigenständigen Charakter. In der Regel aber wehrt sich die reduktionistisch vereinnahmte Wissenschaft: Die Ökonomie gesteht zwar zu, dass wirtschaftliche Erwartungen und Ängste (also individuell-psychologische Faktoren) für eine konjunkturelle Entwicklung eine Rolle spielen. Sie würde sich aber bedanken, wenn *alles* aus diesen Faktoren erklärt würde, und eigenständige ökonomische Gesetzmäßigkeiten (übergeordnete Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion, die sich nicht psychologisch ausdrücken lassen) nicht zugelassen würden. Diese reduktionistische Auffassung von Erklärung verschiebt immer nur das Problem auf die unterste Ebene. Aber wo erklären sich die Sachverhalte auf der *untersten* Ebene? – Die reduktionistische Erklärung führt zum *unendlichen Regress*, und das wurde schon häufig kritisiert. (Siehe die *Abbildung*: »Alles Klar? – Das visuelle System.«)

Im wissenschaftlichen Experiment findet notwendig eine Reduktion (in einem anderen Sinne) von Faktoren, ein eingengerter Blick auf isolierte Objekte und deren quantitative Dimensionen (»Variablen«) statt. Die Objekte werden als gegeben vorausgesetzt. Ihr Kontext, ihre Entstehung und ihre Geschichte werden außer Acht gelassen. Solange es bloß um das Experiment geht, ist diese Reduktion nicht nur legitim, sondern notwendig. Die theoretisch verallgemeinernde Deutung ist aber nicht verpflichtet, diese notwendige Einengung mitzumachen, anstatt den Gegenstand ihrer Deutung im Rahmen des »Ganzen« und seiner Geschichte zu sehen. – Jede reduktionistische Denkweise gibt den Gesamtzusammenhang des analysierten Vorganges und seiner Entwicklungsgeschichte auf. Sie muss sich den Vorwurf mechanistisch eingengerter Denkens gefallen lassen.

Allerdings ist Singer in dieser Hinsicht nicht konsequent, eher in sich (ungereimt-)widerspruchsvoll. Er spricht davon,



»Alles klar? – Das visuelle System

Bei der Zeichnung handelt es sich um die »schematische Darstellung des visuellen Systems nach Felleman und van Essen (1991). Jedes Kästchen stellt ein Areal der Gehirnrinde dar, jede Linie eine Verbindung, die in beide Richtungen verläuft. – Abb. aus Manfred Spitzer: »Selbstbestimmen. Gehirnforschung und die Frage: Was sollen wir tun?«, Heidelberg (Spektrum Wissenschaftlicher Verlag) 2004.



Smolbeck, 1956,
Gouache auf Karton,
44 x 62 cm

dass das Zusammenwirken komplexer neurobiologischer Faktoren eine *neue Qualität* der Vorgänge schafft (Singer spricht – wie auch sonst üblich – hier von »Emergenz«).³³ Ein großer Teil seiner Forschung handelt davon, wie die gegenständliche Erfahrung die Entwicklung der neuronalen Erregungsmuster der Wahrnehmung (sein Hauptforschungsgebiet) prägt. Er betont die Bedeutung sozialer und kulturell-traditioneller Faktoren.³⁴ *Bewusstsein* hat er immer wieder aus dem sozialen Miteinander von Individuen, aus ihrer wechselseitigen Wahrnehmung, erklärt.³⁵ Gleichwohl bindet er die »Repräsentationen« (die innere Darstellung wahrgenommener Objekte) an die je einzelnen physiologischen Erregungsmuster. Für ihn sind die bestimmten (einzelnen) Erregungsmuster deckungsgleich mit der psychischen Repräsentanz einzelner wahrgenommener Objekte.

Dabei kommt die »Emergenz«, die neue Qualität des Gesamtgeschehens, nur durch die wechselseitige Beeinflussung der Einzelfaktoren zu Stande. Bestimmte synchron auftretende Erregungsmuster mögen im Einzelfall die Wahrnehmung eines einzelnen wahrgenommenen Objektes oder Merkmals *bedeuten*. Das ist aber nur möglich auf dem Hintergrund des Gesamtgeschehens der Vorgänge im (tierischen oder menschlichen, das ist hier nicht von Bedeutung) Gehirn, welches das Einzelgeschehen bestimmt und von ihm bestimmt wird. – Dass ein Erregungsmuster isoliert (von seinem Kontext von Gehirnvorgängen) und also allgemein schon die psychische Repräsentation ist, das sollte – für einen Wissenschaftler mit lautem naturwissenschaftlich-empirischem Anspruch – erst noch im Versuch *mit anderen Individuen* bewiesen werden. Der Versuch würde schon auf der Ebene des Vergleichs der anatomischen Struktur von Individuum zu Individuum scheitern. Nicht einmal strukturell (anatomisch, morpholo-

gisch) sind die Gehirne von Individuen miteinander identisch. Um wie viel weniger in ihren physiologischen Vorgängen und Erregungsmustern ...

► Über Determinismus

Singer vertritt, dass in der dinglichen Welt »deterministische Gesetze«³⁶ herrschen. »Dass wir, was tierische Gehirne betrifft, keinen Anlass haben, zu bezweifeln, dass alles Verhalten auf Hirnfunktionen beruht und somit den deterministischen Gesetzen physiko-chemischer Prozesse unterworfen ist«,³⁷ das ist für ihn so selbstverständlich, dass darüber gar nicht diskutiert werden braucht. Es sind aber schon auf dieser Ebene Einwände zu formulieren (was in der Debatte nicht explizit gemacht wird). »Deterministische« Vorgänge (also solche, bei denen aus den Bedingungen die Folgen mit 100-prozentiger Sicherheit vorhersagbar sind) sind auch in der Natur die Ausnahme. »Deterministisch« fällt ein Körper im (mühsam hergestellten) Vakuum. In der vorgefundenen Realität kommen immer »Störungen« dazwischen, sozusagen der Einfluss der vorgefundenen Welt. »Deterministisch« ist das Uhrwerk, das unter denkbarer Präzision hergestellt ist. »Deterministisch« ist jedoch nicht einmal der Computer, dieses Produkt von deterministisch-digitaler Mathematik und möglichst reinen Materialien. Er erweist sich als lebendiger Quasiorganismus mit großen Schwankungen, die nicht nachvollziehbar sind, und überraschend-eigenständigen Veränderungen – auch unterhalb der Schwelle des gefürchteten »Absturzes«. Ich habe mir von Computerspezialisten sagen lassen, dass es nicht möglich ist, fehlerfrei arbeitende Computer zu bauen, und zwar grundsätzlich nicht.

Statistische Methoden sind längst in den Biowissenschaften (in den Sozialwissenschaften sowieso) üblich, und sie

müssen sogar in Zweigen der Physik (z. B. Kalorik) angewendet werden. »Deterministisch« ist die Mathematik beziehungsweise sind bestimmte Zweige davon. Wird sie auf »die Realität« angewendet, dann verderben Beimengungen aus der platten Wirklichkeit (»Störvariable«) das reine Spiel. Die Mathematik reagiert darauf, indem sie längst statistische Methoden und deren Weiterentwicklung, die Chaos-Forschung, entwickelt hat. Sie kommt ohne den Begriff des Zufälligen nicht aus, sie hat sich zur Fragestellung gemacht, wie sich aus Zufälligem Gesetzmäßiges entwickelt. In der formalen Logik gibt es einen neuen Zweig, die »fuzzy logic«, die nicht mit Entweder-oder-(Wahrheits-)Werten, sondern mit ungefähren Annäherungen arbeitet. Die Naturwissenschaften greifen diese Entwicklungen auf und profitieren davon.

Der Einwand: Zufälliges gibt es nur, solange wir nicht alles gesetzmäßig zugrundeliegende kennen. Das Zufällige sei nur unserer (vorläufigen) Unkenntnis geschuldet. Der Zufall verschwinde sozusagen, für denjenigen, der alle Gesetzmäßig-

keiten und Ausgangsbedingungen kenne. Bekanntlich wurde dieser Alleskennner von dem Physiker Laplace erfunden, als er es unternahm, das Funktionieren der Welt als eine große Maschine zu erklären, um aufklärerisch »Gott« aus dem Spiel lassen zu können. Er benötigte in diesem Zusammenhang den alle Ausgangsbedingungen kennenden Geist, der dann auch nach ihm benannt wurde (»Laplacescher Weltgeist«). »Zufällig« sind in diesem Denken – und es ist noch weit verbreitet – Ereignisse nur, solange nicht alle gesetzmäßigen Verknüpfungen und Ausgangsbedingungen bekannt sind. – Seitdem gibt es eine Debatte darüber.³⁸ Die Physik hat – seit ihren modernen Übervätern Planck und Heisenberg – davon Abstand genommen.³⁹ Weder Roth noch Singer beziehen sich in der Debatte darauf. Das befremdet, bei der ausführlichen Darstellung ihrer Positionen in einem Heft der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (2/04).

Ist es schon im konstruierten Experiment nicht möglich, ohne den Begriff des Zufalls auszukommen, so erst recht

Über Freiheit, Zwang, Fantasie

In seinem Buch *Das Handwerk der Freiheit – Über die Entdeckung des eigenen Willens* (München und Wien 2001) spielt der Philosoph Peter Bieri den Vorteil phänomenologischer Philosophie (und Psychologie) voll aus: Der Leser kann an seiner eigenen Erfahrung und Überlegung die Richtigkeit des Gesagten überprüfen. Ich zitiere im Folgenden, was Bieri zum Thema Willensfreiheit sagt, mit wenig Zwischentext:

»Wir können überlegen, bevor wir etwas tun, und in diesem Überlegen zeigt sich ein Spielraum verschiedener Möglichkeiten, zwischen denen wir wählen können.« – »Die Idee der freien Entscheidung und die Idee der Verantwortung, die jemand für sein Tun trägt, sind aufs Engste miteinander verknüpft.« – »Wenn ich eine Bewegung als ihr Urheber, aus einem Willen heraus führe, so erlebe ich sie als Verwirklichung einer Möglichkeit unter anderen.« – Allerdings: »Der Wille hat Grenzen. Sie sind von zweifacher Art. Einmal werden sie dem Willen durch das gezogen, was die Wirklichkeit zulässt und was nicht.« – Das unterscheidet Wollen vom Wünschen. – »Die Begrenztheit des Willens hat, zweitens, mit der Begrenztheit unserer Fähigkeiten zu tun ... Wenn Sie sich ... wünschen in der Scala auf der Bühne zu stehen und eine Arie zu singen, so ist das etwas, was die meisten von Ihnen nur wünschen und nicht auch wollen können. Es ist ein Wunsch, der nicht zum Wollen werden kann ... Es hat speziell mit Ihnen und Ihren Fähigkeiten zu tun.« – »Dass jemand etwas will, bedeutet einfach, dass es in ihm das skizzierte Zusammenspiel von Wunsch, Überzeugung, Überlegung und Bereitschaft gibt und dass diese innere Struktur für sein Tun verantwortlich ist.« – Willensfreiheit ist also nicht unbedingt, nicht ohne

Begrenzung. Beispiele für Grenzen: »Was einen Handelnden unfrei macht, ist, dass in ihm ein Wille ist, der daran gehindert wird, in eine Handlung zu münden. So ist es beim Gelähmten, der aufstehen, und beim Gefangenen, der wegläufen will.«

Es gibt ein alltäglich spontanes Wollen (ohne Überlegung) und »substantielle Entscheidungen«. »Entscheiden ist Willensbildung durch Überlegen. Als Ergebnis des Nachdenkens bildet sich der Wille heraus, etwas Bestimmtes zu tun.« Es gehen Wissen, Erfahrungen und Wertvorstellungen ein. Es gehen aber auch Vorstellungen ein, Vorstellungen über Wünschenswertes, aber nicht Wirkliches, über bloß Mögliches, also Fantasie. »Die Freiheit des Willens, wie wir sie bis hierher beschreiben haben, liegt in der Größe der Fantasie ...« Insofern ist Freiheit nicht nur Einsicht in die Notwendigkeit (Kenntnis gesetzmäßiger Zusammenhänge in der Wirklichkeit), wie es in dem berühmten Zitat heißt, sondern Freiheit umfasst auch Einsicht in bloß Mögliches. Aber die Freiheit umfasst das Erkennen der eigenen Grenzen. Indem das fantasiert Mögliche von dem realistisch Unmöglichen geschieden wird, ist Freiheit insofern doch wieder die Einsicht in die Notwendigkeit.

Auf der Grundlage dieser Begrifflichkeit lässt sich dann eine Art Typologie von Willenshandlungen entwickeln. Das Handeln aus einer Zwangslage: »Der reinen Logik nach ist eine Zwangslage ... nichts anderes als eine Situation, in der ich ein ungeliebtes Mittel einsetze um zum Ziel zu kommen.« Das (neurotisch-)zwanghafte Verhalten: »Der innere Zwang bedeutet, dass mit mir etwas nicht in Ordnung ist; im äußeren Zwang sehen wir etwas, das in der Welt nicht in

Ordnung ist. Der zwanghaft Wollende ... ist unfrei, weil er nicht vermag, was die Natur des Entscheidens ist: Etwas mit sich zu machen und damit seinen Willen zu verändern.« »Der Süchtige besitzt einen Willen von unübertrefflicher Festigkeit und Durchsetzungskraft, und er ist, wenn es um die Verwirklichung geht, auch an Findigkeit nicht zu übertreffen. Was ihn zu einem Schwächling des Willens macht, ist, dass er es nicht schafft, den Willen zu entwickeln, den er im Licht seines Überlegens haben möchte.« Er vermag es nicht, »als Erkennender und Urteilender über seinen Willen Regie zu führen«. – Ähnlich der Unbeherrschte. Auch ihm gelingt es nicht, seinen Willen im Zaum zu halten. »Der Wille des Jähzornigen etwa lodert auf wie eine Stichflamme und durchbricht alle urteilende Kontrolle. ... Wenn ihn sein Wille übermannt, gibt es in ihm keinen Raum mehr für anderes, vor allem nicht für Überlegungen. ... »Das wollte ich nicht«, ruft er nach der Tat aus und blickt entgeistert auf die Waffe in seiner Hand. ... Es ist die Selbstbeherrschung, die er verliert, nicht der Wille.« – Schließlich der gedankliche Mitläufer: Er lässt sich »die Freiheit rauben«, er übernimmt, »ohne kritische Distanz«, ohne eigene Überlegung und Nachprüfung »gedankliche Versatzstücke, rhetorische Brocken und Parolen, die über die innere Bühne huschen«.

*

Diese Aussagen von Bieri zu dem Thema Wille und Willensfreiheit haben eine hohe überzeugend-suggestive Kraft, auch weil sie in einer fließend-schwebenden Eleganz und Lesbarkeit ausgedrückt sind. Das Buch von Bieri ist für die »Willensfreiheitsdebatte« (und darüber hinaus) von besonderem Interesse. F. D.

nicht, wenn es um die Darstellung, (Deutung, Erklärung ...) von Entwicklung geht, und zwar auch im natürlichen Bereich. Ohne dass die vorgefundenen (also gegenüber den sich Entwickelnden zufälligen) Bedingungen einbezogen werden, ist das Nachvollziehen und Erklären der Entwicklung einer Tierart oder eines einzelnen Tieres gar nicht möglich. Daran scheitern auch die Hoffnungen von »Eugenik«⁴⁰, der gentechnischen Beeinflussung der Entwicklung von menschlichen Individuen.⁴¹ In der Biologie gibt es den Begriff des »Driftens« für einen Prozess, in dem sich über eine lange Frist und die vielen Zufälligkeiten der Zwischenzustände eine *Tendenz* ausbildet, sodass dann zum Beispiel eine neue Pflanzen- oder Tierart entstehen kann.

Es kann der Einwand vorgebracht werden, bei der *historischen Entwicklung* und entsprechend der historischen *Forschungsmethode* komme man nicht ohne den Zufall aus, nicht aber bei der Erforschung des systematisch-gesetzmäßigen und der experimentellen Methode. Was aber im Experiment (systematisch, nichthistorisch) untersucht wird, hat selbst seine Entwicklung, seine Geschichte; es hat sich entwickelt unter vorgefundenen (also zufälligen) Bedingungen. Nicht nur die einzelnen Substanzen oder Objekte, die in das Experiment eingehen, haben ihre Geschichte, auch die Gesetzmäßigkeiten, die an sie gebunden sind. Mutation und Variation, Adaptation und Selektion (um nur einige Beispiele zu nennen) als Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Arten sind ohne die Organismen, auf die sie bezogen sind, nicht denkbar. Diese Gesetzmäßigkeiten von den biologischen Wesen, auf die sie sich beziehen, loslösen und ihnen eine unabhängige Existenz zusprechen, sind auch eine Art Dualismus; Dualismus deswegen, weil er eine eigenständige Existenz der Naturgesetze voraussetzt – außerhalb von den dinglichen, historisch entstandenen Wesen dieser Welt.

Nicht einmal das Wetter, ein vergleichsweise unhistorischer und unbiologischer Gegenstand, ereignet sich »deterministisch«. Die Wettervorhersage hat klugerweise darauf reagiert, indem sie ihre Vorhersage statistisch-wahrscheinlichkeitsmäßig formuliert (»Regenwahrscheinlichkeit 60 % ...«). Selten kann man in der Presse lesen, dass zeitgeschichtliche Vorhersagen der Wissenschaft nachgeprüft werden, und wenn, dann häufig genug mit negativem Ergebnis. Die pessimistischen Vorhersagen des Club of Rome sind (zum Glück) nicht so eingetreten, und das sicher nicht ausschließlich aus dem Grund, dass sie praktische Konsequenzen hatten, die ihre Vorhersagen in Teilbereichen zu »sich selbst widerlegenden Prophezeiungen« machten. – Die psychometrisch orientierte Testpsychologie ist scharf darauf, hohe Korrelationen zwischen Testwerten und Indikatoren von Leistung und so weiter, die in der Zukunft liegen, zu erhalten. Schon mittelhohe Korrelationskoeffizienten (statistischer Kennwert der Vorhersagegenauigkeit) sind für sie ein gutes Ergebnis, und häufig muss sie sich begnügen mit »signifikanten« Korrelationen. Diese aber hängen ab von der Stichprobengröße, eine sehr niedrige Korrelation kann schon »signifikant« sein, wenn die Stichprobe nur groß genug ist. Das wird



Klipph II, 1993,
Gouache auf Karton,
100 x 65 cm

häufig in der journalistisch-populären und auch manchmal in der wissenschaftlichen Wiedergabe von Forschungsergebnissen nicht mitgeteilt.

Freilich gibt es im Vergleich von Ereignisreihen und ihren Zusammenhängen große Unterschiede in der (mathematisch-)deterministischen Beschreibbarkeit und Vorhersagbarkeit. In bestimmten Bereichen gibt es deterministische Vorhersagbarkeit; aber werden diese Bereiche verlassen, so verkehrt sich der Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Minimale Unterschiede in den Ursachen haben sprunghafte Änderungen auf der Seite der Wirkungen zur Folge, und diese potenzieren sich in Bezug auf mittelbare Wirkungen, sodass die Stabilität einer Entwicklung aufhört, woraus sich dann Zerstörung oder aber *Neues* ergeben kann – das Paradigma der Krise in der Entwicklung von Natur- und gesellschaftlich-historischen Prozessen.

Auch im Zusammenhang mit dem Determinismusproblem argumentiert Singer in sich widerspruchsvoll. Er spricht immer wieder von *komplexen Systemen*. Die Komplexität komplexer Systeme und überhaupt von Systemen besteht aber darin, dass sie sich in ihrer Gesamtdeutung der einseitig kausalen Denkweise entzieht. Bei Systemen vermischen sich Wirkung und Rückwirkung, es wirken die verschiedenen Faktoren aufeinander ein, und der Teil auf das Gesamte und umgekehrt, und eine einseitig kausale Denkweise kann nur

Wieder mal ein Manifest

Mitte Oktober 2004, kurz nach Fertigstellung des Artikels, erschien in *Gehirn-&-Geist* 6/04 das Manifest von »elf führenden Neurowissenschaftlern« (www.gehirnundgeist.de/blatt/det_gg_manifest). Das Bemerkenswerte ist nicht der Inhalt, sondern die Form. Ein Manifest ist sonst eher im politischen oder im künstlerischen Zusammenhang geläufig. Dieses Manifest nun oszilliert zwischen Mahnung zur Vorsicht und großen Versprechungen. Es ist klug genug, sich der Stellungnahme zur Willensfreiheit zu enthalten; es geht nicht so weit wie Roth und Singer.

Zunächst enthält es eine Art *bescheidene Bestandsaufnahme*: »Zweifellos wissen wir also heute sehr viel mehr über das Gehirn als noch vor zehn Jahren ... [Vieles] verstehen wir nach wie vor nicht einmal in Ansätzen.« Dann doch wieder sehr unbescheiden: »Beispielsweise wissen wir im Wesentlichen, was das Gehirn gut leisten kann und wo es an seine Grenzen stößt.«

Das Manifest mahnt zur *Vorsicht*: »Die Frage, ob sich eine medikamentös induzierte Neurogenese für ursächliche Therapien von neurodegenerativen Erkrankungen einsetzen lässt, können wir daher im Moment noch nicht beantworten.« Quasi politisch flankierend wendet es sich *gegen schmerzhaftes Tierversuche*: »Voraussetzung für all diese Experimente ist aber, dass die untersuchten Tiere – denn an diesen werden die Versuche vor allem stattfinden – nicht narkotisiert sind und aufgrund schmerzfreier Verfahren ihr natürliches Verhalten zeigen.«

Es nimmt Bezug zum Bewusstsein: »Wir haben herausgefunden, dass im menschlichen Ge-

hirn neuronale Prozesse und bewusst erlebte geistig-psychische Zustände aufs Engste miteinander zusammenhängen ...« – Die Mitunterzeichner Roth und Singer nehmen sich zurück: »Wie entstehen Bewusstsein und Ich-Erleben, ... was hat es mit der Vorstellung des ›freien Willens‹ auf sich? Die großen Fragen der Neurowissenschaften zu stellen ist heute schon erlaubt – dass sie sich bereits in den nächsten zehn Jahren beantworten lassen, ist allerdings eher unrealistisch.«

Der Kern des Manifests aber sind allgemeine *Versprechungen* und eben wiederum die besondere Absicht der Vorhersage: »Innerhalb der nächsten Dekade ... Am Ende der Bemühungen werden die Neurowissenschaften sozusagen das kleine Einmaleins des Gehirns verstehen ... Wahrscheinlich werden wir die wichtigsten molekularbiologischen und genetischen Grundlagen neurodegenerativer Erkrankungen wie Alzheimer oder Parkinson verstehen und diese Leiden schneller erkennen, vielleicht von vornherein verhindern oder zumindest wesentlich besser behandeln können. Ähnliches gilt für einige psychische Krankheiten wie Schizophrenie und Depression. ... Ebenso werden uns die zu erwartenden weiteren Fortschritte in der Hirnforschung vermehrt in die Lage versetzen, psychische Auffälligkeiten und Fehlentwicklungen, aber auch Verhaltensdispositionen zumindest in ihrer Tendenz voraussehen – und ›Gegenmaßnahmen‹ zu ergreifen.« Welche Gegenmaßnahmen? Neurobiologische? Oder welche sonst?

Versprechungen auch *philosophisch-weltanschaulich*: »Auf lange Sicht ... lassen sich auch die

schweren Fragen der Erkenntnistheorie angehen: nach dem Bewusstsein, der Ich-Erfahrung und dem Verhältnis von erkennendem und zu erkennendem Objekt. Denn in diesem zukünftigen Moment schickt sich unser Gehirn ernsthaft an, sich selbst zu erkennen. ...« Erst dann? Alle bisherigen philosophischen oder psychologischen Bemühungen existierten nicht? Oder waren unernsthaft?

»Dann werden die Ergebnisse der Hirnforschung, in dem Maße, in dem sie einer breiteren Bevölkerung bewusst werden, auch zu einer Veränderung unseres Menschenbildes führen.« Worin kann dieses neue Menschenbild bestehen? Dass das Geistige sich auf der Grundlage des materiellen ausgebildet hat, diese Auffassung ist nicht neu.

Und am Schluss: *Vorsicht gegen Reduktionismus*, jedenfalls in der Phrase – und die Fuge von J. S. Bach: »Aller Fortschritt wird aber nicht in einem Triumph des neuronalen Reduktionismus enden. Selbst wenn wir irgendwann einmal sämtliche neuronalen Vorgänge aufgeklärt haben sollten, die dem Mitgefühl beim Menschen, seinem Verliebtsein oder seiner moralischen Verantwortung zugrunde liegen, so bleibt die Eigenständigkeit dieser ›Innenperspektive‹ dennoch erhalten. Denn auch eine Fuge von Bach verliert nichts von ihrer Faszination, wenn man genau verstanden hat, wie sie aufgebaut ist ...« Dass in dem Manifest – entgegen dem Wortlaut – doch ein reduktionistisches »Menschenbild« enthalten ist, das kritisiert in dem gleichen Heft der Zeitschrift auch mit guten Argumenten Wolfgang Prinz, Direktor des Max-Planck-Instituts München, der das Manifest nicht mit unterschrieben hat. **Franz Dick**

Fortsetzung von Seite 71 Momentaufnahmen erbringen, die in sich die Spur der eingeengten Sichtweise tragen. Sie für *das Ganze* auszugeben, verfälscht den Gegenstand.

► **Schließlich: Über Willensfreiheit**

Tenor der Kritik von philosophischer Seite ist, dass Roth und Singer in ihren Aussagen unzulässig die Begriffsebenen wechseln, wenn sie aus ihren experimentellen Ergebnissen Schlussfolgerungen ziehen, die andere Sphären betreffen und einer anderen (sozialen oder philosophischen) Begrifflichkeit bedürfen. Es handele sich um unzulässige Grenzüberschreitungen. »Deshalb scheint mir der Gegenwurf, dass sich die Hirnforschung bei der Determinismus-Diskussion nicht ernsthaft auf Philosophie und Geisteswissenschaften einlässt, gewichtiger (als der Vorwurf, »dass sie die Determinismus-Diskussion führen, ohne sich ernsthaft auf die Hirnforschung einzulassen«; *F. D.*), denn sie greift in deren traditionelle Felder ein, in denen sie ein entscheidendes Wort zu sprechen hat, und sie tut das nicht ohne Arroganz.«⁴²

Diese Kritik unzulässiger Grenzüberschreitung ist schlüssig. Aber: Handelt es sich bloß um einen wissenschafts*methodischen* Fehler – oder ist die Auffassung von Roth und Singer, gemessen an der Wirklichkeit, einfach falsch? Anders gefragt:

Was ist die *Realität* der Willensfreiheit? Singer »überschreitet« nicht nur »die Grenzen«, er hat eine falsche Antwort auf die Frage der Willensfreiheit: Sie sei Illusion. *Das* aber ist zu prüfen.

Jeder Mensch kann in Entscheidungssituationen an sich selbst *erleben*, daß er entscheiden kann. Freilich beeindruckt das die Verneiner der Willensfreiheit nicht, sie deuten es als subjektive Illusion, von denen es zahlreiche gibt. Sie lehnen den Blick »nach innen«, auf das eigene Erleben, mit diesem Argument ab. Folgen wir ihnen für einen Augenblick und nehmen den Blick »von außen« ein.

Auf der einen Seite ist hier zunächst zu nennen, was *nicht* dem Willen (und daher dessen Freiheit) unterworfen ist: Der epileptische Anfall, der den kranken Menschen »überfällt«. Der Traum im Schlaf. – Noch keine besonders guten Beispiele, da beide mit anderen Bewusstseinszuständen (bzw. Bewusstlosigkeit) verbunden sind. Nehmen wir Beispiele, bei denen das Bewusstsein gegeben ist: Der nervöse Tic, den ein Mensch im Augenblick nicht kontrollieren kann; das »Vergessen« des Bestandteils einer automatisierten Handlungskette; die Handlung »im Affekt«, in einem extremen emotionalen Zustand, bei der die »Selbstkontrolle«, ausgeschaltet ist. (Weitere Beispiele *siehe* »Über Freiheit, Zwang, Fanta-

sie«.) – Es ist dieser »Affektdurchbruch«, bei dem nicht mehr das (oben genannte) »Ganze« des Gehirns (Wertvorstellung, Reflexion, Erfahrung) eingeschaltet zu sein scheint, welches der allerdings *eingeschränkten* Willensfreiheit in der forensischen Medizin und Psychologie ihre Bedeutung gibt.

Auf der anderen Seite: Die Auswahl eines Essens auf einer Speisekarte, eine Berufswahl, eine politische Entscheidung und so weiter. Bei diesen Beispielen gehen Erfahrungen, Überlegungen und Wertvorstellungen in die Handlung ein. Für Willenshandlungen dieser Art gibt es einen besonderen Begriff: Es handelt sich um *Entscheidungen*. Solche können sich auf Ziel- und Wertvorstellungen beziehen und sind dann »substanzial«. Oder bloß einzusetzende Mittel bei feststehender Zielsetzung und sie sind dann mehr oder weniger alltäglich. Erst der Umstand, dass Erfahrungen, Wertvorstellungen, Reflexionen über Folgen in sie eingehen, macht sie in der Innenansicht des Erlebens und in der Außensicht des Beobachters zu *Willenshandlungen*.

Zwischen den beiden Extremen gibt es zahlreiche Übergänge. Und es gibt äußere und innere Umstände, welche den *Spielraum* der Entscheidungen bestimmen und ihn einengen können: Zeitlicher Druck, die Gelegenheit, Erfahrungen gemacht zu haben, die gesundheitlichen Voraussetzungen. Es ist eben etwas verschieden, ob eine psychische Erkrankung oder eine frontale Hirnverletzung vorliegt (mit der Folge »mangelnder Impulskontrolle«) oder nicht. Im Großen und Ganzen kann man sagen: Krankheiten, die in irgendeiner Weise das Gehirn betreffen, und psychische Ausnahmezustände (situationsbedingt, ohne hirnorganische Erkrankung) können den Spielraum von Entscheidungen mehr oder weniger einengen, und zwar *mehr oder weniger*. Die gesellschaftlichen äußeren Umstände (die Staatsform usw.) können den Menschen (politisch) unfrei machen, indem sie den äußeren Handlungsspielraum einengen. Die Willensfreiheit heben sie nicht auf.

Nicht einfach das *subjektive Gefühl* von Willensfreiheit ist schon der Beweis für dessen Existenz, sondern es sind die objektiven *Unterschiede* zwischen den Extremen, von dem Nullpunkt (überhaupt keine Entscheidung möglich) bis zur reflektierten Entscheidung bei günstigen Umständen, ohne Zeitdruck und so weiter, welche dem Begriff wissenschaftlich-psychologischen *Realitätsgelalt* geben. Auf sie lassen Roth und Singer sich nicht ein.

In diesem Zusammenhang ist noch ein innerer Widerspruch in Singers Argumentation zu nennen. Singer verweist darauf, dass die Tat eines Kriminellen bestimmt sein kann »durch einen Gehirntumor in den Strukturen des Frontalhirns, die benötigt werden, um erlernte soziale Regeln abzu-



Weitere Literatur zu dem Thema

- Antonio R. Damasio: Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, München (List) 1994 (*am meisten genannt, schon eine Art Klassiker*)
- Ders.: Die Entschlüsselung des Bewusstseins, München (List) 2000
- Ders.: Wie Gefühle unser Leben bestimmen, München (List) 2003 (*aktueller*)
- Mark Solms, Oliver Turnbull: The Brain and the Inner World, London (Other Press) 2000 (*die Autoren verbinden Neurobiologie und Psychoanalyse*)
- Otto Breidbach: Die Materialisierung des Ich, Frankfurt (Suhrkamp) 1997 (*kurze Geschichte der Hirnforschung im 19. und 20. Jahrhundert mit Diskussion von Positionen der Philosophie des Geistes*)

Thomas Metzinger (Hrsg.): Bewusstsein – Beiträge aus der Gegenwartsphilosophie. 3. ergänzte Auflage, Paderborn (Schöningh) 1995 (*umfangreicher Reader, in dem die Grundpositionen der aktuellen Philosophie des Bewusstseins dokumentiert sind; mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis*)

Gerald M. Edelman, Giulio Tononi: Gehirn und Geist. Wie aus Materie Bewusstsein entsteht, München (C. H. Beck) 2002

Zum Thema Willensfreiheit aktuell, aber in den Artikel nicht eingearbeitet:

- Michael Pauen: Illusion Freiheit. Mögliche und unmögliche Konsequenzen der Hirnforschung, Frankfurt am Main (S. Fischer) 2004
- John R. Searle: Freiheit und Neurobiologie, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 2004

rufen und für Entscheidungsprozesse verfügbar zu machen.« (Siehe oben) – Will Singer die kühl überlegte Tat eines gesunden Kriminellen (oder geachteten Bürgers und beispielsweise Wirtschaftskriminellen) mit der Tat unter Bedingungen einer Gehirnerkrankung gleichsetzen? Ausgerechnet mit dem *pathologischen Ausnahmebeispiel* begründet Singer seine allgemeine Aufhebung von Verantwortlichkeit und Freiheit. ▶

Sniphy II, 1962,
Gouache auf Karton,
100 x 65 cm

Fortsetzung von Seite 73

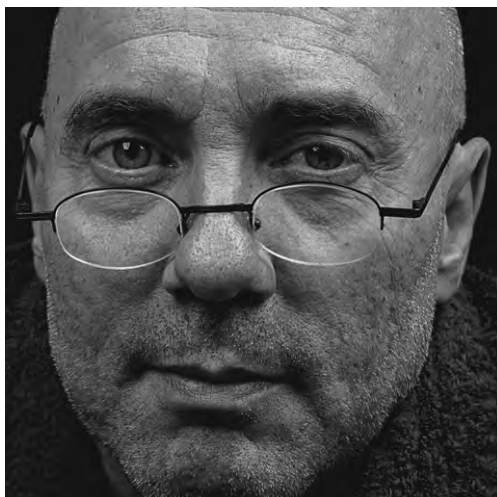
► Ein Rest von Unerklärtem

Was bleibt von Roths und Singers Position? Die Auffassung, dass der Wille und das Gefühl von Willensfreiheit ihre Grundlage in materiellen Vorgängen haben. Soweit ein wissenschaftlicher Gemeinplatz. Sie gehen aber darüber hinaus: Man tut, was man tut, weil man nicht anders kann. Diese Auffassung lässt sich auf wissenschafts- und erkenntnistheoretischer Ebene in mehrfacher Weise kritisieren: unzulässig die Grenzen der Wissenschaften überschreitend; reduktionistisch, deterministisch, mechanistisch. Alles häufig verwendete Begriffe der Wissenschaftskritik, die noch nicht ausreichen, ihre reale Falschheit zu beweisen. Die Positionen von Roth und Singer sind unzutreffend, da sie nicht den realen Unterschieden gerecht werden. Sie sind gleichzeitig in sich ungeriebt-widersprüchlich. Gegenüber der passiven Kreativität der Naturentwicklung, gegenüber der aktiven Kreativität des Menschen, gegenüber den Lebensläufen »großer Persönlichkeiten« und »einfacher Menschen«, die sich unter ungünstigen oder widrigsten Bedingungen behaupten,

haben sie nur den langweiligen physiologischen Determinismus zu bieten.

Wie ist dieser Angriff auf das demokratische Menschenbild des eigenverantwortlich handelnden Individuums *motiviert*? Sicher stehen sie im Kontext eines Denkens, das von der Überbetonung psychischer und sozialer Bedingungen (Sechziger-, Siebzigerjahre) eine Kehrtwende macht zur Betonung natürlicher Gegebenheit des Menschen und der Hoffnung oder dem Versprechen, diese (hoch-)technisch beeinflussen zu können. Reicht die Erklärung? Sind die Motive bloß sensationslüstern-aufmerksamkeitsheischend? Bloß forschungs-(finanz-)politisch? Dass sie wissenschaftliche Begleithetorik für eine qualitative Verschiebung des Strafrechts in Richtung Vorbeugehaft seien, mag ich nicht glauben. Oder haben die Autoren, fasziniert von den suggestiven bunten Bildern der Gehirnvorgänge, sich bloß vergaloppiert – und werden dafür medial mit großer Aufmerksamkeit belohnt? Und kommt die weite Debatte erst dadurch zu Stande, dass es sich um so namhafte Wissenschaftler handelt? Es bleibt ein Rest von Unerklärtem. ◀

- 1 Und dadurch, am Rande gesagt, die wissenschaftliche Entwicklung hemmte und auf die gesellschaftliche Praxis vergleichsweise wenig Einfluss (wenig Einfluss auf die Psychotherapie) und vor allem bürokratisierenden Einfluss auf den pädagogisch-sozialen Bereich nehmen konnte. Um die Beziehungen zwischen psychischen und zu Grunde liegenden physischen (funktionell-anatomischen und physiologischen) Phänomenen zu untersuchen, mussten sich erst besondere Wissenschaftsdisziplinen etablieren: Physiologische Psychologie, Neuropsychologie.
- 2 Am berühmtesten in dieser Hinsicht: Damasio und Ledoux.
- 3 Vgl. W. Singer: »Hoffnung für Querschnittsgelähmte«, in: Singer: *Ein neues Menschenbild?*, Frankfurt 2002.
- 4 Vor voreiligen Hoffnungen auf die Anwendungen der Genetik warnt auch Wolf Singer, von dem hier vor allem die Rede sein wird. Die Entdeckung des Genoms durch Craig Venter's Forschungsgruppe sieht er in der politischen Bedeutung der Forschungsorganisation. Im Übrigen: »Soweit ich das überblicken kann, kommen die euphorischen Zukunftsherbeiredner vor allem aus den Ingenieurwissenschaften. Die kommen also aus einem Bereich, der erfolgsgewohnt ist. Wenn ein Problem analytisch gelöst ist, dann ist die Konstruktion eines guten Produktes nur noch eine Frage des Designs, der Zeit.« Dann verweist Singer auf die forschungsfanzpolitische Bedeutung von diesbezüglicher »Propaganda«. In: »Ein Gespräch mit Wolf Singer«, in: *FAZ*, 24.8.00.
- 5 Vgl. W. Singer: »Ignorabimus? Ignoramus.« In der Zeitschrift *Spektrum der Wissenschaften* findet die Verschränkung von Neurobiologie und Computerwissenschaft schon seit zwei Jahrzehnten Beachtung.
- 6 Vgl. Stern, in: *Die Zeit*, 40/03.
- 7 Tagung in Loccum, vgl. *FAZ*, 5.7.04.
- 8 Vgl. C. Geyer: »Frieds Brainstorming. Jetzt ist auch die Geschichtswissenschaft aufs Gehirn gekommen«, in: *FAZ*, 5.7.04. – Vor einigen Jahren war Singer auf einem Historikerkongress eingeladen und hielt den großen Plenumvortrag.
- 9 M. Solms: »Freuds Wiederkehr«, in: *Spektrum der Wissenschaft* 10/2004. – Seit 2000 gibt es die Zeitschrift *Neuropsychanalyse*. Bei den Herausgebern wiederum der renommierte Wolf Singer. Siehe auch: M. Solms: »Was bleibt von Freud«, in: *Spiegel Extra* 4/04.
- 10 Vgl. F. W. Graf: »Denk mal höher. Gibt es einen neurobiologischen Gottesbeweis?«, in: *FAZ*, 23.7.04.
- 11 G. Roth: »Worüber dürfen Hirnforscher reden – und in welcher Weise?«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 52 (2004) 2, S. 223–234; hier: S. 223.
- 12 Der Neuropsychologe Markowitsch, Singer zustimmend. Anders der Neuropsychologe Niels Birbaumer: »Bescheidene Zurückhaltung bei der Deutung neurobiologischer Daten ist vielmehr notwendiger denn je, vor allem auf Seiten jener Hirnforscher, die auf lukrative molekulare oder genetische Therapien hoffen oder scheinbar einleuchtende Erklärungen für philosophische, politische, biografische oder soziale Tatbestände den Medien liefern«, in: *FAZ*, 8.7.04. Besser kann man das nicht sagen.
- 13 *FAZ*, 21.7.04.
- 14 G. Roth: *Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen*, Frankfurt 1997, S. 307 ff.
- 15 G. Roth: siehe Fußnote 11, hier S. 229.
- 16 Ebenda S. 223.
- 17 W. Singer: »Selbsterfahrung und neurobiologische Fremdbeschreibung. Zwei Konfliktträchtige Erkenntnisquellen«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 52 (2004) 2, S. 235–255; S. 245.
- 18 »Das Ende des Freien Willens«, in: W. Singer: *Ein neues Menschenbild*, a. a. O., S. 24–34, hier: S. 24.
- 19 W. Singer: siehe Fußnote 17, S. 247.
- 20 A. Schiemann: »Kann es einen freien Willen geben? – Risiken und Nebenwirkungen der Hirnforschung für das deutsche Strafrecht«, in: *NJW* 29/2004, S. 2056–2059. – Den Hinweis verdanke ich der Rechtsanwältin Annett Löwe aus Berlin.
- 21 *FAZ*, 8.9.04.
- 22 »Diese Befunde [von Libet; F. D.] zeigten, dass zwischen neuronalen und mentalen Prozessen keineswegs »nur« eine strikte Parallelität herrscht, sondern dass dem bewussten Erleben notwendig und offenbar auch hinreichend unbewusste neuronale Geschehnisse vorausgehen.« Die »strikte Parallelität«, gegen die sich Roth hier äußert, ist eine solche dualistische Auffassung. In: G. Roth, siehe Fußnote 11, hier S. 226 (Hervorhebung G. R.).
- 23 Die berühmte Ausnahme: K. R. Popper, J. C. Eccles in dem faszinierenden Buch: *Das Ich und sein Gehirn*. München 1982.
- 24 Nicht einmal von dem Theologen E. Schockenhoff (*FAZ*, 19.11.2003), der ebenso wie die an der Debatte teilnehmenden Philosophen erkenntnistheoretisch oder erkenntnistheoretisch argumentiert (und nicht ontologisch).
- 25 W. Singer: »Keiner kann anders als er ist«, in: *FAZ*, 8.1.04 – Fast wörtlich ähnliche Formulierungen in: »Unser Wille kann nicht frei sein«, in: *Spiegel Spezial* 4/04.
- 26 W. Singer: »Das falsche Rot der Rose«, in: W. Singer, *Ein neues Menschenbild*, S. 54–66.
- 27 W. Singer ist Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung in Frankfurt am Main.
- 28 Vgl. G. Kaiser: »Die Folgen einer deterministischen Sicht des Menschen (sind) viel radikaler, als die deterministischen Neurobiologen zu meinen scheinen. Ohne Wollen gibt es kein Sollen, und ohne Urteilen und Handeln nach Gründen – und nicht lediglich nach Ursachen – kein Richtig und kein Falsch. Wir können zwar, wie Singer es für angebracht hält, unsere Kinder für einen dummen Streich verantwortlich machen und Verbrecher ohne Urteil aus bloßer Zweckmäßigkeit wegsperren, aber das wäre in sich unlogisch und der etablierte Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Wir würden nicht toleranter und demütiger gegenüber Abweichlern, sondern es gäbe keine Abweichler mehr, oder wir wären alle welche.« – »War's möglich?/Gehirnzwang ist Glaubenssache«, in: *FAZ*, 17.4.04.
- 29 Der Gerechtigkeit halber sei hinzugefügt, dass die beiden Wissenschaftler nicht ausschließlich an dem gemessen werden sollten, was sie in diesem Zusammenhang vertreten. Singer äußert sich zum Beispiel verantwortungsvoll-vorsichtig zu den Möglichkeiten der Gentechnik.
- 30 Vgl. z. B. W. Rasch: *Forensische Psychiatrie*, Stuttgart 1999.
- 31 Vgl. H. J. Störig: *Kleine Weltgeschichte der Philosophie*, Frankfurt am Main: Fischer TB 2003, S. 773.
- 32 Viele Sozialwissenschaften haben für sich aus diesem scientistischen Missverständnis ein Programm gemacht, indem sie sich ausschließlich an der »naturwissenschaftlichen Methode« (oder was dafür gehalten wird) orientieren.
- 33 Im Zusammenhang mit Bewusstsein: »Durch die zunehmende Komplexität ist offenbar das passiert, was in komplexen Systemen nicht ungewöhnlich ist: Quantitative Vermehrung führt zu neuen Qualitäten.« In: »Unser Wille kann nicht frei sein«, in: *Spiegel/Extra* 4/04, S. 23.
- 34 Auf diesen Widerspruch weist H. P. Krüger hin: »Das Hirn im Kontext exzentrischer Positionierungen«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 52 (2004) 2, S. 257–293.
- 35 Z. B. im *Spiegel Extra* 4/04.
- 36 Eine entsprechende Formulierung: »Wir haben kein Problem mit der Einsicht, dass tierisches Verhalten vollkommen determiniert ist, dass die jeweils folgende Aktion notwendig aus dem Zusammenspiel zwischen aktueller Reizkonstellation und mittelbar vorausgehenden Gehirnzuständen resultiert.« W. Singer: »Selbsterfahrung und neurobiologische Fremdbeschreibung. Zwei konfliktträchtige Erkenntnisquellen«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 52 (2004).
- 37 »Wir können das Verhalten einfacher Organismen schon heute nahezu lückenlos auf die Vorgänge in deren Nervensystem zurückführen ... Vollkommen deterministisch ... Ich glaube nicht, dass wir da irgendwelchen unverhofften Schwierigkeiten begegnen werden.« W. Singer: »Hoffnung für Querschnittsgelähmte.« in: W. Singer: *Ein neues Menschenbild – Gespräche über Hirnforschung*, Frankfurt am Main 2002, S. 46–53, Zitat S. 47.
- 38 Zusammenfassend prägnant dargestellt z. B. in: M. Spitzer: *Selbstbestimmen. Gehirnforschung und die Frage: Was sollen wir tun?*, Heidelberg/Bonn 2004, S. 292 ff.
- 39 »In der Quantentheorie führen probabilistische [= mathematisch-statistische; F. D.] Zustandsbeschreibungen von Mikroobjekten zu indeterministischen Auffassungen der Kausalität«, *Enzyklopädie und Wissenschaftstheorie*, J. Mittelstraß und S. Blasche, Stuttgart/Weimar 1995, Band II, S. 375. Kausalität und Determinismus werden also nicht gleichgesetzt.
- 40 Das Wort wird – nach seiner Karriere im Nationalsozialismus, nicht gerne gebraucht. Dem *Sachverhalt* (der Methode, den Zielen der Methode) wird wiederum Bedeutung beigemessen.
- 41 *FAZ* vom 21.7.04: Auf einer Tagung in Jena mussten sich geisteswissenschaftliche Befürworter der Eugenik von Biologen sagen lassen, dass es halt nicht so funktioniert, wie sie erwarten. »Tatsächlich meinten die anwesenden Biologen zur Eugenik einheitlich, das funktioniert doch alles ohnehin nicht. Die diagnostischen Methoden würden schnell zunehmen. Doch immer handele es sich nur um Wahrscheinlichkeiten. Und das keineswegs nur als Folge unserer noch unzureichenden Kenntnisse. Die diagnostischen Methoden würden schnell zunehmen. Doch immer handele es sich nur um Wahrscheinlichkeiten. Und das keineswegs nur als Folge unserer noch unzureichenden Kenntnisse. Die diagnostischen Methoden würden schnell zunehmen. Doch immer handele es sich nur um Wahrscheinlichkeiten. Und das keineswegs nur als Folge unserer noch unzureichenden Kenntnisse. Die diagnostischen Methoden würden schnell zunehmen. Doch immer handele es sich nur um Wahrscheinlichkeiten. Und das keineswegs nur als Folge unserer noch unzureichenden Kenntnisse. Schon die Genexpression müsse man sich als prinzipiell nicht eindeutig voraussagbare Anpassung des Gens an seine Umwelt denken.«
- 42 G. Kaiser, siehe Fußnote 28.



Heiner Schmitz



Lebens Ende

Noch mal leben vor dem Tod – das ist der ein wenig saloppe und leicht irreführende Titel für ein Buch, mit dem die Journalistin Beate Lakotta und der Fotograf Walter Schels sich Gewichtiges vorgenommen haben. Mit Wort und Bild suchen sie der Verdrängung des Sterbens und dem Mangel an Erfahrung im Umgang mit Sterbenden zu begegnen. Gleichzeitig geht es ihnen darum, mit Hospiz und Palliativmedizin bekannt zu machen – Ansätzen immerhin zu einer modernen Version der *Ars Moriendi*, der Kunst des Sterbens.

Gestorben wird – so Lakotta und Schels – »im Altersheim, in der Intensivstation, am Unfallort. Dort geschieht es aber oft unerwartet, beinahe beiläufig. Hospize dagegen sind Lebensorte für Sterbende. Hier können sie – auch dank moderner Medizin – ihre letzten Tage so schmerzfrei und bewusst wie möglich zubringen. Wer hier einzieht, weiß, ... dass er Abschied nehmen muss, dass er nicht mehr viel Zeit hat, Dinge in Ordnung zu bringen, dass sein Leben bald zu Ende sein wird«. Bis auf Ausnahmen haben Lakotta und Schels die 24 von ihnen Porträtierten von Ende 2002 bis Anfang 2004 in Berliner und Hamburger Hospizen kennen gelernt. Sie begleiteten dort Menschen in der letzten Zeit ihres Lebens mit Kamera und Tonband, um von ihnen etwas über das Sterben und den Tod zu erfahren. Zu ihrer Überraschung begrüßten fast alle Kranken, die sie ansprachen, zumindest ihr Vorhaben. Und niemand in

den Hospizen, weder Personal noch Sterbende noch Angehörige, kam auf die Idee, es könnte pietätlos oder voyeuristisch sein, Menschen in der letzten Phase ihres Lebens und im Tod zu porträtieren.

Michael Laueremanns Aufenthalt im Hospiz beispielsweise dauerte nur wenige Tage. Er ist sechsundfünfzig. Auf dem Weg vom Geschäft war er plötzlich umgekippt. Das passierte bald darauf noch einmal. Im Krankenhaus hieß es dann: Hirntumor, unheilbar. Laueremann erinnert sich gerne daran, wie er es 1968 schaffte, aus der schwäbischen Enge nach Paris zu kommen und an der Sorbonne zu studieren. Er habe ein schönes Leben gehabt, habe immer wieder alle Brücken zur Familie, zu Freunden abgebrochen und bedauere das nicht. Er werde schnell sterben. In der letzten Nacht sitzt eine der Schwestern im Halbdunkel bei ihm. Sie rauchen. Laueremanns Beine tragen ihn nicht mehr, seine Zigarette kann er nicht mehr selbst anzünden. Er wollte nichts Lebensverlängerndes, erhält nur Morphium gegen die Schmerzen. Sein Körper schwindet, und er empfindet eine Art Schwerelosigkeit. »Ich glaube nicht, dass Sie heute Nacht sterben«, meinte die Schwester. Laueremann dagegen: »Ich will, dass es jetzt passiert.« Am nächsten Tag trat undramatisch der Tod ein.

Roswitha Pachollocks Hospizaufenthalt ist einer der längsten, den die Journalistin und der Fotograf miterleben. Er dauert mehr als zwei Monate. Schon zweieinhalb Jahre zehrte der Tumor an Frau Pachol-

leck, bevor sie schließlich, 46-jährig, ins Hospiz kam. Zu ihren Erfahrungen gehört ein Vorfall, wie ihn ähnlich auch andere Sterbende erleben. »Kopf hoch, es wird schon wieder«, hat neulich eine Bekannte gesagt. Das traf sie wie eine Ohrfeige. »Was soll die Heuchelei. Ich weiß doch, dass ich sterben werde.« Oft – erzählen Hospiz-Mitarbeiter – spielen Sterbende und Besucher sich gegenseitig bis zum Ende Normalität vor.

Lakottas und Schels Buch gelingt Wichtiges. Sie zeigen Menschen, die uns auf einem Weg vorangegangen sind, der heute in der Regel im Verborgenen bleibt, für den es so gut wie keinen rituellen Halt mehr gibt. Gleichzeitig wird man auf so anschauliche wie diskrete Art mit Hospizbewegung und Palliativmedizin als der für die meisten derzeit besten verfügbaren Antwort auf die Leiden Schwerstkranker und Sterbender vertraut gemacht. Das Buch zeugt schließlich auch von einer einschneidenden Erfahrung seiner Autoren, die im Vorwort bekennen: »Unsere vorsichtige Hoffnung, selbst eines Tages besser vorbereitet zu sein auf den eigenen Tod oder den eines geliebten Menschen, schlug manchmal unvermittelt in Todesfurcht um.« **Rolf Wiggershaus**

Beate Lakotta, Walter Schels: Noch mal leben vor dem Tod. Wenn Menschen sterben. München (DVA) 2004 (224 S., 71 Duotone-Abb., 39,90 €)

HARRY KUNZ

Hilfe oder Sterbehilfe

Folgt Deutschland dem niederländisch-belgischen Weg der Euthanasie?

Eine Mehrheit erwartet, dass das Sterben selbstbestimmt erfolgt und professionell begleitet wird. Auch die Bundesregierung will unter dem Motto »Patientenautonomie am Lebensende« die Wünsche des Einzelnen in den Mittelpunkt des Sterbehilferechts stellen. Bildet dies eine Alternative zu der in den Niederlanden oder Belgien geduldeten Euthanasie? Oder fördert man eine Entwicklung, an deren Ende alle, die nicht ausdrücklich ihrer Tötung widersprechen können, getötet werden können?

Niemand darf einen anderen Menschen töten«, erklärt Justizministerin Zypries bei der Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Sterbehilfe.¹ Vor dem Hintergrund deutscher Geschichte wolle man am Verbot der Euthanasie festhalten. »Aktive Sterbehilfe ist und bleibt daher verboten.« Behauptet wird, dass die angepeilten größeren individuellen Entscheidungsrechte eine schlüssige Alternative böten. Während die Bundestagsenquete »Ethik und Recht der modernen Medizin« mehrheitlich zu engen Grenzsetzungen rät, verwischt der Gesetzentwurf aus dem Hause Zypries jedoch die Grenzen zwischen Töten und Sterbenlassen. Bei formalem Weiterbestand des rechtlichen Tötungsverbots – daran dürfte kurzfristig nicht gerüttelt werden – könnte sich somit auch in Deutschland eine Praxis stillen Tötens etablieren.

Eingebettet sind die geplanten Gesetzesänderungen in ein gesellschaftliches Klima, in dem der Umgang mit Tod und Sterben nicht mehr einfach durch Wegschauen und Tabuisierung geprägt ist. Vielmehr entdeckt unsere Gesellschaft in ihrer Mitte eine wachsende Zahl ohnmächtiger, altersschwacher, siecher und abhängiger Menschen. Isolation, medikamentöse Ruhigstellung oder Zwangsernährung gehören in deutschen Pflegeheimen zur Tagesordnung. Mehrheitlich finden sich Menschen am Lebensende in Institutionen wieder, denen das Sterben fremd ist. In keiner Gruppe ist die Zahl der Selbstmorde so hoch wie bei den Hochbetagten. Leiden, Einsamkeit und vor allem das Empfinden, überflüssig zu sein, gelten als Ursachen.

Diese Realität und der sich abzeichnende demografische Wandel markieren den Hintergrund für Liberalisierungsforderungen bei der Sterbehilfe. Doch aus der Zunahme des Anteils chronisch kranker Hochbetagter folgt nicht, dass künftig

gleich einer Naturkatastrophe Heerscharen Betagter nach Schierlingsbecher und aktiver Sterbehilfe verlangen. Der Sterbewunsch ist auch ein soziales Phänomen und somit veränderungsoffen.

Veränderungen im Umgang mit Sterbenden sind unverkennbar. Hospizbewegung und Palliativmedizin erfreuen sich einer hohen Wertschätzung. Bewirken sie aber auch Verbesserungen? Unschwer ist hinter dem begrifflichen Brimborium der boomenden Palliativmedizin und der verwissenschaftlichten, qualitätskontrollierten und DIN-geprüften Pflege eine Tendenz erkennbar, die das Lebensende für den Medizinbetrieb kolonisieren will. Ziel ist ein professionell begleitetes Sterben, bei dem ein kurzer Händedruck oder ein aufmunterndes Gespräch als therapeutische Interventionen und abrechenbare Dienstleistungen gelten. Während allerorten im Sozialbereich am Abbau von Institutionen gearbeitet wird, um die Selbstbestimmung der Betroffenen zu erhöhen und um die Sozialkassen zu entlasten, wird mit den stationären Hospizen europaweit eine neue Institution aufgebaut.² Fördert die Forderung nach mehr professioneller Begleitung Todkranker somit unweigerlich eine Entwicklung, bei der Pflegebedürftige zwar offiziell als »Kunden« betrachtet, tatsächlich aber zum »Dienstleistungsobjekt« degradiert werden?

► Sterben unter Kontrolle

Hospize wollen das Sterben ins Leben zurückholen. Die stark durch ehrenamtliches Engagement getragene Hospizbewegung versteht sich als konkrete Kritik an Expertenheerrschaft und zielt auf ein praktisches Angebot, mit dem sich die aktive Sterbehilfe erübrigen soll. Palliativmedizin definiert sich nach einem Zweisäulenmodell, das neben der naturwissenschaftlich ausgerichteten Schmerzbehandlung auch den emphatischen Aspekt persönlicher Sterbebegleitung aufnimmt. Im Unterschied zum sonstigen Medizinbetrieb, dem das Sterben als fremd und unberechenbar gilt, will sie den Tod zähmen und das Sterben erträglich gestalten.

Doch faktisch gewinnen Bestrebungen an Bedeutung, Palliativmedizin und Hospize bloß als einen Sonderbereich der Medizin für »austherapierte« Patienten zu begreifen. Ein Indiz hierfür ist die gängige Praxis, durch die Gesundheitsreformen überflüssig gewordene Klinikabteilungen einfach in Palliativstationen oder Hospize umzubenennen. Der Logik

stationärer Krankenhausversorgung einverleibt ist eine normierte und durch »Fallpauschalen« finanzierte Sterbebegleitung absehbar. Am Ende droht eine »totale Institution«: Das Sterben würde nur noch unter medizinischer Kontrolle in eigens hierzu geschaffenen Institutionen stattfinden.

Zudem dominiert ein Meinungsklima, das mehrheitlich von Palliativmedizin und Hospizen ein Sterben erwartet, das belastende Aspekte des Abschiednehmens sowie die Sinnlosigkeit und Absurdität des Todes und

das damit verbundene Leiden außen vor lässt. Vor diesem Hintergrund greift die verbreitete Entgegensetzung zu kurz, die dem niederländisch-belgischen Modell der kalten Euthanasie den sanften Weg eines Ausbaus von Schmerzbehandlung und Hospizarbeit gegenüberstellt. Beide Umgangsweisen können eine inhumane Rationalisierung des Sterbens befördern. Geht es nur um eine bessere Beherrschbarkeit, so bildet eine aktive Sterbehilfe die Zuspitzung des paradoxen Konzepts vom selbstbestimmten Sterben unter fremder Kontrolle. Bekanntlich beflügelte die Hoffnung auf weniger Rechtsunsicherheit, mehr Kontrolle und bessere Qualitätsstandards auch die Legalisierung der Euthanasie in Belgien und in den Niederlanden. Doch die Wirklichkeit des Sterbens folgt nur selten diesem Ideal: 1995 lag bei 23 Prozent aller Sterbefälle in den Niederlanden ein auf ein beschleunigtes Sterben zielendes oder dies in Kauf nehmendes Handeln Dritter zugrunde, aber lediglich bei 2,4 Prozent der Sterbefälle entsprach dies einem klar artikulierten Wunsch der Betroffenen. Auch neuere Zahlen belegen die Kritik von Euthanasiegegnern, wonach die Zulassung aktiver Sterbehilfe einen Dammbreach bewirkt: Euthanasie sei nicht auf jene zu beschränken, die getötet werden wollen.³ Vielmehr folge aus dem Recht auf Tötung, dass nur der nicht getötet werden darf, der ausdrücklich nicht getötet werden will.

► Tod und Selbstbestimmung

Aus dem Selbstbestimmungsrecht folgt unstrittig, dass medizinische Eingriffe der Zustimmung des Betroffenen bedürfen. Was aber geschieht, wenn der Patient nicht mehr in der Lage ist, seine Auffassung zu äußern? In den letzten Jahren werden für diese Situation verstärkt vorab verfasste Patientenverfügungen propagiert. Rechtsverbindlich waren sie bis zu einem Beschluss des Bundesgerichtshofs vom März 2003 aber nicht. Entschieden weiter geht nun die Bundesjustizministerin: Bei nicht einwilligungsfähigen Personen sollen Vorabverfügungen in jedem Falle die behandelnden Ärzte und die gesetzlichen Patientenvertreter binden. Die vom Bundesgerichtshof und von der Enquete-Kommission »Recht und Ethik der Medizin« des Bundestages geforderte Verknüpfung eines qua Patientenverfügung proklamierten Behandlungsabbruchs mit dem Krankheitszustand des Patienten (»irreversibel tödlicher Verlauf«) will man aufgeben. Während für den Kauf eines kleinen Gartengrundstückes eine notarielle Beurkundung erforderlich ist, sollen über Tod und Leben



Hai Anh Cao

entscheidende Patientenverfügungen formlos schriftlich oder sogar mündlich überliefert werden können und dennoch volle Geltung entfalten. Ihre Wirksamkeit hängt nicht von einer vorausgegangenen ärztlichen Aufklärung ab.⁴

Viele sehen in einer Freigabe von Behandlungsabbrüchen bei entsprechenden Vorabverfügungen eine Alternative zur Euthanasie. Tatsächlich erkaufte dieser Ansatz eine fragwürdige Mündigkeit des Patienten mit der Entmündigung des Arztes und wird mit neuen rechtlichen Grauzonen den Ruf nach Freigabe aktiver Sterbehilfe noch verstärken. Warum soll eine vom Patienten authentisch gewollte tödliche Giftinjektion als Euthanasie strafbar bleiben, wenn ein ausschließlich auf den Tod abzielender Behandlungsabbruch künftig schon aufgrund eines fiktiven mutmaßlichen Patientenwillen straffrei bleibt? Ein Beispiel für diesen Problemkreis bildet die »künstliche Ernährung« bei Sterbenden, (Alters-)Verwirrten oder Komapatienten. Für sie können Magensonden und intravenöse Ernährung eine Hilfe darstellen. Doch dies gilt weithin als »unnatürliche Apparatedizin«. Zu Unrecht. Mit über 100 000 Anwendungen im Jahr bilden Magensonden schon empirisch kein außergewöhnliches Verfahren der Medizin. Auch der Verweis auf den »künstlichen« Charakter hilft nicht weiter: Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme mit leicht verdaulichen Suppen oder Breien ist von alters her eine selbstverständliche Aufgabe. Die Ernährung durch Magensonden oder eine transvenöse Zufuhr bei Schluckbeschwerden oder Verdauungsstörungen kann als eine Weiterentwicklung gelten. Insoweit ist die Argumentation jener berechtigt, die künstliche Ernährung nicht als eine therapiebezogene ärztliche Behandlung, sondern als selbstverständliche Basisversorgung begreifen. Anders die Zypries-Kommission: »Die künstliche Flüssigkeits- und Nahrungszufuhr, die zum Beispiel durch die Speiseröhre (Magensonde) oder Bauchdecke (PEG) in den Magen oder intravenös gegeben wird, die maschinelle Beatmung, die Dialyse oder die Bekämpfung einer zusätzlich auftretenden Krankheit (Lungenentzündung, andere Infektionen u. a.) sind Eingriffe, die einer sie legitimierenden Einwilligung bedürfen. Auch diese Behandlungen kann die Patientin oder der Patient ablehnen.« Im Blick hat man eine schlechte Praxis, bei der vielfach unter dem Motto »Wir wollen den Patienten doch nicht hungern lassen!« noch Sterbende an den Tropf gebunden werden. Oft liegen einer künstlichen Nahrungszufuhr personelle oder finanzielle Erwägungen zugrunde. Denn das Füt-

tern etwa bei altersverwirrten Patienten ist zeitaufwändig und personal(kosten)intensiv.

Patientenorientierte Entscheidungen sind nur unter Bezug auf die konkrete Lebenssituation möglich. Solche individuellen Entscheidungsstrategien sind durch die Sparzwänge im Gesundheitswesen ohnehin gefährdet. Statt sie zu stärken verkehren die neuen Vorschläge die bisherige Praxis ins andere Extrem: Ein vorab formulierter Verzicht auf eine künstliche Ernährung bedeutet etwa bei schweren Hirnverletzungen oder bei Alterverwirrten, dass außerhalb des Sterbeprozesses oder schon vor Einleitung eines Behandlungsversuchs (und nicht erst nach dessen Scheitern) Patienten »auf eigenen Wunsch hin« mit möglichen Schmerzen, Hunger und Durst allein gelassen bleiben und aktiv – durch das Unterlassen einer künstlichen Ernährung – ihr Tod herbeigeführt wird. Nicht die medizinische Technik hebt hier die ethische Differenz zwischen Töten und Sterbenlassen auf, sondern der handelnde Arzt. Ein starres Befolgen einer Vorabverfügung verlangt von ihm, dass er das Urteil über den Unwert eines menschlichen Lebens übernimmt und es zugleich in Kraft setzt.

► Selbstbestimmung und Entmündigung

Generell verheddern sich die Zypries-Vorschläge in der Dialektik medizinisch kontrollierter Selbstbestimmung: Einen ärztlichen Paternalismus weist man schroff zurück. »Die Freiheit des Patienten, über das Ob und das Wie der Behandlung seiner Krankheit selbst zu entscheiden, darf nicht durch das, was aus ärztlicher Sicht erforderlich und sinnvoll wäre, eingeschränkt werden.« Gleichzeitig feiern über den diffusen Begriff der »Einwilligungsfähigkeit« aber Entmündigung und Paternalismus fröhliche Urständ'. Denn die (behandeln-

den) Ärzte entscheiden, ob ein Patient kompetent ein eigenes Urteil zum Ausdruck bringen kann.⁵

Allerdings tritt das man für eine generelle Beschränkung ein: Patientenverfügungen sollen stets nur dann gelten, wenn genau der Fall beschrieben ist, um den es geht. Erwartet wird von der Bevölkerung ein hohes Maß an medizinischen Fachkenntnissen und eine ausgeprägte Fähigkeit zu abwägenden moralischen Urteilen. Tatsächlich sind Patientenverfügungen häufig schwammig formuliert und spiegeln die innere Ambivalenz gegenüber dem verdrängten Sterben. Typisch sind Wertungswidersprüche zwischen einzelnen Festlegungen (Wie soll etwa verfahren werden, wenn Betroffene einerseits ausführen, möglichst lange leben zu wollen, aber lebenserhaltende Maßnahmen ablehnen?) und interpretationsoffene Begriffe wie »unwürdiges Dahinvegetieren«, »qualvolles Leiden«, »Apparatemedizin«.

Gewinnen Vorabverfügungen dennoch an Relevanz, verliert die eigene Erfahrung mit künstlicher Ernährung, anhaltender Hilflosigkeit und Schwäche an Bedeutung. Vorab gebildete Vorstellungen und Ängste vor Behinderung und Abhängigkeit entscheiden. Die Würde eines konkreten Menschen manifestiert sich nicht mehr (auch) in seiner gegenwärtigen Situation zum Entscheidungszeitpunkt, wo auch Demente oder Personen im Wachkoma ihre Bedürfnisse durch körperliche Reaktionen oder Gesten zum Ausdruck bringen können. Ausschlaggebend ist allein eine Würde, die sich aus dem vorausgegangenen Lebensentwurf speist, dem womöglich ein Angewiesensein auf Andere unerträglich erscheint.⁶ Fraglos können Menschen im Angesicht von Verfall, Behinderung und Siechtum ihren Lebensmut verlieren und verzweifeln. Möglich ist aber auch ein Umgehenlernen, das Zeit benötigt. Vorabverfügungen schneiden Menschen von dieser Option ab: Im Namen der Selbstbestimmung werden Kranke so von ihrem authentischen Erleben und ihrer Körperwahrnehmung abgespalten. Wie in der modernen Medizin erst der Blick auf Blutdruck, Cholesterinspiegel und Mess-elektroden verrät, ob ich gesund bin oder mich nur so fühle, so wissen künftig die in Vorabverfügungen gepackten Alltagsvorstellungen und Stereotype über Krankheiten und Behinderung mehr vom Kranken als er selbst – eine perfekte Entmündigung

Zwar wollen viele Menschen aus prinzipiellen oder pragmatischen Überlegungen keine Vorabentscheidungen über ihr Lebensende treffen.⁷ Dennoch ist unstrittig, dass andere in die Zukunft gerichtete Behandlungsentscheidungen als Teil ihres Selbstbestimmungsanspruchs begreifen. Auch aufgrund der wachsenden Zahl von Demenzzkranken werden Patientenverfügungen oder Angehörige, die den Patientenwillen vertreten, künftig eine höhere Bedeutung erlangen. Doch dem in der medizinethischen Diskussion entwickelten Anspruch auf eine informierte Zustimmung des Patienten (»informed consent«) können Vorabverfügungen generell nicht genügen, weil die Abwägung von Behandlungsalternativen immer in eine konkrete Krankheitsdynamik eingebunden ist, die sich nicht antizipieren lässt. Der im Gesetzentwurf vorgeschlagene Weg eines Verzichts auf Mindeststandards ist gleichwohl inakzeptabel, zumal Verfügungen auch dann eine bindende Wirkung entfalten sollen, wenn

LITERATUR

- Akademie für Ethik in der Medizin e. V. (Hrsg.): *Passive und indirekte Sterbehilfe. Eine praxisorientierte Analyse des Regelungsbedarfs gesetzlicher Rahmenbedingungen in Deutschland*. Empfehlung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe in der Akademie für Ethik in der Medizin e. V., Göttingen, Juni 2003, www.aem.online.de/amin.htm
- Brudermüller, G./Marx, W./Schüttauf, K.: *Suizid und Sterbehilfe*, Würzburg, Verlag Königshausen & Neumann 2003, 244 S.
- BMJ (Hrsg.): *Eckpunkte zur Stärkung der Patientenautonomie*, Berlin, November 2004, <http://www-bmj.de>
- BMJ (Hrsg.): *Patientenautonomie am Lebensende. Ethische, rechtliche und medizinische Aspekte zur Bewertung von Patientenverfügungen*. Bericht der Arbeitsgruppe, Berlin, 2004 www.bmj.bund.de/media/archive/695.pdf
- Czerner, Frank: *Das Euthanasie-Tabu. Vom Sterbehilfe-Diskurs zur Novellierung des § 216 StGB*, Dortmund: Humanitas Verlag 2004, 107 S.
- Deutscher Bundestag: *Patientenverfügungen*. Zwischenbericht der Enquete-Kommission Ethik und Recht der modernen Medizin, Drucksache 15/3700, Berlin 2004 http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/ethik_med/berichte_stellg/04_09_13/Zwischenbericht_Patientenverfuegungen.pdf
- Giger, H.: *Reflexionen über Tod und Recht. Sterbehilfe im Fokus von Wissenschaft und Praxis*, Orell Füssli Verlag, Zürich 2000, 367 S.
- Gronemeyer, R./Loewy E. (Hrsg.): *Wohin mit den Sterbenden? Hospize in Europa – Ansätze zu einem Vergleich*, LIT-Verlag, Münster 2002, 195 S.
- May, A./Geißendörfer S./Simon A./Strätling, M. (Hrsg.): *Passive Sterbehilfe: besteht gesetzlicher Regelungsbedarf?* Impulse aus einem Expertengespräch der Akademie für Ethik in der Medizin e. V., LIT-Verlag, Münster 2003, 195 S.
- Möller, Peter Alexander (Hrsg.): *Die Kunst des Alterns*, Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang 2001
- Müller-Busch, H. Ch. (2003): *Zwischen Fürsorge und Selbstbestimmung. Über die Grenzen von Patientenautonomie und Patientenverfügung*. Forum des Nationalen Ethikrats, Berlin, Juni 2003, 8 S., www.ethikrat.org/texte/pdf/FB_2003-06-11_Mueller-Busch.pdf
- Tolmein, Oliver: *Selbstbestimmungsrecht und Einwilligungsfähigkeit*, Mabuse Verlag, Frankfurt am Main 2004, 311 S.

noch gar kein tödlicher Krankheitsverlauf vorliegt. Patientenverfügungen müssen vielmehr dezidierten Voraussetzungen genügen.⁸ Solche Regularien sind auch notwendig, weil der Umgang mit Patientenverfügungen erhebliche sozialpolitische Konsequenzen hat. Eine mehrheitliche Ablehnung medizinischer Maßnahmen in der Sterbephase würde angesichts der Konzentration von Gesundheitsausgaben am Lebensende in erheblichem Maße Gelder freisetzen. Ein vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten fordert deshalb, dass insbesondere ältere Menschen »... vor der Ausübung eines subtilen Druckes bewahrt werden, der ihnen nahe legt (womöglich aus ökonomischen Gründen) rechtzeitig eine Verfügung zu stellen.«

► Töten ist kein Sterbenlassen

Zwar haben die in Deutschland zulässigen Varianten der passiven und indirekten Sterbehilfe durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes eine deutliche Kontur gewonnen. Dennoch besteht seit Jahren die plausible Forderung, dass entsprechende Regelungen vom Gesetzgeber zu treffen sind, um Rechtsverbindlichkeit und Klarheit zu schaffen und um die Handlungssicherheit der Ärzte zu stärken.

Tatsächlich gibt es im Umgang mit Sterbenden und bei der Schmerzbehandlung eklatante Wissensdefizite. Viele Ärzte können nicht klar zwischen legalen und illegalen Formen der Sterbehilfe unterscheiden. Noch immer ist die Vorstellung verbreitet, der Abbruch einer begonnenen Therapie am Lebensende käme stets einer verbotenen Euthanasie gleich. Eine effektive Schmerzbehandlung scheitert häufig an administrativen Problemen der durch die Betäubungsmittelverordnung regulierten Opiatanwendung oder beruht auf eklatanten Ausbildungsdefiziten im Bereich der Schmerz- und Palliativmedizin und der unter Medizinern vorherrschenden Orientierung auf technologische Machbarkeit, die psychosoziale Kompetenzen und eine Reflexion über Grenzsituationen gering schätzt. Änderungen des Strafrechts ändern an diesen Ursachen wenig.⁹ Stattdessen droht nun im Namen rechtli-



Edelgard Clavey

cher Klarheit, dass die Grenzziehung zwischen Euthanasie und anderen Formen der Sterbehilfe verwischt wird. Denn die Realität einer Intensivstation macht die Unterscheidung zwischen natürlichem und unnatürlichem Sterben nicht überflüssig.

In einer humanen Medizin geht es stets um die Wiederherstellung der durch Krankheit beeinträchtigten Eigenständigkeit. Das Sterbenlassen gehört zu dieser Verantwortung für die Autonomie des anderen, wenn durch medizinische Eingriffe ein eigenes Leben nicht wiederhergestellt werden kann. Ein Tod auf Wunsch hingegen zerstört die Autonomie. Ein Einfallstor für das Verwischen dieser Differenz bildet die Forderung, dass eine »terminale Sedierung« (eine Infusion bewusstseinsvernebelnder Medikamente) zur gezielten »Dämpfung des Bewusstseins bis hin zu dessen Ausschaltung« rechtlich zulässig sein soll. Sicherlich mag es Ausnahmefälle geben, in denen eine Lebensverkürzung in Kauf genommen werden darf, um eine fachgerechte Schmerz- und Symptomkontrolle zu erreichen. Ziel des Handelns ist die Förderung der Autonomie des Patienten, der in der letzten Lebensphase nicht durch Schmerzen in seiner Integrität zerstört werden soll. Als Rechtsnorm formuliert eröffnet dies aber eine weitestgehende Möglichkeit bei fortgeltendem Verbot der Tötung auf Verlangen den Tod zu beschleunigen. Unabhängig davon, ob das Grundleiden einen irreversiblen tödlichen Verlauf genommen hätte, soll medizinisches Handeln allein aufgrund des erklärten oder mutmaßlichen Patientenwillens das Sterben *aktiv* und *billigend* herbeiführen. Die ethische Grenze zur Euthanasie wäre gefallen. ◀

1 Alle folgenden Zitate aus: BMJ (Hrsg.): Eckpunkte zur Stärkung der Patientenautonomie, Berlin 2004; BMJ (Hrsg.): Patientenautonomie am Lebensende. Ethische, rechtliche und medizinische Aspekte zur Bewertung von Patientenverfügungen. Bericht der Arbeitsgruppe, Berlin 2004.

2 Ausführlich hierzu: R. Gronemeyer, E. Loewy (Hrsg.) (2002): *Wohin mit den Sterbenden? Hospize in Europa – Ansätze zu einem Vergleich*, Münster.

3 F. Oduncu, W. Eisenmenger: Geringe Lebensqualität. Die finstere Praxis der Sterbehilfe in Holland. *Süddeutsche Zeitung*, 17.7.03

4 Offen bleibt, wer entscheidet, welche Äußerungen der Patient gemacht hat. Welcher ist Folge zu leisten, wenn unterschiedliche Aussagen vorliegen?

5 »Eine Person ist einwilligungsfähig, wenn sie über die für die Entscheidung erforderliche natürliche Einsichts-, Urteils- und Steuerungsfähigkeit verfügt. Daher können auch

Minderjährige und Betreute einwilligungsfähig sein. Die Einwilligungsfähigkeit ist bezogen auf die anstehende ärztliche Behandlung zu beurteilen.« Auch im Betreuungsrecht soll klargestellt werden, dass etwa bei Koma-Patienten keine Zustimmung des Vormundschaftsgerichts für den Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen erforderlich ist, wenn ein vom Patienten bestellter Bevollmächtigter dies fordert. Fehlt eine Verfügung, soll der Bezug auf den realen Patientenwillen vollends aufgegeben werden zugunsten einer Fiktion Dritter: Ein Einvernehmen von Arzt und Betreuer darüber, was der Patient mutmaßlich will, reicht demnach aus um einen Behandlungsabbruch zu legitimieren.

6 In dieses Bild passt die Forderung der Zypriens-Kommission, dass (interpretationsoffene) Verhaltensweisen und Gesten von Nichteinwilligungsfähigen nicht zu einer Revision der in der Patientenverfügung festgelegten Vorgehensweisen führen.

7 US-amerikanische Untersuchungen zeigen, dass die Zu-

stimmung zu Patientenverfügungen je nach ethnischer und sozialer Herkunft variiert. Einzelne, nicht repräsentative Untersuchungen in Deutschland deuten daraufhin, dass die Bereitschaft zu Patientenverfügungen bei schwer Kranken geringer ist als unter Gesunden.

8 Erforderlich ist, dass sie schriftlich abgefasst werden, dass eine Aufklärung vorausgeht, und dass ein individueller Text entsteht, der regelmäßig aktualisiert wird. Entscheidungen eines Vertreters oder Betreuers, die das Sterben der Patientin oder des Patienten zur Folge haben können, sollten grundsätzlich einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen. (Vgl. hierzu den Bericht »Patientenverfügungen« der Bundestagsenquete).

9 Will man eine verbesserte Schmerzbehandlung mit den begrenzten Mitteln des Strafrechts erreichen, so böte sich eher an, eindeutig das Unterlassen einer gebotenen Schmerzmedikation als Körperverletzung zu fassen.



Roma in Stadt und Land

1



2



3

Ein Fotoessay von Vít Šimánek, Karel Tuma und Matúš Zajac – Text: Ute Raßloff

Im erweiterten Europa werden die Roma mit geschätzten 6–8 Millionen Menschen die größte paneuropäische Minderheit sein, oft ausgegrenzt und in dramatischen sozialen Verhältnissen lebend. Unsere Vorstellungen über das Leben der Roma sind jedoch oft verschwommen und klischeehaft. Die Inkompatibilität zwischen vielen abendländisch-modernen Wertvorstellungen und denjenigen der Roma birgt ein enormes Konfliktpotenzial, erklärt aber auch manche Berührungspunkte. Was wir brauchen, sind differenzierte Kenntnisse – und zuverlässige Bilder.

Die hier präsentierten Roma-Fotos stammen von drei jungen, mehrfach preisgekrönten Fotografen aus Tschechien und der Slowakei. Vít Šimánek, geb. 1973, ist Sanitäter in Prag und studiert Fotografie in Opava (*Foto 2 und 5*); Karel Tuma, geb. 1975, begann nach der Handelsakademie Fotografie an der Prager FAMU zu studieren (*Foto 1, 3 und 6*). Matúš Zajac, geb. 1971, gelernter Fotograf, hat sein Fotografiestudium in Prag und Bratislava abgeschlossen, er ist nun Fotograf beim slowakischen Parlament (*Foto 4, 7 und 8*).

Die Drei verbindet die Thematisierung sozialer Probleme, meist in Langfristprojekten. Ge-

meinsam gründeten sie 2003 die Tschecho-Slowakische Gruppe von Dokumentarfotografen »Auf geraden Beinen«. Das meint Geradlinigkeit, aufrechten Gang, unverstellten Blick. Es meint eine Rückhaltlosigkeit, die Leben und Arbeit nur mit vollem Einsatz akzeptiert. Die Ästhetik ihrer Fotos schwingt zwischen einem unbedingten Wahrheitsanspruch und der Suche nach subjektivem künstlerischen Ausdruck. Hierbei unterscheiden sich ihre Wahrnehmungen ebenso wie die fotografierten Orte:

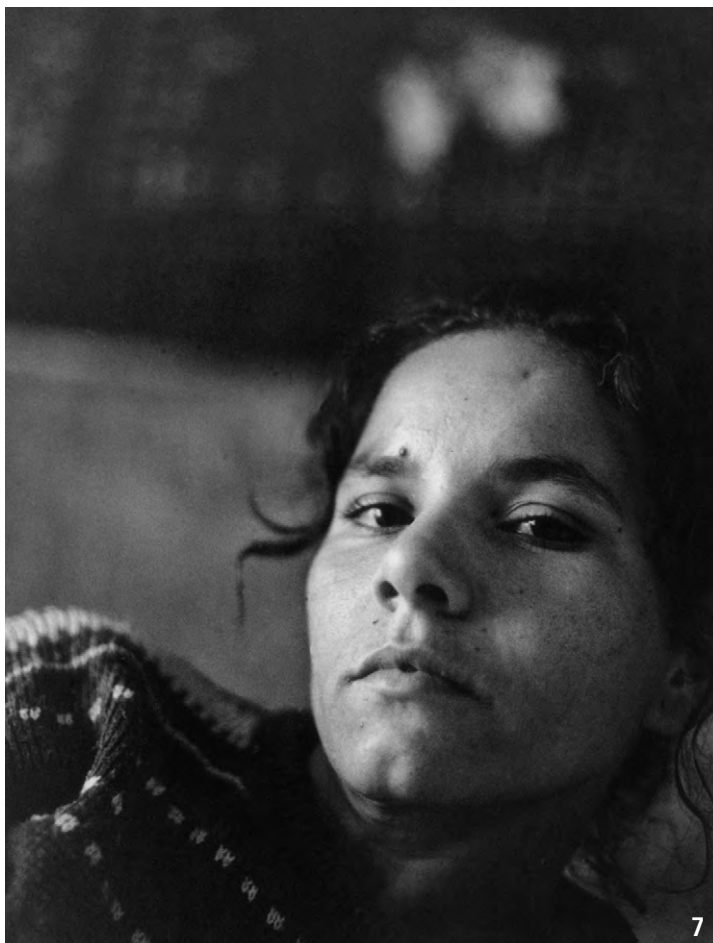
Vít Šimánek begann im Krankenhaus die Welt derjenigen, die er täglich betreut, zu dokumentie-



4



5



7



6



8

ren. Sein urbaner Fotozyklus »Republik Zizkov« hält Szenen aus einem legendären Prager Innenstadtbereich fest. Bekannt für seine Kneipen, Fußballplätze und Rockkonzerte, zieht die Szene dort Ukrainer, Chinesen, Vietnamesen und junge Amerikaner an – die städtischen Roma sind mittendrin. Šimáněks Fotos leben von der Intensität des unerwarteten Moments, sie sind expressiv und steigern sich manchmal bis ins Surreale.

Die Aufnahmen aus dem Zyklus »Zwischenwelten« von Karel Tuma entstehen seit 1998 in der Hohen Tatra und in der Zips, dort, wo sich Zigeunersiedlungen bei fast jedem Dorf befinden.

Tuma sucht die Orte in größeren Abständen für zwei bis drei Wochen auf, spricht mit den Menschen, schließt Kontakte, kennt die Familiengeschichten und kommt wieder. Dann bringt er die Fotos vom letzten Besuch mit, die einen Ehrenplatz neben den Heiligenbildern an der Wand erhalten. Oft perfekte Milieustudien, legen die Aufnahmen Zeugnis darüber ab, »wie es dort wirklich aussieht«. Trotz ihrer Härte sind sie voller Respekt gegenüber den Anderen, voller Dynamik und mitreißender Vitalität.

Matúš Zajac ist ein Porträtist. Seine »Roma-Porträts« entstanden in Siedlungen bei Poprad

– auch in jenem Ort, von dem Karl Markus Gauß im Buch *Die Hundeeser von Svinia* so erschütternd berichtete (siehe *Kommune* 3/04). Zajac konzentriert sich beim Menschen auf das Gesicht, er sucht das Wesen, das aus den Augen strahlt. Als geduldiger Fotograf wartet er, bis er eine innere Resonanz, eine Erwiderung in den Blicken spürt. In seinen Porträts entdecken wir, wie es in einem Text zu ihnen heißt, »Augenblicke der Reinheit und des inneren Scheins. Augenblicke intensiver Visualität und einer schimmernden, ja mystischen Schönheit.«

PETER MOSLER

Aufklärung statt Monumentalisierung

Ein Gespräch mit Gerhard Schoenberner, dem ersten bundesrepublikanischen Aufklärer über den Holocaust

Erst fünfzehn Jahre nach dem Nazi-Terror »war das Klima für das Buch »Der gelbe Stern« plötzlich da« – für das erste große Aufklärerwerk in Deutschland über die Verbrechen gegen deutsche Bürger jüdischen Glaubens und über den Holocaust. Aus dem Gespräch, das Peter Mosler mit dem auch heute noch weitgehend hinter seinem Werk verborgenen Autor und Filmemacher führte, entrollt sich das Bild eines unbequemen Zeitgenossen.

Gerhard Schoenberner, auf Ihrem Schreibtisch liegen Korrekturfahnen eines neuen Buches. Sie sind 1960 der Erste gewesen, der in der BRD über NS-Judenverfolgung geschrieben hat. Das war das Jahrhundertwerk »Der gelbe Stern«. Wie kann man heute, nach den zahlreichen Veröffentlichungen, noch über den Holocaust schreiben?

Da muss ich Sie enttäuschen, es ist eigentlich kein neues Buch, sondern es ist eine überarbeitete, revidierte, erweiterte Fassung des alten. Einige Leute in Amerika hatten die Idee, das Buch müsste noch einmal erscheinen, weil es eine Art Klassiker geworden ist. Es hat sich in der Überarbeitung bei kritischer Durchsicht des Materials und auch aus technischen Gründen – anderer Seitenumbruch und Satzspiegel – in Teilen etwas Neues entwickelt, aber es ist kein neuer Ansatz dem Thema gegenüber. Das Buch erscheint in New York.

Gehen wir zu Ihrer Lebensgeschichte. Sie sind 1931 in Neudamm bei Küstrin geboren.

Ja, mein Elternhaus ist ein evangelisches Pfarrhaus, und die »Bewegung«, die Nazi-Bewegung ist von der Familie als fremd und feindselig empfunden worden – was auch damit zu tun hat, dass mein Vater aus einer Berliner Familie kommt, in der russische, französische, polnische Namen zur Familiengeschichte gehören, das heißt von den Hugenot-

ten bis nach Osteuropa gab es alle möglichen Verwandtschaften. Der engste Freund meines Vaters war ein Medizinstudent, der später am jüdischen Krankenhaus als leitender Arzt arbeitete, der Bruder meines Vaters war der Chefredakteur des *Simplicissimus* ...

... Franz Schoenberner...

Er musste 1933 Deutschland verlassen. Meine Lieblingstante, die später von den Nazis getötet wurde, war unser Kurier zu ihm. Ich habe kürzlich die Briefe gefunden, die meine Großmutter ihrem Sohn ins Exil geschrieben hat, und da liest man in jedem Brief, versteckt in den Mitteilungen über die Anpflanzungen von Geranien auf dem Balkon, Hinweise darauf, wie schlecht es vielen Freunden geht. Kurz, es gab viele Gründe, nicht von der Nazi-Welle erfasst zu werden. Eine gewisse Isolation schärft den beobachtenden Blick, und Kinder nehmen viel mehr wahr, als Erwachsenen lieb ist. So war es auch bei mir. Ich war der Einzige im Ort, der nie eine Pimpfen-Uniform trug.

In meinem Heimatort gab es einen jüdischen Fabrikdirektor, ein sehr freundlicher und lebenswürdiger Mann, der mit einem braunen, schwarz gefleckten Airedale-Terrier jeden Tag in sein Büro ging und der immer für kleine Jungens, auch für mich, Fünfzig-Pfennig-Stücke bei sich hatte. Er wurde eines Tages verhaftet, man sagte, er sitzt im Amtsgericht, und ich bin sofort in seine Wohnung gerannt und fand eine weinende Haushälterin und in der Wohnung zerbrochene Gläser, aufgerissene Schranktüren, geöffnete Schubladen – das ist meine Erinnerung, wenn ich lese »Deportation von Juden«. Aber die Leute guckten ja nicht hin. Ich weiß noch, dass ich nach dem Krieg Leute aus meinem Ort fragte, ob sie sich entsinnen, dass in der Hauptgeschäftsstraße einige Läden an Stelle von

Schaufenstern Holzverschalungen hatten, den ganzen Krieg über. Sie sagten: »Ja, ja, ja«. Und als ich fragte: »Können Sie sich auch entsinnen, wieso es dazu kam«, sagten alle: »Nein, daran können wir uns nicht erinnern«. – Ich bin dazu erzogen worden, hinzugucken, dabei ist es auch nach dem Kriege geblieben.

Wie ging es weiter nach dem Krieg? Sie kamen nach Berlin.

Ja, wir kamen nach Berlin, ich habe hier mein Abitur gemacht, anschließend als Werkstudent gearbeitet, abends an der Hochschule für Politik studiert, die später das Otto-Suhr-Institut wurde. Nach drei Semestern konnte ich an die FU wechseln, und ich habe mich von Anfang an politisch betätigt, bei einer Studentengruppe der Christlich-Jüdischen-Gesellschaft, bei der Humanistischen Union, schließlich beim SDS, damals noch recht brav und parteifromm, dessen Monatszeitschrift *Der Standpunkt* ich eine Reihe von Jahren redigierte und, um die Wahrheit zu sagen, auch zu drei Viertel selber geschrieben habe.

Sie hatten über die Zeitschrift Kontakt zu Po Prostu?

Ja, die polnischen Redakteure hatten Kontakt zu uns aufgenommen nach dem so genannten Polnischen Oktober 1956, eine dramatische Situation, als in Gegenwart der sowjetischen Panzer eine kleine Revolution auf dem Parteitag der polnischen Kommunisten stattfindet, auf dem Gomulka wieder gewählt wird, der auch ein Verfolgter des Stalinismus war. Damit beginnt eine Liberalisierung in Polen, und ein Sprachrohr der neuen Zeit war *Po Prostu*. Diese Leute interessierten uns, sie luden uns ein, und wir sind im Frühjahr 1957 nach Polen gereist. Wir haben Warschau, Krakau kennen gelernt und natürlich Auschwitz, das damals eine *terra incognita* war. Dieser Besuch in Auschwitz,

aber noch mehr in Birkenau, brachte uns zu der Frage, wie man diese Erfahrung in Deutschland vermitteln könnte. Entstanden ist daraus die erste große dokumentarische Ausstellung »Die Vergangenheit mahnt«, die sowohl die Geschichte der Juden in Deutschland behandelte wie als Kernstück auch die Verfolgung und Ausrottung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten. Diese Ausstellung war in der großen Halle der Kongresshalle zu sehen. Die politische Auseinandersetzung kam dann auch – nur anders, als wir sie erhofft hatten. Wir waren auf öffentliche Mittel angewiesen und mussten einen Veranstalter finden, das war die Internationale Liga für Menschenrechte. Wir bekamen öffentliche Mittel, aber die Geldgeber wollten aus der Ausstellung alle Leute entfernt sehen, die im Dritten Reich führende Rollen eingenommen hatten und die in der Bundesrepublik auch wieder eine führende Position hatten: Globke, Adenauers rechte Hand, Oberländer, Minister der Regierung, und Maunz, Vorsitzender der Rektorenkonferenz, die sollten entfernt werden.

Wir mussten uns fügen. Aber ich habe in der Eingangshalle eine Wand mit vergrößerten Zeitungsausschnitten gemacht, die zeigen sollte, dass die Vergangenheit nicht vergangen ist. Die Tafel wurde nachts weiß überstrichen – da kamen die Namen natürlich wieder hervor. Am Tage der Eröffnung der Ausstellung, dem 8. April 1960, hat Oberländer sich von seinem Amt beurlauben lassen ... Die Ausstellung ist dann später in Frankfurt im Römer, in Planten und Bloomen in Hamburg, im Reiß-Museum Mannheim und in der Gruga-Halle Essen gezeigt worden.

Das Jahr 1960 ... dem sind die Hakenkreuzschmierereien im Jahre 1959 vorausgegangen, die aber eine so erregte öffentliche Reaktion hervorriefen, dass später das Wort von der »Zweiten Gründung der BRD« aufkam.

Sie mögen lachen über mich, aber ich habe dieses Wort noch nie gehört. Ich glaube, dass diese »Zweite Gründung« später ist. 1972, nach der Kubakrise und dem Beginn einer Politik der *detente* gibt es auch in der Bundesrepublik eine gewisse Lockerung, die Möglichkeit, über Themen zu sprechen, die vorher tabu waren.

... aber 1960 ist auch das Jahr, in dem Der Gelbe Stern erscheint.

Ja, ich bin dann, kaum war die Ausstellung zu Ende, noch mal losgefahren in die mir bekannten Institute im Ausland und habe für mein Buch weiter gesucht, das dann auch ziemlich rasch erschien, Ende des Jahres. Das



Umschlag der Erstausgabe des Buches von Gerhard Schoenberner im Jahre 1960

war ein Ritt über den Bodensee, und es war nur möglich, weil die Leute, die das gedruckt haben, politisch sehr engagiert waren ...

... das war Rütten & Loening in Hamburg ...

... und der Verlagsdirektor, Karl Ludwig Leonhardt, war gleichzeitig Cheflektor vom Bertelsmann-Lesering. Er hat es ermöglicht, dass ich mit meiner Frau Mira in einem Hotel saß, in unmittelbarer Nähe der Druckerei. Wir haben uns sozusagen die Kapitel aus der Hand gerissen, und sofort wurde produziert. Es hatte seinen Grund: Durch diese Nazi-Schmierereien war das Klima für das Buch plötzlich da.

Das glaube ich auch. Der gelbe Stern hat einen bestimmten emotionalen Kern getroffen. Sie haben das Buch begonnen mit einem Zitat von Thomas Mann, in dem es unter anderem heißt: »Einst tut not für den Neubeginn: Es ist die volle und rücksichtslose Kenntnisnahme entsetzlicher Verbrechen.«

Mein Lektor war Rolf Hochhuth. In einem Gespräch sind wir auf die Idee gekommen, das Zitat von Thomas Mann an den Anfang zu setzen. Wir fanden, was da anklingt, war genau das, was wir dachten und was wir beabsichtigten, die Bereitschaft zur nüchternen Kenntnis-

nahme dessen, was war und was keiner hören wollte. Die ganze Bundesrepublik ist ja, wenn wir offen reden wollen, von Nazifunktionären aufgebaut worden, nicht nur der Geheimdienst, auch die Kriminalpolizei, die Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, die Universitäten zum großen Teil. Die alten Eliten begriffen: Wir werden wieder gebraucht. Die politischen Umstände des Kalten Kriegs haben dazu geführt, dass jeder Ansatz dieser von Thomas Mann geforderten Selbstbefragung unmöglich gemacht wurde. Der ganze bürokratische Apparat war durchsetzt von Nazis, Akten verschwanden, und gesuchte Personen wurden gewarnt.

Ich möchte noch einmal zurückkommen zu dem Buch Der gelbe Stern. Der Lektor war Rolf Hochhuth, er ist Jahrgang 1931 wie Sie, und sein Stück Der Stellvertreter wird 1963 aufgeführt. Hat es eine intensive Kooperation über das Thema bei Ihnen beiden gegeben?

Natürlich gab es sehr intensive Diskussionen, und Hochhuth hat mich an seiner Arbeit teilnehmen lassen. Während *Der gelbe Stern* in Druck ging, saß er an seinem Stück. Wir haben uns immer ausgetauscht. Wir waren gewissermaßen im gleichen Gelände, wenn auch auf verschiedenen Feldern.

Welche Startauflage hat Rütten & Loening gedruckt?

Wenn ich das wüsste ... – ich glaube, es waren 5000. Was uns gerettet hat, war, dass die Leute von Bertelsmann sich relativ rasch entschlossen haben, das Buch in den Lese-ring zu nehmen. Das hat das Buch bekannt gemacht. Der Verteilungsapparat hat Leute erreicht, die nie im Leben im Buchladen danach gefragt hätten.

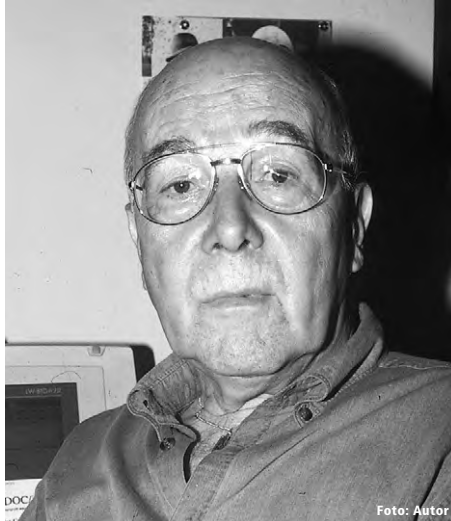
Ich möchte noch über die Integration von Text und Bild in *Der gelbe Stern* sprechen. Mir hat sich das Titelbild mit der alten jüdischen Frau ins Gedächtnis eingebrannt, und zugleich weiß ich, wie informationsreich der Text ist. Da ist eine Integration von Text und Bild gelungen, die auch wenig interessierte Menschen diesem Thema näher bringen könnte. Sie haben eine enge Beziehung zum Film, und das hat sich hier ausgezahlt.

Der Versuch war, Dokumente zu zitieren, die das Grundgesetz des Handelns geben, und dann Beschreibungen von Tätern, Beobachtern oder Opfern. Nach diesem Textteil eine in sich geschlossene »Bilderzählung«, wenn man so will. Wir wollten auch, dass Bild und Text sich gegenseitig erklären, auch im Widerspruch, indem man die Propaganda dem Bild gegenüberstellt. Dieses System der Montage schien uns am besten geeignet, einerseits um einen Überblick zu geben und auch um die Dimensionen des Verbrechens in seinen Einzelheiten sichtbar zu machen für Leute, die nicht das Interesse und die Zeit haben und die vielleicht auch nicht bereit sind, wissenschaftliche Werke über ein Sonderthema zu studieren. Das, was ein normaler politisch oder geschichtlich interessierter Leser wissen sollte, in komprimierter Form zu liefern, war meine Absicht.

Danach habe ich *Zeugen sagen aus* geschrieben, in dem ich die Texte, ohne Bilder, sozusagen auch »filmisch«, in Schnitt und Gegenschnitt montiert habe.

Wir befinden uns nunmehr im Jahre 1961, dem Jahr des Eichmann-Prozesses.

Der Eichmann-Prozess ... Es gab eine kleine Beobachterdelegation von jungen Publizisten, und ich wurde mit der Delegationsleitung betraut. Wir waren fünf oder sechs Leute. Das war mein erster Besuch in Israel. Dann der Prozess: Ich war tief berührt davon, auf der Zeugenbank lauter Leute zu sehen, die für mich fast so etwas wie literarische Figuren waren, weil ich sie aus dem Studium der Dokumente und der Augenzeugenberichte kannte. Es war für mich unglaublich, dass sie plötz-



lich als lebendige Menschen vor mir standen. – Oder als ich in Yad Vashem war. Ich wurde dort freundlich begrüßt, weil sie alle von meiner Ausstellung wussten, von dem Buch, und bis ich das Haus betrat, hatte man mich schon darauf vorbereitet, dass die Ausstellung, die man in aller Eile wegen des Prozesses hatte aufbauen müssen, zu erheblichen Teilen aus den Fotos meines Buches stammte – nur, in der Ausstellung der Bücher zum Thema Eichmann fehlte *Der gelbe Stern*. Dass aus Deutschland so etwas kommt, passte nicht ins Bild. Und als die fremdsprachigen Ausgaben erschienen, zum Teil ganz kleine Editionen, norwegisch oder schwedisch, wurde das Buch von einem israelischen Gewerkschaftsverlag angenommen. Es wurde komplett übersetzt, *Der gelbe Stern* liegt auf Hebräisch vor – aber aus irgendeinem Grunde ist die Produktion nie erfolgt.

Danach kam der Auschwitz-Prozess in Frankfurt. Auch an dem haben Sie teilgenommen.

Ja, nur ganz kurz. Es war ja auch eine Geldfrage. Ich habe den Prozess kurze Zeit erlebt und habe dann die großartigen Reportagen von Naumann in der *FAZ* gelesen, die dann die Grundlage für *Die Ermittlung* von Peter Weiss bildeten. Später kam Weiss zu mir, um sich Material zu besorgen. Er hat die ganze Nacht hier gesessen, und wir haben die Literatur durchgesehen. Er hat einen ganzen Koffer voll Bücher mitgenommen, weil er sich in das Thema einarbeiten wollte.

Ich habe dann zwölf halbe Stunden über Ideologie und Propaganda im Spielfilm des Dritten Reiches für alle Dritten Programme der ARD gedreht. Das kam mir sehr entgegen, weil ich mich nicht auf die Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden festlegen lassen wollte.

Ich hoffte danach, man könnte die in *Der gelbe Stern* präsentierte Form auch für andere

Themen benutzen. Ich dachte viele Jahre über ein Buch zu dem zweiten großen Verbrechen nach, dem Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion. Die größte Opfergruppe, die es gibt, sind die slawischen Völker gewesen. Dieses Buch wollte ich machen, und es ging nicht. Weder fand ich einen Verlag, der es machen wollte, noch konnte ich mich mit den Russen einigen, die mir erklären wollten, wie ich das Ganze politisch, historisch und ideologisch aufzubauen hätte, bevor sie mir ihre Archive öffneten.

Ich habe dann ein Buch gemacht, von dem ich hoffte, es könnte in den aktuellen Auseinandersetzungen etwas bewirken, über den Krieg in Vietnam, und ich habe gesehen, dass man so ein Buch nicht machen kann, wenn man nicht einen Sender, einen Verlag oder eine große Illustrierte hinter sich hat. Es war, um es in einem dem Thema entsprechenden Bild auszudrücken, der Versuch, mit einem Fahrrad hinter einem Hubschrauber herzufahren. Ich habe es trotzdem gemacht, sehr viel Kraft und Mühe investiert und mein ganzes Geld, das ich hatte, dabei verbraucht. Schließlich ist es gescheitert, weil eine große internationale Koproduktion, die Feltrinelli, Rowohlt, Edition du Seuil unter anderen planten, am Ende platzte – und dann begannen auch schon die Friedensverhandlungen ...

In dieser Situation kam 1973 ein Angebot vom Auswärtigen Amt, nach Israel, nach Tel Aviv zu gehen. Damals sollte ein deutsches Kulturzentrum eingerichtet werden. Das Goethe-Institut wollte niemanden dafür abstellen, und das Institut selbst konnte deutsche Kultur nicht in Israel präsentieren, denn dafür wäre eine Knesseth-Debatte notwendig gewesen, an der die BRD kein Interesse hatte. Das Auswärtige Amt fragte bei den bekannten Kulturrepräsentanten nach, Reich-Ranicki, Heinrich Böll, Günther Grass, und alle sagten: »Nehmt doch den Schoenberner, der hat doch diese zwei Bücher gemacht und die Ausstellung, der ist doch ausgewiesen.« So kam ich zu einer fünfjährigen Gastspielrolle im diplomatischen Dienst. Man hat mir zwar gesagt, meine politische Überprüfung sei sehr schwierig gewesen, aber man hätte schließlich ein Auge zugedrückt – was mich natürlich fast beleidigt hat! Es ist ein zwiespältiges Kompliment, wenn man amtlich für »harmlos« erklärt wird. Wir sind unmittelbar nach dem Ende des Jom-Kippur-Kriegs nach Israel eingereist. Das Land war schon damals in einer zunehmenden Isolation, und die Deutschen und die Amerikaner wurden als die verlässlichsten Freunde und Verbündeten betrachtet. Selbst eine Protestdemonstration vor der Deutschen

Botschaft vormittags um elf störte nicht die Abendveranstaltung im Deutschen Kulturzentrum. Ich bin später als Gast bei vielen Goethe-Instituten gewesen, doch nirgends wurden Kulturangebote einem so aus der Hand gerissen wie in Israel. Ich habe auch nirgends ein Publikum gefunden, das mit solcher Hingabe und Liebe von deutscher Landschaft sprach und an deutscher Kultur hing. Diese affektive Beziehung zu deutscher Kultur hatte etwas Anrührendes – ich meine, bei den älteren Besuchern, während die junge Generation ein sehr nüchternes Verhältnis hatte. Sie lernte Deutsch, weil es sich im Tourismus oder überhaupt im Wirtschaftsleben auszahlt.

Zurück in Deutschland haben Sie die Arbeit für ein Haus begonnen, das Sie schon als Mitglied des SDS kannten, nämlich das Haus in Zehlendorf, das später als »Haus der Wannseekonferenz« bekannt wurde und dessen Gründungsdirektor Sie wurden.

Dazwischen liegen noch zehn Jahre, in denen ich die Arbeit im »Internationalen Forum des jungen Films«, dem alternativen Filmprogramm der Berlinale, wieder aufgenommen habe, als geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Kinemathek. Es war sicher auch eine Fluchtbewegung, weil man nicht sein ganzes Leben mit Nazi-Akten verbringen kann, ohne den Verstand zu verlieren. Aber, Sie haben Recht, der Weg führt schließlich zurück zu den Anfängen, nach Wannsee, in das Haus, wo wir als SDS-Studenten unsere Oster tagungen machten – politische Seminare mit prominenten Referenten. Das Haus hieß seinerzeit Bebel-Institut, und die Berliner SPD machte dort ihre Bildungsarbeit. Die Geschichte des Hauses haben wir erst Jahre später entdeckt. Unsere ersten Versuche, dort ein Dokumentationszentrum zu machen, sind 1965 gescheitert. Die Notwendigkeit wurde einfach noch nicht gesehen. Anders kann man sich nicht erklären, dass die SPD damals dieses Vorhaben von Joseph Wulf nicht unterstützen wollte, und wir bei der CDU ein Vierteljahrhundert später offene Ohren fanden. Das hängt mit dem veränderten gesellschaftlichen Klima zusammen. Es gibt eine Ausnahme: Willy Brandt und Egon Bahr waren bereit, uns zu helfen, von Anfang an, aber als sie nach Bonn gingen, war der Impuls in der SPD weg.

Sie haben sich dann bei der Topographie des Terrors engagiert.

Das ist eine Ausstellung aus dem Hauptquartier der Gestapo und der SS. Ich habe mit Freunden die Bürgerinitiative »Aktives Mu-



»Ich habe damals geschrieben, dass man die Dimension des Völkermords in Tonnen und Quadratmetern ausdrücken könne, halte ich für einen Irrtum.« – Foto: Ilja C. Hendel

seum« gegründet, und wir pochten darauf, dass aus dem Gelände nicht ein Erholungspark mit einem Mahnmal wird, sondern ein Ort, an dem geforscht, gelernt und dokumentiert wird. Tatsächlich sind unsere Papiere später in die Beratungen über die Gestaltung des Platzes eingegangen. Das Haus steht allerdings immer noch nicht, und man kann im besten Fall hoffen, dass es in fünf, sechs Jahren eröffnet wird – während die spätere Initiative von Lea Rosh uns vollkommen davongelaufen ist. Die werden ihr Stelenfeld viel früher der Öffentlichkeit übergeben. Es ist auch einfacher, ein Denkmal durchzusetzen als einen Ort, der den ganzen Apparat des Nazi-Terrors ins Visier nimmt. Das ist das politisch Unbequemere.

Das Mahnmal spiegelt die Political Correctness unserer Tage und soll der Welt zeigen: Seht her, wir bekennen uns.

Ironisch gesprochen, könnte man sagen: Wir, die wir das größte Verbrechen begangen haben, zeigen der Welt, dass wir das größte Mahnmal bauen. Die Initiatorin hat tatsächlich erklärt, es könne gar nicht groß genug sein, angesichts dessen, was die Deutschen angerichtet haben. Ich habe damals geschrieben, dass man die Dimension des Völkermords in Tonnen und Quadratmetern ausdrücken könne, halte ich für einen Irrtum.

Der Berliner Volksmund, der schon immer respektlos und treffsicher war, nennt das Stelenfeld »Panzersperre«. Das Denkmal ist all- und nichtssagend!

Herr Schoenberner, Sie sind gegen den Strom in einer Vergessens-Republik geschwommen. Was für ein Gefühl haben Sie heute, wenn Sie erleben, mit dem Strom zu schwimmen? Gibt es heute eine Monumentalisierung, Mythisierung des Holocaust?

Den Eindruck kann man gewinnen, in der Tat. Wenn man jahrelang gegen den Strom geschwommen ist, ist man misstrauisch, wenn man heute zu einer Modeerscheinung geworden ist. Ich sehe eine Gefahr in der Fokussierung auf das jüdische Thema, die Gefahr, dass man alles andere, was auch noch zum Nationalsozialismus gehört, schlicht übersieht. Nehmen Sie die Wehrmachtausstellung: Was unter Historikern unstrittig war, hatte die Öffentlichkeit überhaupt nicht erreicht. Die Diskrepanz zwischen dem wissenschaftlichen Forschungsstand und dem, was das öffentliche Bewusstsein formt, ist unglaublich groß. Diese Verkürzung der Wahrnehmung, außer dem Judenmord gebe es eigentlich nichts Schlimmes, was man Hitler anlasten könne, ist weiter verbreitet, als uns lieb sein kann. ◀

Bücher (Auswahl)

Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933–1945, Neuauf. 1960–1990, heute bei Bertelsmann und Aufbau Taschenbuch

Zeugen sagen aus. Dokumente und Berichte 1933–1945, zuletzt Aufbau Taschenbuch, Berlin 1998

Künstler gegen Hitler. Verfolgung, Exil, Widerstand. (Hrsg.) 1984–1992, derzeit vergriffen.

Ausstellungen (Auswahl)

Die Vergangenheit mahnt (Co-Autor), Kongresshalle Berlin, 1960

Charlotte Salomon. Ein Tagebuch in Bildern, 1964–1966

Mit Würde sterben. Der Ghetto-Aufstand in Warschau, 1983

Topographie des Terrors (Co-Autor), Berlin, 1987

»Unser einziger Weg ist Arbeit«. Das Ghetto in Lodz 1940–44 (Co-Autor), Frankfurt am Main, 1990

Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz Berlin, 1992

Filme (Auswahl)

Film im Dritten Reich. 12 Exkurse zur NS-Propaganda, Fernsehserie 1969

Charlotte Salomon (Drehbuch: Bundesfilmprämie), 1974

Der gelbe Stern. Kurzfilm (Drehbuch: Bundesfilmprämie), 1977

Der gelbe Stern. Dokumentarfilm (wiss. Beratung und Dokumentation), 1980

WOLFGANG GEIGER

»Hilflose Aufklärung«?

Probleme des Anti-Antisemitismus in Schulbüchern und Unterricht –
2. Teil: Der Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts

In der Fortsetzung seiner Untersuchung über den Anti-Antisemitismus in Schulbüchern zeigt unser Autor, wie sich auch in der Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts und insbesondere des Nationalsozialismus Stereotypen über »die Juden« einschleichen. Das »Rasse-Denken« wird oft keiner gründlichen Kritik unterzogen, und die Juden werden zu Außenseitern in der Gesellschaft stilisiert. Auch die »Sündenbocktheorie« erweist sich als Einfallstor für einen verfehlten Integrations-Topos. Das alles führt zu durchaus beunruhigenden Wirkungen in den Köpfen der Schüler.

Wolfgang Fritz Haugs Wort vom »hilflosen Antifaschismus«¹ scheint sich immer wieder neu zu bestätigen. Doch damals, vor vier Jahrzehnten, nahm die haugsche Auswertung einer von den Tübinger Studierenden erzwungenen Ringvorlesung zum Thema »Wissenschaft und Nationalsozialismus« eine Professorengeneration unter die Lupe, die bereits unter dem NS ihre Karriere gemacht oder zumindest begonnen hatte. Heute geht es um die Generation jener Studentenbewegten beziehungsweise schon um eine zehn Jahre jüngere Generation, die von den 68ern beeinflusst wurde und heute als LehrerInnen und LehrbuchautorInnen für die nachfolgenden Generationen endlich die Interpretationsmacht über die Vergangenheit errungen hat.

Der Düsseldorfer Anschlag Ende Juli 2000 – wohl als solcher unaufgeklärt und heute fast schon wieder vergessen – löste eine neue Diskussion über Rechtsextremismus in Deutschland aus, die in einer Welle der Kritik an Lehrern und Schulen gipfelte. In diesem Tenor präsentierte denn auch die *taz* das Projekt einer (kurz darauf erschienenen) CD-ROM zum Holocaust für den Schulunterricht.² Unter dem Titel »Hilflose Aufklärer« hieß es dort:

»Holocaust Education« soll Deutschlands Schüler immun machen gegen »antidemokratische Tendenzen« jeder Art. Viele Lehrer fühlen sich von diesem Anspruch überfordert – jetzt hilft ihnen Steven Spielbergs Shoah Foundation mit einer CD-ROM auf die Sprünge.« Die CD-ROM soll »vor allem jenen Lehrern helfen, die sich an das Thema bisher nicht herantrauten. »Sie lässt sich auch in den schlechtesten Frontalunterricht einbauen«, sagt Projektleiter Heyl.«³ So drängt sich gar der Gedanke auf, die Lehrer möchten beim Einsatz dieser CD-ROM (sinnvollerweise) überflüssig werden, aber da musste selbst der pädagogische Leiter (diese Funktion hatte Heyl) überzogene Hoffnungen in die »immunisierende Wirkung« des Projekts herschrauben: »Es ist ziemlich kurzschlüssig zu erwarten, dass Jugendliche durch die Behandlung des Themas Holocaust weniger rechtsextremistisch werden.«

Hilflose Aufklärer? Ein wahres Lehrstück: So beugt man rechtzeitig dem Vorwurf vor, den man selbst zuvor den Lehrern gemacht hat, nämlich durch ihren Unterricht nicht genügend »gegen antidemokratische Tendenzen zu immunisieren«. Die Vokabel nimmt (wohl unwissentlich) das Diktum von der »Schutzimpfung« auf, die Adorno 1960 als Aufgabe aufklärerischen Unterrichts formulierte (siehe dazu meinen ersten Teil in der *Kommune* 5/04).

Die Bestandsaufnahme der Prävention gegen Rechtsradikalismus in der *taz* kritisierte jedoch auch und vor allem die zu späte Behandlung des Themas Holocaust im Unterricht (in Geschichte frühestens in der 9., meistens erst in der 10. Klasse) sowie den geringen Stellenwert im Rahmen der Gesamthematik Nationalsozialismus. Die quantitative Analyse einer Reihe von Lehrbüchern ergibt folgendes Bild (siehe Tabelle S. 88).

Mit Abstand am besten bei den Mittelstufenwerken schneidet somit *Zeit für Geschichte* 4 ab mit 19 von 58 Seiten zu Judenverfolgung und -vernichtung. Nun lässt sich die Frage nach dem Stellenwert des Holocaust innerhalb des Themas Nationalsozialismus natürlich nicht nur »quantitativ« beantworten: Wenn eine Unterrichtsreihe zielgerichtet dort einmündet, dann können auch ein paar Seiten eine große Rolle spielen, doch muss die Dimension des Holocaust im Lehrbuch schon auch »optisch« zum Ausdruck kommen. Im Allgemeinen läuft es doch wohl darauf hinaus, dass von Lehrerseite her erheblich ergänzt werden muss. Wenn die Politiker also von den LehrerInnen eine bessere und intensivere Behandlung dieses Themas im Unterricht fordern, so fordern sie von ihnen weit mehr als von den Schulbuchverlagen, deren Lehrwerke ja mit ihrem offiziellen Plazet herauskommen.

Unabhängig davon ist jedoch zu fragen, ob der Fokus auf die Folgen des Antisemitismus auch über dessen Ursachen und Entstehung aufklärt und damit gegen Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen allgemein »immunisiert«. Wie wenig »immun« gegen Vorurteile die Schüler bleiben, die bereits über den Holocaust informiert und subjektiv gegen alle Fremdenfeindlichkeit eingestellt sind, erfahre ich praktisch jedes Jahr von neuem anschaulich im 12er- Kurs Geschichte bei der Analyse des Programms der NSDAP von 1920. Ausgehend vom Begriff »Nationalsozialismus« sollen die Schüler den im Parteiprogramm enthaltenen Katalog von Forderungen unter die Rubriken »national(istisch)« und »sozial(istisch)« einordnen – also zum Beispiel die Forderung nach Aufhebung des Versailler Vertrages als »national(istisch)« – und die nicht in diese beiden Kategorien passenden Programmpunkte unter einer dritten Ka-



»Das Rote Meer« – Ressentiments waren nicht ausschließlich auf rechtsextreme Kreise beschränkt. In einem kurz vor 1900 im satirischen Wochenblatt »Simplicissimus« veröffentlichten bebilderten Witz mit zwei Graphiken von Wilhelm Schulz heißt es, das Wasser sei beim Zug der Juden durch das Rote Meer – hier sind ausschließlich »Ostjuden« gezeigt – zurückgewichen, da es die »verdreckten Juden« nicht habe berühren wollen.

tegorie sammeln, wo sich dann nach meiner Vorstellung Rassismus und Antisemitismus als das Besondere in Abgrenzung zum »normalen« Nationalismus wieder finden sollten. Nach vorheriger Klärung der Begriffe »national«/»nationalistisch« als nach außen gerichtet ordnen die Schüler den Programmpunkt zum völkischen Staatsbürgerrecht, wonach Deutscher nur sein könne, »wer deutschen Blutes ist«, fast immer einhellig der Rubrik »national(istisch)« zu, obwohl – oder eigentlich müsste ich sagen: weil – klar ist, dass dieser Punkt explizit gegen die Juden gerichtet war. Begründet wird die Ansicht, dies gehöre in die Rubrik »national(istisch)«, damit, dass es sich ja quasi gegen Ausländer gerichtet habe. Ein Schüler meinte einmal sogar: »Die Juden hatten damals ja noch keinen Staat.« (Dieses Argument kam schon in der 10. Klasse). Erst nach geraumer Weile erkennen sie dann mit Bestürzung, dass sie in ihrer kritischen Analyse des NSDAP-Programms diesem bereits auf den Leim gegangen sind, denn die Juden waren ja deutsche Staatsbürger, die Schüler hatten also selbst in ihrer Kritik des Antisemitismus dessen Prämisse, dass ein Jude kein Deutscher sein könne, unbewusst übernommen. An diesem Beispiel zeigen sich schulische Defizite, die freilich viel tiefer lie-

gen als die in der banalen Anschuldigung an die Lehrer, sie würden das Thema Nationalsozialismus im Unterricht nicht ausreichend behandeln. Immer wieder taucht ja auch in öffentlichen Diskussionen – unter anderem in einem spontanen Beitrag aus dem Publikum im »Stadtgespräch« vom 1.11.2000 im Hessen-Fernsehen – die Formulierung auf, dass die Juden keine »echten Deutschen« seien. Gegen diesen tief verwurzelten Ihr/Wir-Gegensatz hilft eben die Verurteilung der Verbrechen alleine nicht.

► **»Sozialneid«, »materielle Beweggründe«, »sozialer Protest?« – Probleme materialistischer Erklärungstheorien**

Wie, wann und wo fing es an? Über Stellenwert und Besonderheit des Antisemitismus des 19. Jahrhunderts zwischen Mittelalter und Holocaust herrscht eher Unklarheit, viele Lehrbuchautoren tun sich schwer damit. Ein Beispiel: In *Zeit für Geschichte 3* wird eine Quelle gegen den Antisemitismus (Unterschriftenaktion namhafter Persönlichkeiten 1880 als Reaktion auf Treitschkes »Die Juden sind unser Unglück!«) zitiert: »Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahns die Verhältnisse zu vergif-

ten ...«, während es im darstellenden Teil des Buches selbst über die Dimension des Antisemitismus in jener Zeit heißt: »Jedoch blieben diese antisemitischen Strömungen bis 1914 eher Randerscheinungen.« (S. 222 f.) Noch fragwürdiger ist jedoch die über das Buchkapitel (das Kirchenkampf, Sozialistengesetze und Antisemitismus vereint) gestellte Überschrift: »Lässt sich Integration erzwingen? ›Reichsfeinde‹ und Minderheiten«. Gegen wen diese Frage zielt, bleibt unklar, doch selbst wenn sie sich im Falle der »Minderheiten«-Frage gegen die Antisemiten richtete, wäre die Botschaft die, dass eine Integration gesellschaftlich hätte »erzwingen« werden müssen (= nicht vollziehbar war) und die Juden somit im buchstäblichen Sinne »zwangsläufig« ein Fremdkörper blieben – eine These, die sich ungewollt mit der Ansicht der Antisemiten selbst deckt. Wie eng die Argumentationsmuster des Antisemitismus und seiner Antithese hier beieinander liegen, ja sich vielleicht sogar überlappen, wird deutlich, wenn man sich klar macht, dass der Antisemitismus des Kaiserreichs ja erst seit relativ kurzer Zeit stärker ins historische Blickfeld gerückt ist. Die Verengung des Schuld-Blicks auf Hitler hatte lange Zeit die »Legende von der deutsch-jüdischen Symbiose vor 1933«⁴ auf-

gebaut, die jetzt, vielleicht auch als ein Effekt der Goldhagen-Debatte, demystifiziert wird. Dabei besteht natürlich die Gefahr, von einem Extrem ins andere zu rutschen und nun eine nicht vollzogene, weil nicht vollziehbare Integration zu bilanzieren. Was heißt aber Integration genau? Zwar gab es sehr wohl eine sozialökonomische Integration und von jüdischer Seite mehrheitlich einen ausgeprägten Assimilationswillen, von nichtjüdischer Seite jedoch dauerhafte antijüdische Ressentiments auf breitester Ebene.

Die Gefahr der Reproduktion antisemitischer Klischees lauert auch, wenn man nach »sozialen Gründen« für den Antisemitismus des Kaiserreichs sucht, so im Zusammenhang mit der »Gründerkrise« nach 1873: »Kurz nach der Reichsgründung erlangten die deutschen Juden 1871 die vollständige rechtliche Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern. Zu diesem Zeitpunkt bildeten sie etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Da sie jahrhundertlang von vielen Berufen ausgeschlossen worden waren, hatten sie (= die Juden! W.G.) sich spezialisiert auf Handel und Bankwesen, und viele waren in Buch- und Zeitungsverlagen und in freien Berufen (Anwälte, Ärzte, Künstler) tätig. ... Viele Menschen erlebten die so genannte »Gründerkrise« als bedrohlich, verloren jegliche Hoffnung und sie – vor allem Landwirte, Handwerker und Kaufleute – suchten die Schuld dafür bei den Juden.« (*Forum Geschichte* 3, S. 156)

Die Verurteilung der antisemitischen Reaktion wird auch hier konterkariert durch die Bestätigung ihrer ideologischen Prämisse: Argumentierte der Antisemit damit, dass sich Juden vorwiegend in einflussreichen Positionen befunden hätten, so übernimmt die vermeintliche Erklärung des Antisemitismus eben dieses als Grund für den Antisemitismus.

Konsultierte Lehrbücher

- Anno Bd. 3 und 4, Westermann, 1996 f.
- Rückspiegel Geschichte Bd. 3 und 4, Schöningh, 1996 f.
- Wir machen Geschichte Bd. 3 und 4, Diesterweg, 1996 f.
- Geschichtsbuch Bd. 3 und 4, Neue Ausgabe, Cornelsen, 1995 f.
- Zeit für Geschichte Bd. 3 und 4, Schroedel, 2002 f.
- Forum Geschichte Bd. 3 und 4 (Ausg. Hessen), Cornelsen, 2003 f.
- Von der Französischen Revolution bis zum Nationalsozialismus, Buchners Kolleg Geschichte, Bamberg 1992
- Geschichte und Geschehen II Oberstufe A/B, Klett, 2003
- Kursbuch Geschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Cornelsen, 2000 (Oberstufe)

Übersicht: Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust in Geschichtslehrbüchern (Zahl der Buchseiten, ungefähr)

Lehrbuch	A	B	C
Rückspiegel 4 (1996)	80	2	6
Geschichtsbuch 4 (1996)	43	4	4
Wir machen Geschichte 4 (1997)	70	3,5	1,5
Anno 4 (1998)	60	2	4
Zeit für Geschichte 4 (2002)	58	9	10
Forum Geschichte 4 (2004)	50	5	5
Buchners Kolleg Geschichte (Oberstufe) (1993)	98	11	5
Kursbuch Geschichte (Oberstufe) (2000)	88	9	8
Geschichte und Geschehen II Oberstufe A/B (2003)	48	8	2

A: Nationalsozialismus insgesamt, davon:
 B: Rassismus/Antisemitismus ohne Holocaust
 C: Holocaust

.....

Nun waren deutsche Juden nach ihrer Emanzipation in bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens tatsächlich überproportional vertreten: in den gebildeten Schichten, als Selbstständige, in den freien Berufen und in Frankfurt am Main regelrecht dominant im Bereich der Privatbanken. Das »Hinaus aus dem Getto« führte zu einem energischen »Willen zum Aufstieg«⁵. Dass dieses Phänomen durch die vorangegangene Geschichte erklärbar ist, darauf weisen zwar einige Lehrbücher hin, doch droht hier das Mittelalter-Klischee der in den Geldverleih abgedrängten Juden, sich in einem Rothschild-Syndrom fortzusetzen. Tatsächlich vollzogen zunächst die meisten im Handel tätigen Juden nach der Emanzipation nur eine Konversion des alten Trödelgeschäfts zur Niederlassung in Form eines Tante-Emma-Ladens, aus dem auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung größere Handelsunternehmen hervorgehen konnten. Der Aufschwung kam den nichtjüdischen Händlern übrigens weit mehr zugute (Verdoppelung der Zahl der dort Tätigen im letzten Quartal des 19. Jh., dagegen nur leichter Anstieg der Zahl jüdischer Händler); was auffiel, war aber die Konzentration jüdischer Händler in einigen Bereichen, so auch im Viehhandel.⁶

Das Problem der Lehrbücher ist grundsätzlich, dass, wie schon hinsichtlich des Mittelalters, »die Juden« faktisch nur in Verbindung mit ihrer Verfolgung thematisiert werden und diese wiederum mit »Privilegien«

und Bevorteilungen aller Art verknüpft ist, denn das suggeriert ja die Überrepräsentation in bestimmten Berufszweigen. Das »Problem« der überproportionalen jüdischen Präsenz in bestimmten Bereichen würde dann zumindest relativiert, wenn die Juden nicht nur auf der »Negativseite« der deutschen und europäischen Geschichte auftauchten, sondern entsprechend auf der »Positivseite« die notwendige Würdigung erführen auf Grund ihres Beitrages zum wirtschaftlich-industriellen Aufschwung, zur Kultur, zur Wissenschaft ... – zur »Mehrerung der Ehre des Landes«, wie man in Anlehnung an die Begründung des Speyerer Bischofs für die Ansiedlung jüdischer Händler im 11. Jahrhundert sagen könnte, wenn also kurz gesagt klar würde, dass Deutschland (bis 1933) im Positiven all das, was es wurde, auch und wesentlich durch den Beitrag Deutscher jüdischen Glaubens wurde.

Die Sozialneid-These übernimmt auch für das 19. Jahrhundert das Privilegien-Paradigma des Mittelalters in einer materialistischen Interpretation, die zum *common sense* geworden ist und nach der alles Kulturelle auf eine materielle Ursache zurückführbar ist, die hier im Geld besteht. So wird im Standard-Nachschlagewerk, nämlich dem neuesten Brockhaus, hinsichtlich der jüdischen Geldverleiher im Mittelalter gar von der »Verschuldung breiter (!) Bevölkerungskreise« gesprochen, diese »verschärfte die bereits bestehenden Aversionen, die sich dann von Zeit zu Zeit in furchtbaren Judenverfolgungen (Pogromen) und -vertreibungen niederschlugen; dabei dürfte sicher sein, dass innerhalb der Motive, die zu diesen Untaten führten, die materiellen Beweggründe der Schuldner eine ganz zentrale Rolle gespielt haben.«⁷ Da man sich ganz auf diese materialistische Erklärung kapriziert, müssen die durch »breite Bevölkerungskreise« begangenen Pogrome durch eine entsprechend massive Verschuldung bei den Juden erklärt werden ... jenseits aller historischen Wahrheit. Eine entsprechende Erklärung für die nach Ende der napoleonischen Emanzipationsära neu ausbrechenden antisemitischen Aktionen in Deutschland liefert der Brockhaus in einer Mischung aus materiellem Motiv und Sündenbock-Syndrom: »Als Bewegung gegen die rechtliche Gleichstellung der Juden und gefördert von gesellschaftlichen Krisen, kam es 1819 zu pogromartigen Ausschreitungen. Die »Hep-Hep-Verfolgungen« begannen in Würzburg und strahlten über ganz Deutschland bis nach Dänemark aus. Sie zeigten zugleich, dass Judenfeindschaft eine

Form von sozialem Protest war, bei dem Aggressionen verschoben und gegen Juden gerichtet wurden.⁸ Das eigentliche Ziel sei das ganze Jahrhundert über nämlich der Liberalismus gewesen. Ähnlich im Oberstufenbuch *Geschichte und Geschehen II*: »Sozialpsychologisch erklären lässt sich die damalige Judenfeindschaft als eine Reaktion auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen der Zeit ..., dabei hatte sie vielfach gleichzeitig einen antikapitalistischen und antiliberalen Akzent.« (S. 93)

Antisemitisch, antiliberal, antikapitalistisch ...? Natürlich gab es diese »sozialpsychologischen Akzente«, sind sie aber die Erklärung? Ungewollt reproduziert auch hier der Anti-Antisemitismus Erklärungsmuster des Antisemitismus selbst, denn es wird ja wiederum eine Identifizierung der Juden mit dem Kapital und seiner politischen Weltanschauung, dem Liberalismus, suggeriert. Indem das Phänomen Antisemitismus auf einen anderen Grund, einen anderen Konflikt zurückgeführt wird, bleibt es als solches letztlich schemenhaft. So wie der Sündenbock sozialpsychologisch den Hass stellvertretend auf sich zieht, so zieht auch die Sündenbocktheorie die Erklärung vom Kern des Problems auf Begleiterscheinungen und Nebenaspekte ab.

Wie schon hinsichtlich des Mittelalters die anderen »Aversionsmotive« (Religion) zwar erwähnt, aber dann wieder relativiert werden, so bleibt die Rassentheorie des 19. Jahrhunderts meistens unerklärt und im Schatten anderer Motive, die »Wurzeln des neuzeitlichen Antisemitismus« lagen »in sozialen Neidgefühl und rassistischen Vorstellungen, nach denen die Juden als minderwertig galten« (*Zeit für Geschichte* 3, S. 222). – »Neu war hieran, ... dass jetzt Theorien über die angebliche Unterschiedlichkeit der Rassen Anklang fanden. Es wurde behauptet, dass Juden von Natur aus betrügerisch, raffgierig und ohne Moral seien. Pseudowissenschaftliche Abhandlungen versuchten diese Behauptungen zu belegen. Bei diesem Antisemitismus spielte auch Neid auf den Wohlstand einiger Juden und die Angst vor dem eigenen wirtschaftlichen Abstieg eine Rolle.« (*Wir machen Geschichte* 3, S. 215)

Was war aber nun an dem inhaltlich Beschriebenen »neu« im Vergleich zum Mittelalter? Die aufgelisteten Vorurteile bedurften keiner neuen Rassentheorie, sie existierten weit früher schon; verurteilt werden die Vorurteile, die »Unterschiedlichkeit der Rassen« wird mit der Vokabel »angeblich« negiert, die »Rassen« als solche

Fortsetzung auf Seite 90



»Dieser Kapocheft möchte »etwas Hübsches, das ich mit nach Hause nehmen kann«, zum Beispiel ein Schiff: Er war Hafendarbeiter in Hamburg. ... »Ja, das ist hübsch. Das wird Elsa gefallen.« Die Kapos sind schließlich auch nur Menschen. Nur: Der Lampenschirm besteht aus der gegerbten Haut eines jüdischen Mädchens.« – Zeichnung: »Der Lampenschirm«, 1947, Privatsammlung.

Bilder aus der Todeszone

Vor einigen Jahren wurden die Aquarelle von Teofilia Reich-Ranicki veröffentlicht, die sie während ihrer Zeit im Warschauer Ghetto schuf. Der Schrecken, aber auch der Widerstand, eingefangen in einem fast kindlich anmutenden Stil. Hanna Krall schrieb in *Es war der letzte Augenblick* (DVA, 2000, 120 S., 19,90 €) dazu prägnante Texte, in denen auch die Geschichte von Teofilia und Marcel Reich-Ranicki erzählt wurde – und warum Teofilia Reich-Ranicki nach ihrer Rettung nie mehr malte. Ein eindrucksvolles Buch mit berührenden Bildern.

Und nun: *Vergessen oder Vergeben. Bilder aus der Todeszone*, mit den Bildern von David Olère (1902). Er war in Auschwitz, in einem Zentrum der Vernichtungsmaschinerie der Nazis, er überlebte Mauthausen und das Lager Melk an der Donau und ein weiteres Kommando in Ebensee. Hier wurde er am 6. Mai von den US-Truppen befreit. David Olère überlebte auch, weil er Zeichner war. Er musste für SS-Leute kalligraphierte und mit Blumen dekorierte Briefe an deren Familien schreiben, er musste aber auch an den Verbrennungsofen arbeiten, er erlebte alle Schrecken der Krematorien. Als ihm nach dem Krieg kaum jemand zuhören wollte, verarbeitete er seine Eindrücke zu mehr als 50 Zeichnungen, die ihm später als Inspiration für sein Werk als Maler dienten. – Nun wurden Zeichnungen und Bilder von seinem Sohn Alexandre Oler veröffentlicht, zusammen mit dessen Gedichten

und Bildlegenden, die, wie mit einem scharfen Messer geschnitten, den Terror, die Perversionen und die Tötungen in den KZs knapp zusammenfassen. Aber dann diese Zeichnungen und Bilder! Wie Protokolle des nazistischen Wahns.

In diesem Zusammenhang sollen auch die Bilder von Adolf Frankl (1903–1983) erwähnt werden, die unter dem Titel *Visionen aus dem Inferno* in einer kleineren Broschüre (o. J.) von der Akademie der Künste in Berlin anlässlich einer Ausstellung vorgestellt wurden. Auch Adolf Frankl entkam dem Inferno, lebte seit 1949 zurückgezogen in Wien und seit den Sechzigerjahren wieder in Deutschland. In Malduktus und Farben expressionistisch gesteigert treten hier die Gesichter der Gequälten und Getöteten neben die Fratzen der Quäler und Mörder. 130 Ölgemälde und mehr als 100 Zeichnungen/Skizzen umfasst sein Werk, das ausschließlich dem »Inferno« gewidmet ist. »Ich will nur als Augenzeuge die unbeschreibliche Angst und das unverdiente Los von Millionen Juden, Zigeunern und anderen gepeinigten Minderheiten ... als Mahnmal mit meinen Händen festhalten, festzuhalten versuchen«, sagte Adolf Frankl zu seiner Arbeit. David Olère hat sich ähnlich geäußert.

Michael Ackermann

Alexandre Oler / David Olère: *Vergessen oder Vergeben. Bilder aus der Todeszone*. Aus dem Französischen von Marianne Schönbach, Springe (zu Klampen Verlag) 2004 (119 S., 48 Abb., davon 6 in Farbe, 24,00 €)

bleiben unhinterfragt und übrigens auch ohne Anführungszeichen, ein diffuses »von Natur aus« soll den Inhalt der Rassentheorie umschreiben.

► **»Scheinbar naturwissenschaftlich genau« – Probleme mit dem Rassismus**

Der Unterschied zwischen dem »modernen« Antisemitismus auf der Grundlage einer »wissenschaftlich« ausgearbeiteten Rassentheorie und dem mittelalterlichen Antijudaismus kann dem Schüler aus den meisten Lehrbüchern, selbst den neuesten, kaum klar werden. Das Oberstufenwerk *Kursbuch Geschichte* definiert den Antisemitismus im Kaiserreich politisch als Bestandteil des »rechtskonservativen Reichsnationalismus«, begründet aber das Neue am Antisemitismus nur lapidar: »Anderer als die ältere, religiös, wirtschaftlich oder kulturell begründete Judenfeindschaft wurde die neue Judenfeindschaft »rassisch« abgeleitet.« (S. 337) Eine ausführliche Erklärung wird immerhin im Kapitel zum Nationalsozialismus nachgeholt, doch wird dort die »pseudowissenschaftliche« Begründung des Rassismus als falsche Interpretation wissenschaftlicher Erkenntnisse verstanden; »biologische und erbliche Merkmale«, »biologische Erkenntnisse über das Wesen des Menschen« bleiben als solche scheinbar wertneutral, Sozialdarwinismus und »Rassenhygiene« konnten sich »auf die Naturwissenschaften berufen« und standen dem »christlichen oder humanistischen beziehungsweise bürgerlichen Gleichheitspostulat« quasi nur auf der moralischen Ebene gegenüber. Immerhin heißt es zum Antisemitismus, dass dessen Anhänger »versuchten anhand äußerer Merkmale eine jüdische Rasse zu konstruieren« (S. 425), womit zwar die »äußeren Merkmale« fragwürdig bleiben, aber zumindest eine Ablehnung des Rassenbegriffs als solchem in diesem Zusammenhang auftaucht, was man in etlichen anderen Lehrbüchern vergeblich sucht.

So unternimmt das Mittelstufenwerk *Forum Geschichte 3* eine bemerkenswerte Sensibilisierung auf den Rassismus hinsichtlich der Afrikaner im Zusammenhang mit dem Kolonialismus, doch der Rassenbegriff des Antisemitismus bleibt demgegenüber vage, letztlich unverständlich, wenn nicht missverständlich: »Die so genannte Rassentheorie, die den Anspruch von Wissenschaftlichkeit erhob, jedoch durch keinerlei wissenschaftli-



»Deutschland« – Um 1920. Nach einem Wahlplakat der Nationalsozialisten von 1920.

che Erkenntnisse begründet werden konnte, wurde immer populärer. Sie wertete Völker nach biologischen Merkmalen und stufte die »semitische« Rasse niedriger ein als die »arische« Rasse.« (S. 156). »Semitisch« und »arisch« stehen in Anführungszeichen, »Rasse« dagegen nicht: Um welche »biologischen Merkmale« der Semiten geht es denn?

Man kann gegen den Rassismus nicht argumentieren, ohne ihn ausreichend zu erklären, und das geht eben nicht in fünf Zeilen. Er ist als Pseudo-Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weder in obskuren Zeitschriften ideologischer Spinner entstanden – der stereotype Hinweis zum Beispiel auf die Zeitschrift *Ostara*, die Lektüre des jungen Hitler – noch am Stammtisch der Kleinbürger, sondern an den europäischen Universitäten, auch, aber nicht nur, durch eine entsprechende Umsetzung der Lehre Darwins. Zunächst entstand der »moderne« Rassismus ideologisch als Reaktion auf die Durchsetzung des Menschenrechtsprinzips (Abschaffung der Sklaverei) und der »moderne« Antisemitismus als Gegenbewegung zur Judenemanzipation, er war quasi deren »Nachseite«, bis hin zu Vernichtungsfantasien lange vor den Nazis.⁹ Das religiöse Paradigma war jedoch im Zeitalter der Säkularisierung überholt, die Menschenrechte wurden mit der Natur des Menschen begründet, so musste die Antithese ihnen diese Berufung auf die Natur streitig machen.

Die moderne Anthropologie als universitäre Disziplin ist in ihrem Kern als »Rassen-

kunde« entstanden. So formulierte Paul Broca, Gründer der wichtigsten Institutionen der französischen Anthropologie zwischen 1859 (Société d'anthropologie) und 1875 (École anthropologique de Paris), bereits 1861 deren fundamentale Erkenntnis: »Im Schnitt ist die Gehirnmasse größer beim Erwachsenen als beim Greis, größer beim Manne als bei der Frau, größer bei den herausragenden Menschen als bei den mittelmäßigen, größer bei den höherwertigen Rassen als bei den minderwertigen.«¹⁰ Die Anthropologie entwickelte im Folgenden jene biometrischen Vermessungsrichtlinien (z. B. die Schädelvermessung), die mit der postulierten Korrelation von bestimmten Indices (z. B. »Schädelindex«, »Gesichtswinkel«) und »Rassentypen« zunächst innerhalb Europas (daher die Begriffe »nordisch«, »ostisch« ...), dann auch auf die ganze Weltpopulation bezogen, vermeintlich

einen klaren Zusammenhang zwischen Phänotyp (Aussehen), geistigen und charakterlichen Dispositionen des Einzelnen und historisch-kulturellen Leistungen der ethno-rassischen Gruppe bewiesen. Eine *Summa* der rassen-theoretischen Anthropologie gab genau zur Jahrhundertwende Joseph Deniker, Leiter der Bibliothèque Nationale in Paris, heraus; zuvor hatte der auch heute noch hoch geschätzte, weil komplett verkannte Ernest Renan im Anschluss an Gobineau als Erster prinzipiell »Arier« und »Semiten« gegeneinander gestellt und eine Vision vom Untergang der Letzteren entwickelt, unklar war er sich nur darüber, ob dies einerseits durch Assimilation (seine frühere Position) oder andererseits durch ein »natürliches« oder gar bewusst herbeigeführtes »Verschwinden« des »Minderwertigen« geschehen würde (seine spätere Position). Entscheidend war für Renan der Sieg Preußens über das »dekadente« Frankreich 1870/71, hiervon inspiriert prophezeite er gar die zukünftige Weltherrschaft einer Herrenrasse durch Deutschland.¹¹

Deswegen kann man auch mit anti-antisemitischer Intention die pseudowissenschaftlichen Grundlagen des Rassismus nicht einfach nur verurteilen und das Phänomen Rassismus nicht nur als Irrsinn abtun, der es vermochte, vom Rande der Gesellschaft her in deren Mitte vorzudringen (die Virus/Immunsierungs-Metaphorik spielte nach 1945 eine große Rolle bei der verdrängenden Erklärung innerhalb der deutschen Schulddebatte). Vielmehr hatte es die »Rassenkunde« inklusi-



1. »Die fünf Frankfurter« – Nach 1905. Eine Anspielung auf den Aufstieg der Familie Rothschild und die Anpassungsleistungen der Juden an die bürgerliche Gesellschaft; 2. »Affe, Neger, dann erst Weisser« – 1901. Druck: Hotel zum Löwen, Sammlung Otto May; 3. »Sieht man Dich seitwärts, vorne, hinten...« – Vor 1905. Physiognomische Diffamierung: In den beiden Profilansichten klingen die Klischees vom »armen Ostjuden« und vom »vermögenden Westjuden« an.

Alle Abbildungen in diesem Artikel aus: »Abgestempelt. Judenfeindliche Postkarten. Auf der Grundlage der Sammlung Wolfgang Haney«; Katalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation und Jüdisches Museum Frankfurt am Main, 1999, erschien anlässlich der gleichnamigen Ausstellung (380 S., Abb., 24,00 € im Museum; Umschau Braus Verlag, Heidelberg) – Wer sich ein Bild von der wild wuchernden antijüdischen Propaganda und Hetze vor allem am Ende des 19., Beginn des 20. Jh. machen will, findet hier reichlich Material. Vom »judenfreien Borkum« oder »judenfreien Hotel« in Köln bis zu allen Arten von »Grußkarten« bekommt man einen Eindruck von der Alltäglichkeit des Antijudaismus.

ve sozialdarwinistischer und eugenischer Visionen (»Rassenhygiene«¹²) nach dem Ersten Weltkrieg zu Publikationen mit für damalige Verhältnisse Massenaufgaben gebracht, so etwa die Bücher des allgemein »Rassen-Günther« genannten Freiburger Professors Hans F. K. Günther. In jener Zeit, 1926, als die Weimarer Republik auf ihrem Höhepunkt und die Nazis auf ihrem Tiefpunkt waren, entschied sich die preußische Studentenschaft, von Kultusminister Becker wegen Statusfragen zu ihrem Selbstverständnis befragt, in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit für »Rassenmerkmale« als Kriterium für die Mitgliedschaft (also für den Ausschluss jüdischer Studenten).¹³ Doch damit war sich die Studentenschaft letztlich der Tradition der seit Anfang an antisemitischen Burschenschaften nur treu geblieben ...

Noch einmal: Was ist und was war also wissenschaftlich und was unwissenschaftlich? In *Forum Geschichte 4* wird hinsichtlich der NS-Ideologie der Rassenbegriff als »un-

wissenschaftliche Anwendung biologischer Erbmerkmale« definiert (S. 81). Was wären denn aber die »biologischen Erbmerkmale« von Juden in »wissenschaftlicher Anwendung«? Auch der in diesem Sinne weitaus differenziertere Ansatz im *Geschichtsbuch 3*, das immerhin einen nachvollziehbaren Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus des 19. und des 20. Jahrhunderts herstellt, tut sich schwer mit der »neuen Rassenlehre«: »Geradezu naturwissenschaftlich genau wollte sie aufgrund biologischer Merkmale Wertungen einführen für geschichtlich verschieden entwickelte Völker und Menschen. ... Die Rassenlehre untermauerte scheinbar wissenschaftlich alle Vorurteile gegenüber den Juden.« (S. 198) Auch hier: Was war hinsichtlich der Juden »geradezu naturwissenschaftlich genau«, was »scheinbar wissenschaftlich«, was waren die »biologischen Merkmale« ...? Gegenüber dieser Unklarheit nützt es wenig, die Integration der Juden in Deutschland anschließend damit zu begründen und zu vertei-

digen, »die jüdische Minderheit« sei »in demselben deutschen Staat geboren und erzogen worden wie die christliche Mehrheit«, denn darin liegt gar kein Widerspruch zum antisemitischen Rassismus.

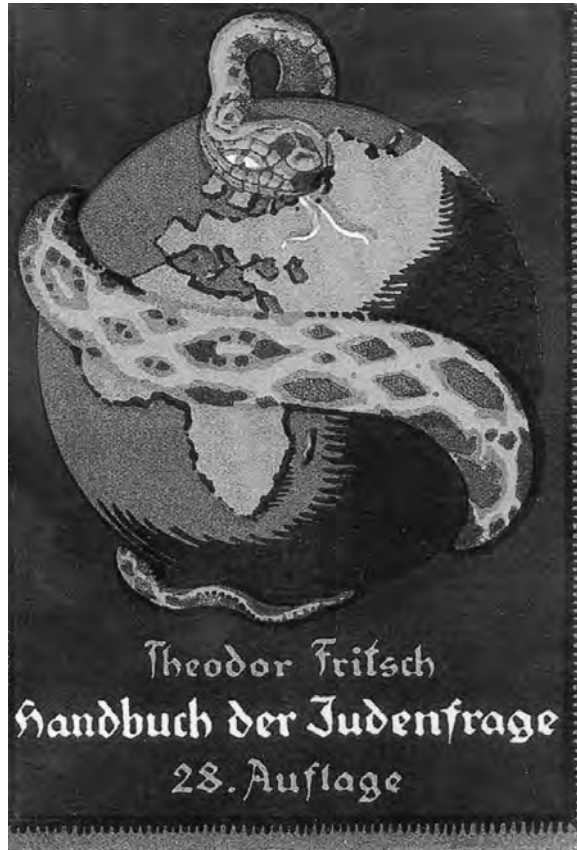
► »Lässt sich Integration erzwingen?« – Ein Fazit

»Die Juden hatten ja noch keinen Staat.« Diese Schülerreaktion, gut gemeint, verkehrt unwillentlich Ursache und Wirkung, waren doch Auswanderung nach Palästina und dann Staatsgründung *Folgen* des Antisemitismus, so aber erscheint im Rückblick die jüdische Präsenz in Europa nur als lange Vorgeschichte der Rückkehr in die alte Heimat – eine gewiss auch in israelischen Kreisen geteilte Ansicht, doch unsere Perspektive ist eine andere und in dieser erscheint die Frage: »Lässt sich Integration erzwingen?« fast wie die Kapitulation des Anti-Antisemitismus vor seinem Gegenstand. Die Juden bleiben ein »Fremdkörper« im Geschichtsbild, wie es in praktisch al-

len Lehrbüchern auf mehr oder weniger deutliche Weise zum Ausdruck kommt, allen Verurteilungen des Antisemitismus und allen Plädoyers für die Integration zum Trotz. Kein einziges der von mir konsultierten Geschichtslehrbücher bestreitet, dass man Juden schon am Aussehen erkennen könne, da man ihnen »biologische«, »äußerliche« und so weiter Merkmale zuspricht; selbst der Begriff Rasse wird als solcher von den meisten gar nicht hinterfragt, selten in Anführungszeichen gesetzt, das Adjektiv rassistisch geht manchen Kritikern des Antisemitismus ebenso leicht von der Feder wie den Antisemiten selbst.

Und die Erklärungen? Die »Sündenbockphilosophie« nach Kühnls klassischer Definition – »Der Antisemitismus erweist sich somit als eine Ideologie,

die die vorhandenen Aggressionen auf ein Objekt lenkt, das mit den Ursachen der Aggressionen nicht mehr zu tun hat als beliebige andere Objekte¹⁴ – erklärt zwar sozialpsychologische Mechanismen der Wirkung von Antisemitismus, nicht aber seine Entstehung, denn wenn alle Objekte beliebig waren, warum traf es dann die Juden? Fast könnte man daraus schlussfolgern, der Antisemitismus sei ein Zufallsprodukt. Die materialistische Erklärung mit den Privilegien, dann der Zins-Nische im Mittelalter und schließlich der überproportionalen Repräsentation im Finanz- und Handelssektor seit der Emanzipation – nicht eine logische Konsequenz? – macht die Sündenbocktheorie scheinbar griffiger, weniger aleatorisch, dreht aber den an-



Das Titelblatt des 1919 in 28. Aufl. (!) erschienenen Buches illustriert die antisemitische Vorstellung vom weltbeherrschenden Judentum.

antisemitischen Vorwurf in seine eigene Erklärung um. Wenn es in Wirklichkeit gegen Kapitalismus, Liberalismus und so weiter ging, warum dann stellvertretend gegen die Juden?

Der Antisemitismus muss als Phänomen sui generis begriffen und vermittelt werden, in dem sich vieles projizierte seit dem Neuen Testament, das aber auf diese Projektionen nicht reduzierbar ist. Desgleichen sind im weiteren Sinne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht nur Ausdrucksformen von sozialen Problemen, auch wenn sie von dort her ihre Impulse bekommen.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch der Rassismus mit wissenschaftlichem Fundament, weil hier Falsch und Richtig als zwei Seiten einer Medaille erscheinen. Wer »im-

munisieren« will, also verhindern, dass pseudowissenschaftlich begründete Vorurteile wieder überzeugen, muss entschieden deutlicher erklären, worin der Unterschied zwischen wissenschaftlich und unwissenschaftlich besteht, zumal gerade über die moderne Forschung erneut alte Muster eines Gen-Determinismus in neuem Gewande wiederkehren und neue anthropologische und ethnologische Gen-Pool-Forschungen entstehen. Und nicht zuletzt ist die Eugenik heute noch ein Vektor, über den das »Virus« auch in die Köpfe an sich »geimpfter« Schüler dringt – so ergab sich einmal eine Diskussion in einer 10. Klasse über Vererblichkeit anlässlich des Nazi-»Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«. Am Beispiel des Alkoholismus (eine der in dem Nazi-Gesetz aufgeführten Krankheiten), den die Schüler mit Berufung auf ihren Biologieunterricht für erblich hielten, zeigte sich, wie schwer das Zusammenspiel von Veranlagung und Umwelteinflüssen offenbar zu verstehen ist. Wenn die Veranlagung 50 Prozent beträgt, so entscheiden doch die anderen 50 Prozent darüber, ob die Veranlagung zur Wirkung kommt, stellen also faktisch 100 Prozent des Entscheidungsspielraumes dar, es gibt somit keine Determinierung. Die Scheu der Lehrbuchautoren vor der Wissenschaft ist eine Scheu vor der Kritik der Wissenschaft (dabei auch stets der Versuch, Darwin vor dem Sozialdarwinismus in Schutz zu nehmen ...) und liegt in einer ungebrochenen Tradition des Szientismus. Dem Prozess der »Verwissenschaftlichung als Delegitimierung von Werten«¹⁵ sind wir auch heute noch nicht entronnen und auf deterministische Vorstellungen kann man in letzter Instanz nur philosophisch mit der alten Frage nach der Willensfreiheit begegnen. ◀

Siehe zum Thema den ersten Teil: »Privilegien, Verfolgung, Vertreibung ...« *Der Anti-Antisemitismus und die Macht der Vorurteile – Erfahrungen eines Lehrers*, Wolfgang Geiger, Kommune 5/04.

1 Vgl. Wolfgang Fritz Haug: *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Berlin (Argument) 1987 (*Der hilflose Antifaschismus* erschien erstmals 1967).

2 *Erinnerung für Gegenwart und Zukunft. Überlebende des Holocaust berichten*, Survivors of the Shoah Visual History, CD-Rom (Cornelsen), 2000.

3 Ralph Bollmann: »Hilflose Aufklärer«, in: *die tageszeitung*, 4./5.11.00, tazmag 1-2.

4 Vgl. das entsprechende Kapitel in: Wolfgang Benz: *Bilder vom Juden: Studien zum alltäglichen Antisemitismus*, München (Beck) 2001.

5 Vgl. Rachel Heuberger/Helga Krohn: *Hinaus aus dem Ghetto ... Juden in Frankfurt am Main 1800–1950*. Begleitbuch zur ständigen Ausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, S. Fischer 1988, S. 87 (Kap. VI: Juden als Staatsbürger 1864–1914).

6 Marion Kaplan (Hrsg.): *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München (Beck) 2003, S. 276 ff., S. 289 f.

7 PC-Bibliothek 3.0 (2004), Eintrag: »Juden. Stellung im Mittelalter«.

8 PC-Bibliothek 3.0 (2004), Eintrag: »Antisemitismus: Ein Deutungsversuch«.

9 Vgl. Rainer Erb/Werner Bergmann: *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland*, Berlin (Metropol/Friedrich Veit Verlag) 1989, Kap. V: Vernichtung und Entmenschlichung.

10 Paul Broca im Jahre 1861, zit. nach: Claude Liauzu: *Race et civilisation. L'autre dans la culture occidentale. Anthologie critique*, Paris (Syros/Alternatives) 1992, S. 95.

11 Vgl. dazu meine längere Untersuchung »Ernest Renan und der Ursprung des modernen Rassismus« in: Wolfgang Geiger: *Geschichte und Weltbild. Plädoyer für eine interkulturelle Hermeneutik*, Frankfurt am Main (Humanities-Online) 2002, S. 307–333. Vgl. ferner die entsprechenden Passagen in: Tzvetan Todorov, *Nous et les autres. La réflexion française sur la diversité humaine*, Paris (Seuil) 1989.

12 Vgl. Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz: *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1988.

13 Dietrich Wetzl: »Voraussetzungen und Schlussfolgerungen«, Vorwort zu: *Erziehungswesen und Judentum. Die Darstellung des Judentums in der Lehrerbildung und im Schulunterricht*, hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), zusammengestellt von Ekkehart Krippendorff in Zusammenarbeit mit Dieter Bielenstein, München (Ner-Tamid-Verlag) 1960, S. 10. – »Eine Urabstimmung bestätigte die DST-Führung in ihrer Haltung: mit überwältigenden Mehrheiten (zwischen 70 und 90 %) verzichteten die preußischen Studenten auf eine verfasste Interessenvertretung und stimmten für die Zusammenarbeit mit Studentenvertretungen, die JüdInnen aus ihren Reihen ausschlossen.« (Info zu: »Das war ein Vorspiel nur ...« – Tagung zum siebenzigsten Jahrestag der NS-Bücherverbrennungen vom 30.5.2003).

14 Reinhard Kühnl: *Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus – Faschismus*, Reinbek bei Hamburg (Rowohlt) 1971, S. 94.

15 Vgl. Peter Weingart: »Eugenik – Eine angewandte Wissenschaft. Utopien der Menschenzüchtung zwischen Wissenschaftsentwicklung und Politik«, in: Peter Lundgreen (Hrsg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1985.

BALDUIN WINTER

Islamisches Selbstverständnis?

Neuere Literatur aus und zu den arabischen und islamischen Ländern

Arnold Hottinger, dreißig Jahre lang Korrespondent der NZZ, legt mit seinem Buch *Islamische Welt* eine Art Lebensbilanz vor. Ein junger Mann, gerade dabei, Arabisch zu lernen, kommt 1955 nach Beirut, wissbegierig, aufgeschlossen der neuen Kultur gegenüber. Schnell begreift er, dass der Nahe Osten mehr ist als ein Exerzierfeld der Blockkonfrontation. Suezkrise 1956, Bürgerkrieg im Libanon von 1958, die jemenitische Revolution, das befreite Algerien, der israelisch-arabische Sechstagekrieg, die Ermordung Sadats, der neuerliche Krieg im Libanon, die Massaker von Sabra und Schatila, die iranische Revolution und schließlich die jüngsten Eruptionen – Hottinger wird ein kritischer Beobachter dieser von Krisen geschüttelten Region, der seine Sympathie gilt. Doch Mythen wie jene, die den Friedensnobelpreisträger Anwar Sadat umgeben, beeindruckten ihn wenig. Sein Buch wird zu einer zeitgeschichtlichen Fundgrube. Mit zunehmendem Alter verdunkelt sich sein Ton – zermürbt ihn eine die Hoffnung raubende Realität? Am Krankenbett seiner sterbenden Lebensgefährtin fragt er sich, ob auch die arabische Welt vor ihrem Ende steht: »Sterben Völker? Sterben Kulturen?« Im Fortleben der arabischen Sprache sieht er die Lebensader des »arabischen Volkes«, während der Traum der arabischen Nationalisten, eine Großnation könnte ihre Sendung – *baath* – erfüllen, endgültig ausgeträumt ist. Das arabische Volk wird in viele Staaten aufgeteilt leben müssen, wobei es »gezwungen sein wird, in seiner Mitte das fremde Volk der eingedrungenen Israeli zu dulden. Die neuerdings eingedrungenen Amerikaner kann es noch hoffen, über kürzere oder längere Frist wieder loszuwerden.«

Wenn Navid Kermani in islamische Länder reist, ist ihm anzumerken, dass er vieles dort kennt, Länder, Städte, Menschen, Sitten. Und

man weiß, dass er auch den Westen kennt, dass er ein Pendler zwischen den Kulturen ist. Es ist ein Genuss, seine mit leichter und sicherer Hand entworfenen Schilderungen zu lesen, politisch unterfütterte Reportagen von Kairo, Jerusalem, Duschambe, Isfahan, Džakarta und Karatschi, zwischen 2000 und 2002 entstanden. Da blitzen, trotz aller aufgerissenen und sich vertiefenden Gräben, plötzlich Affinitäten zwischen dem Orient und dem Westen auf, Karatschi (»Die Zukunft der Städte«) zum Beispiel bekommt eher Merkmale einer westlichen Metropole denn exotisches Flair. Ankunft auf einem hochmodernen Flughafen. Taxifahrt: Nur kein Fenster öffnen wegen der Wegelagerer. Hotel: Wegen der Luftverschmutzung sind die Fenster verriegelt, sonst verfärbten sich die Zimmerwände. Gated community: Die Reichen wohnen in scharf bewachten Gettos, fahren in gesicherten Autos auf Highways zu scharf bewachten Hochhäusern im Business Center. L. A. oder Philadelphia, in zwanzig Jahren? Sonst ist Karatschi eine spärlich beleuchtete Stadt. Deregulierung pur: 17 000 Privatbusse, lauter Einzelunternehmer, keine Fahrpläne, keine Aufsicht. Im Hafen hat sich der Umschlag in 40 Jahren verzehnfacht, verladen auf 32 000 private Schwerlastwagen, die alle Winkel Pakistans erreichen; keine Firmen, keine Gewerkschaften, keine Monopole. Kein öffentliches Gesundheitswesen, keine öffentlichen Schulen, stattdessen fahrende Zahnärzte, Privatlehrer unter einem Wellblechdach. »Wie ein Kind ist Karatschi, das sich selbst überlassen worden ist, sich aber weigert, deshalb zu gehen.«

Isfahan, eine jüdische Gründung, Avicennas Stadt. Hier leben Muslime, Juden, Zoroastrier, Christen und Baha'i. Das Zusammenleben funktioniert, die anderen Glaubensgemeinschaften sind ausdrücklich anerkannt.

Die Einführung der mittelalterlichen Scharia-Gesetze allerdings bewirkte, dass das »Blutgeld« wieder angewandt wird, die Summe, die Angehörige von Mordopfern erhalten. »Einen Muslim zu töten, kostet danach achtmal so viel wie der Mord an einem Juden, Christen oder Zoroastrier. Einen Baha'i zu töten, ist in der Logik dieses Gesetzes nicht schlimmer als das Ausschütten eines Wassereimers. Es kostet gar nichts.« Die Baha'is sind die Parias und aus allen öffentlichen Positionen ausgeschlossen.

Abschließend wieder Gespräche, die Modernisierung des Iran, seine Abkoppelung durch die islamischen Machthaber und ein großes Fragezeichen weit über das Politische hinaus. »Als die Iraner für die Revolution auf die Straße gingen, hatte jeder von ihnen eine Antwort, auch die Freundin, die damals für den Sozialismus kämpfte. Dass sie heute niemand mehr weiß, auch das macht die iranische Gesellschaft modern. Ist das gut?«

Eine Reise in und durch die historische Zeit unternehmen André Miquel und Henry Laurens in ihrem Standardwerk *Der Islam. Eine Kulturgeschichte*. Es ist ein Longseller, in Paris erstmals 1968 erschienen, auf Deutsch 1970, nunmehr neu überarbeitet und aktualisiert. Die Autoren verzichten auf eine phänomenologische Detailgeschichte. Ihrem roten Faden liegt etwas zugrunde, was man als Nachdenken über die »Bestimmung des Islam« und das Verhältnis des Islam zur Welt, in der er sich bewegt und die er (manchmal) bewegt, bezeichnen könnte. Dem folgt auch die Epocheneinteilung. Die einzelnen Teile versuchen der Komplexität des Raumes und der Kulturen Herr zu werden, wobei sich die Autoren auf das Herausarbeiten von Grundstrukturen beschränken. Zwangsläufig führt die Größe des Raums des islamischen Halb-

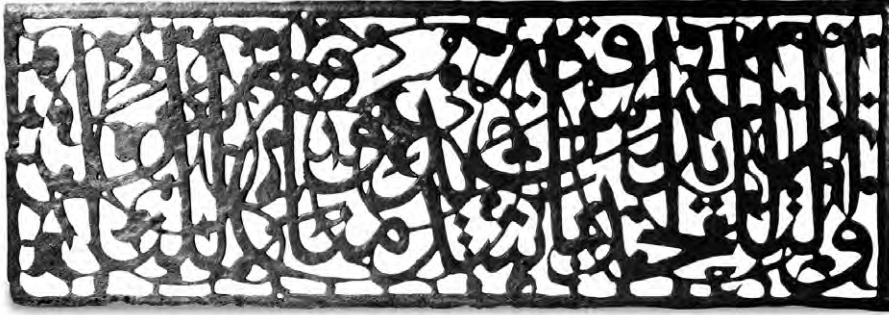


Abb. 1: Eisenbeschlag, Irak, Bagdad, frühes 14. Jh., 26,7 x 76,9 x 1 cm; Schrift: Thuluth-Duktus, Sure 57 Das Eisen (Al Hadid), Ausschnitt aus Vers 25: »Wir haben das Eisen geschaffen, das Gewalt in sich birgt, aber auch Nutzen für die Menschen.«

Geschriebene Welten

Ob goldbeschlagenes Kästchen, eiserne Brunnenfigur, Smaragd oder Holztafel mit Intarsien, Platte und Schale, Vase und Teller, das Messer oder das Schreib- und Zeichenwerkzeug – alles ist mit Kalligraphie versehen. Die Objekte der Ausstellung »Geschriebene Welten. Arabische Kalligraphie und Literatur im Wandel der Zeit« bestätigen die Vorstellung von der Macht des Wortes in der arabischen Kultur über viele Jahrhunderte hinweg auf das Glänzendste. Das Geschriebene ist Ornament *und* Bedeutungsträger. Hier bekommen wir auf dem Weg durch Dynastien und geographische Räume wieder einmal ein Gefühl für die enorme Ausstrahlung und künstlerische Kraft der Schrift – auf Pergament oder in Seide, in Reliefs aus Marmor und Ton oder als Teil eines eisernen Tores (siehe *Abbildung 1*). Diese Kraft findet sich auch in

verschiedenen Ausgaben von *1001 Nacht*, in denen das traditionelle Zusammenspiel von Kalligraphen und Illuministen sichtbar wird.

Der informative und prachtvoll ausgestaltete Katalog zur Ausstellung des Museums für angewandte Kunst in Frankfurt am Main gewährt Einblick in die Entwicklung der Stile, von den Kufi-Schriften bis zu Werken zeitgenössischer Kunst (aus dem Raum der Arabischen Liga), die eine Brücke von den Traditionen zur »freien Kunst« schlagen. Die Kalligraphie kann dem Schwung einer mit dem Pinsel gezogenen Farbfläche grafische Prägnanz verleihen (siehe *Abbildung 2*). Das Wort bleibt immer präsent. (ma)

Ausstellung im Museum für angewandte Kunst bis 31.1.05. (info.angewandtekunst.frankfurt@stadt-frankfurt.de) – Katalog (bei DuMont, 216 S., deutsch/englisch, in der Ausstellung 36,00 €)

mondes zwischen dem Maghreb und Indonesien zu einer Diversifizierung islamischer Kulturen. Mit Napoleon tritt ein epochaler Wendepunkt ein, es beginnt das Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus, der Westen dringt ein, brutal, ohne aus seinen Absichten ein Hehl zu machen – die Muslime werden gezwungen ein neues Selbstverständnis zu finden. Ein Zurück zur historischen islamischen Gemeinschaft gibt es nicht mehr. Wohl kann beim Ansturm des »Fortschritts« – erst recht, wenn dieser kriegerisch daherkommt – die Erinnerung an die glorreiche Historie die Oberhand gewinnen – ein Ausdruck davon sind fundamentalistische Ideologien. Doch die Autoren hoffen auf eine »historische Kraft«: Immer habe sich im Islam die Idee der Brücke zwischen den verschiedenen Gruppen der Menschheit durchgesetzt; bekomme er seine eigene Bestimmung mit der der Welt in Einklang, werde er auch im Stande sein, die Tradition der alten Beziehungen und Dialoge wieder aufzunehmen. – Hier klingt noch ein vorsichtiger Optimismus an, der seit dem 11. September weitgehend das Feld geräumt hat.

Keine Brücken, sondern Abrechnung mit Europa sucht Georges Corm, ehemaliger Finanzminister des Libanon, in seinem Buch *Missverständnis Orient. Die islamische Kultur und Europa*. Er sieht im Westen nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems nur noch einen grenzenlosen »narzisstischen Diskurs über sich selbst«, der »den kritischen Diskurs, der einst doch seine Stärke war, zunehmend marginalisiert«. Ihm stellt sich die Lage heute als »imaginärer Bruch« dar, »der Westen« habe seine eigenen Philosophen verraten, sei zu den einfachen Dichotomien eines Hegel zurückgekehrt: »Der narzisstische Diskurs, der die Entwicklung der westlichen Welt zur unerreichten und unerreichbaren Ausnahme der Menschheitsgeschichte verklärt, greift immer mehr um sich. Er hypostasiert die vorgebliche Ausnahmeerscheinung zum Absoluten, fußend auf einer Mythologie der ›Vernunft‹ und der ›Selbstbestimmung des Individuums‹, die als ureigenste Erfindung des westlichen Geistes im prononcierten Gegensatz zu glaubensorientierten Gemeinschaften stünden. Der Westen, so die Hybris, habe sich seit mehreren Jahrhunderten vom Rest der

Menschheit getrennt, sei aus der ›magischen‹ Welt der Religion ausgewandert und habe, wie von allen bedeutenden Soziologen, allen voran Max Weber, so eindringlich beschrieben, der Herrschaft der allgemeinen Vernunft zum Durchbruch verholfen. Seither versuche die übrige Menschheit ohne Erfolg den Westen nachzuahmen, sich zu modernisieren, aus ihren ›vorkapitalistischen‹, religiös geprägten Familien- und Clan-Strukturen auszubrechen. Ein vergeblicher Versuch, fällt sie doch jedes Mal aufs Neue in die Finsternis unhintergebarer Barbarei zurück.«

Bei manch stimmigem Korn, bei aller soziologischen Rhetorik ist Corms Quintessenz selbst ein ziemlich hohles Produkt, in dem die Zitate als manierierte Ornamente fungieren. Wenn nämlich der »westliche Diskurs« dermaßen narzisstisch ist, dass er die aufklärerische Vernunft wirklich so simplizistisch anwendet, wie geringschätzig fällt erst Corms Meinung über den »Rest der Menschheit« aus, die ihm zufolge geradezu zur Barbarei determiniert ist. Die im Folgenden geäußerte Ideenkritik zur Entwicklung Europas ist anmaßend, da fliegen pejorative Attribute, wenn er verschiedenen Philosophen und Soziologen die Leviten liest und den Europäern erklärt, dass sie sich gar nicht richtig verstünden. Und an einer Stelle bringt er auf den Punkt, was er vom Westen hält: »So kommt jeder kritische Gedanke auf den Index.« Über das Wechselverhältnis zwischen Islam und Europa erfährt man sehr wenig in dieser narzisstischen Holzschnittkritik des »Westens«.

★

Doch haben arabische Intellektuelle wesentlich mehr zu bieten. Ein schwieriges, zugleich spannendes Buch, *Die arabische Welt*, hat der irakische Exilant Khalid Al-Maaly herausgebracht. Zu ihm selbst sei noch ein Buch der Kategorie »verdienstvoll« angezeigt, das sich üblicher Rezension entzieht: Er und Mona Naggar haben das *Lexikon arabischer Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts* aufgelegt. Dieses Nachschlagewerk gibt Auskunft über Leben und Werk der wichtigsten arabischen Prosaautoren, Lyriker und Dramatiker von 1800 bis heute. Auch einige seiner BeiträgerInnen sind darin enthalten.

Die arabische Welt versammelt Beiträge von neunzehn AutorInnen, namhafte wie Adonis, Assia Djebar, Rafik Schami oder Mahmoud Darwish; Autoren, die in ihren Heimatländern oder seit langem im Exil leben oder zwischen den Kulturen pendeln, ein breites Band unterschiedlicher Meinungen. Was vielen gemeinsam ist: Sie wollen eine dif-

ferenziertere Sichtweise des Islam und der arabischen Welt, sie wehren sich gegen die vorwiegend US-amerikanischen Vereinfachungen, wobei hier des Öfteren auf den »Fundamentalismus« der Necons verwiesen wird. Samuel P. Huntingtons *Clash of Civilizations* empört nach wie vor die Gemüter. Eine pointierte Kritik liefert der Damaszener Philosoph und Religionskritiker Sadik Jalal al-Azm, der die islamistische Theorie des *Clash* skizziert und eine auffallende Meinungsähnlichkeit zwischen ihnen und Huntington sowohl hinsichtlich der Grundthese als auch im Bezug auf theoretische Implikationen und praktische Folgen konstatiert; der einzige Unterschied ist, dass hier letztlich der Islam triumphieren wird.

Demgegenüber wird häufig ein »Dialog der Kulturen« eingefordert, wobei der skeptische bis resignative Unterton unüberhörbar ist. Manche meinen allerdings, die inneren Verhältnisse der arabischen Länder ließen gar keinen Dialog zu, denn Dialog erfordere Offenheit, Meinungsfreiheit. Saad Eddin Ibrahim, Leiter des Ibn-Kaldoun-Forschungszentrums in Kairo und mehrfach im Gefängnis, legt eine bestürzende Statistik zur Pressefreiheit vor: Ein Bericht der Organisation »Bait al-hurriya« teilt die Staaten der Welt in drei Gruppen; absolute Pressefreiheit: kein einziges arabisches Land; Staaten mit eingeschränkter Pressefreiheit: nur Kuwait und Marokko; Staaten ohne Pressefreiheit: darunter die restlichen zwanzig arabischen Staaten. Unter solchen Bedingungen kann es nur Demagogie statt Dialog geben.

Dagegen verteidigt Nasr Hamid Abu Zaid, ebenfalls aus Kairo, der gegenwärtig in den Niederlanden lebt, den Dialog. Die Störung sieht er in der »Islamophobie« des Westens, die »im fehlenden Wissen über den Islam und seine Geschichte« fußt. Also Aufklärung. Doch misstraut er selbst diesem Ansatz; in der Folge unterscheidet er zwischen unterschiedlichen Phobien in den USA und in Europa und ahnt, dass irgendwo ein »kritischer Dialog« endet: »Beim Thema Israel wird der Westen zum Osten, das heißt, Kritik wird zum Verbrechen.«

Aziz al-Azmeh hingegen will den intellektuellen Diskurs modernisieren, der sich viel zu sehr um Rhetorik dreht. Er spricht sich mit Rückgriff auf europäische Philosophie und Staatslehre gegen ein homogenisierendes Identitätsdenken aus, das sich auf einen postulierten »natürlichen Zustand« beruft und jedes Abweichen als Dekadenz und Abwendung von der kulturellen Reinheit begreift.



Abb. 2: Kalligraphiekomposition von Hassan Massoudy (geb. 1944 im Irak), farbige Tinte auf Papier, 75 x 55 cm, Interpretation der Zeilen des arabischen Dichters Ibn Zaydoun (11. Jh.): »The Love I bear you this is my eternal delight the passion that I swear to you in my religion.«

Dabei sieht er verstärkte antiaufklärerische Tendenzen seit 1989 nicht nur in den arabischen Ländern, sondern auch im Westen und nennt neben fundamentalistischen auch postmoderne Strömungen als Nährboden für die Verachtung des Erbes der Aufklärung. Er fordert den Bruch mit der Autorität der Vergangenheit, und zwar mit jener, die sich durch einen unseriösen, ahistorischen Diskurs ausgezeichnet hat. Das zielt auch auf die fundamentalistische Religionskeule, sich in den zeitgenössischen Fragen den letzten Rat aus dem Koran zu holen.

Diese Frage vertieft Muhammad Said al-Ashmawy, der den Islam als Herrscherreligion analysiert, der von der ursprünglichen Unterwerfung unter Gott uminterpretiert worden sei zur Unterwerfung unter den jeweiligen Herrscher und religiösen Anführer. Daraus sei ein tyrannisches Denken entstanden, das den ursprünglichen Charakter der Religion zerstört habe. Politik wurde so zu einem Teil der Religion und ebenso willkürlich. Einst konkret geltende Rechtsvorschriften wurden verabsolutiert, für ewig gültig erklärt und zum »islamischen Rechtswesen« erhoben. Die Verfechter dieser autoritären Ideologie hatten es dann leicht, andere Auffassungen, zum Beispiel die Demokratie, zur Ketzerei zu erklären.

Über das Interview mit dem Beirut Schriftsteller Elias Khoury mag man unter-

schiedlicher Meinung sein. Kein Zweifel, Khoury mag die US-Regierung nicht. Von seinem Kollegen Adonis unterscheidet ihn deutlich die strategische Sicht – er rekurriert auf die gesamtasiatische Situation – und er lässt in seiner Kritik, die vom Impetus einer friedlich zu gestaltenden Welt getragen wird, keine Seite ungeschoren. Er bringt schließlich eine geopolitische und geokulturelle Idee ins Treffen, die des »Mittelmeerraums« von Taha Hussain aus den Dreißigerjahren. Doch müssten sich die Europäer von ihrem kolonialistischen Blick befreien, andererseits aber auch die Araber ihre Angst vor Verlust ihrer kulturellen Identität ablegen und ihre Isolation aufbrechen.

Es ist kein leichter Boden. Der arabische Diskurs hat seine Eigenheiten, seine besondere Tradition und Mentalitätsgeschichte. Konkrete Analysen und Stra-

tegien scheinen eher in den Hintergrund zu geraten. Dabei wird durchaus erkannt, dass die Herrschaftsstrukturen in Gestalt der autoritären Regimes den Nährboden für Rückständigkeit und Fundamentalismus bilden. Dazu kommt freilich der Reflex der eigenen Ohnmacht, wie Al-Maaly in seiner Einleitung bemerkt, »dass die arabischen Intellektuellen der Gegenwart ihr Publikum weitgehend verloren haben, die Zahl ihrer Leser abgenommen hat und ihre Rolle in der Gesellschaft unbedeutend geworden ist«. Und über alles erhebt sich die Realität eines fehlenden öffentlichen Raumes, eines Krieges und, so scheint es derzeit, einer abnehmenden Bereitschaft auf beiden Seiten, füreinander Verständnis aufzubringen. ◀

Arnold Hottinger: *Islamische Welt. Der Nahe Osten: Erfahrungen, Begegnungen, Analysen*, Paderborn (Ferdinand Schöningh Verlag) 2004 (750 S., 49,90 €)

Navid Kermani: *Schöner neuer Orient. Berichte von Städten und Kriegen*, München (C. H. Beck) 2003 (240 S., 19,90 €)

André Miquel, Henry Laurens: *Der Islam. Eine Kulturgeschichte. Religion, Gesellschaft und Politik*. Aus dem Französischen von Leopold Voelker, Gerhard Striebeck und Maximilian Vogel, Heidelberg (Palmyra Verlag) 2004 (530 S., 24,90 €)

Georges Corm: *Missverständnis Orient. Die islamische Kultur und Europa*. Aus dem Französischen von Bodo Schulze, Zürich (Rotpunktverlag) 2004 (180 S., 18,00 €)

Khalid Al-Maaly, Mona Naggar (Hrsg.): *Lexikon arabischer Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts*, Heidelberg (Palmyra Verlag) 2004 (330 S., 24,90 €)

Khalid Al-Maaly (Hrsg.): *Die arabische Welt. Zwischen Tradition und Moderne*, Heidelberg (Palmyra Verlag) 2004 (270 S., 19,90 €)

MICHAEL WERZ

Globale Verwirrung

Zur Okzidentalismus-These von Ian Buruma und Avishai Margalit

Als der palästinensische Amerikaner Edward Said vor mehr als zwanzig Jahren seinen Bestseller *Orientalism* schrieb, versuchte er (nicht immer überzeugend) literarische und philosophische Interpretationen des Orients zu dechiffrieren. Seine Kritik an den politischen Konsequenzen europäischer Ausblicke auf die Nachbarregion ergab sich aus der Analyse des Materials, sie war nicht sein vorrangiges Thema, auch wenn die enorme Popularität des Buches dadurch mitbedingt gewesen sein mag.

Vor dem Hintergrund der von Edward Said angeregten Debatte versuchen seit einigen Jahren der New Yorker Journalist und Menschenrechts-Professor Ian Buruma und der Philosoph Avishai Margalit ihre eigene Kritik an antiwestlichen Vorurteilen zu entfalten. Nach verschiedenen öffentlichen Diskussionen und Teilpublikationen erschien nun ihr gemeinsames Buch *Occidentalism — The West in the Eyes of its Enemies*. Anders als Said verfassten die beiden jedoch keine intellektuell gebildete Ideologiekritik, sondern publizierten eine politische Anklageschrift in akademischer Verkleidung. Der kürzlich verstorbene Edward Said, der zu Beginn der schmalen Schrift mehrmals als Sparringpartner erhalten muss, hatte aus gutem Grund im Vorwort zur letzten Ausgabe seines *Orientalismus*-Buches darauf hingewiesen, dass das Nachdenken über die komplizierte Materie gegenseitiger Spiegelungen und kulturalisierender Bilder zwischen Ost und West nur möglich ist, wenn neben das Wissen über Sprache und Geschichte auch ein sachlicher Blick auf die aktuellen Gesellschaften tritt.

Margalit und Buruma haben sich dieser Anstrengung nicht unterzogen, im Gegenteil, sie betreiben eigentlich einen reanimierten Historismus. War man in der Folge der historischen Hegelschule schon im 19. Jahrhundert der Überzeugung, dass Kultur und Gesellschaft nur als geschichtliche Kontinuität begreifbar seien, so setzen die beiden Autoren diese konservative Traditionslinie fort. Antiwestliches Ressentiment finden sie überall — in allen zeitgeschichtlichen Epochen der vergangenen zweitausend

Jahre, in jeder Erdregion und alles ist mit allem vergleichbar. Hinzu kommt, dass ihre Kritik vom Standpunkt der geschichtlichen Unveränderlichkeit geschrieben ist. Das ist kein akademischer Lapsus, sondern befördert das, was Edward Said einmal als »künstlichen Kampf der Kulturen« bezeichnet hat.

Aus der *Occidentalism*-Perspektive erscheinen unterschiedlichste Stoffe in einheitlichen Farben. Überraschend ist auch, wie sehr Buruma und Margalit Ideen mit Gesellschaftsgeschichte in eins setzen und damit dem gleichen Irrtum aufsitzen wie ihre antiwestlichen Gegner. So behaupten sie, der deutsche Idealismus habe im 20. Jahrhundert eine »militaristische Wendung« genommen, und die deutsche Romantik taucht als Vorgängerin des nationalsozialistischen Übels auf. Auch werden philosophische und literarische Strömungen, die im Westen selbst ent-

ander erscheinen Phnom Penh, die Angriffe des 11. September in New York, die Khmer Rouge und al-Qaida, die Taliban und der serbische Nationalist Nikola Koljevic. Sie alle hassen den Westen, weil er nicht heroisch genug sei, genau wie »die Hindus«, die in den Zwanzigerjahren die faschistischen Ideen Europas »adaptierten«. GuLag, Kulturrevolution und die Verheerungen in Kambodscha werden als »logische Extreme« der »prometheischen Träume europäischer Rationalisten« bezeichnet. Ergänzt wird die Trilogie des antiwestlichen Schreckens (Mao, Stalin, Hitler sind im gleichen Atemzug genannt) durch Burumas und Margalits ambivalenten Blick auf Asien. Als Sinnbild tauchen hier immer wieder die Kamikaze-Flieger der japanischen Luftstreitkräfte auf, sie gelten als Archetypen antiwestlichen Ressentiments, als »intellektuelle Rebellen« gegen die westliche Korruption Japans, und »ihre Lektüre Nietzsches, Hegels, Fichtes und Marx' verstärkte diese Einstellung« noch, so die Autoren.

Der Fluchtpunkt der Argumentation ist freilich der radikale Islam, (fast) alles mündet hierin, selbst die Schriften des »verbitterten Enkels eines Rabbiners« werden mit Islamisten in Verbindung gebracht, die »wahrscheinlich Marx gelesen haben, bevor sie islamische Texte lasen«.



Foto: Markus Kirchgeßner

standen und in diesen Gesellschaften wirkten, fraglos auf andere Terrains übertragen. Zur Zeitlosigkeit der Analyse des antiwestlichen Ressentiments und gegenwärtiger Gewalt kommen geographische Unverbindlichkeit und ethnische Vereinheitlichung hinzu. Vietnamesen und Chinesen in Indochina werden den Juden in Europa gleichgestellt, nebenein-

Weil die Personen, Ereignisse und Epochen kaum voneinander geschieden sind, verblassen die Unterschiede. Auch hier fehlt nicht der wahnwitzige Rückgriff auf die schiitische Sekte der Assassinen aus dem 11. Jahrhundert; oder die Behauptung, dass der Pan-Arabismus der Baath-Parteien zum Teil durch pangermanische Vorstellungen »inspi-

riert« sei, die den qualitativen Unterschied der Dekolonisierung der arabischen Länder gegenüber der imperialen Expansion Deutschlands ignoriert. Gleicher Differenzverlust betrifft die durch umfangreiche Bibelzitate unterfütterte Behauptung, es gebe Parallelismen zwischen der marxistischen Kritik am Warenfetisch und der islamistischen Aversion gegen seelenlosen Konsumismus.

Es ist mehr akademische Aura als analytische Einsicht, die verbreitet wird, wenn man dem Mentor der Muslimischen Bruderschaft in Ägypten, Sayyid Qutb, unterstellt, seine Gemeinschaftsvorstellungen seien »durch reinen Glauben geprägt, so wie auch der Nazi-Staat auf reiner Rasse beruhte«. Die Okzidentalismus-Metapher ist so unendlich geweitet, dass jede Bestimmung verloren geht. Das wäre zunächst nur ein wissenschaftlicher und begrifflicher Mangel. Aber weil Buruma und Margalit nicht zwischen Gedanken und gewalttätiger Praxis unterscheiden, wird ihre eigene Schrift zeitweise zum Dokument der Gegenklärung. Das gilt etwa, wenn den Organisatoren der Selbstmordattentate in Palästina zugestanden wird, sie sähen diese Anschläge als Teil einer »Schlacht zwischen heiligen Kriegeren, die bereit sind zu sterben, und Menschen, die süchtig nach Komfortismus« seien. Gleiches trifft auf die Charakterisierung Osama bin Ladens als »wahrhaftiger wahabitischer Gläubiger« zu. Der politische Kern der Gewalt und die verschiedenen Konfliktursachen gehen verloren, es handelt sich einfach um die »Konvergenz islamischer politischer Radikaler und puritanischer Fundamentalisten«.

Damit ist wenig oder gar nichts gesagt und das argumentative Vakuum bietet sich dazu an, es mit suggestiven Vermutungen vom Kampf der Kulturen zu füllen. Buruma und Margalit offenbaren immer wieder, dass sie mit den modernen Ideologen mehr teilen, als sie zugeben. Ihre Umkehrung der Chronologie von Wirklichkeit und Text ist kein Zufall, sondern entspricht der eigenen Weltanschauung, wonach Religion überall, »in Indien nicht weniger als in Israel, den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien«, für »verwerfliche politische Zwecke benutzt« werde, aber auch »eine Kraft des Guten sein« könne.

Gerade solche entsäkularisierenden Rückbildungen in wissenschaftlicher Umgebung machen das Buch lesenswert. Es ist Dokument des veränderten Umgangs mit intellektueller Arbeit, die seit dem Epochenbruch von 1990 immer öfter zum Mittel für politische Zwecke wird. ◀

Ian Buruma, Avishai Margalit: *Occidentalism. The West in the Eyes of its Enemies*, New York (The Penguin Press) 2004 (165 S., 21 US-\$)

USA: Die Taten und Hoffnungen der Engagierten

Wenn einen mal wieder der Frust über politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den USA überkommt, sollte man eines der Gespräche lesen, die Studs Terkel mit US-amerikanischen Aktivistinnen und Aktivisten geführt hat. Unter dem exakt dem Original folgenden Titel *Die Hoffnung stirbt zuletzt. Politisches Engagement in schwieriger Zeit* hat der mittlerweile 92-jährige und immer noch unbequeme Radio-Mann Interviews mit Engagierten aus den verschiedensten Zeitaläufen und Milieus versammelt. Dabei werden die verschlungenen politischen Karrieren oder Nichtkarrieren von Kongressabgeordneten ebenso beleuchtet wie die Erfahrungen von Weltkrieg-II-Teilnehmern, die heute gegen Bushs Krieg im Irak wettern. Aktivisten der Bürgerrechtsbewegungen und Studentenbewegung der Sechziger des 20. Jahrhunderts kommen zu Wort, Menschenrechtskämpfer und Gewerkschafter, Krankenschwestern und eine Friedensaktivistin, die schon in der Todeszelle saß und nach Jahren freigesprochen wurde. So treten unbekannte Namen neben solche wie Arlo Guthrie oder Pete Seeger oder den Wirtschaftsprofessor John Kenneth Galbraith, Priester neben Lehrer, Fahrradkuriere neben Immigranten, Linke neben Konservative, Schwarze neben Weiße.

Am auffälligsten ist für einen bundesrepublikanischen Zeitgenossen wohl, dass bei aller Wut über die Verhältnisse – zum Beispiel im Kampf gegen Bushs konservative Politik oder dem aufrechter gegen korrupte Gewerkschafter – selten eine Klage »über« im Vordergrund steht. Mit welchen Kalamitäten, Widrigkeiten und Bedrohungen auch immer es die Leute zu tun hatten oder haben, von ihnen geht auf verschiedene Weise Aktivität und die Hoffnung auf Veränderung aus, auch in dunkelsten Zeiten. Immer setzen sie dabei auf den Einzelnen, der dann, vielleicht und hoffentlich, Teil einer mobilisierten Masse werden kann, aber doch nie in der Masse aufgehen will oder soll. Die meisten GesprächspartnerInnen gehen unausgesprochen oder ausdrücklich davon aus, dass eine demokratische Gesellschaft nur mit AktivistInnen lebendig bleiben kann; dabei erwartet man offensichtlich wenig von »Oben«. Macht muss man erringen. Nur so lässt sich wohl erklären, dass es auch zum »Beruf« eines »Organisators« gekommen ist. Dessen Aufgabe besteht darin, beispielsweise in einem Stadtteil die Bewohner erfolgreich gegen den Ausverkauf und für ein Renovierungsprogramm und damit die Erhaltung eines gemischtrassigen und sozial prekären Viertels zu mobilisieren. »Schlussendlich hat diese Organisation zweitausendneuhundert Einfamilienhäuser gebaut.

Sie hat jedes Schwimmbad und jeden Park und Spielplatz des Viertels instand gesetzt und zwei neue öffentliche High Schools auf den Weg gebracht. Im Wesentlichen hat sie alle Probleme einer Gegend gelöst, in der eine Viertelmillion Menschen leben.« Das sagt der »Organisator« Mike Gecan, der zweiundzwanzig Jahre Erfahrungen auf dem Buckel hat, zu den Erfolgen in East Brooklyn in New York. Auch in seinem Beispiel wird Machtdurchsetzung delegiert und muss sich dann legitimieren. Ist eine Kampagne abgeschlossen, wendet sich der »Organisator« der nächsten Aufgabe zu. Und immer geht es dabei um soziale Fragen, Widerstand und Gerechtigkeit.

Man erfährt unglaublich viel in diesen Gesprächen über die sozialen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die Konflikte der Gegenwart. Etwa wie sich die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren verändert hat, also nun eher in den unteren Einkommensschichten und bei den Immigranten mit Billigjobs zu Organisationserfolgen kommt, während sie in den traditionellen Industriebereichen in Schwierigkeiten geraten ist. Mit welchen Anfeindungen etwa ein Gewerkschaftsanwalt konfrontiert ist. Man erfährt von der sozialen Wut, die die politische Rechte ausgelöst hat und von der scheinbar unauslöschbaren Hoffnung, dass eine Bewegung wie in den Sechzigern wieder eine politische Kehrtwende bringen könnte.

In den verschiedenen Gesprächsthemen und unterschiedlichen Temperamenten erkennt man, wie selbstverständlich doch all diese GesprächspartnerInnen einen Unterschied zwischen Unternehmertum und Ausbeutung machen. Ob man auch hier zu Lande diesen Unterschied machen könnte? Schon diese Frage berührt jedoch ein Feld weit reichender Mentalitätsunterschiede, die auch sozialgeschichtliche Ursachen haben. Aber nachdenken kann man über andere Gedankenabläufe und Hal-tungen schon.

Auffällig ist noch, dass die Beteiligten wie selbstverständlich davon ausgehen, dass es Interessen gibt und dass man sie offen formulieren und durchzusetzen versuchen darf. Niemand wundert sich, wenn andere ihre Interessen dagegensetzen – und dann selbstverständlich für diese kämpfen. Wie sagt der »Organisator« am Schluss seines Gesprächs: »Man kann sich leicht in Verzweiflung reden. Hoffnung ist etwas Physisches und kommt aus dem Bauch. Ich glaube nicht, dass man sie herbeireden kann. Ich glaube, dass man sie herbearbeiten muss.« Dass dies Millionen tun, beweist Studs Terkels Buch. Und es zeigt uns, dass es keinen Grund gibt, die USA zu dämonisieren oder zu fürchten. Selbst unter Bush nicht.

Michael Ackermann

Studs Terkel: *Die Hoffnung stirbt zuletzt. Politisches Engagement in schwieriger Zeit*. Aus dem Englischen von Michael Schulte, München (Antje Kunstmann Verlag) 2004 (315 S., 22,00 €)

WILHELM PAULI

Mit dem Reformkleid ging's bergab

Plauen ist immer noch Spitze

Neulich, seit langer Zeit wieder einmal auf dem bildhübschen Marktplatz zu Weiden (Opf.) – ich sah mit Erstaunen die Verwandlung der Weidenerin um die Jahrtausendwende, nun in nichts mehr nachstehend an sprödem Charme und floraler Eleganz der bisher führenden Regensburgerin –, neulich also entdeckte ich da, zwischen einem Stand der Firma Fuchs, der in vorbildlicher Weise den Willen zu gleichen Lebensbedingungen in allen Gauen dokumentierte: »Ob Norden, Süden, Osten, Westen/ Fuchs-Socken sind die besten«, und einem Anbieter von Ochsen-gall-Seife ein Tischlein, beladen mit elfen-beinweißer Spitze. Das war umlagert von Frauen jenseits der Vierzig, die sich nicht satt sehen und fühlen konnten an den Deckchen und Bändern und Gardinen, und vor allem die waschlappengroßen Weihnachtssticker-reien, die in deutschen Landen zum Fest in die Fenster und Stuben gehängt werden, trieben das Entzücken in die Haushaltsgesichter: Bei dieser Qualität von Garn und Ausführung, bei dieser geschmackvollen Musterung, »Sup-padässein«, erkannten nicht wenige, konnte man die Preziosen lange noch nach dem Fest hängen lassen. Ja vielleicht für immer. Und an all den Gespinsten, Gesticken rechteigentlich, hing ein kleines Schild, ein güldenes Logo aus T und G, verweisend auf die Plauener Spitzen-fabrikation Gustav Tegeler. Gegründet 1866. Hin war Pflicht.

Es ist eine komplexe Geschichte mit dem Vogtland, Plauen im Zentrum, und der Spitze. Wir können nur durch sie rasen wie ein Schiffchen durch den Stickrahmen. Die Armut der Böden und der Leute war's, die Schafhaltung, das Zwirbeln der Wolle, die Handarbeit, die Heimarbeit, das Klöppeln und Besticken, damit begann es. Vor Jahrhunderten. Dann, in ständiger, nicht immer sauberer Konkurrenz mit der Schweiz um die besten Stickmaschinen entfaltete sich die Manufaktur. Mit der einen Hand jagten die Männer die Nadeln durch den Stoff im immer größer werdenden Rahmen, mit der andern tasteten sie über einen Pantographen (»Storchenschnabel«) die Muster ab, mit den Fußpedalen wechselten sie die Richtung und be-

fehligten die Nadelzangen. Verputzend und Gerissenes heilend flatterten die Frauen um die Maschinen. Gegen 1900 kam der Automat, gesteuert von gelochten Bändern, die Industrialisierung der Spitze. St. Gallen immer etwas vorne. Aber in Plauen waren zwei entscheidende Neuerungen gelungen: Die Tüllspitze (1880), gestickte Träume auf morbidestem Gewebe. Und nur zwei Jahre später die »Chemiespitze«, eine, die keines profanen oder sündigen Trägermaterials mehr bedurfte. Zwar wurde auf einen präparierten Hintergrund gestickt, der aber danach weggeätzt, sodass allein die köstliche Stickerei verblieb, die nun ihrerseits um jedes Glied sich winden, auf jeden Stoff genagelt werden konnte. »Ätztspitze« nannte sie wenig traumverloren der schlichte Hersteller, bis ein Vorfluten von Marketingdenken den Begriff »Luftspitze« etablierte.

Großartige und großbrahmige Stickmaschinen mechanischer Raffinesse entstanden, eine einschlägige Fachschule wurde gegründet. Triumph für die Plauener Spitze bei der Weltausstellung 1900 in Paris! Die Stadt entwickelte sich zur Großstadt. 1912 tobten 16 000 Stickmaschinen in der Region. Plauen hatte fast 130 000 Einwohner (heute 70 000), die meisten Millionäre im Reich, einen bewundernswerten Bierverbrauch und uneheliche Kinder sonder Zahl.

Freilich ist Spitze Luxus, sagt Jürgen Fritzlar, Geschäftsführer des Branchenverbandes, niemand braucht sie wirklich. Also rennt sie zum Geld – Emirate, Naher Osten, Singapur, Japan in unseren Tagen – und muss doch durch sämtliche Täler der Konjunkturen. Jeder schwarze Freitag reißt sie von Leib und Tisch der Schönen und Heimchen. Wenn das alles wäre!

Die Älteren mögen sich noch der Zeiten erinnern, da im Salon der gedrechselte Fuß des Klaviers züchtig von Spitzendecken verhüllt



wurde und sein versehentliches Entbergen zu Pollutionen bei den Herren und Hinsinken bei den Damen führte. Oder der Krinoline, ein Rock von einer Flächigkeit, der mit einer ganzen Jahresproduktion von Luftspitze belegt werden konnte. Dann kam, kaum hatte das 20. Jahrhundert begonnen, das Reformkleid. Die Frau befreite sich vom Plunder und dem schnürenden Darunter, raffte die Röcke, reduzierte die Silhouette – und die Spitze hatte das Nachsehen. Man kann sagen, dass sich bei allem Hin und Her der Moden, allen Anleihen der eher selten gewordenen Unterwäscheträgerinnen beim Pornobusiness – wobei hier, wie bei den sparsam eingenähten Brustlätzen mancher H&M-Kreationen, die Frage steht, ob es sich dabei um »Spitze«, nicht vielmehr um löchrig geblasene Kunststoffschläuche handelt –, man kann sagen, dass sich die Spitze von der Frauen Emanzipation nie

mehr erholt hat. Die Amerikanerin, um die Dimension anzudeuten, trug Spitze aus Plauen. Plötzlich stand sie praktisch nackt. Aber der vogtländische Stickapparat war ins Gigantische gebläht. Und die befreite Frau neigt nicht dazu, kompensatorisch das Eigenheim mit Spitze zu belegen. Im Gegenteil. »Machen wir uns nichts vor«, sagt Frau Marie-Luise Schwarzott, geb. Tegeler, »bei uns kauft gerade noch die Frau ab vierzig (sic!). Die Jungen hängen ja nicht mal mehr Gardinen!«

Aber was bleibt den Vogtländern? Sie haben nichts anderes. Also gelten Beharrlichkeit, der gute Name, kleine Innovation, Schrumpfgesundung. Marie-Luise Schwarzott, geb. Tegeler, ist 66 und kinderlos. Einerseits platzt sie vor Energie. Andererseits reicht's ihr. Altenteil wäre nicht schlecht. Aber einen guten Geschäftsführer kann sie nicht bezahlen und an ein junges Spitzenass zu verkaufen, scheiterte bisher am historisch



Abbildungen aus einem Prospekt des
»VEB Plauener Spitze«

Leuten bisher immer den Lohn gezahlt. Aber wie oft hat sie kein Geld? Frage nicht. Mittelstand, krach, poch, schepper!

Bei Tegeler haben immer die Frauen die Spitze gerettet. Früh haben sich die Männer verabschiedet. Urgroßvater, Großvater, Vater. 1964 verunfallte ihr Bruder tödlich, da tunkte die Mutter sie rein. Vom Kehricht an musste sie sich den Betrieb erarbeiten. Und hatte ihn am Hals. 1972 enteignet. Von Anfang an auf der Straße zur Wendezeit. Aber jetzt ist die Enttäuschung da. Der Mittelstand. Sie wurde ausgehebelt nach allen Regeln der Vereinigungskunst. Mit buchstäblich nichts konnte sie die Hülle der alten Familienfirma

beziehen. Musste das Elternhaus verpfänden, um investieren zu können. Und heute sind die alten Tegeler-Häuser, als Altersversicherung gedacht, auf dem Immobilienmarkt höchstens zu verschleudern. Allein in die NC-Maschinen hat sie so 750 000 Euro investiert. Aufhellung verschafft nur die Duftigkeit ihres Sortimentes. Und das Gefühl, mit Leuten zu arbeiten, denen Plauener Spitze ein Anliegen ist. Tradition & Pflicht.

Noch sticken gut 1000 Menschen in der Plauener Region in knapp 60 Betriebchen an der Spitze, vielleicht hundert Hightech-Maschinen stehen vierhundert mit einem Alter von 70 bis 90 Jahren gegenüber. 60 Lehrlinge lernen »Schmucktextilhersteller«. Fritzlär hofft auf junge Tschechen. Zeit, die schöne Zeit der Plauener Spitze zu musealisieren.

Eine Schaustickerei gibt es, märchenhaft in einem alten Betrieb, in der vor den Getümmen historischer Stickmaschinen ein heiliges Wundern vor der Arbeit und dem eingeborenen Erfindergeist den Besucher streift.

Und ein Museum im alten Rathaus, das die schönsten Kreationen durch die Jahrhunderte zeigt, wie die Entwicklung der Stadt durch sie und mit ihnen.

In einem Zimmerchen sitzt da seit 16 Jahren eine in Stickerei wie EDV gleichermaßen ausgebildete Fachfrau in Mischfinanzierung, die mit einer elektronischen Kamera alle Musterungen der Plauener Welt erfasst und in sinnreichen Blättern dokumentiert. 250 000 Exponate, schätzen die Eingeweihten, wollen fotografiert und gespeichert werden. 20 Prozent, schätzen Jürgen Fritzlär und seine Mitarbeiterin, sind schon verplombt. Für die Wissenschaft, für den Nachwuchs, für die Nachwelt. ◀

bedingten Unvermögen der östlichen Nachwuchskräfte, das benötigte Eigenkapital vor Gott und der Welt aufzubringen. Vor zwei Jahren erst hat Frau Schwarzott, geb. Tegeler, eine moderne Halle in ein neues Industriegebiet gestellt und zwei Trümmer von NC-gesteuerten Stickmaschinen hinein. Das sind schon Stickstraßen. Da stopfst du vorne den angelieferten Stoff rein und hinten kommt er erstklassig bestickt wieder raus. Und ab auf den Markt. Wenn der da ist. Die Musselinmännin könnte eine Perspektive sein?

M.-L. Schwarzott, geb. Tegeler, hat sich auf Decken und Gardinen spezialisiert. Aber jetzt macht der Türke in Gardinen, baut schreckenerregende Kapazitäten auf (wird immer besser, sagt Jürgen Fritzlär). In Decken macht rücksichtslos der Chinese. Kopiert Schraubchen für Bolzen und Schenkelchen die Stickmaschinen. Er lädt sich das feischeste Plauener Muster aus dem Internet direkt in seine nachgebaute Stickmaschine und dann ratter, ratter. Plauener Qualität aber, sagt die Chefin, seh' ich sofort,ühl ich sofort. Neue erregende Musterungen, schnell umgesetzt, sagt Fritzlär, können die Gegenstrategie sein. Der Mittelstand wird schmählich verraten, sagt M.-L. Schw. geb. T. Sie schafft es kaum noch auf Messen. Zu teuer. Keine Exportförderung. Wenn Schwarzott, geb. Tegeler, »Mittelstand« sagt, haut sie auf den Tisch. Sie haut im Folgenden ständig auf den Tisch. Wenn Karstadt, sagt sie, wenn Opel, dann Aufregung. Aber Mittelstand? Zigtausende jährlich, und dabei 75 Prozent Arbeitsplätze, wer redet darüber? Als sie vor kurzem die KfW um Aufschub einer Ratenzahlung bat, um einen Monat: hoffnungslos. Sie hat, anders als manch Vogtländerbetrieb, ihren 20

Heinz Lehmann (82)

Von 1936 bis 1939 war er Lehrling bei Willy Strobel & Cie. Ein führender Spitzenfabrikant. Da war er stolz drauf. Er träumte davon, in Übersee die Firma zu repräsentieren. Wenn die glänzend frisierten Seniores aus Südamerika zurückkamen, mit Musterköffchen und gefüllten Auftragsbüchern, legte Heinz die Ohren an die Türe des Chefzimmers. Er lernte im Kaufmännischen, und Willy zahlte seinem Nachwuchs Englisch-, Französisch- und Spanischkurse. Aber dann war Krieg und alles anders.

Er hat seine Aufzeichnungen aus dem 36er-Jahr dabei:

»An der Stickmaschine wird erklärt, daß die Grundlage der Rapporterteilung der Schweizer Zoll darstellt. $\frac{4}{4} = 2,67 \text{ cm} =$ ein Schweizer Zoll, das bedeutet, daß die Rapporte sich alle 2,67 cm wiederholen; bei $\frac{6}{4}$ alle 4 cm usw. 112 Nadeln = $4 \frac{1}{2}$ mtr. Bei $\frac{12}{4}$ Rapport ...« Das ist interpretationsbedürftig. Das kriegen wir heute nicht mehr hin. Wir müssen trinken. Lehmann hat auch wunderbares Werbematerial der Vereinigung VEB DEKO mitgebracht, dem wir die Illustrationen verdanken:

»Eleganz, Grazie, Anmut!

Die modische Aufmerksamkeit gilt in unserer Zeit nicht allein der Damenoberbekleidung, sondern in gleichem Maße der eleganten Damenunterwäsche, denn in vielen Fällen bringt diese erst ein Kleid zur gewünschten Wirkung. Diese Entwicklung dürfte ihre Ursachen nicht allein im Fortschritt der Technik und der Chemie haben, sondern wohl maßgeblich von den Bedürfnissen der Frau nach Schönheit und Eleganz bestimmt sein. Es gibt wohl kaum ein textiles Erzeugnis, welches geeigneter wäre als Spitze, um diese Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen.

Gepflegte Wohnkultur!

Spitzen- und Filetdecken sind im Zeitalter der Raumschiffahrt keineswegs überholt. Sorgfältig ausgewählt und gut plaziert gereichen sie nicht nur dem Stilzimmer, sondern auch modernen Einrichtungen zur Zierde.«

Dann studieren wir Willy Erhardts Chronik der vogtländischen Stickerei: *Das Glück auf der Nadelspitze*, und Lehmann, nachsinnend der nebenhin geführten Reden über die Landtagswahlen, liest vor:

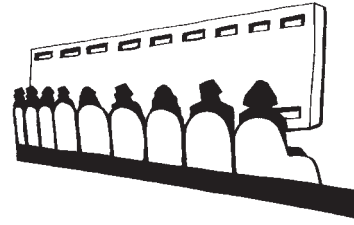
»Daß ausgerechnet das Stickereigebiet mit Plauen als Mittelpunkt zu einer sogenannten »Hochburg des Nationalsozialismus« wurde, daß mit dem Umschwung Anfang 1933 nicht nur ein Plauener Spitzenfabrikant – Martin Mutschmann von der Firma Mutschmann & Eisentraut – Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen wurde und daß außerdem noch zwei sächsische Minister aus dem vogtländischen Spitzenrevier kamen, war kein Zufall. Es war ... der politische Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen Verzweiflung.«

Pauli

MARCUS WELSCH

Heimat in Ordnung

Andere Wirklichkeiten im »Dokumentarfilm«



Die wohltuende Irritation beginnt mit dem Blick auf einen Hartschalenkoffer. Es ist ein Reisekoffer, wie man ihn früher bei Karstadt kaufen konnte. Unverwundbares Fluggepäck, das nach zweimaliger Benutzung selbst ramponiert aussah. Dieser Koffer liegt in einem Regal unter der Decke, von der es stetig tropft. Daneben eine Reiseschreibmaschine. Auf dem Boden liegt überall Papier. Bilder, die auf Isolation deuten und gleichzeitig ihre Reise schon hinter sich haben. Die Aufnahmen stammen von 1987. Es ist die Wohnung von Heiner Müller.

Zu Beginn von Thomas Heises Dokumentarfilm *Der Ausländer* zieht die Kamera übers Eis und eine Kinderstimme zitiert seinen Text: Der Platz des Ausländers ist an der Spitze der Expedition, um das Eis zu testen. Der Respekt des Corps, der ihm folgt, gilt nicht ihm, sondern der Gefahr.

Heises Film verfolgt die Zeit und die Proben um die Aufführung von Müllers Stück *Der Lohndrucker* im Winter 1987. Er zeigt das Theater in der Demenzphase der DDR. Während im Staatsfernsehen die Ankunft Gorbatschows in Washington in »Direktübertragung« gezeigt wird, sitzt Heiner Müller am Telefon und organisiert die letzten Proben. Eine Zeit geht zu Ende. Wie auf einer Insel, die nur er verlassen kann, wiederholt sich in der Abgeschlossenheit der Probenräume die Geschichte erneut. Das Stück, das eigentlich ein Stück über den 17. Juni ist, passt noch einmal in die Situation der untergehenden DDR. Die Frage nach der Norm, die das Stück reflektiert, zeigt den eigentlichen Zustand und wird zunehmend absurd. »Ich hatte einen Traum. Einen Alptraum. Ich wachte auf und alles war in Ordnung.« Der Satz konterkariert die Bilder, die Heise damals aufgenommen hat. Mit einer VHS-Kamera aus dem Westen gefilmt scheint die Welt um Müller auf den ersten Blick tatsächlich in Ordnung zu sein. Auch wenn gerade das das Unheimliche ist. Es lag wohl nicht an der konkreten Gefahr. Auch wenn der eine oder andere Schauspieler nicht wusste, ob man nicht besser zur Premiere gleich die Zahnbürste mitbringen sollte, lässt die Politik sie gewähren. Das Theater hat seine Funktion. Die Benennbarkeit einer Leerstelle. »Tödlich dem Menschen ist das Unkenntliche.«

Man erfährt nichts Neues über die Politik und das Theater. Trotzdem wird der Umgang mit der Endzeit ganz ohne Hysterie oder Depression faszinierend beschrieben. Die Leerstelle des Politischen ist wie im Theater ein abgeschlossener Raum, in dem die Reflexion Zuflucht sucht, das zu reflektieren, was alles eigentlich umbringt. Denn solange der Koffer oben im Regal liegen bleibt, bleibt auch Müllers eloquente Sprache Ausnahme-situation und Fluchtpunkt in der Enge der Gegenwart. Das Außen zu denken bleibt beschränkt und doch scheint Müller die Ironie seiner Situation ins Gesicht geschrieben zu sein. Ein Durchreisender, der den Festgehaltenen über ihre Situation Bewusstsein zu verschaffen sucht.

Nachträglich sind die Farben aus dem VHS-Material gezogen worden. So wirken die festgehaltenen Blicke aus dem Fenster noch grafischer. Die Spezifik dialektischen Denkens und die Sackgasse dieser Wirklichkeitsaneignung wird in Heises Film nicht zur zermalmenden Last, zeigt vielmehr eher den feinen Umgang, den Müller allorts mit Zigaretten und Whisky in der Arbeit pflegt.

Der Verdacht, die DDR auch in unkommerziellen Dokumentarfilmen verklärt einzuholen bestätigt sich nicht, selbst wenn Archäologen nicht vor Romantik gefeit sind.

Vielleicht sind die Dokumentarfilme, die ihre Produktionsbedingungen und Herkunft des Materials nicht verbergen, besser gegen die Gefahr gefeit, dass der Blick in die Vergangenheit zum süßen Honig wird. So gesehen ist die Auswahl des diesjährigen Dokumentarfilmfestivals in Duisburg, die hier Erwähnung findet, nicht zufällig auf die Frage nach dem Material konzentriert und der Kontrast zu ritualisierter Fernsehunterhaltung unübersehbar.

Josie Rücker wollte einen Film über einen Schäfer drehen, der jedoch zwei Tage vor Drehbeginn starb. Sie hat den Film trotzdem gedreht – ohne ihren Protagonisten. Durch diese Umstände ist der wunderbare Film *Wilhelm der Schäfer* entstanden. In langen Einstellungen sieht man die Hunde bei der Arbeit, wie sie die Herde zusammenhalten. Die Autorin erzählt in kurzen Sätzen die Geschichte von Wilhelm, dem Schäfer, und den Zusammenhängen, warum es heute keine

Schäfer mehr gibt. Angesichts der Härte fragt man sich, warum er nicht selbst in die Scheune gegangen ist und den Strick gesucht hat. Stattdessen schickt der Film einen auf eine Reise durch unglaublich einfache, aber hinreißend gefilmte Landschaften. Das ist bei einem Feld-Wald-und-Mühlen-Film etwas schwer vorzustellen, aber es sei versprochen, dass innerhalb der 26 Minuten alle Heimatgeschwängerten und exotischen Reisereportagen der öffentlich-rechtlichen Bilderproduktion vergessen sind. Dabei ist es nicht die Landschaft, sondern der Verlauf dieser Bilder, der eine komplett neue Realität erzeugt – statt einen sentimental Blick zurück. Eigentlich hat man die ganze Zeit das Gefühl, die Bilder rückwärts laufen zu sehen, ganz unmittelbar.

Ähnlich subjektiv nähert sich der Schweizer Filmmacher Peter Liechti in seinem Film *Hans im Glück* seiner Heimat und dem Selbstversuch, das Rauchen drei Mal (vergeblich) aufzugeben. Mit einem Fußmarsch von Zürich nach St. Gallen entsteht ein außergewöhnliches Tagebuch. Auch er beginnt mit einer Parade seiner Lieblingstiere. Anstelle der Ostschweiz beginnt der Film mit Bildern aus der Savanne. Die Schweiz als auch die DDR verbindet anscheinend das Leiden der Eingeschlossenheit und die außergewöhnliche Produktion von Fluchtpunkten. Doch es kommt nicht zum bloßen »Vor-sich-Hinschweizern«. Für illusorische Träumereien ist in Liechti Film kein Platz. Dafür ist das, was ihn auf seinem Fußmarsch durch das eigene Land begegnet, zu gnadenlos. Einmal wird er von einem Freizeit-Fahnen-schwinger beinahe erschlagen, das andere Mal setzen ihm muntere Rentner beim Frühstück zu, und in der scheinbar heilen Bergwelt lauern mehr tödliche Gefahren als in der Savanne Afrikas.

Dabei meint es Liechti ernst mit dem Experiment. Die eigene Langeweile, die mit dem Rauchen zusammenhängt, soll zum Quell der Inspiration werden. So sind die Bilder in der Lungenklinik, die er besucht, weniger irritierend als der lange Weg durch die eigene Gefühlslandschaft. Selten hat man einen Schweizer Autor so wütend gesehen. Die Gewitter sind natürlich kathartisch und so werden nach dem Abgesang auf die Ostschweiz überraschend liebevolle Heimatbilder neu ent-

deckt. Interessanterweise stammen die nicht allein von seinem Fußmarsch, sondern aus altem Super-8-Material. Die Ausflüge in die Schweizer Vergangenheit gehen Hand in Hand mit Bildern von seiner Sibirienreise. Ein Dorftrattel ist der einzige, der den Anflug des Helikopters spürt, bevor er zu hören ist. Surreal werden Raum und Zeit verwoben.

Gemein ist diesen untypischen Dokumentarfilmen, dass ständig das Bildungsziel zu Gunsten eines subjektiven Zugangs torpediert wird. Dabei ist der Überbegriff »Dokumentarfilm« eine Verlegenheitsklammer für alles, was nicht Fiktion ist. Es ist eine müßige Begriffsauffassung, da immer mehr Dokumentationen versuchen, eine Spielfilmdramaturgie Gewinn bringend zu übernehmen.

Bleibt die Frage nach der Wirklichkeit im übergreifenden Sinn. Ob und wie es möglich ist, komplexe ökonomische Zusammenhänge in Filmen darzustellen, hat seit langem die Autorenschar bewegt. *Hat Wolff von Amerongen Konkursdelikte begangen?*, ist der Titel eines Montage-Films von Gerhard Friedl, der eine Sittengeschichte europäischer Wirtschaftsverhältnisse auf ganz besondere Art zeigt. Zu einem kaleidoskopartigen Text über die Zusammenhänge von Großindustrie, Politik und persönlichem Schicksal sind gleich bleibend ruhige Aufnahmen von Industriekomplexen montiert. Bild und Wort verfehlen sich auf eine konstruktive Weise. Anstelle einer Präsentation des Bekannten wird die Spekulation über bestehende Ordnung herausgefordert.

Nicht ohne Risiko – Harun Farockis neuester Film – beschäftigt sich mit VC (Venture Capital), dem so genannten Risikokapital. Wer keine Sicherheiten hat, ist bei den normalen Banken nicht aufgehoben und muss sich an VC-Gesellschaften mit horrenden Zinsen wenden. Formal ist der Film unverschämt einfach und deswegen so überzeugend. Nichts als den Verhandlungsmarathon um die Zinssätze, die sich über zwei Tage hinziehen, zeigt der Film. Trotzdem und gerade wegen dieser simplen *direct-cinema*-Methode wird der Gegenstand begreiflich. Wenn es hart auf hart kommt, dreht sich alles um das oft irrationale Verhandlungsgeschick. Über Stunden wird in Vertrauen investiert. Keine Handbreit dem Verrat. Und doch wird dieser staubtrockene Marathon plötzlich zum Western oder zu einer Szene aus den Gebrüder-Coen-Filmen, wenn die eine Seite nach Stunden plötzlich das Rollenspiel gegenseitigen Wertschätzens bricht und den Satz bringt: »Wir sind ein bisschen enttäuscht über das Angebot.« Spannender kann Kino nicht sein. ◀



ProKino

Zeitreise in die Erinnerung – vor und zurück

Die Lebensräume der Zukunft werden zunehmend anschaulicher, jedenfalls im Computer und Kino. Doch was ist mit den virtuellen Virtuositäten erzählerisch gewonnen? Zu Beginn von Wong Kar Wais neuem Film *2046* überwältigen die computergenerierten Bilder zwar durch Plastizität, Durchsichtigkeit und Leuchtkraft, machen einen aber etwas ratlos. Doch gerade wenn wir glauben, wir befänden uns in einer abstrusen Science-Fiction-Welt, legt der Regisseur den dramaturgischen Hebel um. Nun erklärt uns zu elegischen Bildern der Journalist und Schriftsteller Chow, dass wir uns in den Bildern seiner Imagination bewegen – in der Handlung seines Romans mit dem Titel *2046*. Demnach ist 2046 kein Jahr, auch kein Ort, eher ein Zustand. In diesem steht die Zeit still und leben die Erinnerungen des Erzählers.

In Herrn Chows Roman will ein junger Mann aus 2046 flüchten, also gewissermaßen aus der stillstehenden Zeit in die schon vergangene zurückkehren. Traurig sitzt er in einem Zug, der seine Zeitreise symbolisiert. Könnte er auf seiner Endlosfahrt Trost in der Begegnung mit einer schönen Frau erfahren, auch wenn diese ein Android ist? Kann ein Android etwas empfinden, gar lieben? Mögen diese Fragen auch absurd erscheinen, immerhin können wir sie als Spiegelungen der Erinnerung von Herrn Chow erkennen – in den Beziehungen zu mehreren Frauen in den Sechzigern des 20. Jahrhunderts. Was hat er, als passionierter Verführer, für diese Frauen empfunden? Warum konnte er keine wirklich lieben und warum denkt er doch so intensiv an sie zurück?

Zum Wesen eines Melodramas gehört es, solche Fragen immanent zu stellen, ihre eindeutige Beantwortung also zu umgehen oder in Leidenschaften zu versengen. Wong Kar Wai, der 1958 in Shanghai geborene, in Hongkong lebende Regisseur, ist darin mehr als nur geschickt. Nach seinem elegischen *In the Mood for Love* hat er nun in *2046* (Start: 13. Januar)

gleich vier, fünf schöne Frauen um seinen Herrn Chow (Tony Leung) versammelt. Und was Gong Li, Faye Wong, Zhang Ziyi, Carina Lau und Maggie Cheung aus den unterschiedlichen Frauenfiguren machen, ist ziemlich grandios. In der nur vage strukturierten Handlung verknüpfen sich ihre Geschichten zu eleganten Stilisierungen und mit überraschenden Übergängen in die Zeit von 2046. Dabei hat es Wong Kar Wai im Grunde nur auf Stimmungen, auf Vergeblichkeitsgefühle abgesehen. Er inszeniert ein Kammerstück, in dem er oft wenig mehr braucht als ein paar enge Flure und Räume, in denen die Kamera immer wieder ein Hindernis findet, das sich zur zusätzlichen emotionalen Aufladung der Bilder eignet. Städtenamen wie Hongkong, Shanghai und Singapur fallen Metaphern gleich, in denen bewegte Gesellschaftsgeschichte anklingt. Die eher kühlen Bilder aus der Sphäre von 2046 erhöhen den Kontrast zu den Warmtönen der Sechzigerjahre und verstärken den melancholischen Grundton.

Wie in seinen vorangegangenen Filmen arbeitet Wong Kar Wai auch in *2046* mit retardierenden Momenten. Szenische Wiederholungen ähnlicher Situationen an gleichen Orten lenken durch leichte dramaturgische Verschiebungen die Emotionen. Die Begegnungen etwa mit der jungen Bai Ling in den schmalen Gängen eines Privat-Hotels verwandeln sich von der koketten Annäherung über kühle Abwehr hin zu Eros und Eifersucht, schließlich aber zu Bai Lings trauriger Erkenntnis, dass Herr Chow sich wirklicher Liebe nur entzieht.

Zu all dem passt eine Filmmusik, die jeder Frau, jeder Beziehung, ein musikalisches Leitmotiv zuordnet. Es ist eine eklektische Mischung aus alten Evergreens und orchestrierten Sequenzen von Shigeru Umebayashi und Peer Raben. Raben schrieb seine Musik einmal für Rainer Werner Fassbinders Filme. Nun strahlen diese Motive wie kleine Déjà-vus der Filmgeschichte. Natürlich schwingt da auch eine Hommage an den deutschen Melodramatiker mit. Wundern sollte uns das nicht. Nicht nur Wong Kar Wai steht mittlerweile für ein asiatisches Kino, das weltläufiger und amalgamierungsfähiger ist, als manche/r vermutet. Denn auch die filmästhetischen Innovativkräfte haben sich längst weiter nach Südosten verschoben. **Michael Ackermann**

MICHAEL SCHWEIZER

Nordsee Mordsee

Die Journalistin Kathrin Herzberg wird ermordet. Es soll nach einem Autounfall aussehen, aber ihr Verlobter, der Oldenburger Studienrat Frank Löwenau, findet schnell heraus, dass ein Betäubungsmittel im Spiel war. Wenig später, kurz vor den Sommerferien, stürzt jemand den Schulhausmeister in eine laufende Kettensäge. Um Abstand zu gewinnen, fährt Löwenau nach Sylt. Dort wird er bespitzelt, beschossen und fast im Wattenmeer ertränkt. Und er lernt eine Frau kennen, die ihn sehr an Kathrin erinnert. Im Kino läuft *Vertigo*, Hitchcocks Geschichte um eine scheinbare Wiedergängerin.

Karl-Wilhelm Gabbert, Jahrgang 1932, war eine Zeit lang der dienstälteste Oberstudiendirektor Niedersachsens. Seinen ersten Roman *Blutspur nach Sylt* hat er über weite Strecken in Dialogen verfasst. Manchmal muss man lachen. Kathrins Seminarleiter, dem Frank gerade gesagt hat, dass sie tot ist, antwortet: »Ich sehe sie noch vor mir. Sie hat beim Kursus mit vollem Eifer mitgemacht und gehörte zu den besonders engagierten Teilnehmern. Durch ihre interessierten Fragen und ihre konstruktiven Unterrichtsbeiträge war sie ein ungemein belebendes Element in unserer Gruppe.« Stumme Gedanken klingen so ähnlich: »Immerhin stand jene Frau vor ihm, die zwei Morde auf dem Gewissen hatte und auch sonst in seinen Problemkreis involviert war.« Gabbert lässt seine Figuren alles sagen und denken, was in der Situation wichtig ist. So kann er nicht abbilden, wie sehr die gesprochene und erst recht die gedachte Sprache mit Auslassungen, mit nicht explizierten Bezügen arbeitet. Sein Stil wird behördlich bis zur unfreiwilligen Komik. Dialoge sind eben schwer zu schreiben. Wie die Leute wirklich reden, liest sich gedruckt fürchterlich; erfindet man ihnen eine Kunstsprache, drohen, je nachdem, Weitschweifigkeit oder manierierte Coolness. Und innere Monologe sind für einen gewissenhaften Schriftsteller die Hölle: Er kennt ja bloß die eigenen und kann sonst nur spekulieren. Was Gabbert mit den Gesprächen und Selbstgesprächen seines Romans nicht geschafft hat, daran scheitern auch viele andere.

Zu den Krimi-Regeln gehört, dass so etwas nicht unbedingt stört. Das liegt am Publikum. Einen Kriminalroman schlägt der Leser auf,

weil er müde ist. Er möchte sich vergessen, das Buch soll ihn auffressen. Dazu kommt es vor allem auf Spannung an. So genannte richtige Romane können allerdings nur spannend sein, wenn sie gut geschrieben sind. Im Krimi ist das anders: Unplausible, holprig vorgetragene Geschichten wie die von Agatha Christie oder von ganz unbekanntem Leuten haben eine Chance, den Leser zu fesseln, wenn sie in sich schlüssig sind. Das ist das Selbstzügliche, Eskapistische des Krimis, der so tut, als griffe er ins pralle Leben. Vor allem im »Who's done it«: Auch schwächer formulierte Bücher können die Frage »Wer war's« so stellen, dass sie dem Leser keine Ruhe lässt. Das Amtsdeutsch der *Blutspur nach Sylt* hat mir schnell nichts mehr ausgemacht. Ich konnte erst aufhören, als ich wusste, wer's war.



Auch Robert Clausens *Als die Zeit im Sterben lag* handelt von Männern, die eine Frau verlieren beziehungsweise nicht gewinnen. Philipp Freyberg, ein Hamburger Journalist von etwas über vierzig Jahren, bekommt endlich mit, dass Franka ihn schon lange vor der Trennung verachtet hat. Seine vermeintliche Tochter Sophie war nicht von ihm. Freybergs Freund Lorenz Mayer, ewiger Muttersohn, ist zum ersten Mal im Leben verliebt, in eine russische Prostituierte. Er will nicht wahrhaben, dass sie ihn nur ausnimmt. Als alles schon gründlich schief gegangen ist, flieht er nach Sylt. Da war er als Kind zusammen mit Philipp glücklich, soweit er das konnte.

Der Roman lebt nur streckenweise von der Spannung und fast gar nicht vom Rätsel: Wenn ein Verbrechen geschieht, ist immer

gleich ziemlich klar, wer es begangen hat. Der Verlag kann das Buch als Krimi bewerben, weil darin zwei Menschen erschossen werden. Davon abgesehen ist es ein gelungener normaler Roman, der davon handelt, wie schwer es ist, etwas zu finden, an das man glaubt. Außerdem von den zeittypischen Mühen der Geschlechtlichkeit: Männer und Frauen wollen um alles in der Welt nicht so sein wie ihre Eltern. Das hat gute Gründe, aber nun stolpern die halb gar Emanzipierten ohne Leitbild herum und quälen sich mit ihrer Unreife.

Robert Clausen ist ein Pseudonym. *Als die Zeit im Sterben lag* enthält erstaunlich direkte Anspielungen auf Jan Philipp Reemtsma und auf den *Stern*-Chefredakteur Andreas Petzold. Wer erlaubt sich so etwas – ein nahe oder ein ganz fern Stehender? Das Buch ist flüssig geschrieben, ökonomisch und mit starkem Sinn für Details: wie eine gute Reportage. Der Verfasser dürfte Journalist sein.

Viele Inselkrimis profitieren spannungstechnisch davon, dass Täter und Opfer nicht wegkönnen. Dazu kommt der Glasglockeneffekt: Abneigungen, die anderswo verläppern würden, eskalieren auf dem engen Raum tödlich. So auch in Sandra Lüpkes' *Das Hagebutten-Mädchen*. Für eine Pensionsbetreiberin auf Juist ist es schwieriger, sich aus einer unglücklichen Ehe zu lösen, als für eine Angestellte in der Großstadt. Astrid Kreuzfeldt ist nicht traurig, als Kai Minnert betrunken im Schaufenster seines Ladens erstickt. Schließlich glaubt sie, der schwule Antiquitätenhändler sei schuld, dass ihr Mann nicht mehr mit ihr schläft. Aber hat sie nachgeholfen, ist sie eine Mörderin? Gelegenheit und Motiv hatten zum Beispiel auch der rechtsradikale Immobilienmakler Tjark Bonnhofen, dem Minnert geschäftlich im Weg war, und Minnerts geldgieriger Geliebter Henner Wortreich.

Perfekt geschrieben ist das nicht, aber spannend genug. Lüpkes, 1971 in Göttingen geboren und mittlerweile auf Juist auch Texterin und Sängerin der Rockband *Strandgut*, erzählt den Roman abwechselnd aus der Sicht von sieben Personen. Die Insulaner wissen fast alles übereinander und doch oft das Entscheidende nicht. Diese ungesunde Intimität kommt auch aus der Geschichte, die von ge-

meinsam erlittenen Katastrophen (die Fluten von 1651 und 1717) und schmutzigen Kollektivgeheimnissen (Schiffbrüchige ertranken, weil ihnen niemand half) geprägt ist. *Das Hagebutten-Mädchen* ist in Lüpkes' Roman ein trauriges Inselmärchen von Theodor Storm, in dem Gemeinheit und Hartherzigkeit sich für die Einheimischen lohnen.

Christian Uecker muss ein neugieriger Reisender sein: Aus *Treibsand* kann man über Amrum einiges lernen, was nicht im Reiseführer steht. Wer schon dort war, erkennt nicht nur die Schauplätze wieder, sondern auch Leute, die beinahe oder genauso heißen wie im richtigen Leben. Anders als auf Sandra Lüpkes' Juist kommt das Böse im Wesentlichen von außen. In einem vorzüglichen Hotel tagt der »Club der Poeten«. Einer von ihnen ist in jungen Jahren Witwer geworden, wirkt untröstlich. Ein anderer, Lorenz Schmidt, wird erschlagen. Er war so widerlich, dass viele es getan haben könnten. Den Toten findet Pastor Frank Falke, der sich auf richtigen Urlaub gefreut hatte. Daraus wird nun nichts.

Seine Schwächen hat der Roman am Anfang. Da erklärt Uecker zu viel Selbstverständliches, beschreibt zu viel Unwichtiges um des genauen Beschreibens willen, verwendet zu viele Adjektive. Bei der Sache bleibt er ab dem Mord, der keiner ist, sondern ein zufälliger Totschlag, die impulsive Reaktion eines Gequälten.

Christian Uecker wurde 1956 geboren und ist Pastor in Klein Wesenberg und Hamberge bei Lübeck. *Treibsand* ist sein sechster Krimi mit Frank Falke. Der hat in den ersten fünf Bänden kaum ermittelt, sondern fast nur beobachtet. Meist hat der Mörder dann von selbst mit ihm geredet. In *Treibsand* dagegen rettet Falke ein Menschenleben, weil er gerade noch rechtzeitig als »Fügung, Schicksal, Berufung« akzeptiert, dass er Detektiv ist und eingreifen muss. Solche Wendungen hält Uecker wohl immer für möglich, Abstürze auch, beides bei bis dahin unauffälligen Menschen. Dieser weite Blick macht seine Bücher interessant.

Karl-Wilhelm Gabbert: *Blutspur nach Sylt. Oldenburg-Föhr-Sylt-Kriminalroman*, Oldenburg (Schardt Verlag) 2003 (230 S., 12,80 €)

Robert Clausen: *Als die Zeit im Sterben lag. Roman*, Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 2004 (239 S., 6,90 €)

Sandra Lüpkes: *Das Hagebutten-Mädchen. Ein Inselkrimi*, Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Taschenbuch Verlag) 2004 (255 S., 7,90 €)

Christian Uecker: *Treibsand. Der Nordsee-Krimi*, Kiel (Friedrich Wittig Verlag) 2001/2004 (167 S., 9,90 €)

Die Angst des Löwen

Heinz R. Ungers »Löwenlauf«

Die österreichische Unterhaltungskunst, deren populärste Genres der Kriminalfilm und der Kriminalroman sind, verbindet heutige Verwicklungen gern mit Versatzstücken aus den Jahren des Naziterrors. Verfolgung und Widerstand damals ist das Mittel, das selbst banalen Geschichten einen Hauch Tiefgang verleiht, auch ein wenig Nationalepik beisteuert, für den Fall, dass den Zuschauern und Leserinnen Menschenhandel, Russenmafia und Beamtenkorruption nur als Sekundärerfahrung bekannt ist. Mit einem Opa hingegen kann nahezu jeder und jede aufwarten. Allerdings sterben die alten Nazis ebenso wie ihre Opfer und Widersacher allmählich aus oder haben ein biblisches Alter erreicht und erscheinen in ihrer Gebrechlichkeit als finstere Hintermänner oder aufrechte Verlierer wenig plausibel.

Der Wiener Schriftsteller Heinz R. Unger ist sich in seinem neuen Roman *Löwenlauf* der Problematik bewusst, dass die Geschichte, die ihm unter den Nägeln brennt, kaum noch in die Gegenwart zu bringen ist: Es geht um Vergeltung und Verzicht, um Tarnung und Identität, die Frage auch, ob und wie weit jemand sich von einem kollektiv erlittenen Unglück individuell lösen kann. Unger, einer der wichtigsten politischen Dramatiker der Zweiten Republik, ein bedeutender Lyriker auch, hat einen Kriminalroman geschrieben, der auf ein wichtiges Grundelement verzichtet – der Detektiv spürt keinem Gegenspieler nach, sondern einem Mann, dessen Schicksal dem seinen sehr ähnlich ist: Sie teilen die Erfahrung von Verfolgung, Demütigung und Widerstand, das Wissen um die Ermordung der nächsten Angehörigen, die schemenhafte Randexistenz – als Antifaschisten, die sie immer noch sind – in Nachkriegsösterreich, dessen Bevölkerungsmehrheit sich, wie der Autor dies bei anderer Gelegenheit genannt hat, im »Erbleichen der Schamröte« übt. Beide Männer sind achtzig oder älter, der eine hat schon vor langem das Bezirkskommissariat mit dem Schrebergarten vertauscht, der andere ringt in der Intensivstation um sein Leben. Sturz über eine Schachfigur im Wiener Donaupark, schwere Kopfverletzungen, eventuell Folgen eines Schlaganfalls. Oder auch nicht.

Kriminalinspektor i. R. Fuchs erhält zufällig Kenntnis von diesem Fall, der ihm keine Ruhe lässt, denn der Mann im Spitalsbett ist ein alter Bekannter: Kurz nach der Befreiung, noch 1945 oder im Sommer darauf, war Fuchs an einer Hausruine vorbeigekommen, von der ein Mann in den Tod stürzte. Den Toten identifiziert er als ein ehemaliges Mitglied der SS. Ungewiss, ob der Arbeitskollege des SS-Mannes den Sturz nicht verhindern konnte oder ob er

nachgeholfen hat. Dazu hätte er einige Ursache gehabt – immerhin sind seine Eltern als Juden in Auschwitz umgebracht worden, ihn selbst haben die Nazis vertrieben und gejagt. Im französischen Widerstand hat er den Namen eines Toten angenommen, Lapinski. Fuchs, der Kommunist ist, stellt fest, es war eindeutig ein Arbeitsunfall, die Selbstbezeichnung Lapinskis, er habe den andern losgelassen, nimmt er einfach nicht zu Protokoll. Und er interessiert sich einigermaßen für diesen Lapinski, verliert ihn später über Jahrzehnte aus den Augen – bis er ihn jetzt wiederfindet, im Krankenhaus, unfähig, sich mitzuteilen, und verzweifelt bemüht, sich an seinen wirklichen, ursprünglichen Namen zu erinnern.

Ein gewissenhafter Kommunist und ein armer Jude – allein für die Entscheidung, solche in der Öffentlichkeit gern verschwiegene Menschen ins Zentrum eines Romans zu stellen, gebührt dem Autor Anerkennung. Dazu kommt sein Können, das er schon in der dramatischen Trilogie *Die Republik des Vergessens* (*Unten durch, Zwölfeläuten, Hoch hinaus*) bewiesen hatte: Unger hat als Kind – er ist 1938 geboren – die Wochen und Monate vor und nach Kriegsende sehr intensiv wahrgenommen, und zwar nicht nur als Aufeinanderfolge von Angst und Schrecken, sondern in allen Schattierungen menschlichen Verhaltens und zwischenmenschlicher Beziehungen, und er versteht es, dieses Erleben grau und farbig zugleich zu schildern. Deshalb ist seine Prosa auch davor gefeit, die Jahre zwischen der Befreiung von der Naziherrschaft und dem Abzug der Alliierten in einer Art Rückprojektion des gegenwärtigen politischen Malheurs zu verfälschen. Die Spanne von Not und Verkommenheit war immerhin auch eine Zeit, in der vieles möglich schien, eine wirre Zeit, Zeit des Lebenshungers, der ungeordneten Träume, der jäh Möglichkeiten, der großen Hoffnungen. Es hätte nicht so kommen müssen, wie es dann gekommen ist, gesellschaftlich wie privat. Diese Vermutung zieht sich, unausgesprochen, durch den *Löwenlauf*, der seinen Titel dem Tick Lapinskis verdankt, menschlichen Charakteren tierische Eigenschaften anzudichten.

Noch was ist an diesem Roman rühmendwert: Beiläufig bringt Unger zur Sprache, dass auch diejenigen vergessen wollten und vergessen haben, die sich ihrer Handlungen nicht zu schämen brauchten. Und dass, vielleicht, auch ihnen das Vergessen als Verfehlung angerechnet werden muss. Weil sie, wie »Löwe« Lapinski, Angst davor hatten, sie selbst zu sein. Und Angst bringt kein Glück, weder ihnen noch ihren Kindern. Erst die übernächste Generation macht es besser (Lapinskis Enkeltochter Leonie zum Beispiel, die auf Sicherheit und Karriere pfeift). So deute ich den vorsichtig optimistischen Schluss. Ich wär mir da nicht so sicher – in einer Rockband spielen ist noch kein Befreiungsschlag. **Erich Hackl**

Heinz R. Unger: *Löwenlauf. Roman*, Innsbruck und Wien (Haymon Verlag) 2004 (239 S., 17,90 €)

CHRISTOPH WAGNER

Folk zwischen vorgestern und übermorgen

Amerika machte den Auftakt. Dort war Mitte der Fünfzigerjahre eine neue Folk-Bewegung entstanden, die 1958 erstmals ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit trat, als das Kingston Trio mit dem Titel »Tom Dooley« einen Hit landen konnte. Fast vier Millionen Mal verkaufte sich die Single. Das Kingston Trio stand für die populäre Seite einer Szene, die unter Bohémiens und Beatniks in den Cafés von Greenwich Village in New York pulsierte, wo Pete Seeger, The Weavers, Phil Ochs und Joan Baez ihre kritischen Lieder sangen.

1959 wurde das Newport Folkfestival ins Leben gerufen, das der Bewegung eine Plattform gab. Im gleichen Jahr änderte die Musikzeitschrift *Sing Out!* ihren Untertitel in »Folk Song Magazine«, was die Auflage von 500 auf 25 000 emporschnellen ließ. Aber erst der Erfolg von Bob Dylan machte aus dem Folk-Revival eine richtige Modewelle, die weit über die College-Jugend hinausreichte und Anfang der Sechzigerjahre über den Atlantik schwappte.

Der amerikanische Folkboom erreichte England zuerst in Gestalt von Bluesängern wie Big Bill Broonzy und Huddy Leadbetter, die sofort fleißige Nachahmer fanden. Musiker wie Alexis Korner eiferten den schwarzen Vorbildern nach und erfanden eine englische Variante des Blues.

Die gemeinsame Sprache bildete die Brücke, die das Verstehen (nicht nur der Songs) erleichterte. Skifflebands standen damals hoch im Kurs. Sie spielten Folksongs wie »Midnight Special« im Jazzrhythmus und waren so populär, dass sie amerikanische Bluessänger zu gemeinsamen Tournéeen einladen konnten.

Zu dieser Zeit siedelte auch die amerikanische Folksängerin Peggy Seeger, die Schwester von Pete Seeger, nach London über, wo sich auch der New Yorker Blues- und Folkgitarrist Ramblin Jack Elliott niedergelassen hatte. Ihre Aktivitäten strahlten aus. Doch brauchte es wieder einen Katalysator vom Kaliber eines Bob Dylan, damit das Folkfieber auch in England die Runde machte. 1962 war der Folkstar für ein paar Wochen nach Großbritannien gekommen, um bei Konzerten und im Fernsehen aufzutreten. Danach galt Folk als der letzte Schrei.

► Folk-Club als demokratisches Forum

Die Basis des englischen Revivals bildeten die Folk-Clubs, die nun überall wie Pilze aus dem Boden schossen. Im Folk-Club trafen sich Gleichgesinnte einmal die Woche, um mit Leidenschaft über die neuesten Entwicklungen in der Szene zu debattieren und daneben jedem zuzuhören, der einen Song auf Lager hatte. Hier traten sie alle auf: vom Profi bis zum blutigen Anfänger. Folk-Clubs waren radikaldemokratische Foren, wo das private Musizieren öffentlichen Ausdruck fand. Sie wurden zum Karrieresprungbrett für die Ambitionierten, die es in der Folkwelt zu etwas bringen wollten. Die meisten der großen Namen der englischen Szene haben in einem Folkclub ihre ersten musikalischen Gehversuche unternommen.

»Es gab damals einfach Leute, die einen Ort suchten, wo sie singen und musizieren konnten«, erzählt Chris Coe, Sängerin, Concertina- und Hackbrettspielerin und Veteranin des Revivals, die die Anfänge in ihrer Heimatstadt Birmingham miterlebt hat. »Da Pubs zu laut waren, fand man einen Raum über einem Pub, der als Folk-Club bezeichnet wurde. Es war ein sozialer Treffpunkt. Man kannte sich. Manche Clubs wurden riesig und zogen mehrere hundert Besucher jede Woche an. In der Blütezeit gab es drei oder vier Folk-Clubs in jeder kleineren Stadt. Es gab solche, wo jeder singen konnte, und andere, die auch Gastmusiker einluden.«

Anfangs standen bei den englischen Folkmusikern amerikanische Blues-, Folk- und Hillbilly-Songs hoch im Kurs. Doch wandte sich das Interesse bald der eigenen Tradition zu. »Zuerst sang ich in einem Kinderchor, dann fing ich mit fünfzehn an, Blues zu singen«, erinnert sich Chris Coe, die die Transformation am eigenen Leibe erfahren hat. »Das muss furchtbar gewesen sein – ein Grünschnabel, der Blues singt. Aber die amerikanische Musik war einfach präsent. Die Platten waren erhältlich. Ich kannte Pete Seeger, lange bevor ich die Musik einheimischer Sänger kennen lernte. Ich besuchte dann mit meinem amerikanischen Repertoire einen Folk-Club und man fragte mich, ob ich ein paar englische Folksongs singen wolle. Englische Folksongs? Ich hatte keine Ahnung, was die meinten.«

Das Erlernen traditionellen Materials wurde nun zum Hauptbetätigungsfeld der Folkaktivisten. Die jungen Musiker versuchten, von so genannten Source Singers zu lernen, wie die echten traditionellen Sänger und Sängerinnen bezeichnet wurden, die ihre Lieder noch mündlich in ihrer Familie gelernt hatten. »Ich war immer der Meinung, dass man am besten von jemandem lernt, der direkt vor einem sitzt und die Melodie singt«, erläutert Chris Coe ihre Erfahrungen. »Das Nächste ist, von Schallplatten zu lernen. Natürlich tauschten wir auch untereinander neu entdeckte Lieder aus. Und dann lernten wir aus Büchern, was aber problematisch ist, weil man nichts über den Stil und die Ornamentierung erfährt. Darüber steht nichts in den Noten. In der Frühzeit des Revivals war das alles sehr aufregend, was es bis heute geblieben ist, aber damals war es einfach überwältigend.«

► Glaubenskrieg

Um vergessene traditionelle Lieder ausfindig zu machen, entfaltete die junge Folkbewegung eine emsige Forschungstätigkeit. Allorten strömten jetzt junge Musiker und Musikerinnen aus, um in Büchereien und Archiven alte Liedsammlungen aufzustöbern oder auf irgendeinem Dachboden auf das Notenbuch eines längst verstorbenen Dorfgeigers zu stoßen. Darüber hinaus fahndete man nach alten Leuten, die noch das eine oder andere Lied aus ihrer Jugendzeit kannten, wie Sophie Legg, die aus einer Familie von Travellers, von Fahrenden aus Westengland, stammte.

Die Neuentdeckung der eigenen Tradition trieb teilweise recht seltsame Blüten. Ein Glaubenskrieg brach aus, der die Folkszene in zwei Lager spaltete: in Traditionalisten und Modernisierer. Die Traditionalisten hielten puristisch an »authentischen« Interpretationen fest und wandten sich gegen jede Verfälschung der Tradition. Für sie galt der Einsatz elektrischer Instrumente als Frevel. Manche Hardliner stellten sogar das Dogma auf, dass Musiker nur Lieder aus ihrer Heimatregion singen sollten und nichts anderes, um dem Gütesiegel des wahren Folk zu genügen. Für Leute, die ihre eigenen Lieder schrieben und sangen und diese vielleicht auch noch auf ei-



Alexis Korner 1973



Folkrockgruppe Dando Shaft

ner E-Gitarre begleiteten, hatten solche Puristen nur Verachtung übrig.

Im Gegensatz dazu waren die Folk-Modernisierer weitaus lockerer im Umgang mit der Tradition. Als Singer und Songwriters schrieben sie ihre eigenen Lieder und führten in Folk-rockbands Schlagzeug, Verstärker und Keyboards in die Welt der Fiddeln, Concertinas und Dudelsäcke ein. Das geschah manchmal recht unbedarft und führte zu recht banalen Synthesen, indem traditionellen Tanzmelodien einfach ein Rockbeat unterlegt wurde.

Zur Avantgarde des Folkrock zählte die Gruppe Pentangle, die auf organische Weise ihre traditionellen Stücke mit Einflüssen aus Jazz und Pop sowie mit indischen Sitarklängen anreicherte. Fairport Convention, Steeleye Span, Mr. Fox und Dando Shaft waren andere Formationen, die mit mehr oder weniger spannenden Folkrock-Varianten aufwarteten.

► Acid-Folk

Eines der originellsten Gewächse der britischen Folkszene war die Incredible String Band. Die Gruppe war Mitte der Sechzigerjahre in Schottland entstanden, wo Robin Williamson und Clive Palmer als Folkduo auftraten. »Die beiden spielten englische Lieder mit Geige und Banjo in so einer Art Zigeunerstil«, erzählt Gitarrist Mike Heron. »Auch amerikanische Jugbandmusik und Blues hatten sie drauf. Sie betrieben diesen Folk-Club jeden Dienstagabend in einer Bar in Glasgow, wo sie auch Gastmusiker einluden und die Einnahmen teilten. Sie wollten einen Rhythmusgitarrierten dazunehmen, also wurden wir ein Trio und nannten uns die Incredible String Band. Wenn wir daheim herumsaßen und Joints rauchten, hörten wir alle Arten außer-

gewöhnlicher Musik – etwa Ravi Shankar oder diese verrückte bulgarische Musik.«

Auf Veranlassung von Joe Boyd, der für die amerikanische Schallplattenfirma Elektra nach jungen Talenten in Großbritannien Ausschau hielt, zog die Band nach London. »Joe Boyd hatte gerade die erste Single von Pink Floyd produziert«, erzählt Heron. »Er war mit-tendrin in der psychedelischen Rockszene in London und betrieb den berühmten UFO-Club. Weil wir Beatniks waren und uns für vielerlei Musik interessierten, tauchten wir tief in die psychedelische Musikszene ein. Ein Konzert bestritten wir etwa zusammen mit Pink Floyd, The Move und der Third Ear Band und niemand aus dem Publikum störte sich daran oder verließ den Raum. Damals waren die Leute an unterschiedlichen Arten von Musik interessiert und auf neue Erfahrungen aus. Es gab wenige, die sagten: Ich mag nur Blues oder ich mag nur Folk.«

Swinging London bot Ende der Sechzigerjahre eine stimulierende Atmosphäre für alle Arten von Experimenten. Drogen, fernöstliche Philosophie, Happenings, Spiritismus und Naturmystik regten die Fantasie der Musiker an und ermunterten zu gewagten Vorstößen auf neues Terrain. »Wir trennten uns für eine Weile, wobei Robin Williamson nach Marokko ging und eigentlich nicht zurückkommen wollte. Derweil gab ich Solokonzerte im Stil von Bob Dylan«, erzählt Mike Heron. »Als Robin zurückkam, brachte er all diese verschiedenen Instrumente aus Marokko mit und hatte dort auch etliche neue Lieder geschrieben. Daraus entstand unser Album *5000 Spirits*, das ziemlich psychedelisch war. Es enthielt ganz andere Farben. Damit wurden wir ein Bestandteil des psychedelischen Undergrounds. Wir wurden von allen

respektiert und Musiker wie Stevie Winwood von Traffic interessierten sich für unsere Musik.«

► Folk wohin?

Gegen Mitte der Siebzigerjahre war der innovative Impuls des Folkrevivals verpufft. Jetzt wurde Folk zum berüchtigten »F-Word« (analog zu »fuck« in der Umgangssprache), ein Unwort, das mit Rückwärtsgerandtheit, gestrickten Wollpullovern, wallenden Gewändern und Rauschebärten assoziiert wurde. »Wie viele Folksänger braucht man, um eine Glühbirne zu wechseln?«, hieß es in einem Witz. »Fünf! Einer schraubt die neue Birne rein und die anderen singen, wie gut die alte war.«

Heute bemühen sich junge Musiker um ein zeitgemäßeres Image. Unter dem Schlagwort »Brit-Folk« kombinieren diese Youngsters, die mit Punk, Techno und Brit-Pop aufgewachsen sind, moderne Klänge mit traditionellen Melodien. Andere folgen dem Ideal rein akustischer Musik, laufen dabei allerdings Gefahr, als hoffnungslos altmodisch zu gelten und müssen sich außerdem den Vorwurf gefallen lassen, eigentlich nicht für ihre Altersgenossen, sondern für ihre Eltern zu musizieren. So harrt die Frage nach einer Folkmusik für das 21. Jahrhundert weiterhin einer schlüssigen Antwort. ◀

Diskographischer Hinweis

Die frühen Alben von Fairport Convention, Pentangle und der Incredible String Band sind alle auf CD wiederveröffentlicht.

Chris Coes CDs sind unter www.backshift.demon.co.uk erhältlich. Als das interessanteste Album des neuen Brit-Folk gilt *Red Rice* von Eliza Carthy.

JOSCHA SCHMIERER

Krieg und Islamismus

Im französischen Original heißt das Buch *Fitna: Guerre au coeur de l'Islame*. Der deutsche Titel *Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens* verkehrt die Grundthese des Autors ins Gegenteil. Gilles Kepel meint nämlich, das Massaker vom 11. September 2001 gegen die USA habe »eine Ära der Fitna, des Aufruhrs und der Zerstörung innerhalb des Hauses des Islam eröffnet«. Kepel sieht einen katastrophalen Wirkungsmechanismus in Gang gebracht: Die Anschläge hätten in den USA den bereits vorliegenden Konzepten der Neokonservativen zum Durchbruch in die politische Praxis verholfen und darüber einem dezentralen terroristischen Islamismus unvorhergesehenen Auftrieb verschafft: »Die Anschläge vom 11. September haben todbringende Kräfte freigesetzt, die noch jetzt, drei Jahre später, ein infernalisches Räderwerk aus Dschihad und Fitna in Gang gesetzt haben. Bin Laden und seine Getreuen haben mit ihren Provokationen massive Reaktionen der USA heraufbeschworen und so dafür gesorgt, dass Amerika in der islamischen Welt mehr Hass denn je entgegenschlägt.«

Das Aufeinandertreffen von amerikanischen Neokonservativen und al-Qaida, die jeweils ihre spezifischen Folgerungen aus dem Ende des Kalten Krieges ziehen, prägt für Kepel die internationale Situation. Er schlägt einen weiten Bogen. Beginnen müsse man nicht mit den Höhlen Afghanistans, sondern mit den »schallgedämmten Büros des Beltway im Zentrum Washingtons«, in denen sich die »Instrumente der politischen Macht« konzentrierten. »Hier marschiert mit aller Kraft eine neue Ideologie mit weltweiten Auswirkungen vor: die der neokonservativen Bewegung, deren Einfluss maßgeblich dazu beiträgt, unter der Präsidentschaft von George W. Bush eine neue Ära der amerikanischen Nahostpolitik einzuleiten.« Dem asymmetrischen Krieg gegen den Terror liegt demnach der Zusammenstoß asymmetrischer Ideologien zugrunde. Während das neokonservative Denken mit seinen Zielen von Regimewechsel und Demokratisierung auf die Staatsform fixiert bleibt, agiert der militante Islamismus zunehmend als globales Netzwerk. Demnach wären die USA mit dem vorgefassten Ziel, Saddam Hussein zu stürzen, um ihren strategischen Zielen der Sicherheit Israels und der Ölversor-

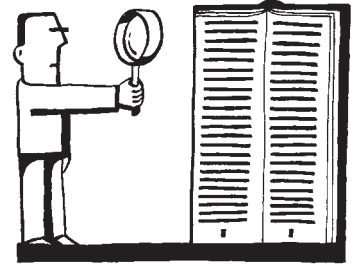
gung zu dienen, al-Qaida unversehens entgegengekommen, indem sie dem Terrorismus ein staatsfreies Feld bereiteten. Im Irak seien mit dem Zusammenbruch von Saddams Regime an die Stelle der Partei, des Geheimdienstes und der entsprechenden sozialen Kontrollnetze im sunnitischen Milieu das »islamistische Verbandswesen als Machtinstantz« getreten, das sich der Kontrolle durch die Besatzung weitgehend entziehe.

Der strategische Fehlschluss hätte sich schon in der ersten Phase des Krieges gegen den Terrorismus, in Afghanistan, gezeigt. »Im kulturellen Vorstellungsvermögen der Washingtoner Strategen ist kein Platz für einen terroristischen Akteur, der sich angesichts einer globalen Bedrohung, wie sie die Anschläge vom 11. September offenbart haben, nicht letztlich



als Staat herausstellt. Gemäß dieser Logik halten sie sich in Afghanistan an das Greifbare und zerstören den rudimentären Staat der Taliban. Dabei scheitern das Pentagon und die Geheimdienste daran, auch bin Ladens und Zawahiris Netzwerk zu zerstören, weil sie sich mit dessen Natur und Funktionsweise vorher nicht auseinander gesetzt haben.«

Die militanten Islamisten seien »ihrem Wesen nach« vor allem »uneheliche Sprosse aus dem Wahhabismus und dem Silicon Valley – das Zawahiri Anfang der 1990er-Jahre besuchte –, selbst ernannte Erben des Dschihad und der Umma, aber auch Nutzer der digitalen Revolution und der Globalisierung nach amerikanischer Machart. Unter dem Bart und der aus Fernsehserien bekannten islamischen Gewandung stecken Milchbrüder der Hacker und golden boys.«



Die Beschreibung der entgegengesetzten Seiten des »Krieges gegen den Terrorismus« gipfelt in einem Kapitel über den »Kampf in Europa«. In den europäischen Metropolen sieht Kepel das Potenzial heranwachsen, um »jenseits von Dschihad und Fitna, über Europas Grenzen hinweg das neue Gesicht einer muslimischen Welt zu verkörpern, die mit den modernen Zeiten ausgesöhnt ist«. Nach der Lektüre der vorausgehenden gut 350 Seiten ist es nicht ganz einfach, diesen Optimismus zu teilen.

Mostafa Danesch sieht in *Der Krieg gegen den Westen* die US-Strategen »planlos durch die neue Weltordnung« stolpern. In den Neunzigerjahren hätten sich die »beiden heutigen Kontrahenten im Terrorkrieg, der radikale politische Islam und die nach der alleinigen Vormachtstellung strebenden USA«, darauf vorbereitet, »die Welt nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Lange, viel zu lange, blieb dem Westen dabei verborgen, welcher Gegner ihm da erwuchs. Ignoranz und Kurzsichtigkeit trugen ihren Teil dazu bei, dass die Gefahr nicht frühzeitig erkannt wurde, aber auch der ganz andere Charakter der radikalislamischen Bewegung verschleierte dem Westen den Blick – hier eine staatlich organisierte Weltmacht, deren Denkvorgänge sich sozusagen öffentlich abspielten, dort eine international agierende Ideologie, die nicht das geringste Interesse hatte, ihre Gegner frühzeitig ins Bild zu setzen.«

Auch Danesch ist ein Kritiker des Krieges im Irak. Mit dem Sturz Saddams sei genau das geschehen, was die Islamisten wollten: »Ein Schlachtfeld war geschaffen, auf dem sie in die direkte Konfrontation mit Amerika eintreten konnten.« Der politische Islam sei mit seinem weltweiten Netzwerk weit flexibler als die Großmacht USA:

»Dieser neue Krieg ist keine Auseinandersetzung zwischen Staaten und Blöcken wie der Kalte Krieg; deswegen sind auch seine Strukturen so schwer zu durchschauen. Doch im Grunde besitzt der islamistische Terror Züge eines Staatswesens, nur sozusagen unter negativem Vorzeichen: Bin Laden ist Präsident und Prophet in Personalunion, und die terroristischen Anschläge, die Fakten, die sein Netzwerk schafft, sind eine Art destruktiver Außenpolitik. Und genau deswegen kann-

te die Bush-Doktrin, die das Ausmaß und den Charakter der Konfrontation nicht erfasste, in der Golfregion nach dem 11. September 2001 nichts als Chaos hervorbringen.«

Skeptisch bleibt Danesch gegenüber den europäischen Bemühungen in Afghanistan: »Mir persönlich geht es, wenn ich die Konsequenzen des Einsatzes europäischer Truppen in Afghanistan zu Ende denke, ähnlich wie angesichts des Irakkrieges: Man mag sich mit Recht fragen, ob die Aktion legitim und sinnvoll ist. Im Licht der harten Realität – und die Amerikaner stehen nun einmal ebenso real im Irak wie die Europäer in Afghanistan – muss man konstatieren: Die größte Gefahr besteht darin, dass sie ihre eigenen Ansprüche nicht konsequent umsetzen. Momentan aber beschränken sich die Europäer in Afghanistan auf reines Flickwerk.«

Im Unterschied zu Kepel und Danesch, die Wissen und Meinung zu vermitteln versuchen, zielen die Bücher von Ulrich Ladurner und von Christoph Reuter/Susanne Fischer vor allem auf die Vermittlung von Anschauung und Zeugnis. Ladurner hat in *Tausendundeinkrieg* die Form einer analytischen Reportage gewählt, die aus dem Iran als Nachkriegsland in den Irak als Kriegsgebiet führt, das Autorenduo von *Café Bagdad* bevorzugt einen Pointillismus, der mit bezeichnenden Episoden und Gesprächen einen Gesamteindruck zu verschaffen sucht. Ladurner schreibt ausdrücklich gegen die »Medienmaschine« an, für die der Krieg zur »Fortsetzung der Berichterstattung mit anderen Mitteln« geworden sei. So hat es Methode, wenn er sich dem aktuellen Krieg im Irak über den Besuch der Schlachtfelder und Flüchtlingslager des vergangenen, aber fortwirkenden Krieges zwischen dem Irak und dem Iran nähert. Reuter und Fischer wiederum zeigen eine ungewöhnliche Art von »eingebettetem Journalismus« an der Arbeit: Nach ihren Touren zu heißen Punkten der Auseinandersetzung kehren sie immer wieder in den Kreis einer befreundeten Familie zurück und erweisen sich so als teilnehmende Beobachter der Fragmentierung des Landes an der Seite irakischer Zivilisten.

Gilles Kepel: *Die neuen Kreuzzüge. Die arabische Welt und die Zukunft des Westens.* Aus dem Französischen von Bertold Galli, Enrico Heinemann und Ursel Schäfer, München (Piper Verlag) 2004 (398 S., 22,90 €)

Mostafa Danesch: *Der Krieg gegen den Westen,* Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 2004 (256 S., 17,95 €)

Ulrich Ladurner: *Tausendundeinkrieg. Begegnungen am Persischen Golf.* Mit Fotos von Didier Ruef, St. Pölten (NP Buchverlag) 2004 (245 S., 19,90 €)

Christoph Reuter/Susanne Fischer: *Café Bagdad. Der ungeheure Alltag im neuen Irak,* München (C. Bertelsmann Verlag) 2004 (320 S., 22,90 €)

Aufgaben versus Identitäten

Francis Fukuyama und Samuel Huntington haben Anfang der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts die internationale Debatte über die Situation nach 1989 mit entgegengesetzten Zügen eröffnet. Fukuyamas *Ende der Geschichte* behauptete, mit liberaler Demokratie und Marktwirtschaft seien nach dem Scheitern des Kommunismus nun endgültig die Formen gefunden, in denen sich die Menschheit ab dato bewegen werde. Huntington dagegen sah mit dem Ende der Blockkonfrontation nun die tieferen Gegensätze in einem *Kampf der Kulturen* die Szene erobern. Zwei unterschiedliche politische Haltungen waren vorgezeichnet: ein ausgreifender Universalismus, der überall dort die Pflicht zur Intervention erkennt, wo Freiheiten mit Füßen getreten werden, und ein Isolationismus, dem es vor allem darauf ankommt, die eigene Identität vor Zersetzung zu schützen. Beide Autoren sind in diesem Jahr mit neuen Büchern hervorgetreten. Die Unterschiede der Ansätze haben sich nicht verringert.

»Zu lernen, wie man Staaten besser aufbaut«, hält Fukuyama von zentraler Bedeutung für die zukünftige Weltordnung. Zu lange hätte man einseitig die Staaten kritisiert: »Für die Epoche nach dem 11. September wird die Hauptaufgabe der globalen Politik jedoch nicht darin bestehen, Staatlichkeit zurückzustutzen, sondern sie aufzubauen. Für einzelne Gesellschaften wie für die globale Gemeinschaft führt der Verfall des Staates nicht nach Utopia, sondern in die Katastrophe. Ein entscheidendes Problem armer Länder, das ihre Möglichkeiten zur Wirtschaftsentwicklung blockiert, ist ihr nicht ausreichendes Maß an institutioneller Entwicklung. Sie brauchen keine extensiven Staaten, aber sie brauchen starke und effiziente Staaten im Rahmen der begrenzten Bandbreite notwendiger staatlicher Funktionen.« Die analytische Trennung zwischen der Bandbreite von Staatstätigkeit und der »eigentlichen Stärke oder Kapazität« des Staates ist dabei Richtschnur der Beurteilung und Hilfe von außen. Zugleich bietet *state building* als Hauptaufgabe der globalen Politik ein Kriterium für die eigene Politik: Wo die Art der Intervention es unmöglich macht, Staatlichkeit wieder herzustellen, sollte man sie tunlichst unterlassen. Mit dieser

Verteidigung seines Universalismus gegen Selbstüberschätzung trug Fukuyama Streit in die Reihen der Neokonservativen.

Huntingtons Sorgen sind nach innen gerichtet. In einer »globalen Identitätskrise« sucht er nach »Möglichkeiten einer amerikanischen Identität, nachdem sie durch den Zusammenbruch der Sowjetunion an Profil« verlor und »subnationale, transnationale, binationale und fremdnationale Identitäten an Profil« gewannen: »Wie die historische Erfahrung lehrt und soziologische Analysen beweisen, wird die Einheit einer Gesellschaft durch das Fehlen eines externen ›anderen‹ mit hoher Wahrscheinlichkeit untergraben, und in der Folge droht sie sich zu spalten. Es ist fraglich, ob periodische terroristische Angriffe und Konflikte mit dem Irak oder anderen ›Schurkenstaaten‹ denselben nationalen Zusammenhalt wie die Kriege im 20. Jahrhundert erzeugen können.« Gegenüber dem Wegfall der großen und offensichtlichen Bedrohung durch einen fassbaren »anderen«, angesichts der Zersetzung des kulturellen Kerns amerikanischer Identität durch die Ideologie des Multikulturalismus und einer neuen Immigrationswelle, die zudem überwiegend einheitlich hispanisch daherkommt, bleiben für Huntington nur die Amerikaner selbst als Hoffnung: Sie sind »in der großen Mehrheit Gott und ihrem Land treu ergeben, für sie sind beide nicht zu trennen. In einer Welt, in der die Religion auf jedem Kontinent die Bindungen, Bündnisse und Beziehungen der Völker prägt, dürfte es eigentlich nicht überraschend sein, dass die Amerikaner sich auf die Suche nach ihrer nationalen Identität und ihrem Ziel als Nation wieder verstärkt ihrer Religion zuwenden.« Die Amerikaner hätten die Wahl: »Amerika wird die Welt. Die Welt wird Amerika. Amerika bleibt Amerika. Kosmopolitisch? Imperial? National?« Dummerweise vermischen sich diese Möglichkeiten im präsidentialen Begründungszusammenhang des Krieges gegen den Terrorismus völlig. Vielleicht bleiben alle drei Möglichkeiten umstrittene Elemente amerikanischer »Identität«, weil es Identität pur nicht gibt, erst recht nicht in Amerika. **Joscha Schmierer**

Francis Fukuyama: *Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik.* Aus dem Englischen von Hartmut Schickert, Berlin (Propyläen Verlag) 2004 (192 S., 20,00 €)

Samuel P. Huntington: *WHO ARE WE. Die Krise der amerikanischen Identität.* Aus dem Amerikanische von Helmut Dierlamm und Ursel Schäfer, Hamburg (Europaverlag) 2004 (507 S., 29,90 €)

Irgendwann ist alles Ex

Auch Frank Lehmann ist gegen den Revisionismus

Es stand das Schlimmste zu befürchten: Sven Regener, Jahrgang 61, hatte nach dem Erfolg des Jahres 2001 die Geschichte seines Helden vor Kreuzberg angekündigt. 580 Seiten. Was soll ein 61er zu erzählen haben? Selbst wenn er, wie man hörte, in Bremen seine Kriegsdienstverweigerung vergammelt hatte, also zeitweilig den Rock trug: Schnurren aus dem Soldatenleben ohne Krieg sind einfach Scheiße. Und wie dann das Buch schwer auf die Knie drückte, schienen die Befürchtungen gleich bestätigt. Die großen Abenteuer eines 61ers sind Essen in der Uni-Mensa ohne Berechtigung, Frank ist Lehrling, oder Rauchen ohne Feldwebel-erlaubnis. Aber dann schleicht sich dieser Regener-Sound in die inneren Ohren, die über alle Zweifel gebackene Lakonie, die hundertprozentige Trefferquote im Dialogischen und der Situationskomik in ihm. Die Aufrichtigkeit in Geschlechterdingen, der Mut zum Scheitern und zur Schüchternheit. Die Keuschheit, die »Liebesarbeit« von Zwanzigjährigen im Jahre 1980. Wie zu allen Zeiten. Ein paar Hirnis ausgenommen, die sich, unter faulen Ideologien winselnd, ihre Frauen gegenseitig ins Bett legen. Wie gut zehn Jahre früher, bei Schöfers in München. Gleich komm ich drauf. Bei Regener/Lehmann geht es um Haltung, Selbstachtung. Haltung bewahren in den Widersprüchen und windelweichen Wendungen des Alltags. Haltung, von der man gar nicht weiß, dass und woher man sie hat. Haltung gegenüber den Zumutungen der unbefragten deutschen Standards in Elternhaus, Mietshaus, Schulen der Nation. Haltung als individuelle Tat, statt Wabbeln im Aspek der Ideologie.

Letzteres macht uns Erasmus Schöfer (Jahrgang 31) mit einer auf vier Bände angelegten »literarischen Geschichte von 1968« (WDR), *Die Kinder des Sisyfos*, vor. Schöfer war Mitbegründer des »Werkreis Literatur der Arbeitswelt«. Er ist Revisionist. Revisionismus ist die immer erneute Wiederherstellung von Heimat mit Hilfe von Erzählung »wie es damals wirklich war«. Aber wie es wirklich war, wusste damals kaum einer. Heute könnte man es wissen. Vorausgesetzt, man schlüge die Erinnerungsmassen mit dem Instrumentarium der Wissenserlangung um. Schöfer serviert indes nur unbehelligt den alten Parolente. Das ist die Lüge des Revisionismus. Er ist ein kulturelles Phänomen. Schöfer, der wahrscheinlich an keinem Multiplex vorbei kann, ohne die Geschichte des Imperialismus vom Indianer über Vietnam plus seine Ostermärsche an ein Schwarzenegger-Plakat heranzutragen, schleppt sich über Dutschke, Springer, Wyhl, Werkreis, Betriebskämpfe durchs Hirn- und Parteiarchiv. Was er einmal als Kritik an einem Werkreisagenten formulieren lässt – der könne sich nicht entschei-

den, ob er Huhn oder Habicht sein möchte, wobei das Huhn für die bodennahen Berichte, der Habicht fürs hochfliegend Künstlerische stünde – gilt auch für Schöfer: Hochjubelnde Arbeitertümelei in gehetzter, spätexpressionistischer Zwischenkriegsschreibe, dann leer laufende, scheinokrete Berichte seitenweise, dass man froh sein muss, wenn ein Fetteinschluss in einem Münchner Krenfleisch im Siebziger-Jahr nicht noch amtsärztlich untersucht wird, Berichte in Berichten, Briefe in Berichten in Berichten. Und im jetzt erschienenen zweiten Band klatscht der Habicht in immer unsinnigeren Werkkreisinterna von dunnemals letal auf den Boden. Dafür aber erhebt eine klebrige Selbstdarstellung das Haupt, bis hin zur Andeutung, was für tolle Theaterstücke er einst fertigte, die nur niemand zu bringen wagt: Die RAF hat ihm die Karriere zerstört.

Zu den Arbeitermythen und der drögen Buchhalterei gesellen sich Perlen seines Sexuallebens, die in fürchterlichen Paarungs- und Peniskitsch rennen. Wenn er mit der Seife zur Geliebten in die Dusche steigt, glitscht es nur so: »... er sah die wasserstrahlen zerspritzen auf ihrem blanken bauch und sein ding den kolben verschwinden zurückkommen verschwinden reinrausreinraus mit der irren lust die seufzte und stöhnte und lachte sie ihm auch in die ohren ihre fingernägel in seinem hinteren der schmerz der wahnsinn die lust das leben das wahnsinnig verrückte wahnsinnig schöne leben barbar ...« – Wiglaf Droste hat ein treffendes Gedicht gemacht:

*Werkreis Literatur der Arbeitswelt
Ich stand/ Am Band.*

Um Schöfer gerecht zu werden, füge ich hinzu:

*Kaum lösten sich die Bänder/
Hatte ich einen Ständer.*

Das führt uns zu Frank zurück, der sich durch wohlthuende Diskretion im Geschlechtlichen auszeichnet. Und durch wohlthuende Zeichnung auch der temporären Feinde im Kampf um späte Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Keine Zerrbil-

der, keine Witzfiguren. Menschen, die sich ihre Macken und gesellschaftlichen Defizite hart erkämpft oder ertrunken haben. Vertrauensmann Frank zeigt auch dann Haltung, wenn andere kneifen, und manchmal weckt das Reste von Selbstachtung auf der Gegenseite.

In *Neue Vahr Süd*, nach dem Wohnblock-Viertel, aus dem Lehmann kroch, wird etwa ein Dutzend Mal der KBW aufgerufen, ebenso oft die KVZ aus dem Rinnstein geangelt, dazu kommen die »Massenorganisationen« und Figuren aus der Bezirksleitung. Lehmann/Regener, im 80er-Jahr in oder in die Nähe der Organisation geraten, ging es da wie den DDR-Bürgern, die in einen abstürzenden Kapitalismus stolpern und nun die schönsten Denunziationen von einst als Wirklichkeit erleben. Der Glanz der »Aufbauzeit« konnte nie ihre Augen verschönen. Und dennoch herrschen auch hier blitzsaubere Beobachtungen, statt unkundiger Häme: Die bizarren Altäre der Kleinbürgerlichkeit, die sich Genossen bastelten und vor der revolutionären Welt verbargen, das Verschleifen allzu braver Kader in absurder Ver-setzungspolitik, das pfeilschnelle Aufsetzen tief moosgrüner Hütchen, von Kadern, die einen gerade noch wegen eines Antrags zur punktuellen Zusammenarbeit mit fitten Ortsgrünen mobbten, das alles ist wahr und tragikomisch, veratmet aber auch etwas Wehmut, weil da mal eine Bewegung war, über den KBW hinaus, wobei ihnen die »Revis« am Arsch vorbeingingen, die das Weilen in Bremen lohnte. Nach einer letzten großen Gelöbnisrangelei, den Ablehnungen von Prüfungsausschuss und stiller Geliebten ist halt nichts mehr los in Bremen, und Frank flieht nach Berlin. Seine Auferstehung dort als Herr Lehmann und das Weitere sind bekannt. **Wilhelm Pauli**

Sven Regener: *Neue Vahr Süd*. Roman, Frankfurt am Main (Eichborn-Berlin) 2004 (581 S., 24,90 €)

Erasmus Schöfer: *Die Kinder des Sisyfos*. Ein Frühling irrer Hoffnungen. Roman, Köln (Dittrich Verlag) 2001 (484 S., 19,80 €); Zwielficht, 2004 (593 S., 24,80 €)

Der Unbequeme

Eine Biografie über Martin Andersen Nexö

Am 1. Juni vor 50 Jahren starb mit Martin Andersen Nexö ein Schriftsteller, der in seiner Heimat Dänemark für kernige politische Statements berühmt und berüchtigt war. Mit zunehmendem Alter stieg die Zahl seiner verbalen Tritte unter die bürgerlich-sozialdemokratische

Gürtellinie. Man könnte ihn deshalb mit dem Adjektiv »unbequem« schmücken, das in der literarischen Publizistik bevorzugt an linke Schriftsteller verliehen wird, die Gefängnis und Emigration riskierten. Nexö war bekennender Kommunist.

Für Aldo Keel ist Nexö deshalb *Der trotzige Däne*. So jedenfalls lautet der Titel der ersten deutschsprachigen Biografie des 1869 in Kopenhagen geborenen Kindes armer Leute, das als nationalkonservativer Lyriker die literarische Bühne betrat, sich mit dem Wechsel zur Prosa in einen Syndikalisten verwandelte und mit *Pelle der Eroberer* (1906–1910) den Kanon der Weltliteratur um den ersten, aus der Perspektive der untersten sozialen Gesellschaftsschicht erzählten Hoffnungsroman erweiterte. Die Hauptfigur Pelle entwickelt im Verlauf des Werks weit mehr als »eine unbändige Kraft und Lebenslust«, wie es in der Ankündigung der in der Aufbau-Verlagsgruppe erschienenen Hörbuchfassung heißt. Er wird Berufsrevolutionär und führt seinesgleichen aus den dunklen Scheunen der Großbauern ins wärmende Licht des Marxismus. Vermutlich wollte sich das ehemalige DDR-Flaggschiff Aufbau-Verlag von der eigenen Vergangenheit distanzieren, haben Keels Lektoren am Titel des mit sensibler Neutralität recherchierten Buchs geschraubt. Mit einer psychologischen Analyse von Kindheit und Jugend legt Keel zu Beginn ein stabiles Fundament, das es ihm erlaubt, hinter die Kulissen von Nexös politischen Motiven zu blicken. Die Schlüsselfigur ist der Vater, dem es zwar gelungen war, die Familie trotz seines Alkoholismus wirtschaftlich einigermaßen abzusichern, der aber dem Sohn mit Ablehnung und einem auf Trotz gebauten, für die Familie sehr belastenden Charakter begegnete. Zeit seines Lebens suchte Nexö nach einem Ersatz, der ihm emotionalen



Halt geben konnte. Er fand ihn bei Lenin und schließlich, als die Gestapo ihn im besetzten Dänemark in die Enge trieb, im Diktator der UdSSR. Keels psychologischer Blick macht das Buch auch für Leser interessant, die bislang weder Nexö noch seine Werke kennen. Denn der Lebensweg des Unbequemen – Hirtenbub auf Bornholm, zweiter Bildungsweg, Lehrer, Arbeiterkämpfer und schließlich Elefant im politischen Porzellanladen Dänemarks – verläuft parallel zu einem der Hauptstränge der europäischen Geschichte. Keel hat aus Nexös Biografie eine Metapher für den Glanz und den Stumpfsinn des Klassenkampfes geformt, die die Zeitspanne von der Gründung der Gewerkschaften bis zur politischen Konsolidierung der DDR, dem letzten Wohnsitz des Dichters, verbildlicht und verdichtet.

Martin Droschke

Aldo Keel: *Der trotzige Däne*. Martin Andersen Nexö. Berlin (Aufbau Verlag), 2004 (319 S., 9,50 €)

Martin Andersen Nexö: *Pelle der Eroberer*. 2 CDs. Hörspielbearbeitung: Caren Fischer. Regie: Götz Fritsch, Berlin (der audio verlag) 2004 (19,95 €)

ders bei einem, dem beim versöhnlicherischen Wort »Vergangenheitsbewältigung« das Messer in der Tasche aufging.

Irene Heidelberger-Leonard, geboren 1944 in der Emigration in Frankreich, Professorin an der Université Libre de Bruxelles, gelingt mit der ersten umfassenden Biographie über den Radikalliberalen ohne Heilslehre, Immer-Widersprechenden und -Kritisierenden ein bewundernswertes Buch, das durch die Balance von Nähe und Distanz, Empathie und Eigenständigkeit besticht. Ihr gelingt ein deutender Zugriff auf ein beschädigtes Leben, in welchem dem Beschädigten seine Verantwortlichkeit für sein Leben, kurz seine Freiheit, nicht genommen wird. Die Autorin zeichnet keine Ikone der Anklage gegen Deutschland, sondern einen Menschen, eingebunden in ein nicht zu bewältigendes Schicksal und eine nicht zu ertragende Freiheit – aber das macht die Anklage nur umso nachvollziehbarer.

Der Fluchtpunkt des Buches ist der Freitod. Ihn als späte Folge von Auschwitz zu betrachten, hält Heidelberger-Leonard für wahr und falsch zugleich. Wahr, weil Amérys Leben das eines Geschundenen, eines Heimatlosen, eines Außenseiters – eines Juden – war und blieb. Falsch, weil diese Deutung aus ihm abermals ein Opfer mache, ihm ein zweites Mal das Vermögen abspere, aus dem, was aus ihm gemacht wurde, selbst noch etwas anderes zu machen. Letztendlich sei sein Scheitern als Erzähler von gleicher Bedeutung gewesen: »Ich war zu begabt, um halbwegs zufriedener Durchschnittsmensch zu sein, aber zu wenig, als dass sich der Verzicht auf die Wonnen der Gewöhnlichkeit, deren schönste die Selbstzufriedenheit ist, gelohnt hätte.« Améry war ein Intellektueller, der radikal und paradoxerweise voll aufklärerischem Optimismus gegen sich selbst dachte, bis zur Selbsterstörung und zur Negation seiner selbst. Die Biographie dieses brillanten Denkers heißt im Untertitel treffend *Revolte in der Resignation*.

Dieses Buch über das Leben und die geistigen Positionen eines großen Essayisten und gescheiterten Romanciers ist von enormem geistigem Reichtum und im Sinn des Gezeichneten.

Jörg Später

Irene Heidelberger-Leonard: *Jean Améry. Revolte in der Resignation*. Biographie, Stuttgart (Klett-Cotta Verlag) 2004 (408 S., 24,00 €) – Die Autorin ist gleichzeitig Herausgeberin der Werke in 9 Bänden, von denen bisher die Bände 2, 5 und 6 beim gleichen Verlag erschienen sind.

Revolte in der Resignation

Eine Biografie über Jean Améry

1938 wird Hanns Mayer wie eine Ausgeburt des Teufels aus dem Land gejagt, 1978 wird Jean Améry in einem Ehrengrab in seiner Geburtsstadt Wien bestattet. Mayer alias Améry war ein Jude unter Zwang: »Meine Auschwitznummer liest sich kürzer als der Pentateuch oder der Talmud und gibt doch gründlichere Auskunft.« Er floh nach dem »Anschluss« nach Belgien, wurde dort im Mai 1940 verhaftet und nach Gurs deportiert, konnte im Juni 1941 fliehen, wurde im Juli 1943 abermals verhaftet und im Festungslager Breendonk gefoltert. Mitte Januar 1944 kam er nach Auschwitz, überlebte aber. Nach dem Krieg blieb Hanns Mayer im Brüsseler »Exil«, nannte sich fortan Jean Améry und machte sich als phi-

losophischer Schriftsteller einen Namen. 1978 nahm er sich das Leben.

Zwischen 1938 und 1978 liegen vierzig Jahre zum Teil Anerkennung suchende, zum Teil anklägerische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in seinem Heimatland Österreich und Deutschland, die ihm infolge seiner scharfsinnigen Essays über die Folter oder das Lager Auschwitz in den Sechzigerjahren – gesammelt vor allem in *Jenseits von Schuld und Sühne* – Aufmerksamkeit und Bewunderung eintrugen. Der in den Neunzigerjahren aufblühenden Holocausterinnerung ist der »Berufsauschwitzer« (wie er sich selbst sarkastisch nannte) allerdings abhanden gekommen – wie auch an-

»Glücksmarie«

Inka Bachs Roman über eine Kinderhölle in der DDR

Die Geschichte dieses Mädchens geht unter die Haut. Nach dem tödlichen Verkehrsunfall ihrer Eltern wächst Marie bei Onkel und Tante auf, einem Arztehepaar in privilegierten Verhältnissen. Sie sehnt sich nach Nestwärme und Zuneigung, doch immer wieder erlebt sie Zurückweisung und Gewalt: »Den Löffel in der Zuckerdose, den leckt man nicht ab, mit dem holt man den Zucker nur und tunkt ihn nicht in die Tasse mit dem Kakao ..., da kriegt man eine gescheuert von Onkel Herbert.«

Marie will alles richtig machen, deckt sonntags den Frühstückstisch, schleppt Kohlen und den Einkauf herauf. Doch Carola, die für ihre Schönheit bewunderte Stiefmutter, nennt das Kind »faul, fett und gefräßig«. Wenn Herbert seine Frau aus Eifersucht oder Frust zusammenschlagen hat, wenn er, der Gynäkologe, sie wieder und wieder eigenhändig abgetrieben hat, darf Marie sie pflegen. Sie hofft dann, dass Carola ihr Versprechen wahr machen wird, sich scheiden lassen wird und sie ihre beste Freundin sein darf. Doch Carola bleibt ihrem Mann hörig, betäubt sich angesichts der zahlreichen Affären des inzwischen stellvertretenden Chefarztes mit Alkohol. In der Schule wird Marie auffällig, gibt die eingesteckten Schläge an ihre Mitschüler weiter: »Dabei erziehe ich sie nur, sie machen so viel falsch, die Rotzgören.«

Marie durchlebt eine Kinderhölle, hat Alpträume und Zitteranfälle. Sie fürchtet sich vor Herbert in der Badewanne, wenn er sie während Carolas Wochenenddienst zwingt, seinen Rücken zu schrubben. Sie fürchtet sich, wenn er droht, ihr aufgeschnittene Frauen auf seinem OP-Tisch zu zeigen, weil sie doch auch Ärztin werden soll.

Zur »Glücksmarie« wird Marie immer dann, wenn sie in die Welt der Literatur eintauchen darf. Doch es genügt, dass sie beim Lesen kichert. Sie registriert Herberts sich steigernde Wut, sieht dem Schläger ins Gesicht: »Ich habe mir längst das Schreien abgewöhnt, stapelsteine in mir.«

Aus der Perspektive des Kindes und mit der Härte einer Sprache, die nichts an der Realität beschönigt, berichtet Inka Bach über ein Schicksal, wie es sich hinter geschlossenen Wohnungstüren tausendfach abspielt. Doch als Roman einer Kindheit in der DDR demontiert dieses Buch zusätzlich eine der letzten postsozialistischen Mythen, die Geborgenheit in der Familie. Es erzählt

vom verbreiteten Wegsehen, vom Versagen des Jugendamtes, aber auch von der sozialistischen Karriere des Dorfjungen Herbert. Der kompensiert den Anpassungsdruck bei der kasernierten Volkspolizei, als Militärarzt, als stellvertretender Chefarzt in der renommierten Ostberliner Charité durch häusliche Brutalität.

Und Inka Bach, die spätestens seit ihrem *Rheinsberger Tagebuch* (2002) über Neonazismus in Ostdeutschland als investigative Autorin gilt, bricht ein weiteres Tabu. Mit einem Porträt über Herberts Professor Hermann Stieve, der unter seinem richtigen Namen erscheint, dokumentiert

Fortsetzung folgt

Lutz Rathenows »Prosa zum Tage«

Vor 1989 legte er sich mit einem übermächtig erscheinenden Staat an und provozierte ihn zu Reaktionen. Dazu bediente er sich vielfältiger literarischer Formen, er modernisierte die alte Gattung der Fabel, setzte auf parabelartige Darstellungen und knüpfte früh an die Kürzestgeschichten des Russen Daniel Charms an. Wie der baute er aus einfach erscheinenden Sätzen komplex-rätselhafte Situationen. Die von ihm erfundene Figur des Herrn Grell erinnerte an Bertolt Brechts Herrn Keuner und kam mit dem Mittel der Satire den Absurditäten des DDR-Alltags auf die Spur. Inzwischen ist die DDR Vergangenheit, und die neue Gegenwart reizt den genauen Beobachter erneut zur kritischen Welterkundung.

Freilich ist der Wirklichkeitsbezug der Texte ein anderer geworden, sie reflektieren nicht Zustände einer »geschlossenen Gesellschaft«, sondern die Erscheinungsformen einer Inszenierungs- und Mediengesellschaft. Dass dabei die Mittel der Satire auf andere Weise wirken, zeigen die Geschichten von Herrn Grell, der inzwischen als literarische Figur eingeführt ist, oder auch solche, die tagesaktuell einen fließenden Übergang zur Glosse finden. Eben diese Vielfalt von Satire, Glosse, Parabel, Kommentar, Kritik, Essay findet sich in dem neuen Band, der den fast schon bescheiden klingenden Titel *Prosa zum Tage* trägt. Und in der Tat, es geht auf den ersten Blick um

sie die in der DDR tabuisierte Übernahme von Nazi-Ärzten aus dem Dritten Reich. Für seinen Nachweis, der weibliche Eisprung sei unter Schock jederzeit möglich, galt dieser Arzt als Koryphäe. Es interessierte niemanden, dass von den Nazis verurteilte Frauen für Stieves Forschungen wunschgemäß nach ihrem Menstruationszyklus hingerichtet worden waren. Der moderne Frankenstein bestellte den »Tod nach Kalender«.

Dieser Schlüsselroman liefert drastische Einblicke in familiäre Verhältnisse, wie sie in der neueren Literatur bislang nicht zu lesen sind und ist eine eindringliche Abrechnung mit der »kommoden Diktatur« und den Abgründen hinter familiären Fassaden. An seinem Ende steht eine dramatische, doppelte Flucht aus den Fängen beider. **Udo Scheer**

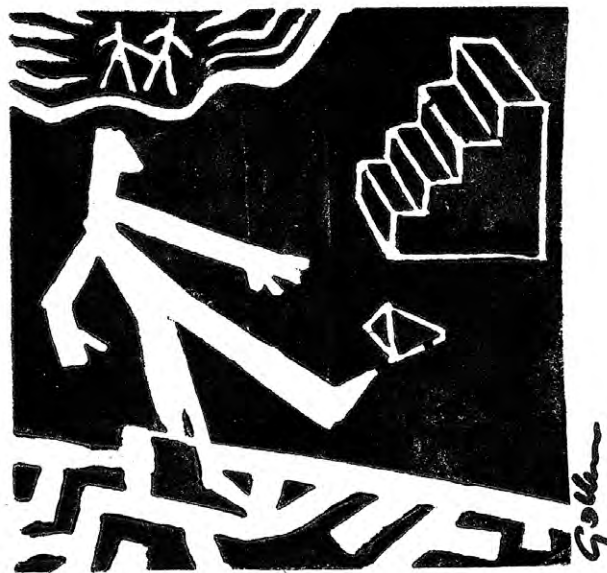
Inka Bach: *Glücksmarie. Roman*, Berlin (Transit-Verlag) 2004 (188 S., 16,80 €)

sehr Gegenwärtiges. Da begleitet der Erzähler einen Bekannten bei seiner Odyssee durch das »Arbeitslosenverwaltungsamt« und durch das Dickicht eines Sozialamts. Es wird offenbar, was ein Leben ohne Arbeit bedeutet und auf welche Weise mit Paragraphen menschliche Schicksale verwaltet werden. Am Ende empfiehlt der Erzähler als höhnische Variante das Rotationsprinzip. Damit jeder Arbeitslose wenigstens einmal im Leben eine sichere Perspektive hat, wird er kurzfristig angestellt: »als Mitarbeiter eines Arbeitsamtes!« Überhaupt ist das Verlangen nach Sicherheit ein Prinzip, mit dem sich die Chance bietet, dem Arbeitslosenproblem beizukommen. Dies ist zumindest der Inhalt einer Glosse, die den Beruf des »Doppelgängers« empfiehlt. Ein Beruf mit Zukunft. Denn um die Politiker zu schützen, können Arbeitslose sich auf ihre »Doppelgängerfähigkeit« untersuchen lassen. Am Ende der Kette stünde ein Placebo-Bundestag, dessen Funktion darin besteht, potenzielle Terroristen in die Irre zu führen. Nicht minder makaber erscheint ein Text mit dem Titel »Alles muß raus«. Angeregt durch des Kanzlers Plutoniumdeal in China entwickelt die Satire eine Eigendynamik, die zwecks Wirtschaftsförderung empfiehlt, doch endlich das Exportpotenzial jener Gegenstände und Personen zu nutzen, für die man im eigenen Lande keine Verwendung mehr hat: Pappkartons könn-

ten in Nordkorea als Sargersatz durchaus gebraucht werden, was vielleicht auch für ehemalige Superstars oder abgehalfterte Intellektuelle zutrifft. Kurzum, es gilt die Exportdevise: »Geleast. Oder besser: gegen Höchstgebot versteigert.«

Bei manchen von Rathenows glossenhaften Satiren mag den Leser Zorn angehen, ob der Zustände, die sie persiflieren. Der Autor erweist sich als Possen schlagender Eulenspiegel, der die wieder einmal erstarrenden Verhältnisse zum Tanzen bringt. Doch natürlich findet sich auch eine augenzwinkernde Gedankenprosa, die Verhaltensweisen durchspielt und auf die Spitze treibt, die in dieser Form nur in einer Wohlstandsgesellschaft entstehen können.

Im zweiten Teil des Bandes finden sich Texte, die in Form der essayistischen Betrachtung Vergangenheit und Gegenwärtigem auf der Spur sind. Durchgängig bilden (Kindheits-)Erfahrungen die Folie, von der aus über aktuelle Entwicklungen nachgedacht wird. So etwa, wenn in Verbindung mit dem Erfolg des Kinofilms *Good By, Lenin* Ostalgie und Nostalgie in den Blick geraten. »Die DDR scheiterte als Utopie und gerät so endgültig



zu einer«, so eine Erklärung. Das Erinnern an die DDR freilich kann nur dann erfolgreich sein, wenn »nicht zu viel« an sie erinnert, so eine weitere. Auf diese Weise ist das vorliegende Buch, das erneut von Frank van der Leeuw illustriert wurde, eine Art Tageschronik, die die Vielseitigkeit des Autors unter Beweis stellt. Wenngleich für den Tag geschrieben, darf man von einigen Texten mit Sicherheit annehmen, dass sie den Tag überdauern und viele Leser finden.

Carsten Gansel

Lutz Rathenow: Fortsetzung folgt. Prosa zum Tage, Weilerswist (Verlag Landpresse) 2004 (144 S., 14,00 €)

wohnten Messerblick für Einzelheiten und der wieder nicht genug zu bewundernden Konstruktionspräzision bis in die kleinste Querverbindung hinein – so schwungvoll erzählt, es, pardon, dermaßen krachen lassen. Die Handlung, zügig voranschreitend, enthält eine Schlägerei und einen Mordversuch. Die Kapitel haben

orientierende Überschriften (»Im Frühstücksraum«) und enden teilweise mit einer richtigen Pointe. Überraschend und erstmals gibt es seitenlange Dialoge, ferner einen Running Gag: de Rouckl friert immer.

Die Sicht auf die Menschen ist materialistisch, sie werden bezeichnet und beschrieben wie Tiere, Pflanzen oder Sachen, zum Beispiel der »lange, wie aus rohen Holzplatten zusammengebastelte« »Unglückswurm« Roy oder Sonia, die »Taglilie« (»Hemerocallis«), Antilope, das »Rotduckerchen« mit seinem »Gems-, nein, Gemmenge-sicht«. An der Oberfläche ist das böse, darunter nicht. In ihrer liebesgierigen Schabigheit werden die Menschen durch die Liebe und die Illusion der Liebe geadelt. Zeigt man sie so scheußlich, wie sie sind, dann können sie sehr schön sein. Brigitte Kronauers Desillusionierungen demontieren sich immer auch. Ihr gelingt der pathosretende Pathosbruch.

Dieser Materialismus ist geschichtsbewusst. Liebe entfaltet sich vor dem Hintergrund deprimierender Politik. In Oostende steht ein Denkmal für König Leopold II. (1835–1909), den Kongoschlächter. Und Willaert, als einzige Hauptfigur Frau Fesch intellektuell gewachsen, erinnert an die »Vieh-waggons Richtung Polen«, die auch aus Belgien führen.

Auch wenn der Mensch vom Terror verschont bleibt, ist er ein Material, das nicht lange hält. Alter beziehungsweise Tod lösten schon in den Romanen *Die Frau in den Kissen* (1990) und *Das Taschentuch* (1994) die Erzählung aus. Im neuen Buch ist es Frau Quapp, die vor Zorn über ihr nahes Ende nicht einschlafen kann. Manchmal weiß sie die Jahreszeit nicht und verwechselt Namen. Aber sie hat noch genügend lichte Momente, um daran zu leiden, dass sie für immer aus dem erotischen Rennen ist. Das ist das Schlimmste.

Wo winkt Trost? Sogar in so unwirtlichen Städten wie Oostende, wenn sie nur am Meer liegen. Das ist, damit auch dieses Pathos durch seinen Bruch gerettet sei, eine öde Pfütze und zugleich alles: Es verkörpert die zwei großen Weisen der Auflösung, die Liebe und den Tod.

Von hinten, von vorn

Brigitte Kronauers erotischer Roman »Verlangen nach Musik und Gebirge«

Im Zug nach Oostende beobachtet Frau Fesch den Jurastudenten Roy Neutling und seine Großmutter Frau Quapp. Später treffen die drei sich im Hotel Malibu wieder. Dort sind auch der junge Herrenausstatters-Sohn Maurizio aus Florenz und seine Freundin Sonia abgestiegen. Dauerhaft im Malibu wohnt de Rouckl, vielleicht ein ehemaliger Happening-Künstler. Von außen kommt der Antwerpener Parfümhändler Willaert dazu, der dem Oostender Maler James Ensor (1860 – 1949) nicht nur optisch ähnelt. Spontan verbringen diese sieben Leute das Wochenende mehr oder weniger gemeinsam.

Nicht die touristischen Ausflüge halten die Fremden zusammen, sondern erotische Interessen. Roy will Sonia, Willaert will Maurizio, Sonia hat eine Affäre mit einem namenlosen Schlägertypen, de Rouckl ein Verhältnis mit Betty, die im Hotel arbeitet. Frau Quapp macht Roy herunter, damit er für Sonia unattraktiv wird. All dies erzählt Frau Fesch, die ihrerseits auf einen Mann wartet, einen Komponisten. Ihm möchte sie ihr Libretto geben, vor allem aber sich selbst.

Wie jeder Roman Brigitte Kronauers ist auch *Verlangen nach Musik und Gebirge* eine detailprunkende Studie über den Eros. Tausende Mikroszenen verbinden sich zu einem Gesamtbild der Mechanismen von Anziehung und Abstoßung, der Annäherungs- und Fluchtmanöver (»sexuelle Kochkunst«). Unermüdlich suchen die Menschen den »Sog einer für sie maßgeschneiderten Zwangsläufigkeit«. Dieses Glück ist alles andere als harmonisch oder gar harmlos. Das Begehren nimmt keine Rücksicht und sortiert brutal. Roy blitzt bei Sonia ab, weil er hinkt – und mit diesem Pfund nicht zu wuchern versteht: Der »leichte Ekel« könnte ihr, wenn er es richtig anstellen würde, durchaus ein »Einstieg in die sexuelle Erregung« sein. Sowieso kommt es der »Liebesverrücktheit« »überhaupt nicht auf die Person« an. Das sind so die Einsichten, die der nicht mehr jungen Frau Fesch zugewachsen sind.

Brigitte-Kronauer-Leser kennen das alles. Trotzdem ist in dem neuen Roman vieles anders als je zuvor. Er ist der leichteste. Kein anderes Buch der 1940 geborenen Schriftstellerin liest sich so einfach. Noch nie hat sie – mit dem ge-

Über deren Gegensatz und Einheit kann man nicht reden, ohne an Gott zu denken. Er steht im Text. Wie Frau Fesch sprach schon Maria Fraulob, die Ich-Erzählerin des Romans *Teufelsbrück* (2000), von sich ständig per »man«. Dieses blasseste, namensfernste Personalpronomen, das Zeitungsvolontären gleich am Anfang verboten wird, verwendete sie, weil der Mensch den Namen Gottes nicht unnützlich im Munde führen soll. Er soll sich auch kein Bild von ihm machen, deshalb ist Frau Fesch die einzige Hauptfigur, über deren Äußeres der neue Roman nichts sagt. Der höhere Gott ist allerdings Willaert, der »das Kommando hat« – und zwar auch als »ein Teufel«.

Irdischen Trost spendet die Oper, die mitunter »die Liebe erzwingt und die Liebe in ihren besten Momenten die Arie«. Brigitte Kronauer hat in ihren neuen Roman ein komplettes Libretto hineinkomponiert, *Das blaue Pantöffelchen*, in dem, wie in Joseph Conrads zugrunde liegender

Erzählung *A Smile of Fortune*, die junge Alice durch die Liebe zu leben anfängt und an ihr stirbt. Die angebliche »Glut« des jungen Kapitän, »die dich packen will/von hinten, von vorn«, war leider ein leeres Versprechen. Wie wird es Frau Fesch ergehen? Am Ende eines furiosen Schlusskapitels kommt ihr Komponist mit dem Schiff wie bei Wagner Lohengrin und Isolde. Sind das gute Zeichen?

Der Roman formuliert eine Trostpoetik über die schreibenden Künste hinaus. Eine wirksame, denn er macht glücklich. Wieder das Pathosparadox: Kunst erzeugt nur Illusion, aber »dieser schöne, irreführende Schein« kann seine Lügen zum Leben erwecken. Die Liebe und die Güte gibt es ja wirklich. **Michael Schweizer**

Brigitte Kronauer: *Verlangen nach Musik und Gebirge*. Roman, Stuttgart (Klett-Cotta) 2004 (389 S., 22,00 €)
dies., *Die Tricks der Diva*. Geschichten, Stuttgart (Reclam) 2004 (112 S., 3,00 €, Erstveröffentlichungen)

Keine Retourkutsche

Norbert Gstrein setzt sich gegen seine Kritiker zur Wehr

Gleich zu Beginn seiner jahrelangen Tätigkeit in den diversen jugoslawischen Kriegsgebieten versagt der Reporter auf schwerwiegende Weise. Es ist nicht auszuschließen, dass er damit innerlich nicht fertig wird und dann zwanghaft nur noch so etwas wie Zerrbilder abliefern. Ein verzeichnetes, voreingenommenes Bild der kroatischen Seite vor allem, die ihn damals – in Gestalt eines brutalisierten Milizkommandanten an der kroatisch-serbischen Front bei Slavonski Brod – so entscheidend getestet hat. Als der unbedarfte, übereifrige Neuankömmling den Milizionär fragt, wie es denn sei, jemanden zu töten, antwortet dieser, er solle es doch besser selber einmal ausprobieren, und gibt ihm ein Gewehr in die Hand. Dann befiehlt er einem serbischen Gefangenen, auf die Frontlinie zuzulaufen, und es fällt ein Schuss. Wer geschossen hat, bleibt unklar. Das ist die Schlüsselstory des Romans *Das Handwerk des Tötens* (Suhrkamp 2003), der freilich ziemlich viele Seiten braucht, bis er von Hamburg und seinen gedankenreichen Intellektuellen nach Kroatien, jetzt Nachkriegskroatien, und an den Ort des nebulösen Geschehens von 1991 gelangt. Der Reporter ist inzwischen tot – ausgerechnet am Ende der Kriege, beim Einmarsch der NATO-Truppen in das von den Ser-

ben befreite Kosovo, ist er irgendwie erschossen worden. Rätsel genug also für Nachforschungen und Rekonstruktionsversuche – plump, egomanisch und sensationslüstern, aber auch betroffen, reflektiert und sogar selbstkritisch, aus denen der Autor, Norbert Gstrein, seinen Roman aufbaut. Der beklemmende, gespenstische Besuch der Rechercheure in Slavonski Brod bei dem Kommandanten von gestern ist das Glanzstück des Romans – wenn man auch vielleicht darüber streiten kann, ob die Idee, dabei ein Tonband mit dem kompromittierenden Gespräch zwischen dem Journalisten und seinem verkommenen Gegenüber einzuführen, ein so guter Einfall ist.

Gewisse Leser ticken freilich anders – für sie wäre der Höhepunkt besser ganz ausgeblieben. Sie glauben nämlich in dem zweideutigen Journalisten des Romans, der hier Allmayer heißt, eindeutig den deutschen Journalisten Gabriel Grüner ausmachen zu können. Sie meinen also, hier ein schändliches, infam verfälschtes Abbild des realen Reporters vor sich zu haben, der wie die Romanfigur im Kosovo umgekommen ist. So richtig scharf gemacht hat den bösen Verdacht wohl die dem Roman vorausgestellte Widmung: »Zur Erinnerung an Gabriel Grüner

(1963–1999), über dessen Leben und dessen Tod ich zu wenig weiß, als daß ich davon erzählen könnte«. Ein fadenscheiniger Täuschungsversuch also? In Wahrheit – so die These dieser Kritiker – passiere genau das: Der Schriftsteller schlachte eine Biografie aus, an die er zufällig hergekommen sei. Und deformiere sie bedenkenlos für die Zwecke des literarischen Marktes.

Jetzt hat Norbert Gstrein zurückgeschlagen. Und wer seine Polemik liest, wird kaum indigniert einwenden, dass er besser vornehm geschwiegen hätte. Das ist keine Retourkutsche. Hier wird nicht Tratsch mit Tratsch, Eitelkeit mit Eitelkeit pariert oder vergolten. Dass »Allmayer« Grüner ist – dass der reale Grüner mehr war als eine Vorlage des fiktiven Allmayer, kann Gstrein selbstverständlich nur zurückweisen. Zu »beweisen« versucht er es glücklicherweise nicht. Das Interessante und Erhellende an diesem neuen Text liegt anderswo: in einer konzisen Poetik des verantwortlichen Erzählens, wie sie auch der Roman schon enthalten, aber noch fast zu Brei zerredet hatte. Die Nächsten eines tragisch umgekommenen Kriegsberichterstatters haben keinerlei exklusives Anrecht auf die mit seiner beruflichen Arbeit verbundene Problematik. Die Literatur hat das Persönliche und Intime strikt zu respektieren – das ist aber auch alles, ansonsten hat sie überal Zutritt. Dabei ist der hier durchgespielte Fall des Journalisten im Krieg noch vergleichsweise harmlos. Wovon hier eigentlich die Rede ist, wird erst deutlich, wenn wir mit Norbert Gstrein den Horizont ausweiten. Niemand hat überhaupt ein ausschließliches Recht darauf, eine bestimmte Geschichte zu erinnern, zu bearbeiten und zu erzählen – auch kein Überlebender eines großen Verbrechens, auch die Juden können legitimerweise kein Privileg auf den »Holocaust« beanspruchen. Was Norbert Gstrein hier vorlegt, ist ein an Autoren wie Imre Kertész oder Danilo Kiš sich orientierendes Plädoyer für das unbeugsam freie Schreiben: »In beiden Fällen wurde der Verstoß gegen sanktionsbewehrte Formen des Schreibens über bestimmte Themen – hier Stalinismus, dort Nationalsozialismus – von einem bornierten Literaturbetrieb gehandelt, sei es durch heftige Attacken, sei es durch Nichtbeachtung, und was in Belgrad und in Budapest bittere Realität war, phantasierte ich mir für Wien – ohne Zweifel kokett – einfach herbei ...«

Ernst Köhler

Norbert Gstrein: *Wem gehört eine Geschichte?*, Frankfurt am Main (Suhrkamp Verlag) 2004 (60 S., 14,80 €)

Missverständnisse

Nicht immer liegt in der Kürze die Würze. In der gerafften Zusammenfassung, wie sie die Rubrik »Aus dem Inhalt« auf Seite 4 der letzten Ausgabe darstellt, wurde nicht nur der Sinn des Artikels von Achim Russer hinweggerafft, es entstand auch eine Entstellung, die den Autor zur folgenden Replik veranlasste:

»Wieder einmal eine rundum gelungene Ausgabe. Bis auf die Präsentierung der Beiträge S. 4, wo behauptet wird, dass ich »für die zahlreichen arabischen Übergriffe auf Juden (in der Pariser Banlieue) den Begriff Islamisierung zutreffend« fände. Einen Artikel, der so einen Stuss erzählt, würde ich, ehrlich gesagt, gar nicht erst aufschlagen. Ich kann nur hoffen, Ihre Leser schauen trotz dieser Ankündigung in meinen Beitrag, wo sie feststellen können:

1. dass ich nicht, wie Ihre Formulierung nahe legt, für »Übergriffe ... den Begriff Islamisierung« verwende (das wäre ja totaler Quatsch), sondern die Gewaltbereitschaft gegenüber Juden in den Banlieues unter anderem aus deren Islamisierung erkläre;

2. dass die nordafrikanischen Immigranten in Frankreich bei mir natürlich nicht »arabische Übergriffe« verüben, schon deswegen, weil sie nicht aus Arabien stammen, sondern aus dem Maghreb, einem ethnisch und kulturell sehr gemischten Raum.

Ich will nichts aufbauschen, vielleicht waren Sie nur besonders in Eile, und wer liest auch schon Inhaltsverzeichnisse. Ihr verunglücktes Resümee schmerzt mich trotzdem, weil es mir gerade darum gegangen war, Denkschablonen (wie »die Araber«, »der Antisemitismus«, »der Terrorismus«) zu unterlaufen, die jedes Verständnis der Vorgänge blockieren. Keiner hat das übrigens besser gezeigt als der eben verstorbene Jacques Derrida, ein gebürtiger Algerier. Alles Gute für das nächste Heft!

Ihr Achim Russer, Boulogne

Echo

Auf der Website des *Perlentaucher* heißt es am 11. Oktober über die *Kommune* 5/04: »In einem ausgesprochen lesenswerten Essay greift der Historiker Gerd Koenen die Debatte um den wiederaufflammenden Antisemitismus auf, der oft als altes Unwesen in neuen Gewändern dargestellt werde. ›Was aber, fragt Koenen, ›wenn es sich – viel schlimmer womöglich – um genuine Neuschöpfungen totalitärer Ideologien und Doktrinen handelt, die von unterschiedlichen nationalen und kulturellen Voraussetzungen her auf die radikale Veränderung der Weltsituation seit 1989 reagieren, und die den Rahmen dessen, was sinnvollerweise unter ›Antisemitismus‹ gefasst werden kann, längst sprengen?‹ Ausführlich wid-

met er sich dann dem Antisemitismus der deutschen Linken und dem heute vorherrschenden antiglobalistischen Antisemitismus, den er als Abwehr der ›immer engeren Interdependenz der Weltwirtschaft, der Weltpolitik, der Weltmedien und der Weltkulturen‹ auffasst: ›Von dem ›Ernst und Schrecken‹, der sich mit dieser Vorstellung und Realität der ›einen Welt‹ verbindet, lässt sich meines Erachtens eine weit plausible Verbindung zu den apokalyptischen Weltbildern eines Osama bin Laden und seiner Zeloten herstellen als von den historischen Einflüssen und Zitaten des überkommenen europäischen Antisemitismus.«

Interessant auch ein Text von Günter Franzen, der fragt, ob es 1968 wirklich wie behauptet um die Entmachtung der Väter ging oder eher um die weniger heroische Flucht vor den Müttern: ›Der Vater, den es zu stürzen galt, war längst gefallen.« Herbert Hönigsberger nimmt die politische Kaste vor ihren Kritikern in den Schutz: Sie sei nicht unwillig, sondern – in Zeiten verringerter Handlungsspielräume – überfordert. Günter Warsewa stellt das Projekt ›Bremen 2030‹ vor, das versucht, Stadtpolitik nicht nur räumlich und sozial, sondern auch zeitlich zu gestalten. Und Hartmut Fähndrich reitet im Schweinsgalopp durch die Geschichte der arabischen Literatur.«

In der »Zeitschriftenlese« im SR 2 KulturRadio des Saarländischen Rundfunks (2.11.) und textidentisch im *Freitag* (12.11.) stellte Michael Buselmeier zwei Autoren mit ihren Essays aus dem Heft 5/04 vor:

»Zum Glück ist Gerd Koenen da. Bekannt geworden durch seine 68er-Geschichte *Das rote Jahrzehnt* reflektiert er über die häufig gedankenlos gebrauchten Begriffe Antisemitismus und Antizionismus. Was wäre, so Koenen, wenn im Fall des Antizionismus der Sowjetkommunisten und der westdeutschen Linken, vor allem der Islamisten, nicht ein altbekannter ›Dämon‹ wiederkehre, sondern etwas anderes und Neues, aus der jeweils konkreten Situation entstanden; eine ›genuine Neuschöpfung totalitärer Ideologien‹, die auf die radikale Veränderung der Weltsituation reagieren?

Koenen interessiert sich speziell für das Wiederauftauchen eines linken Antizionismus in der Bundesrepublik der späten 60er und 70er Jahre. Damals sei zuerst unter Jüngeren die Tendenz zu Tage getreten, sich ›Auschwitz als eines eigenen negativen Mythos zu bemächtigen‹, anfangs wohl mit dem Ziel, sich radikal von der Elterngeneration abzunabeln, bald aber auch, um sich selbststilisierend ›in den Stand einer militanten Unschuld und moralischen Superiorität zu versetzen‹. Als ›Faschisten der Gegenwart‹ waren flugs die gerade in Vietnam ›ein neues Auschwitz‹ veranstaltenden Amerikaner ausgemacht, und schnell waren auch die im Sechstagekrieg von 1967 siegreichen Israelis Teil eines ›globalisierten Zionismus‹, der nur weltrevolutionär zu bekämpfen war. Israel wurde geläufig als ›rassistischer Staat‹ und ›Werkzeug des

Fortsetzung auf Seite 114

Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur
ISSN 0723-7669

Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst (kd)
Balduin Winter (bw) – Verantwortlich i. S. d. Presserechts: Michael Ackermann

Ständige Mitarbeiterinnen:

Eva Horn, Jutta Maixner, Dunja Melcic

Gestaltung: Karin Dienst (Michael Ackermann)

Lay-out: Karin Dienst

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift der Redaktion: Kommune-Redaktion, Postfach 9006 09, 60446 Frankfurt/M. oder: Kasseler Straße 1 a, 60486 Frankfurt/M., Tel. 0 69/79 20 97-81/82, Fax 79 20 97-83
E-Mail: redaktion@kommune-forum.de
CompuServe: 101 332,1355
<http://www.oeko-net.de/kommune/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

12. November 2004

Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 90 06 09, 60446 Frankfurt/M., Tel.: 0 69/79 20 97-81/82, Fax 79 20 97-83

Anzeigenverwaltung: Kommune-Redaktion (Adresse etc. s. o.)

Es gilt die Anzeigenpreisliste 20/2003

Druck: CARO Druck GmbH, Ffm.

Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:

Kommune, Postfach 90 06 09, 60446 Frankfurt, Tel. 0 69/ 79 20 97-81, Fax -83, Postgiraamt Ffm. (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 48 42 00-603

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich, mit 6 Ausgaben im Jahr. Einzelheft 10 €, Jahresabo (6 Hefte) 55 €, Halbjahresabo Studenten (3 Hefte) 20 €, Jahresabo Ausland 60 €; Förderabo 80 €. – *Abos verlängern sich auf unbestimmte Zeit, sofern nicht 6 Wochen vor Ablauf des Mindestbezugszeitraums gekündigt wird. Danach ist die schriftliche Kündigung jederzeit und fristlos möglich.*

Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Frankfurter Volksbank (BLZ 501 900 00), Konto-Nr. 271 691

Titel: K. O. Götz, »Paya«, 1993, Foto: Olaf Bergmann

U 3 + U 4: Wahlabend USA – Fotos: Ilja C. Hendel

Redaktionsschluss 1/05: 14. Januar 2005

Erscheinungstermin 1/05: 2. Februar 2005

»Europa kam ... aus der ersten Nachkriegszeit, in der es seine eigene Reinigung hätte erleben können, als Invalide heraus, dem man künstliche Glastaugen verpasste, damit er mit seinen leeren Augenhöhlen die guten Bürger nicht erschrecke; gleichzeitig aber dirigierte man ihn herum und entmündigte ihn. Die Europäer haben das akzeptiert, weil sie trotz aller hochfliegenden Phrasen in Wirklichkeit nachlässig und ängstlich sind.« – Boris Pahor: »Nekropolis«, Berlin (Berlin Verlag) 2001, S. 123



► Zu unserem Titelbild:

Uns hat »Paya«, das dynamische Bild von K. O. Götz (geb. 1914) aus dem Jahr 1993, zu unterschiedlichsten inhaltlichen Assoziationen angeregt. Friktionen nach den Wahlen in den USA?, der Wille des Menschen, sich frei zu entscheiden und damit überhaupt eine Voraussetzung zur Schaffung von Kunst? Wir dachten auch an den Schwerpunkt unseres Heftes über »Neurobiologie, Willensfreiheit und Determinismus«, in dessen Gestaltung weitere Bilder von K. O. Götz eingegangen sind. **Red.**

Fortsetzung von Seite 113 Imperialismus: denunziert, die Palästinenser hingegen als »Opfer der Opfer« umarmt.

Bei alledem handelte es sich, so Koenen, um den Versuch, sich von etwas Belastendem und Kränkendem gewaltsam zu befreien. Es gebe eine eigentümlich »narzisstische Bindung der Deutschen an Auschwitz«, denen, bis hin zum Hohmann-Lamento, »Vergangenheit bewältigen« zur Lebensform geworden sei: »Indem wir uns mit den Opfern von einst ganz identifizieren und auf ihre Seite stellen, gehören wir auch zu ihnen.« So soll Auschwitz der Bundesrepublik auch noch als »nachträglich einverleibter Gründungsmythos dienen«.

Auch Günter Franzen, Psychoanalytiker in Frankfurt, kratzt in der *Kommune* (und textidentisch im *wespennest* Nr. 136) am Mythos 68. Waren es wirklich die schweigsamen (Nazi-)Väter, gegen die wir rebellierten? So viele Väter waren doch gar nicht heimgekommen, oder erst spät und zerbrochen. Wurden da nicht die Mütter übersehen? Franzen berichtet von vier Altersgenossen der Jahrgänge 1940 bis 1950, die unerwartet früh gestorben sind, Wegbegleiter, denen er nachtrauert, derweil an ihren Gräbern die greisen Mütter stehen, scheinbar regungslos und kerzengerade. Selbst wenn das in diesen Fällen so gewesen sein sollte – verkraften die »deutschen Mütter« wirklich ungerührt alles? Oder wird hier nur ein anderes Klischee aufgewärmt, das von erbärmlich schwachen Männern und dominanten (Trümmer-)Frauen handelt und aus diesem Wi-

derspruch das frühe Sterben der Söhne erklären will, genauer: aus deren »Feigheit vor der Frau« und deren Unfähigkeit, »die Macht der alleingelassenen Mütter« zu begrenzen? War 68 tatsächlich eine »muttergestützte Rebellion«, und hätten wir, wären wir weitsichtiger gewesen, gegen das Matriarchat aufbegehren sollen, zu Hause statt auf der Straße?«

Das Letzte

Liebe oder Agrotechnik?

Das Wiederseh'n hat sie vergessen
Mein heißes Flehn bleibt unerhört
Von Agrotechnik ganz besessen
Ist meine Liebe ihr nichts wert.

Als vorbildlicher Agronom
Hat sie gewiss sich vorgenommen
Im Wettbewerb mir diesmal schon
Ein gutes Stück zuvorkommen

Nicht länger will ich mehr in Qual
Im Schnee hier unter'm Fenster stehen;
Schon morgen Abend werd' ich mal
in einen Agro-Zirkel gehen.

(Originaltitel: »Ljubowji ili agrotechnika?« von S. Papernyj, aus *Literaturnaja Gaseta*, Moskau 17. Dezember 1953) – Neu entdeckt von Wolfgang Klotz

Autorinnen und Autoren

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt a. M.

Martin Altmeyer, geb. 1948, klinischer Psychologe und Supervisor, Publizist, wohnt in Frankfurt a. M.

Helga Baumgarten, geb. 1947, Politikwissenschaftlerin an den Universitäten Birzeit u. Tübingen, lebt in Jerusalem

Franz Dick, geb. 1943, klinischer Psychologe, wohnt in Frankfurt a. M.

Martin Droschke, geb. 1972, freier Autor und Publizist, wohnt in Coburg

Frank Eckardt, geb. 1967, Politikwissenschaftler, Publizist, wohnt in den Niederlanden und Weimar

Uschi Eid, geb. 1949, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZE, G-8-Beauftragte des Bundeskanzlers

Helga Flores Trejo, Direktorin des Nordamerika-Büros der Heinrich Böll Stiftung in Washington D. C.

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter im Bereich ÖPNV-Consulting, Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender der Grünen in Innsbruck

Carsten Gansel, lehrt Deutsche Literatur und Sprache an der Justus-Liebig-Universität in Gießen

Wolfgang Geiger, geb. 1956, Romanist, Historiker; Lehrer in Frankfurt a. M.

Harald Goldhahn, geb. 1955, Grafiker, Illustrator, wohnt in Marktleuthen

Uwe Günther, geb. 1947, Jurist, wohnt in Bielefeld

Erich Hackl, geb. 1953, Schriftsteller in Wien

Marianne Heinz, geb. 1953, Kunst-Autodidaktin

Ilja C. Hendel, geb. 1971, Fotojournalist und Bildredakteur, wohnt in Berlin

Herbert Hönigsberger, geb. 1948, Politikberater und Sozialwissenschaftler in Berlin

Dick Howard, geb. 1943, lehrt politische Philosophie an der State University of New York in Stony Brook

Susanne Karch, geb. 1965, Referentin für Arbeit und Soziales an der schwedischen Botschaft in Berlin

Markus Kirchgessner, geb. 1961, Fotograf in Frankfurt a. M.

Doris Klein, geb. 1958, Germanistin, lebt in Honduras

Ernst Köhler, geb. 1939, Publizist, Schriftsteller in Konstanz

Harry Kunz, geb. 1962, Philosoph, Soziologe, Psychologe, Publizist, wohnt in Kall-Golbach

Peter Lohauß, geb. 1948, Sozialwissenschaftler in Berlin

Jutta Maixner, geb. 1948, freie Publizistin, wohnt in Berlin

Klaus-Peter Martin, geb. 1953, Dipl.-Sozialarbeiter, wohnt in Frankfurt a. M.

Peter Mosler, Schriftsteller und Publizist, wohnt in Berlin

Sascha Müller-Kraenner, geb. 1963, Biologe, Leiter der Referatsgruppe Europa, Nordamerika bei der Heinrich Böll Stiftung in Berlin

Annemarie Nikolaus, geb. 1952, Sozialwissenschaftlerin, wohnt in Calavino (I)

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Roger Peltzer, geb. 1953, arbeitet in der Finanzierung von Projekten in Afrika und ist Co-Sprecher der BAG Nord-Süd von Bündnis 90/Die Grünen, wohnt in Kerpen

Ute Rasloff, geb. 1958, Slawistin am Geisteswissenschaftlichen Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Leipzig, wohnt in Berlin

Udo Scheer, geb. 1951, Publizist, wohnt in Stadtroda

Joscha Schmierer, geb. 1942, arbeitet im Planungsstab des Auswärtigen Amtes

Wera Schneefeld, freie Publizistin

Michael Schweizer, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, wohnt in München

Peter Schyga, geb. 1955, Historiker, wohnt in Hannover

Hans-Jürgen Serwe, Dipl.-Ingenieur, Arzt, Fotograf, Umweltdezernent im Kreis Mettmann, wohnt in Aachen

Vit Simanek, geb. 1973, Sanitäter und Fotograf in Prag

Jörg Später, geb. 1966, freier Lektor und Lehrbeauftragter für Neuere und Neueste Geschichte des Historischen Seminars der Universität Freiburg

Karel Tuma, geb. 1975, Fotograf in Prag

Mechthild Veil, geb. 1944, selbstständige Sozialwissenschaftlerin, Büro für Sozialpolitik in Europa, Frankfurt a. M.

Helmut Veil, geb. 1943, praktischer Arzt in Frankfurt a. M.

Christoph Wagner, geb. 1956, Musikjournalist in Hebdorn (GB)

Marcus Welsch, geb. 1969, Studium der Philosophie und Literaturwissenschaft, Publizist, Filmemacher in Berlin

Michael Werz, geb. 1964, Transatlantic Fellow beim Marshall Fund of the United States in Washington D. C.

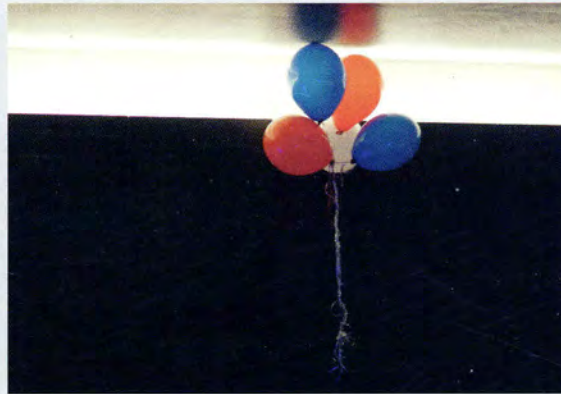
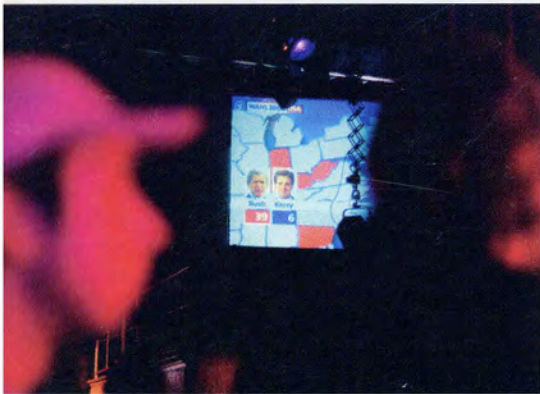
Rolf Wiggershaus, Publizist, wohnt in Kronberg/Ts.

Balduin Winter, geb. 1946, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt a. M.

Matus Zajac, geb. 1971, Fotografiestudium in Prag und Bratislava, Fotograf beim slowakischen Parlament in Bratislava



Fotos von Ilja C. Hendel



Fotos von
Ilja C. Hendel